



zur debatte

2/2013

Themen der Katholischen Akademie in Bayern



7

Prof. Dr. Werner Weidenfeld erklärt, was unter „deutscher Außenpolitik“ zu verstehen ist

15

Einen Blick von China auf die deutsche Außenpolitik richtet Dr. Anja-Désirée Senz



17

Prof. Dr. Volker Hunecke schildert Aufstieg und Fall des napoleonischen Empire

24

Napoleons Feldzug, beschrieben in Tagebüchern und Briefen bayerischer Soldaten, ist das Thema von Dr. Julia Murken

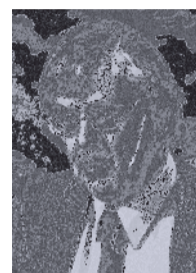


27

Die katholische Kultur der Barockzeit erläutert Prof. Dr. Peter Claus Hartmann

31

Prof. Dr. Peter Hersche analysiert Wirtschaft und soziales Verhalten im katholischen Barock



41

Die Frage, wie buddhistische Spiritualität durch Frauen verändert wird, stellt Lily Besilly

45

Prof. Dr. Claudia Stockinger untersucht die Bedeutung der Religion in den Tatort-Krimis



Mario Draghi. Präsident der EZB



EZB-Präsident Mario Draghi (re.) beantwortete nach seinem Referat rund eine halbe Stunde lang Fragen aus dem

Publikum. Akademiedirektor Dr. Florian Schuller moderierte die Fragerunde.

Am 27. Februar 2013, zwei Tage nach der Wahl im Euro-Krisenland Italien, deren Ausgang die Krise der Gemeinschaftswährung wieder ganz oben auf die Tagesordnung setzte, sprach EZB-Präsident Mario Draghi zum Thema „Kurs und Rolle der Europäischen Zentralbank bei der Krise im Euro-Gebiet“. In seinem Vortrag, zu dem gut 500 Besucher und rund zwei Dutzend Journalisten in die Akademie gekommen waren, legte Mario Draghi

viele Facetten dieser europäischen, auf die gesamte Welt ausstrahlenden Krise dar. Er nahm bei seinem Vortrag intensiv Bezug auf die katholische Soziallehre und betonte die moralische Pflicht des Wirtschaftens, Wohlstand und soziale Sicherheit für die Menschen zu garantieren. Auch seine katholische Sozialisation und Erziehung, bei der Integrität und Moral eine wichtige Rolle gespielt hätten, betonte Draghi.

Kurs und Rolle der Europäischen Zentralbank bei der Krise im Eurogebiet

Mario Draghi

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich danke Ihnen herzlich für die Einladung zur heutigen Veranstaltung; ich freue mich sehr, hier in München in der Katholischen Akademie zu Gast zu sein. In diesem besonderen Rahmen möchte ich zunächst anmerken, dass diese Veranstaltung zu einem sehr bedeutsamen Zeitpunkt für die katholische Kirche stattfindet: dem Vorabend des letzten Tags des Pontifikats von Benedikt XVI.

Während seiner acht Jahre als Oberhaupt der katholischen Kirche griff Papst Benedikt, ein großer Sohn Bayerns, immer wieder drängende Probleme der modernen Welt auf. Dabei hat er besonders die Bedeutung der Ethik im Wirtschaftsleben unserer globalisierten Welt betont.

Diese Überlegungen sind angesichts der Wirtschafts- und Finanzkrise, die nun schon das fünfte Jahr andauert, aktueller denn je. Die Krise hat das Vertrauen der Menschen erschüttert, ob der Markt wirklich in der Lage ist, Wohlstand für alle zu generieren. Europas Sozialmodell wurde auf eine schwierige Belastungsprobe gestellt. Während einige wenige unglaubliche Reichtümer anhäufen, sind die Zeiten für viele andere sehr schwer. Ganze Länder leiden unter den Folgen fehlgeleiteter Politik der Vergangenheit; aber auch Marktkräfte, die manchmal nicht kontrolliert werden können, setzen diesen Ländern zu.

In gewisser Weise stellt sich die „soziale Frage“ des 19. Jahrhunderts, welche die Katholische Soziallehre inspiriert hat, neu. Aber heute geht ihre Bedeu-

tung über Ländergrenzen hinaus: Welcher Rahmen ist am besten geeignet, um freies Unternehmertum und individuelles Gewinnstreben mit der Sorge um das Gemeinwohl und die Solidarität mit den Schwächeren zu vereinbaren?

Scheinbar wurde diese Frage in den letzten Jahrzehnten aus rein ökonomischer Perspektive betrachtet. Die unsichtbare Hand des Marktes – wenn man sie frei schalten und walten lässt – bringt letztlich für alle ein besseres Ergebnis, so zumindest die Theorie. Das rationale Handeln des „Homo oeconomicus“ schien losgelöst von ethischen Erwägungen wie Nächstenliebe, Mitgefühl und Anstand. In Vergessenheit war geraten, dass für Adam Smith, den Vater der Marktwirtschaft, der „Wohlstand der Nationen“ untrennbar mit seiner „Theorie der ethischen Gefühle“ verbunden war.

Glücklicherweise war dies nicht überall der Fall: In der Jesuitenschule in Italien, die ich besuchte, gab es einen leitenden Grundsatz: unser Streben nach höheren Leistungen muss immer mit Integrität und einer moralischen Zielvorgabe verbunden sein: Es soll letztendlich zur Schaffung einer besseren und gerechteren Welt beitragen.

Ich habe bereits vor einiger Zeit, am 9. Juli 2009, in einem Artikel im *L'Observatore Romano* mit dem Titel „Non c'è vero sviluppo senza etica“ angemerkt, dass es ohne Ethik keine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung geben kann. Wir können uns kein Wirtschaftsmodell leisten, in dem Exzesse widerspruchslos toleriert werden, das sich ganz und gar auf die Selbstregulie-

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser!

Vorher waren wir acht Jahre lang Papst – in Deutschland, in Bayern, in München. Aber nach der Wahl von Papst Franziskus schien es zu nächst deutlich schwieriger, einen unmittelbaren Bezug zwischen „uns“ und dem früheren argentinischen Erzbischof von Buenos Aires herzustellen.

Doch schnell drehte sich die Situation. Es wurde bekannt, dass Jorge Mario Bergoglio SJ ursprünglich eine Doktorarbeit über Romano Guardini schreiben wollte. Hätte er dabei bleiben können, wäre er wohl unweigerlich bei uns in der Akademie aufgetaucht. Hüten wir doch nicht nur das Archiv, sondern sind auch als Rechteinhaber für die Vergabe von Abdruckerlaubnissen verantwortlich und pflegen die Guardini-Bibliographie. In meinem Glückwunschschreiben an den Heiligen Vater habe ich deshalb darauf hingewiesen, dass wir auf der Homepage der Katholischen Akademie Bayern eine Verlinkung zu allen gedruckten Guardini-Texten installiert haben. Mit einem einfachen Suchsystem bekommt man da alle Fundstellen zu einem bestimmten Begriff bei Romano Guardini aufgezeigt. Vielleicht nützt das ja der Heilige Vater und kann dadurch immer wieder mal das Programm unseres Hauses begutachten.

Und noch ein zweiter Punkt hat mich beeindruckt, weil er ihn auf besondere Weise mit „uns“ verbindet. Bei der ersten Ansprache an die Kardinäle zitierte der neugewählte Pontifex auf Deutsch eine Gedichtzeile von Friedrich Hölderlin: „*Es ist ruhig, das Alter, und fromm.*“ Wie viele von uns hätten das wohl gekannt?

Der Satz stammt aus einem Gedicht, das Hölderlin in der Mitte des Lebens seiner 72-jährigen Großmutter widmet. Mit der Erinnerung an sie kommen wehmütig die Erfahrungen und die Religion der Kindheit hoch; aber inzwischen hat ihn das Leben hart gemacht und dem Glauben an Jesus Christus, den „*Hohen*“, den „*einzigsten Mann, göttlich im Geiste*“ entfremdet: „*Manches hab ich versucht und geträumt und habe die Brust mir wund gerungen.*“

Vielleicht geht es etlichen unter Ihnen ja ähnlich. Deshalb wünsche ich Ihnen, dass Sie mit Hölderlin sagen können: „*Kommen will ich zu dir; dann segne den Enkel noch einmal, dass dir halte der Mann, was er als Knabe gelobt.*“

So grüßt Sie mit des Papstes Hölderlinzitat

Ihr



rung der Märkte verlässt und in dem Einzelne glauben, dass alles erlaubt ist und es keine Grenzen gibt. „Die aktuelle Krise zeigt die Notwendigkeit einer Verbindung zwischen Ethik und Wirtschaft auf. Und sie offenbart die Anfälligkeit eines Wirtschaftsmodells für Exzesse, die schließlich zu seinem Scheitern geführt haben. Ein Modell, in dem die Akteure glauben, alles sei möglich, und in dem der blinde Glauben an die Fähigkeit des Markts zur Selbstregulierung herrscht und schwere Verfehlungen an der Tagesordnung sind. Ein Modell, in dem die Marktregulatoren schwach oder die Opfer der zu Regulierenden sind, in dem die Boni für hochrangige Manager aus ethischer Sicht vollkommen intolerabel sind – hierbei kann es sich um kein Modell handeln, durch das die Welt vorankommt.“

Letztlich muss unser Handeln von höheren moralischen Normen und einer tiefen Überzeugung geleitet werden, dass wir eine Wirtschaftsordnung schaffen, die jedem Einzelnen dient.

In diesem Punkt bin ich Bruder im Geiste mit Marx – wobei ich nicht Karl, sondern Reinhard Marx meine. Kardinal Marx vertritt zu Recht die Meinung, dass die Wirtschaft kein Selbstzweck ist, sondern im Dienst des Menschen steht.

Sich um das Wohlergehen seines Nächsten zu sorgen, ist nicht nur ein ethischer Grundsatz des christlichen Glaubens, sondern auch aus ökonomischer Sicht überaus sinnvoll. Niemand weiß das besser als die erfolgreichen bayerischen Unternehmer mit ihren vielfältigen wirtschaftlichen Verbindungen. Interdependenz ist mehr als nur ein Schlagwort. Das wirtschaftliche Wohlergehen unserer Nachbarländer betrifft uns unmittelbar.

Die Frage und Herausforderung, die sich heute den politischen Entscheidungsträgern Europas stellt, ist also folgende: wie schaffen wir wieder Vertrauen, dass unsere Volkswirtschaften in der Lage sind, Wachstum zu generieren, Wohlstand zu schaffen und somit letztlich den Menschen zu dienen? Wie können wir unser Wirtschaftsmodell derart gestalten, dass die Freiheit des Einzelnen, aber auch soziale Gerechtigkeit ermöglicht wird? Und wie erreichen wir, die Europäische Union, das richtige Gleichgewicht zwischen den Verantwortlichkeiten der einzelnen Länder und denen der Union als Ganzes?



Kennen und schätzen sich schon lange: Mario Draghi und Theo Waigel.



Auch kritischen Fragen musste sich Mario Draghi stellen. Ein Aktivist der Organisation „Attac“ stellte die Wachstums-Philosophie des EZB Präsidenten in Frage.

1. Wie die EZB ihren Beitrag leistet

Zunächst einmal möchte ich auf die Rolle der Europäischen Zentralbank (EZB) eingehen.

Die Bevölkerung des Euroraums hat uns eine besondere Verantwortung übertragen: die Gewährleistung von Preisstabilität. Diese ist die Grundlage einer gut funktionierenden Volkswirtschaft. Preisstabilität bildet das Fundament einer gerechten Gesellschaft. Sie ist ein Gemeingut für alle Europäer.

Wie Walter Eucken, einer der Väter des Ordoliberalismus, es 1952 formulierte: „*Alle Bemühungen, eine Wettbewerbsordnung zu verwirklichen, sind umsonst, solange eine gewisse Stabilität des Geldwertes nicht gesichert ist. Die Währungspolitik besitzt daher für die Wettbewerbsordnung ein Primat.*“

Dank Preisstabilität kann der Marktmechanismus ordnungsgemäß funktionieren. Dies ist der beste Weg, um Wachstum zu fördern, Arbeitsplätze zu schaffen und Wohlstand für alle zu ge-

nerieren. Preisstabilität sorgt dafür, dass die Kaufkraft unserer Währung und der Wert unserer Ersparnisse erhalten bleiben.

Und sie hat tief greifende soziale Auswirkungen. Stabile Preise helfen den schwächsten Mitgliedern unserer Gesellschaft – beispielsweise Rentnern oder Arbeitslosen –, die mit festen Bezügen auskommen müssen. Daher ist eine stabilitätsorientierte Geldpolitik zentrales Element der sozialen Marktwirtschaft.

Dies sind mitnichten nur theoretische Erwägungen: Die deutsche Geschichte hat uns gelehrt, dass Inflation nicht nur den wirtschaftlichen Wohlstand zunichtemacht, sondern auch die politische Stabilität gefährdet. Die tief verwurzelte Angst der Deutschen vor Inflation ist daher mehr als verständlich. Deutschlands Erfahrung ist uns als Zentralbank zugleich eindringliche Mahnung und feste Verpflichtung.

Die Herausforderungen der Krise

Preisstabilität zu bewahren erfordert aber heutzutage andere Maßnahmen als früher. Es bedurfte neuer Instrumente, um sicherzustellen, dass unsere geldpolitischen Entscheidungen Unternehmen und private Haushalte auch wirklich erreichen.

Dies liegt darin begründet, dass die Krise zu einer schwerwiegenden Fragmentierung des Finanzsystems im Eurogebiet geführt hat. Die Art und Weise, wie unsere Leitzinsänderungen von den Banken an die Gesamtwirtschaft weitergegeben werden, wurde durch sie massiv gestört. Infolgedessen konnten unsere niedrigen Zinsen schlicht und einfach die Menschen in einigen Teilen des Euroraums nicht erreichen.

Dies klingt sehr technisch, aber die sogenannte Transmission von Zinssätzen ist ungemein wichtig. Das Eurogebiet ist ein bankenbasierter Wirtschaftsraum: Rund drei Viertel der Unternehmensfinanzierung stammt von Banken. Wenn Banken in einigen Ländern für ihre Kredite also horrenden Zinsen verlangen, hat dies verheerende Folgen.

Dann kann es sein, dass wirtschaftlich vollkommen gesunde und wettbewerbsfähige Unternehmen schließen müssen; dass neue Kredite für Erfolg versprechende Investitionen einfach nicht verfügbar sind. Und dies nicht,



Mit skeptischem Blick, aber sehr interessiert verfolgte Professor Dr. Jürgen Habermas, mittlerweile regelmäßiger Teilnehmer an Akademieveranstaltungen, die Rede Draghis.

weil die Geschäftsmodelle der Unternehmen fehlerhaft sind oder die Investitionsvorhaben zu riskant, sondern schlicht und ergreifend, weil die Unternehmen ihren Sitz im falschen Land haben.

In der ersten Hälfte des vergangenen Jahres war die Fragmentierung der Finanzmärkte im Euroraum derart eskaliert, dass einige Anleger die Zukunft unserer Währung infrage stellten. Befürchtungen hinsichtlich eines möglichen Auseinanderbrechens unseres Währungsraums führten dazu, dass Kapital von Peripherie- in Kernländer floss. Bei manchen Finanzmarktakteuren schwand das Vertrauen in die Grundfesten unserer Währung, nämlich dass überall in der Währungsunion gilt: ein Euro ist ein Euro.

Eine Währung, deren Integrität angezweifelt wird, kann nicht stabil sein.

Es stellte sich also die Frage, ob wir den Dingen einfach ihren Lauf lassen und schwerwiegende Risiken für die Preisstabilität in Kauf nehmen. Oder ob wir, gemäß unserem Mandat, die Verantwortung dafür übernehmen, die Stabilität des Euro und unserer Währungsunion zu verteidigen.

Die zu treffenden Entscheidungen waren schwierig und von grundlegend existenzieller Natur. Sie mussten wohl durchdacht werden, was eine eingehende Einschätzung der kurz- und langfristigen Risiken erforderte. Auch galt es, umfassend und ernsthaft mögliche Alternativen zu erwägen. Und Mut war gefordert, um der unausweichlichen Kritik zu begegnen und um mit denjenigen in einen Dialog zu treten, die anderer Meinung waren als wir.

Wir entschieden uns, zu handeln, weil dies unserer Auffassung nach zur Sicherung der Preisstabilität richtig und notwendig war.

Verteidigung der Transmission der Geldpolitik

Im ersten Schritt ergriffen wir Maßnahmen, um Blockaden zu beseitigen, die die Banken daran hinderten, unsere niedrigen Zinsen an die Kreditnehmer weiterzugeben. Im Rahmen unserer Geschäfte konnten die Banken so viel Liquidität aufnehmen, wie sie brauchten. Sie konnten eine breitere Auswahl an Sicherheiten einsetzen, um Zugang zu Zentralbankliquidität zu erhalten. Und

wir verlängerten die Laufzeit unserer Geschäfte auf bis zu drei Jahre.

In einem weiteren Schritt gingen wir gegen die unbegründeten Ängste über die Zukunft des Eurogebiets vor, die die Stabilität unserer Währung untergruben.

Wir riefen eine neue Maßnahme, die geldpolitischen Outright-Geschäfte (kurz OMTs genannt) ins Leben, um einen hochwirksamen Sicherungsmechanismus für den Staatsanleihemarkt bereitzustellen.

Wir konzentrierten uns auf den Anleihemarkt, da dieser wichtige Auswirkungen für andere Märkte hat. Die Ängste am Staatsanleihemarkt ergriffen schließlich auch das Bankensystem. Sie lähmten die Wirtschaft und stellten letztlich eine Gefahr für die Preisstabilität dar. Durch die Schaffung eines glaubwürdigen Sicherungsmechanismus konnten wir die Ängste unmittelbar an der Quelle beseitigen.

Bei Betrachtung der wirtschaftlichen Fundamentaldaten waren diese Ängste

unbegründet. Sie entstanden aufgrund von Marktversagen: das Handeln der einzelnen Anleger schien rational zu sein, hatte aber in der Gesamtheit der individuellen Handlungen destruktive Auswirkungen. Durch Marktpanik wurden Länder, die grundlegende Anpassungsprozesse durchlaufen, an die Wand gedrängt. Dies hätte unnötig wirtschaftliche Schwierigkeiten und soziale Probleme verursacht.

Über die OMTs ist viel geschrieben worden, vor allem hier in Deutschland. In der Diskussion kamen Fragen auf wie:

- Ist die EZB immer noch unabhängig?
- Hat sie weiterhin die Bekämpfung von Inflation fest im Blick?

Beide Fragen kann ich mit einem entschiedenen Ja beantworten. **Erstens** bewahren wir uns immer unsere Unabhängigkeit. Wir treffen alle unsere geldpolitischen Entscheidungen in voller Unabhängigkeit. Und wir haben die OMTs so konzipiert, dass diese Entscheidungen niemals durch die Haushaltspolitik dominiert werden könnten. Aus diesem Grund ist ein striktes wirtschaftliches Anpassungsprogramm Voraussetzung für den Zugang zu OMTs. Dadurch ist sichergestellt, dass wir überhaupt nur in Ländern intervenieren, in denen strikte Haushaltsdisziplin praktiziert wird.

Zweitens behalten wir die Inflation immer im Auge. Wir wissen, dass die Menschen sich Sorgen über mögliche Inflationsgefahren machen. Wir nehmen diese Sorgen sehr ernst. Es ist jedoch nicht richtig, eine automatische Verbindung zwischen der Schaffung von Zentralbankliquidität und einem Anstieg der Geldmenge herzustellen. Die von uns bereitgestellte Liquidität wird in jenen Märkten verwendet, in denen die Banken einander Kredite gewähren. Durch sie erhöht sich nicht automatisch die Kredit- oder Geldmenge in der Wirtschaft, und es entsteht auch nicht automatisch Preisdruck.

Tatsächlich liegt das Geldmengenwachstum derzeit weit unter einem inflationären Niveau. Die Kreditvergabe an den Privatsektor entwickelt sich insgesamt recht schwach und schrumpft sogar in weiten Teilen des Eurogebiets. Die Inflationserwartungen sind fest verankert. Die Risiken für die zukünftige Preisstabilität sind klar unter Kontrolle.



Der Finanzwissenschaftler Professor Dr. Wolfgang Gerke, Präsident des Bayerischen Finanzzentrums, ist sonst in den

Medien ein gefragter Interviewpartner rund um die Währungskrisen. Diesmal stellte er selbst Fragen.

Themen „zur Debatte“

Editorial	2
Mario Draghi. Präsident der EZB	
Kurs und Rolle der Europäischen Zentralbank bei der Krise im Eurogebiet	1
Deutsche Außenpolitik vor neuen Herausforderungen	
Eingangsstatement Werner Weidenfeld	7
Zielsetzungen, Handlungsspielräume und Anforderungen deutscher Außenpolitik Thomas Bagger	9
Deutsche Sicherheitspolitik im Rahmen der NATO Karl-Heinz Kamp	10
Deutschland im Krieg – Friedenspolitische Herausforderungen in veränderter Weltlage Markus Kaim	11
Sicherheitspolitische Folgerungen aus einer globalisierten Welt Michael Rühle	12
Der Nahe Osten Michael Stürmer	13
Deutschland in den Augen der Welt. Eine amerikanische Sicht James W. Davis	14
Blick von China auf die deutsche Außenpolitik Anja Senz	15
Rätsel Russland Michael Stürmer	16
1812. Napoleon in Moskau – ein europäisches Gedenkjahr	
Aufstieg und Fall des napoleonischen Empire Volker Hunecke	17
1812 in der Geschichte Russlands: Ereignis und Erinnerung Guido Hausmann	20
Napoleons Russlandfeldzug 1812 im Spiegel bayerischer Ego-Dokumente Julia Murken	24
Ein Barock für heute?	
Katholische Kultur im Heiligen Römischen Reich in der Barockzeit Peter Claus Hartmann	27
Wirtschaftsformen und soziales Verhalten im katholischen Barock Peter Hersche	31
Christentum und Buddhismus im Gespräch	
Buddhas weibliche Seite	
War Buddha ein Frauenbefreier? Buddhas Haltung Frauen gegenüber Carola Roloff	35
Die Bedeutung von Göttinnen und weiblichen Buddhas Peter Gäng	37
Was bringen die Frauen dem Buddhismus, und wie geht er mit der Emanzipation um? Vajramala S. Thielow	39
Verändert sich die Praxis buddhistischer Spiritualität durch Frauen/weibliche Lehrer? Lily Besilly	41
Katholiken sind anders, als Kirche vermutet	
Wie sehen Katholiken ihre Kirche? Sondierungen in Deutschlands größter Religionsgemeinschaft Ludwig Ring-Eifel	43
Tatort am Sonntag. Religion in der ARD-Kultserie	
„Es geht um Erlösung“ Claudia Stockinger	45
Impressum	47



Prof. Dr. Franz-Christoph Zeitler (re.), früherer Vizepräsident der Deutschen Bundesbank, zeigte sich sehr einverstanden mit Mario Draghis Vortrag, wie er mit den beiden erhobenen Daumen deutlich machte. Vor einem Jahr hielt Professor Zeitler in der Akademie

ebenfalls einen Vortrag zur Finanzkrise, bei dem Griechenland im Mittelpunkt stand. In der Mediathek der Akademie ist ein Kurz-Video zu sehen. Den Vortrag von Professor Zeitler finden Sie dokumentiert in der Ausgabe 6/2012.

Die euroraumweite Dimension unserer Maßnahmen

Lassen Sie mich auch betonen, dass unsere Maßnahmen keinesfalls nur dazu dienen, den Menschen in finanziell angeschlagenen Ländern zu helfen. Vielmehr kommen sie, im Einklang mit unserem Mandat, den Menschen im gesamten Eurogebiet zugute. Viele der außergewöhnlichen Entwicklungen an den Finanzmärkten, die die Menschen in Deutschland umtreiben, wie beispielsweise die geringe Verzinsung ihrer Ersparnisse oder die großen Ungleichgewichte im Zahlungssystem TARGET2, sind schlicht und ergreifend Ausdruck der Fragmentierung in den übrigen Euro-Ländern.

Wenn Kapital aus Ländern mit finanzieller Schieflage in als sicher geltende Länder wie Deutschland abfließt,

dann steigen die Zinsen dort, während sie hierzulande fallen. Diese Kapitalströme sind ursächlich für den Aufbau der TARGET2-Ungleichgewichte.

Dass diese Ungleichgewichte jedoch ausschließlich im Fall eines Zusammenbruchs des Euroraums auch Folgen für die deutschen Steuerzahler haben würden, bleibt in der Debatte sehr unterbelichtet. Das heißt, wenn die EZB Maßnahmen zum Schutz des Euroraums vor einem derartigen Ereignis ergreift – wie die OMTs – dann verringert das auch die hypothetisch bestehenden Risiken für die deutschen Steuerzahler.

Genau dies lässt sich derzeit beobachten. Seit Ankündigung der OMTs sind die TARGET2-Salden der Deutschen Bundesbank um mehr als 100 Milliarden Euro gesunken – um nur ein Beispiel zu nennen.

Kurzum: Die EZB hat bislang alle notwendigen Maßnahmen zur Erfüllung ihres Mandats ergriffen und wird dies auch in Zukunft tun. Im Interesse aller Bürger des Euroraums sind wir dazu verpflichtet, die Integrität unserer Währung zu wahren.

Unsere Maßnahmen sollen weder Banken noch Regierungen helfen. Wir handeln vielmehr, um die Kreditvergabe an Unternehmen und private Haushalte aufrechtzuerhalten. Wir handeln, um Preisstabilität zu bewahren.

Interessanterweise fragen sich die Menschen hierzulande, ob die EZB nicht zu viel tut. Andernorts im Eurogebiet will man hingegen von mir wissen, warum wir nicht mehr tun. Kürzlich sprach ich vor dem spanischen Parlament in Madrid. Die dort geäußerten Bedenken haben wenig mit dem gemein, was ich hier in Deutschland höre. Die Menschen dort machen sich Sorgen, dass die stagnierende Wirtschaft eine „verlorene Generation“ hinterlässt: Junge Menschen, die keine Arbeit und – was noch schlimmer ist – auch keine Hoffnung mehr haben.

Unsere Antwort fällt in beiden Fällen gleich aus, ungeachtet dessen, ob man von uns mehr Zurückhaltung oder stärkeres Eingreifen fordert: Wir gewährleisten Preisstabilität. Denn das ist unsere Aufgabe.

2. Wie die Regierungen ihren Beitrag leisten

Wir müssen uns aber immer wieder vor Augen halten, dass das Mandat der EZB begrenzt ist. Es gibt klare Grenzen, was mit der Geldpolitik erreicht werden kann und was mit ihr angestrebt werden sollte.

Wir können keine unsoliden Haushalte in Ordnung bringen. Wir können strauchelnden Banken nicht wieder auf die Beine helfen. Wir können nicht die tief verwurzelten strukturellen Probleme der Volkswirtschaften in Europa lösen.

Unsere Währungsunion wurde bewusst so ausgestaltet, dass derartige Maßnahmen den gewählten Regierungen der Mitgliedstaaten vorbehalten sind. Eine gemeinsame Währung ist demnach nur tragfähig, wenn jedes Land seiner eigenen Verantwortung gerecht wird.

Genau dies kommt auch im Subsidiaritätsprinzip der europäischen Verträge zum Ausdruck. In dieser Hinsicht greift es auch ein zentrales Element der Katholischen Soziallehre auf. Papst Pius XI. schrieb 1931 in der Bulle *Quadragesimo Anno*: „Es ist ein höchst gewichtiger Grundsatz, dass dasjenige, was der Einzelmensch aus eigener Initiative und mit seinen eigenen Kräften leisten kann, ihm nicht entzogen und der Gesellschaftstätigkeit zugewiesen werden darf“.

Der Einzelne muss tun, was er kann, bevor er sich hilfeschend an die Gemeinschaft wendet. Dasselbe gilt für die Länder des Euroraums. Glücklicherweise ist eben dies gerade in ganz Europa zu beobachten. Die Regierungen haben schon viel getan, um die in der Vergangenheit aufgebauten Ungleichgewichte anzugehen. Bei der Umsetzung von Wirtschaftsreformen konnten bemerkenswerte Fortschritte erzielt werden: Defizite und Leistungsbilanzungleichgewichte werden abgebaut, eine Vielzahl von Strukturereformen wurde auf den Weg gebracht.

Besonders beeindruckend ist das Ausmaß der bereits durchgeführten Anpassungen in den Ländern, die Finanzhilfe erhalten. In vielen Ländern konnten dank dieser Anstrengungen die Ursachen der Staatsschuldenkrise größtenteils beseitigt werden. Die Lage an den Staatsanleihemärkten hat sich zwar verbessert, allerdings ist die Kreditvergabe im Euroraum nach wie vor sehr fragmentiert. In einigen Ländern ist es immer noch schwierig, einen Kredit zu bekommen. Die Vorteile der schmerzhaften bis dato durchgeführten Maßnahmen kommen bislang noch nicht zum Tragen.

Die wirtschaftliche Anpassung ist zweifelsohne mit hohen sozialen Kosten verbunden. Volkswirte sprechen oft von „unvermeidbaren Anpassungskosten“, was in den Ohren mancher kalt, herzlos und nach mangelndem Mitgefühl klingen mag. Wir wissen aber genau, dass hinter den Zahlen und Fakten Menschen und ihre Schicksale stehen. Das BIP des Euroraums ist derzeit geringer als 2008. Fast 19 Millionen Menschen – also mehr Menschen als die Niederlande Einwohner haben – sind arbeitslos.

Arbeitslosigkeit hat bestürzende Aus-



Kemptens Oberbürgermeister Dr. Ulrich Netzer (Mi.), der designierte Präsident des Bayerischen Sparkassen- und Giroverbandes, zusammen mit der Familie Waigel-Epple.



Angelika Diekmann, die Verlegerin der Passauer Neuen Presse (li.), unterhielt sich lange mit Dr. Theo Waigel und dessen Frau Dr. Irene Epple-Waigel.

wirkungen: Sie macht die Motivation und Lebensfreude unserer Arbeitnehmer zunichte. Sie hindert die Menschen daran, sich als vollwertiges Mitglied der Gesellschaft zu fühlen und an ihr teilzuhaben. Sie verursacht Hoffnungslosigkeit und beraubt die junge Bevölkerung ihrer Inspirationen.

Reform als Weg zu Wachstum und Gerechtigkeit

Die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit ist daher äußerst dringlich. Die Regierungen müssen die strukturellen Probleme in ihren Ländern angehen. Sie müssen grundlegende Reformen durchführen, die das Wachstumspotenzial ihrer Volkswirtschaften erhöhen. Wir brauchen Reformen, die das Geschäftsklima verbessern, die garantieren, dass Steuerpflichtige ihre Steuern auch tatsächlich zahlen, die sicherstellen, dass der öffentliche Dienst auch wirklich der Öffentlichkeit dient.

Diese Reformen sollten nicht nur auf ein höheres Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen abzielen, sondern auch darauf, dass Wirtschaft und Gesellschaft gerechter werden. Gerechtigkeit beginnt in den Ländern selbst. In einem Land im Euroraum findet über die Hälfte der jungen Menschen zurzeit keine Arbeit. Ist es etwa gerecht, dass ein Großteil der Last des wirtschaftlichen Abschwungs auf diese Generation abgewälzt wird?

In einem anderen Land werden schätzungsweise 55 Milliarden Euro an Steuergeldern nicht gezahlt. Ist es etwa gerecht, dass deswegen andere, deren Gehälter direkt besteuert werden, die Differenz zahlen müssen? Dies sind nur zwei Beispiele, die verdeutlichen, dass derartige Reformen, die die Funktionsfähigkeit der Volkswirtschaften verbessern, diese auch gerechter machen.

Gerechtigkeit heißt auch Gerechtigkeit zwischen Generationen. Viele Länder müssen sich damit auseinandersetzen, wie sie mit einer alternden Bevölkerung einen großzügigen Sozialstaat finanzieren können. Der nicht gangbare Weg ist eine weitere Verschuldung, denn damit belasten wir nachfolgende Generationen. Ein permanentes Anhäufen von immer höheren Schuldenbergen bietet keine Grundlage für soziale Gerechtigkeit.

Die nachhaltige Lösung besteht darin, mehr Wachstum zu generieren, Wachstum, mit dem unser europäisches Sozialmodell auch weiterhin finanziert werden kann. Und dies ist nur möglich, wenn wir entschlossene Reformen umsetzen. Zweifellos ist dies ein steiniger Weg, aber es ist mutig, ihn zu gehen. Denn so werden Arbeitsplätze entstehen, und unsere Sozialstaaten bleiben auch in Zukunft finanziell tragfähig. Letztlich wird dies auch zu einer gerechteren Gesellschaft beitragen.

Aus diesem Grund ist es falsch, zu behaupten, dass diese Reformen von den Ländern nur deshalb durchgeführt werden, um die Märkte zu besänftigen oder die Anforderungen der Technokraten in Brüssel, Frankfurt oder Washington zu erfüllen. Die Länder handeln um ihrer selbst willen, in ihrem ureigensten Interesse. Es ist an der Zeit, dass diese Botschaft mehr Gehör bekommt.

Raum für gegenseitige Unterstützung

Doch was ist, wenn manche Länder es allein nicht schaffen? Wenn wir sehen, dass andere in Not sind, so gebietet uns die Nächstenliebe, ihnen zu helfen. Alles zu tun, was in unserer Macht steht, um gegen ihr Not und Elend anzugehen. Sollte dieser Grundsatz nicht auch im Euro-Währungsgebiet gelten? Sollten die Länder jenen helfen, die in Schwierigkeiten sind? Ja, das sollten sie.

Die Katholische Soziallehre versteht Subsidiarität auch immer im Zusammenhang mit gegenseitiger Unterstützung. Das Bindeglied zwischen beiden aber ist *Vertrauen*.

Vertrauen darauf, dass jedes Land seinen Haushalt selbst in Ordnung bringt – auch dann, wenn dies politisch schwierig ist.

Vertrauen darauf, dass sich alle an die Regeln halten – auch wenn dies unpopuläre Entscheidungen erfordert.

Vertrauen, dass jeder einen Teil seiner Souveränität abgibt – auch wenn das einen Bruch mit der Vergangenheit bedeutet.

Dieses Vertrauen entsteht nicht durch hehre Worte, sondern durch Taten. Das ist ein weiterer Grund, warum der Reformprozess im gesamten Euroraum so wichtig ist. Er zeigt, dass die Länder bereit und willens sind, vollwertige Mitglieder der Gemeinschaft zu sein. Und dies bildet die Basis für gegenseitige Unterstützung zwischen den Staaten.

Gewiss helfen die Länder in Europa einander schon viel. Großzügige Finanzhilfe wird Ländern mit Finanzierungsproblemen gewährt, und zwar unter der Bedingung, dass sie ihre grundlegenden Probleme beseitigen. Meiner Meinung nach sollten wir aber, wenn die Vertrauensbasis geschaffen wurde, noch mehr tun.

Wir sollten gemeinsam Verantwortung für nationale Wirtschafts- und Finanzpolitik übernehmen, um sicherzustellen, dass Länder erst gar nicht in Schwierigkeiten geraten. Wir sollten gemeinsame Ressourcen besser nutzen, um Reformen anzustoßen und der Dynamik unserer Volkswirtschaften neuen Auftrieb zu verleihen. Anders gesagt: Wir sollten danach streben, in Europa eine starke und tiefgreifende wirtschaftliche wie auch politische Union zu schaffen; zum Wohle aller Mitglieder des Euroraums.

Wie ich eingangs sagte, stellt sich die soziale Frage heutzutage nicht nur auf nationaler Ebene, sondern grenzüberschreitend. Für Europa liegt der Schlüssel zu deren Beantwortung in der Schaffung einer stärkeren Union, die auf gegenseitigem Vertrauen basiert.

3. Abschließende Bemerkungen

Abschließend möchte ich noch mal auf den Gedanken von Kardinal Reinhard Marx zurückkommen, nämlich, dass die Wirtschaft im Dienst des Menschen stehen sollte. Unsere gemeinsame Währung ist kein Selbstzweck, sondern ein Mittel zum Zweck. Der Wirtschaftswissenschaftler und Nobelpreisträger Amartya Sen erinnert uns daran, dass hehre Ziele wie der Binnenmarkt und die Währungsunion nicht unsere soziale Verpflichtung, für das Wohl und für die Grundfreiheiten der Menschen zu sorgen, in den Schatten stellen sollten. (*A. K. Sen in Social Commitment and Democracy: The Demands of Equity and Financial Conservatism* in P. Barker (Hrsg.), *Living as Equals*, 1996).

Unsere gemeinsame Währung soll Frieden zwischen den Nationen sichern und unseren gemeinsamen Wohlstand fördern. Diesbezüglich haben wir schon Einiges erreicht: Krieg zwischen den Ländern Europas ist undenkbar geworden. Wir haben unsere Staaten und Märkte integriert. Nie zuvor herrschte in der Nachkriegszeit so viele Jahre lang Preisstabilität wie seit der Errichtung der EZB.

Es gibt aber auch Bereiche, in denen wir noch keine ausreichenden Erfolge verzeichnen können: Die sehr schwierige wirtschaftliche Lage in einigen Teilen des Eurogebiets zeugt davon. Wir können es uns daher nicht leisten, den Status quo beizubehalten.

Die Akademie im Fokus der Medien



Kameras zeichneten die Rede Mario Draghis auf – die Bilder wurden per Satellit übertragen.

„Reden hier bei Ihnen in der Akademie sonst immer die Bischöfe?“ Die Frage des Reporters der Nachrichtenagentur Reuters wurde fast geflüstert. Zusammen mit rund zwei Dutzend Kolleginnen und Kollegen sehr unterschiedlicher Medien (kurze Passagen der in Printmedien publizierten Texte finden Sie im Anschluss) war der Finanzexperte seiner Redaktion zum Vortrag von Mario Draghi in die Akademie gekommen, um – wie er sagte – aus der Häufigkeit, mit der bestimmte Begriffe in der Rede des EZB-Präsidenten auftauchen, auf dessen finanzpolitische Intentionen zu lauschen und entsprechende Meldungen sofort über den Laptop online zu verbreiten.

Nachdem Rede und Fragerunde vorbei und die entsprechenden Meldungen ins Netz gestellt waren, kehrte auf den Plätzen der Finanz-Journalisten – außer Reuters waren noch dpa, MNI, CNBC, Bloomberg TV, Bloomberg Radio, dowjones.com, Smart Investor, und sogar der englischsprachige Dienst von Reuters mit vertreten – Ruhe ein. Mit einem Glas Wein und etwas Brot in der Hand fanden die auf Echtzeit getrimmten Finanzjournalisten die Zeit, den Ort der Veranstaltung wahrzunehmen. Interessiertes Blättern durch das – auf Papier gedruckte – Halbjahresprogramm und die Wahrnehmung der Vielfalt der in der Akademie behandelten Themen führten dazu, dass die Journalisten sich noch ein zweites Gläschen gönnten und sich das ein oder andere Gespräch entspann, das nicht Finanzen zum Thema hatte.

Weniger ruhig konnte es ein Journalist des Mailänder Senders tm-news angehen lassen. Er war anlässlich des am selben Tag stattfindenden Besuchs des italienischen Staatspräsidenten Giorgio Napolitano nach München gekommen und hatte – während des Termins im Hotel Vier Jahreszeiten – von der Zentrale noch den Auftrag bekommen, „sich um Draghi zu kümmern“, wie er in sehr gutem Deutsch erzählte. Froh, einen der letzten freien Plätze im Atrium, seitlich vom Podium zu bekommen, meldete er immer wieder per

SMS den Stand nach Mailand. Ein kurzes Interview, das er nach der Diskussion noch mit Mario Draghi führen wollte, kam aber nicht zustande, und ein Taxi musste ihn schnell zum letzten Flugzeug bringen, das am Abend noch von München nach Mailand ging.

Im Park und im Hof der Akademie standen den ganzen Abend lang drei Satelliten-Übertragungswagen. Neben Bloomberg TV und CNBC-Fernsehen hatte auch das ZDF ein Team geschickt.

Die via Satellit gesendeten Bilder aus der Akademie flossen in einen Beitrag des heute journals vom selben Abend ein, in der es um Italien und die Finanzkrise in Europa ging. Während mit der Übertragung alles gut ging, sprang der Kleinbus des ZDF in der Nacht nicht mehr an, so dass ein Starterkabel und der Transporter der Akademie von Nöten waren, um die öffentlich-rechtliche Batterie wieder mit Saft zu versorgen. Die beiden anderen Satelliten sorgten mit Hilfe eines life-feeds dafür, dass die Redaktionen in Frankfurt und London ebenfalls in Echtzeit über Draghis Rede informiert waren.

Zeit zur Analyse nahm sich der Bayerische Rundfunk. Ein fünfminütiger Beitrag auf der Wirtschaftsschiene von BR 5 aktuell fasste am darauffolgenden Samstag die Kernaussagen des EZB-Präsidenten zusammen. Kurze Statements von anwesenden Wirtschaftsfachleuten ergänzten die umfassende Berichterstattung des BR-Hörfunks.

Das technisch größte Team des Abends stellte das Bayerische Fernsehen, das die Rede Mario Draghis aufzeichnete, um sie als einen Baustein in den Beitrag „Die Deutschen in Europa“ zu integrieren, der am 14. April 2013 in der Reihe „alpha-lógos“ auf dem Programm steht. Über die Homepage der Akademie <http://mediathek.kath-akademie-bayern.de/akademiebei-br-alpha> können Sie ab diesem Datum den Beitrag auch in der Mediathek des Bildungskanals BR-alpha sehen.

Robert Walser

Vor wenigen Tagen rief uns Bundespräsident Joachim Gauck mit den Worten „Europa braucht jetzt keine Bedenkenträger, sondern Bannerträger“ dazu auf, mehr Mut zu mehr Europa zu haben. In diesem Sinne müssen wir unseren Sozialmodellen durch die Reform

unserer Volkswirtschaften neuen Auftrieb verleihen. Und wir müssen den Marktmechanismus in den Dienst der Menschen stellen. Denn nur so können wir unser aller wichtigstes Kapital bewahren: den Menschen in seiner Würde und Ganzheit. □

Presse

Frankfurter Allgemeine Zeitung

28. Februar 2013 – Der EZB-Präsident Mario Draghi hat am Mittwoch die Schaffung einer tiefgreifenden wirtschaftlichen und politischen Union in Europa gefordert. „Wir sollten gemeinsam Verantwortung für nationale Wirtschafts- und Finanzpolitik übernehmen, um sicherzustellen, dass Länder erst gar nicht in Schwierigkeiten geraten“, sagte Draghi in einer programmatischen Rede in der Katholischen Akademie in München. Der Präsident der Europäischen Zentralbank berief sich dabei ausdrücklich auf Nächstenliebe und Subsidiarität. Diese Grundsätze sollten auch zwischen den Ländern des Euroraums gelten. Die Katholische Soziallehre verstehe Subsidiarität im Zusammenhang mit gegenseitiger Unterstützung.

Christoph Ruhkamp

Die Abendzeitung

28. Februar 2013 – „Komm doch einfach nach München und stell' dich“, hatte ihm der ehemalige Finanzminister und CSU-Chef Theo Waigel geraten. Als Antwort auf die Beleidigungen durch seine Partei. Deren Generalsekretär Alexander Dobrindt hatte den Präsidenten der Europäischen Zentralbank (EZB) Mario Draghi als „Falschmünzer“ beschimpft. Draghi hatte in der Eurokrise vorgeschlagen, eine Zinsobergrenze beim Ankauf von Staatsanleihen aus Krisenländern einzuführen. Ein halbes Jahr sind diese Attacken her. Gestern kam Draghi nach München und erläuterte die Geldpolitik der EZB vor über 500 Gästen in der Katholischen Akademie.

Münchner Merkur

1. März 2013 – Er gilt als gewiefter Taktiker und nüchterner Zahlenmensch. Mario Draghi weiß, dass ein einziges falsches Wort von ihm weltweit die Börsen zum Absturz bringen kann. Klar muss der Präsident der Europäischen Zentralbank schon deshalb kühl und zurückhaltend wirken. In der Katholischen Akademie in der Schwabinger Mandlstraße präsentierte sich am Mittwochabend ein ganz anderer Mario Draghi. Er sagte – das war vorher ausgehandelt – kein Wort zu aktuellen Fragen, vor allem keines zur Lage in seiner Heimat Italien. Dafür gab er einiges von dem Preis, was ihn, den scheinbar zu kühlen Währungshüter und ehemaligen Investmentbanker, wirklich bewegt. Diese Frage zog trotz des Fußball-Pokalspiels und des Starkbier-Anstichs mehr als 500 Zuhörer in den randvollen Saal der Akademie. Darunter waren Hypo-Vereinsbank-Chef Theo Weimer, Ex-Finanzminister Theo Waigel, der frühere bayerische Wirtschaftsminister Otto Wiesheu und der Philosoph Jürgen Habermas.

Martin Prem

Süddeutsche Zeitung

1. März 2013 – Alexander Radwan ist Mitglied beim FC Bayern München und einem Starkbier nicht abgeneigt. Aber manchmal gibt es wichtigere Dinge im Leben. Die Rettung des Euro zum Beispiel.

Es ist ein typischer Münchner Abend: In der Stadt ist zu viel los. Da sind nicht nur die üblichen Soft-Openings der Boutiquen in der Maximilianstraße mit Flying Buffets. Im Angebot für die Großkopferten sind auch das Politikerderblecken auf dem Nockherberg und das Pokalspiel in der Arena, wo sich laut Uli Hoeneß gerade die „deutschen Verhältnisse“ klären. Manche Leute sind so wichtig, dass sie alles schaffen. Radwan aber ist der gemütliche Typ,

das tut er sich nicht an, er will einfach nur Mario Draghi sehen. Der Präsident der Europäischen Zentralbank spricht in der Katholischen Akademie. Ein eher unglamouröser Ort, für ein wenig Farbe sorgen nur die Plakate eines Häufleins Attac-Aktivistinnen vor der Tür. (...) Den EZB-Chef fragt Radwan später, wie er den Widerspruch beurteile, dass die Länder sparen und zugleich Wachstum erzeugen sollen. Draghi gibt darauf eine sehr wirtschaftsphilosophische Antwort – ohne eindeutige Lösung. Europa sei wie ein Fahrrad, man könne nicht fahren und gleichzeitig stillstehen, sagt er. Da gibt er Radwan recht. Die EZB kümmere sich aber darum – „versprochen“.

Ulrike Heidenreich

Süddeutsche Zeitung

1. März 2013 – München, Mittwochabend. Mario Draghi ist zu Gast in der Katholischen Akademie, Journalisten aus aller Welt lauern mit Laptops auf den Knien, um auf keinen Fall wegweisende Worte zu verpassen, wo die Märkte doch gerade auf Italien lauern. Draghi, der ehemalige Wirtschaftsprofessor, beginnt mit dem Abschied Papst Benedikts, spricht von den ethischen Werten, die auch in der Wirtschaft wichtig sind, geißelt den Homo Oeconomicus, das lebensferne Modell des rein rationalen Handelns. Dann kommt er zu Marx, wohlgermerkt Kardinal Reinhard, nicht Nationalökonom Karl, lobt die katholische Soziallehre, anschließend Walter Eucken und die Soziale Marktwirtschaft. Schließlich skizziert er seine Vision eines politisch vereinten Europas. Die Aufgabe der Zentralbank dabei: Preisstabilität, für alles andere seien die Länder selbst verantwortlich. Punkt.

Oliver Hollenstein

Evangelischer Pressedienst

1. März 2013 – Ohne Ethik ist nach Ansicht des Präsidenten der Europäischen Zentralbank Mario Draghi keine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung möglich: „Wir können uns kein Wirtschaftsmodell leisten, in dem Exzesse widerspruchslos toleriert werden, das sich ganz und gar auf die Selbstregulierung der Märkte verlässt und in dem Einzelne glauben, dass alles erlaubt ist und es keine Grenzen gibt“, sagte Draghi am Mittwochabend in der Katholischen Akademie in Bayern. (...) Die gemeinsame Währung in Europa solle kein „Selbstzweck“ sein, sondern den Frieden zwischen den Nationen und den gemeinsamen Wohlstand des Euroraums sichern, bemerkte Draghi abschließend.

Lena Kettner

Der Neue Tag

1. März 2013 – Der EZB-Präsident wird an diesem Abend vielfach apostrophiert, als „preußischster Italiener“ oder als „katholischster Lutheraner“. Das nachdrücklichste Lob kommt vom ehemaligen Bundesfinanzminister Theo Waigel, der den Kontakt zu Mario Draghi hergestellt hatte. Dieser sei „ein introvertierter Mensch und an diesem Tag weit aus sich herausgegangen.“ Der Akademiedirektor erzählte, dass der EZB-Präsident ursprünglich sogar in der Akademie übernachten wollte, aber wegen der Entwicklungen zurück nach Frankfurt müsste. „Ein guter Freund wird erst in einer schwierigen Zeit erkannt“, sagte Florian Schuller, auch er ein Jesuitenschüler, zum Abschied.

Alexander Pausch

Der Spiegel

4. März 2013 – Zur Welt des Glaubens pflegt Mario Draghi ein enges Verhältnis. Seine Schulbildung erhielt der Chef der Europäischen Zentralbank (EZB) in einem römischen Jesuitenkolleg, er schrieb Namensbeiträge für das Vatikan-Blatt „L'Osservatore Romano“,



Der Landtagsabgeordnete Alexander Radwan (li.) tauscht sich mit Kemptens Oberbürgermeister Ulrich Netzer aus.

und als er vergangene Woche Grundsätzliches zur Krise im Euro-Gebiet zu sagen hatte, wählte er als Ort der Verkündigung die Katholische Akademie in München. Nächstenliebe sei „nicht nur ein ethischer Grundsatz des christlichen Glaubens“, predigte er neben einem von Kerzen beleuchteten Kreuzifix, sie sei „auch aus ökonomischer Sicht überaus sinnvoll“.

Kein Wunder, dass Draghis Appelle an die Regierungen allmählich die Form von Predigten annehmen. „Der Einzelne muss tun, was er kann, bevor er sich hilfesuchend an die Gemeinschaft wendet“, erklärte Draghi seinen Zuhörern. „Dasselbe gilt für die Länder des Euroraums.“

Dinah Deckstein

Straubinger Tagblatt

1. März 2013 – In München lernen die Zuhörer zunächst einen ganz anderen Draghi kennen: den Katholiken Draghi. So erinnert sich der Italiener zu Beginn seines Vortrags an seine Zeit in der Jesuitenschule. Damals habe er gelernt, dass alles Streben immer mit Integrität und einer moralischen Zielvorgabe verbunden sein müsse, sagt Draghi. Das bedeutet für ihn auch: Ohne Ethik kann es keine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung geben. „Wir können uns kein Wirtschaftsmodell leisten, in dem Exzesse widerspruchslos toleriert werden, das sich ganz und gar auf die Selbstregulierung der Märkte verlässt und in dem Einzelne glauben, dass alles erlaubt ist und es keine Grenzen gibt.“

Markus Lohmüller

Rheinische Post

2. März 2013 – Der Präsident der Europäischen Zentralbank EZB, Mario Draghi, plädiert für eine Wiederbelebung der Christlichen Soziallehre in der Wirtschaftswelt. Der von Jesuiten geschulte italienische Ökonomieprofessor sagte bei der Katholischen Akademie Bayern in München: „Ganze Länder leiden unter den Folgen fehlgeleiteter Politik“. Die Krise habe das Vertrauen erschüttert, ob der Markt in der Lage sei, Wohlstand für alle hervorzubringen. Draghi: „Europas Sozialmodell wurde auf eine Belastungsprobe gestellt. Das rationale Handeln des „Homo oeconomicus“ schien losgelöst von ethischen Erwägungen wie Nächstenliebe, Mitgefühl und Anstand.“

Reinhold Michels

Die Tagespost

3. März 2013 – „Die Regierungen müssen die strukturellen Probleme in ihren Ländern angehen“, forderte Mario Draghi vor rund 550 Gästen. Mit grundlegenden Reformen könne das Wachstumspotenzial der Volkswirtschaften im Währungsraum erhöht und die „äußerst dringliche Bekämpfung von Arbeitslosigkeit“ ermöglicht werden. Draghi forderte mehr Wachstum in der Eurozone. „Dies ist nur möglich, wenn wir entschlossene Reformen umsetzen“, so der Notenbankchef. Das sei aber die Aufgabe der Politik und nicht der EZB. Wir können keine unsoliden Haushalte in Ordnung bringen. Wir können nicht die tief verwurzelten strukturellen Probleme der Volkswirtschaften in der Eurozone lösen“, meinte Draghi.

Clemens Mann

Augsburger Allgemeine

1. März 2013 – Der Italiener schweigt zu Italien. Er ist jemand, der nicht immer sagen kann, was er denkt. Zur Wahl in seinem Heimatland äußert sich der Chef der Europäischen Zentralbank deshalb nicht in seinem abendlichen Gastvortrag an der Katholischen Akademie, einen Steinwurf vom Englischen Garten entfernt. Denn ein falscher Satz Mario Draghis kann an den Finanzmärkten schnell zu Verwerfungen führen. Erst neulich hatte sein skeptischer Kommentar zu den Euro-Kursgewinnen der Gemeinschaftswährung am gleichen Tag den kräftigsten Kursrutsch seit über einem halben Jahr beschert.

Michael Kerler

Draghi in der Mediathek

Den Vortrag des EZB-Präsidenten in englischer Sprache <http://mediathek.kath-akademie-bayern.de/audio/mario-draghi-englisch> und die deutsche Version in der Übersetzung von Nina Hagedorfer und Brigitte Marcolla <http://mediathek.kath-akademie-bayern.de/audio/mario-draghi-deutsch> finden Sie in unserer Mediathek zum Nachhören. Zusätzliche Fotos von der Veranstaltung sind ebenfalls in der Mediathek. Schauen Sie unter <http://mediathek.kath-akademie-bayern.de/buch/mario-draghi-255>

Deutsche Außenpolitik vor neuen Herausforderungen

Die Tagung „Deutsche Außenpolitik vor neuen Herausforderungen“ am 17. und 18. Oktober 2012 beleuchtete zentrale Felder der deutschen Außenpolitik. In Statements und Diskussionen legten Wissenschaftler, Journalisten, Politiker sowie Vertreter des Auswärtigen Amtes und der NATO ihre Sicht der Dinge dar. Eröffnet hatte die Tagung am Abend des 17. Oktobers

Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble mit seinem Vortrag „Scheitert der Westen an seiner Gier?“ Lesen Sie hier die Statements der Tagung. Den Vortrag von Wolfgang Schäuble finden Sie als Audiofile zum Nachhören in unserer Mediathek (<http://mediathek.kath-akademie-bayern.de/audio/schaeuble-scheitert-der-westen-an-seiner-gier>).

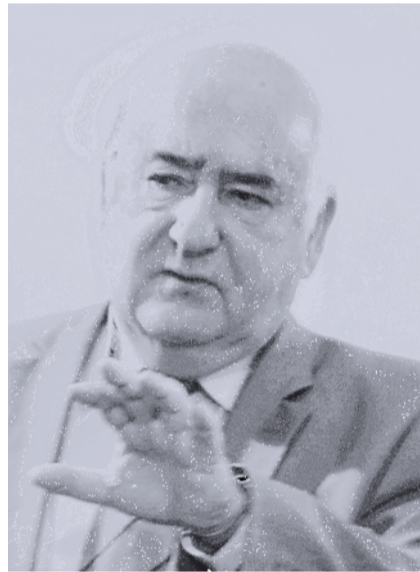
Eingangsstatement

Werner Weidenfeld

I.

Wer über „Deutsche Außenpolitik vor neuen Herausforderungen“ spricht, muss sich bewusst machen: Die deutsche Außenpolitik als geschlossene Strategie und gemeinsame Aktionsform gibt es oftmals gar nicht: Zum Beispiel die Frage, wie Deutschland mit Russland umgehen soll, oder der künftige europapolitische Kurs Deutschlands. Es sind dies nur zwei aktuelle Beispiele, die zeigen, dass es keinesfalls immer Konsens ist, wie Deutschland außenpolitisch agieren soll. Zwischen Regierung und Opposition, aber auch innerhalb der Regierungsparteien sind kontroverse Auseinandersetzungen um den außenpolitischen Kurs Deutschlands an der Tagesordnung. Auch für deutsche Außenpolitik gilt demnach: Alles ist Perzeption.

Entscheidend ist, wie Dinge wahrgenommen werden. Wer diese Perzeption deutscher Außenpolitik in Form der massenmedialen Vermittlung aktuell auf sich einströmen lässt, findet dort Einschätzungen wie Krise, Alptraum, Führungsleistung, Ratlosigkeit: „Wir sind isoliert“ (Die Welt), „Ohne Außenpolitik (FAZ), „Auch dabei-Macht“ (Süddeutsche Zeitung), „Führungserwartung an Deutschland“ (FAZ). Jenseits dieser Verwirrtheiten, die sich medial vermitteln, aber sind durchaus auch Erfolge zu registrieren. Beispiel Stabilitätsmechanismus oder Finanztransaktionssteuer: Für die Konkretisierung solcher Gegenstände hat die Politik früher Jahre gebraucht. Heute jedoch wurde der Fiskalpakt innerhalb von zwei Monaten verhandelt. Die Sachverhalte lagen im Grundsatz schon vor 20 Jahren auf dem Tisch. Nur war damals Schönwetterzeit, weshalb die Umsetzung nicht in Konsequenz erfolgt ist. Jetzt, infolge eines Lernprozesses, ist



Prof. Dr. Werner Weidenfeld, Professor für Politikwissenschaft und Direktor des Centrums für angewandte Politikforschung an der LMU München

man weitergegangen. Weitere Schritte nach dem Muster differenzierter Integration werden folgen.

In der Demoskopie sind zu jedem Sachverhalt negative und positive Daten abzulesen. Sie sind umso negativer, je präziser ein Detail befragt wird, insbesondere wenn in der Frage noch ein Hauch von bürokratischem Unterfutter mitschwingt. Dagegen wächst die Zustimmung, je grundsätzlicher die Fragen formuliert sind. Wird gefragt, ob die Menschen davon ausgehen, dass Deutschland auf hohem Niveau weiterexistieren könne ohne eine starke EU, wächst die Zahl derer, die mit „Nein“ antworten und eine starke EU als bedeutend für Deutschland ansehen. Und so weiter.

Diese Art Wahrnehmungsproblematik verschärft sich zuweilen, beispielsweise als im August 2012 Altkanzler Helmut Kohl sich zur deutschen Außenpolitik äußerte. Kohl wörtlich:

„Deutschland ist seit einigen Jahren keine berechenbare Größe mehr. Die deutsche Außenpolitik hat den Kompass verloren.“ Unmittelbar nach dieser Auslassung meldete sich sein Vorgänger Helmut Schmidt zu Worte und pflichtete Kohl bei. Einen weiteren Tag danach stimmten in einer Umfrage diesen Aussagen der beiden Altkanzler 68 Prozent der Befragten zu: „Deutschland hat den Kompass verloren“. Eine solche Wahrnehmungsverdichtung ist bemerkenswert. Über den eigentlichen Sachverhalt, ob also Deutschlands Außenpolitik wirklich orientierungslos ist, sagt das nichts aus. Dennoch musste die Bundeskanzlerin wiederum, angesprochen auf solche Wahrnehmungsmuster, natürlich antworten. Man solle, so Merkel in der ihr spezifischen situativen Rationalität und ihrem perfektionierten Augenblicks-Management, nicht die Lösung dieser Krise mit einem einzigen spektakulären Schritt erwarten, man solle auf Sichtweite steuern.

II.

Diese Wahrnehmungsschicht ist die eine Dimension, die es bei jeder Betrachtung von Politik mitzudenken gilt, die dahinter stehenden Grundkonstellationen die andere. Die Agenda außenpolitischer Interessen ist in Deutschland von einem hohen Maß an Kontinuität gekennzeichnet. Aufgezählt werden können bestimmte elementare Interessen, die seit dem Zweiten Weltkrieg konstitutiv für die Bundesrepublik Deutschland waren und es bis heute weiterhin sind. Schon hinsichtlich der

Unterfütterung dieser Außenpolitik durch strategische Partnerschaften aber muss man sich sensibler fragen, wie weit diese nach wie vor politisch-kulturell grundiert sind. Gerade die politisch-kulturelle Unterfütterung der Partnerschaft zu den USA ist seit 1990 erodiert. Betrachtet man den Alltag der Vereinbarungen, der Kooperation, der Erarbeitung, hat das nicht mehr viel zu tun mit dem, was die kulturelle Unterfütterung über Jahrzehnte war. Die weltpolitische Architektur hat sich verändert, eine neue Unterfütterung der deutsch-amerikanischen Partnerschaft aber wurde versäumt zu erarbeiten und zu pflegen. Wer für solche strategische Partnerschaften klassischen Zuschnitts plädiert, dem müsste dies zu denken geben.

Weniger Anlass zur Sorge bereitet dagegen die deutsche Partnerschaft mit Frankreich. Dieses Rauf-und-Runter der politisch-kulturellen und atmosphärischen Grundierung gehört zur klassischen Pendelschwingung der deutsch-französischen Beziehungen. Am Ende bejubelt wurde die Paarung Merkel – Sarkozy, dabei hatte es zwischen ihnen anfangs erheblich geknirscht. Bejubelt wurde auch die großartige Übereinstimmung Schröder – Chirac, dabei waren die ersten Jahre der Zusammenarbeit, den Nizza-Vertrag eingeschlossen, ein Desaster. Wellenbewegungen in den deutsch-französischen Beziehungen sind also ganz normal. Aber die Beteiligten kennen die geostrategische Interessenlage, weshalb es letztlich doch immer wieder zu respektablen Ergebnissen kommt.

Warnung vor der Gier

Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble eröffnete mit seinem Vortrag am 17. Oktober 2012 „Scheitert der Westen an seiner Gier?“ die große Tagung „Deutsche Außenpolitik vor neuen Herausforderungen“ in der Katholischen Akademie. Schäuble befasste sich in seinem Vortrag vor mehr als 450 Zuhörern mit der finanziellen Gestaltungskraft als Grundlage für die

westliche Welt, den Herausforderungen eines unruhigen 21. Jahrhunderts zu begegnen. An den rund 45-minütigen Vortrag schloss sich noch eine Fragerunde mit dem Publikum an. Schäuble machte sehr klar, dass Griechenland auf jeden Fall in der Eurozone bleiben werde. Ein Austritt hätte unkalkulierbare Folgen.



Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble (li.) beantwortete nach seinem Referat noch Fragen zu seinen Ausführungen. Akademiedirektor Dr. Florian Schuller moderierte.



General a. D. Dr. Klaus Naumann (re.), ehemaliger Chef des Nato-Militärausschusses, war hilfreicher Kooperationspartner bei der Vorbereitung der Tagung.

Zusammen mit dem früheren Finanzminister Dr. Theo Waigel steuerte er auch reiche politische Erfahrung bei der abendlichen Diskussion bei.



Horst Teltschik (li.), lange Jahre außenpolitischer Berater von Bundeskanzler Helmut Kohl, wirkte bei der Tagung mit und unterhielt sich vor der Auftaktveranstaltung mit Kardinal Friedrich Wetter, dem emeritierten Erzbischof von München und Freising.

anstellung mit Kardinal Friedrich Wetter, dem emeritierten Erzbischof von München und Freising.

In diese Dimensionen der Wahrnehmungsschicht und der Interessenlagen eingebettet, ist die Ambivalenz deutscher Führungsstärke und Führungsschwäche. Die Dialektik, von Deutschland Führungsstärke zu fordern und gleichzeitig von Deutschland demonstrierte Führungsstärke zu kritisieren, gehört zum Alltag internationaler Arbeit, sollte deshalb nicht überbewertet werden. Die wiederholt zu vernehmende Forderung des US-amerikanischen State Department, wonach die Welt gerne ein außenpolitisch stärkeres Deutschland auch in außenpolitischen Brandherden wie Libyen oder Afghanistan sehen würde, lässt dagegen aufhorchen. Ein Deutschland, das wie im Fall Tunesien ausruft, man habe von nichts gewusst, ist für Washington nicht interessant. Amerika will in Europa oder Deutschland nicht nur logistische Basen haben wie Bitburg oder Ramstein. Wenn Deutschland als Partner der USA wirklich interessant sein will, muss es Erkenntnisse liefern, engagiert sein, strategisch eingreifen.

III.

Alleine kann Deutschland diese Herausforderungen immer weniger leisten.

Deutsche Außenpolitik ohne Europa diskutieren zu wollen, verkennt, dass die europäische Integration längst nicht mehr bloß ein Ornament des Politischen ist so wie in früheren Jahrzehnten. Agrarmarkt und Außenzoll: das waren ornamentale, normative Unterfütterungen. Inzwischen aber muss man nach den letzten verbliebenen weißen Flecken, die noch nicht von der EU in markanter Form mitgeprägt werden, regelrecht suchen. Ausschnitte der Kulturpolitik und die Finanzierung sozialer Sicherungssysteme sind einige wenige der letzten rein nationalstaatlichen Hoheitsgebiete. Die Debatte, wie sich Europa um die Reform der Finanzierung sozialer Sicherungssysteme annehmen könne, aber ist inzwischen gleichfalls schon entbrannt.

Diese europäische Integration hat im Laufe der Jahrzehnte praktisch alles erfasst.

Europa ist in dichtester Form verwoben, zusammengerückt, integriert. Wäre dies nicht der Fall, würden uns Krisen in Staaten wie Griechenland – ein Land mit weniger Einwohnern als Bayern, mit einer Wirtschaftskraft wie Hessen – weitgehend unberührt lassen. So aber muss man sich dieser Sachverhalte mit

größter Ernsthaftigkeit annehmen, entsprechende Konsequenzen ziehen und politisch gestalten. „Wir haben von nichts etwas gewusst.“ Dieser auch bezüglich Griechenland gehörte erste Ausruf darf sich nicht wiederholen.

Folge dieses umfassenden Kompetenz- und Machttransfers von den Nationalstaaten hin zur Europäischen Union ist, dass Anfragen an die Kernkategorie des Politischen aufkommen. Die sich aufdrängende Legitimationsfrage Europas steht erstens zur Klärung an, kann nicht mehr zur Seite geschoben werden. Natürlich kann man argumentieren, der eigentliche Gewinner der europäischen Reformen der letzten 20 Jahren sei das Europäische Parlament. Die Machtlosigkeit vergangener Tage hat das Parlament längst abgeschüttelt, längst lassen sich Abgeordnete nicht mehr überrollen. Das Europäische Parlament hat sich in den letzten Jahren mit Verweis auf seine Haushaltskompetenz manche Entscheidungsbefugnisse erkämpft, die ihm so nach den Verträgen gar nicht zugestanden hätten. Aber nur dem Europäischen Parlament mehr Kompetenzen zuzugestehen, regelt die Legitimationsfrage nicht. Noch immer ist das Parlament viel zu weit weg von den Bürgern Europas, die diese Legitimationsübertragung ausüben. Als anonyme Institution erfasst es nicht die innere Bewegtheit der Menschen.

Ebenfalls infolge des Machttransfers hin zu Europa unausweichlich zu klären ist zweitens die Transparenzfrage. Sollte es jemals einen intransparenten Sachverhalt in der Politik gegeben haben, dann erfüllt der Status quo der Europapolitik diesen Sachverhalt. Nicht einmal die beteiligten Regierungen kennen noch wirklich den in den Verträgen geregelten Status Quo. Ohne fundiertes Wissen um die Grundlagen aber ist keine Politik zu machen.

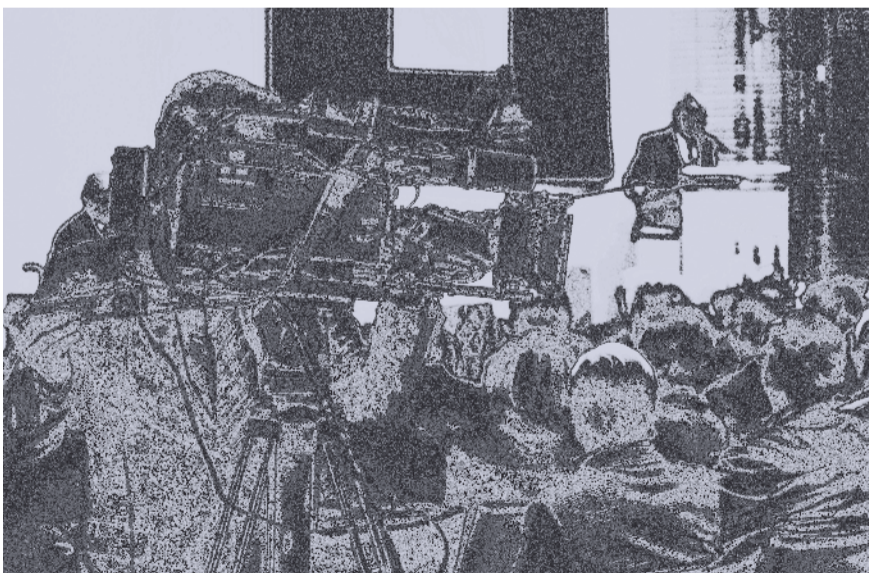
Die dritte zu klärende Kategorie ist schließlich die der Führungsstruktur. Die Europäische Union ist zu einem großen Machtkomplex erwachsen, der die verschiedensten Führungsämter kennt. Aber wie diese Struktur funktioniert, wie die Führungsarchitektur zu definieren ist, das fällt den Führungspersönlichkeiten der EU selbst schwer. Der Präsident des Europäischen Rates, der Präsident des Ministerrates, der Chef des Eurorates, der Kommissionspräsident, die hohe Repräsentantin der Außen- und Sicherheitspolitik, der Prä-

sident des Europäischen Parlamentes: Wie hängen all diese Ämter miteinander zusammen? Wie führen sie? Wie teilen sie sich Führung? Wie unausgegoren bislang die Antworten auf diese Fragen ausfallen, hat die Diskussion um den Friedensnobelpreis für die Europäische Union und die Frage, wer denn nun den Preis in Oslo entgegennehmen dürfe, beispielhaft gezeigt.

In einer globalisierten Welt ist Europa in einer ganz anderen Form wie früher in weltpolitischer Mitverantwortung. Um diese Aufgabe wahrnehmen zu können, aber bedarf es eines Europas, das nach innen legitimiert ist, seine Struktur kennt und nach außen mit starken Führungspersönlichkeiten aufzutreten imstande ist. Davon aber ist die EU aktuell weit entfernt. Im Gegenteil sind heute manche vitale strategische Partnerschaften, beispielsweise in der NATO, von europäischer Seite aus nur noch wenig unterfüttert.

Die Machtfrage muss nicht künstlich aufgeworfen werden, sie stellt sich von selbst. Professor Joseph Nye von der Harvard University hat bereits 1990 mit „Bound to lead. The changing nature of American power“ ein Buch von großem Gewicht vorgelegt. Macht, so Nye damals, dürfe nicht nur traditionell als „hard power“ – also militärische und ökonomische Kraft – gedacht werden. Vielmehr müsse auch die so genannte „soft power“ ins Auge gefasst werden, nämlich die Strahlkraft und Attraktion von politischen Ordnungen wie Demokratien und ökonomischen Ordnungen. Jetzt hat Nye mit „Macht im 21. Jahrhundert“ ein neues Buch geschrieben, in dem er sein Machtkonzept um eine wichtige dritte Kategorie ergänzt, die der „smart power“. Die „smart power“ liege demnach bei dem, der all die komplizierten Sachverhalte, die heute Politik ausmachen, erklären und deuten könne: Der habe die Macht.

Es ist dies eine durchaus zutreffende Analyse. Beispiele, die die Macht derjenigen offenlegen, die erklären können, wie die Dinge funktionieren, miteinander zusammenhängen und wie sie strategisch zu beantworten sind, gäbe es zahlreiche. Es ist diese „smart power“, die heute einem Akteur Macht verleiht. Es erscheint deshalb auch für Deutschland und Europa zentral, in diese „smart power“ zu investieren, statt immer wieder infantil von Neuem zu beginnen und alte Fehler zu wiederholen. □



Ein Fernsehteam des Bayerischen Rundfunks zeichnete die Tagung für einen Beitrag der Reihe „alpha-lógos“ auf. Auf der Homepage der Akademie,

<http://mediathek.kath-akademie-bayern.de/akademie-bei-br-alpha> erfahren Sie, wann der Beitrag auf BR-alpha gesendet wird.



Unter der Leitung von Stefan Kornelius, dem Leiter des Ressorts Außenpolitik der Süddeutschen Zeitung (2. v.l.), diskutierten im Panel I Werner Weidenfeld, Thomas Bagger und Karl-Heinz

Kamp (v.l.n.r.) Zielsetzungen, Handlungsspielräume und Anforderungen deutscher Außenpolitik in internationalen Organisationen.

Zielsetzungen, Handlungsspielräume und Anforderungen deutscher Außenpolitik in internationalen Bündnissen und Organisationen. Eine Anekdote und vier Anmerkungen

Thomas Bagger

Als ich im Mai 1992 in den Auswärtigen Dienst eintrat, endete noch manche Weisung an unsere Vertretungen bei internationalen Organisationen mit dem Satz „Wir werden uns einem sich abzeichnenden Konsens nicht verschließen“. Dieses *ceterum censeo* war Ausdruck der deutschen Interessenlage aus der Zeit des Kalten Krieges: nur nie allein stehen; immer im Blick haben, wohin sich das Denken der Alliierten und Verbündeten bewegt. Heute sind wir auf eine andere Weise herausgefordert. Heute richtet sich häufig an die deutschen Vertreter die Erwartung, in einer Vielzahl von Krisen und Entscheidungssituationen einen Kurs vorzugeben, Vorschläge zu machen, Initiativen zu entwickeln. Dieser Wandel verändert Außenpolitik – wie sie gedacht wird und wie sie gemacht wird. Dafür braucht es Information und Wissen, um das Dunkel vor uns ein wenig auszu-leuchten, um die Konsequenzen eines

Schrittes in die eine oder andere Richtung abschätzen und abwägen zu können. Dafür braucht es auch politischen Willen zur Gestaltung.

Erste Anmerkung: Globalisierung und Digitalisierung verändern unsere Welt in dramatischer Geschwindigkeit. Die grundlegende Erfahrung der sich entwickelnden polyzentrischen Welt ist wachsende Fragilität. Fragilität innerstaatlicher Systeme, die im Spannungsfeld zwischen innerstaatlicher Legitimationsbasis und internationaler Bedingungen ihres Handlungsspielraums immer stärker unter Druck geraten. Fragilität auch des internationalen Systems, das sich herausgefordert sieht durch eine Fragmentierung der Akteure, eine Diffusion der Macht zu neuen Akteuren, und durch neue, grenzüberschreitende Herausforderungen, ob im Cyberspace, durch Klimawandel oder die Interdependenzen des internationalen Finanzsystems. Diese Fragilität setzt die

Herstellung von Ordnung und die Gewährleistung von Sicherheit ganz oben auf die nationale außenpolitische Agenda.

Zweite Anmerkung: Deutschland ist der Leitidee eines „effektiven Multilateralismus“ verpflichtet. Dafür gibt es zwei Begründungsstränge. Erstens die normative Vorgabe des Grundgesetzes „in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen“. Zweitens das wohlverstandene Eigeninteresse eines Landes, das – auch als Lehre aus seiner Geschichte – wie kaum ein zweites für seine Sicherheit und seinen Wohlstand angewiesen ist auf Kooperation und Integration auf dem eigenen Kontinent, sowie auf offene Grenzen, freien Welt-handel und ein regelbasiertes internationales System weltweit.

Dritte Anmerkung: Die Europäische Integration ist für Deutschland keine internationale Organisation wie andere. Sie ist keine Politikoptation unter mehreren, sondern politische Notwendigkeit. Oder mit anderen Worten: sie ist und bleibt die einzig gelungene Antwort auf die „deutsche Frage“.

Vierte Anmerkung: Die Erwartungen an eine „global governance“ oder an eine „neue Weltordnung“ (George Bush sen.) nach der Wiedervereinigung Deutschlands und Europas haben sich bis heute nur sehr unvollkommen erfüllt. Der universale Anspruch der Vereinten Nationen macht sie bis heute unverzichtbar. Ihre Handlungsfähigkeit bleibt aber abhängig vom Konsens der Sicherheitsratsmitglieder, der auch heute alles andere als selbstverständlich ist (z. B. Syrien). Kleinere Gremien, die sich mehr an Effektivität als an Univer-

salität ausrichten wie die G20, haben den Erwartungen ebenfalls nur ansatzweise gerecht werden können. „Global governance“ wird sich nicht institutionell verordnen lassen. Sie muss sich in Elementen und Bausteinen entwickeln. Auch durch eine sehr viel stärkere bilaterale Vernetzung mit den aufstrebenden Gestaltungsmächten, die ihr neues wirtschaftliches Gewicht in politischen Mitbestimmungsanspruch übersetzen.

Deutschland ist der Leitidee eines „effektiven Multilateralismus“ verpflichtet.

Die Herausforderung, mit ihnen vor dem Hintergrund ganz unterschiedlicher Traditionen und Wertehierarchien gemeinsame Interessen zu identifizieren und für anstehende Probleme gemeinsame Lösungsstrategien zu entwickeln, ist die politisch-diplomatische Herausforderung unserer Zeit.

Deutschland wird diese Arbeit auf der Grundlage seines weiten internationalen Netzwerks vorantreiben, aber immer eingebunden in die Gemeinsame Europäische Außen- und Sicherheitspolitik und in das transatlantische Bündnis.

Dr. Thomas Bagger,
Leiter des Planungsstabes
im Auswärtigen Amt,
Berlin

Deutsche Sicherheitspolitik im Rahmen der NATO

Karl-Heinz Kamp

Betrachtet man deutsche Sicherheitspolitik in Bündnissen, so steht vor allem die Rolle Deutschlands in der NATO im Mittelpunkt. Die Mitgliedschaft in der Nordatlantischen Allianz zusammen mit einer stabilen transatlantischen Partnerschaft sind die Konstanten der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik, ungeachtet welche Partei oder Koalition in Berlin gerade regiert. Folglich haben weltpolitische Veränderungen, welche eine ständige Fortentwicklung der NATO bewirken, immer auch einen erheblichen Einfluss auf die deutsche Politik.

Welche grundlegenden Veränderungen in der internationalen Politik zeigen sich aber gerade und was sind deren Folgen für die deutsche Sicherheitspolitik, für die Zukunft der NATO und für die Weiterentwicklung der transatlantischen Beziehungen?

I.

Aus der Vielzahl der aktuellen Trends und Kernproblemen ragen vier heraus. Da ist zunächst **erstens** die Reorientierung der USA zum asiatisch-pazifischen Raum, welche Anfang 2012 von der Obama-Administration verkündet wurde. Einer neuen Sicherheitsstrategie des Pentagon zufolge soll der Schwerpunkt amerikanischer Aufmerksamkeit und amerikanischer Streitkräfte künftig in Asien liegen. Dieser Schwenk ist nicht gegen Europa und gegen das amerikanische Engagement in der NATO gerichtet, sondern ist eine Folge der geostrategischen Veränderungen der vergangenen Jahre. In Europa ist seit dem Ende des Ost-West Konflikts die Liste der unerledigten Aufgaben stets kleiner geworden, während der Aufstieg Chinas oder Indiens eine stärkere Präsenz der USA im asiatischen Raum erfordert. Das ist von den meisten NATO-Mitgliedern auch so verstanden worden. Dennoch wird dieser neue Blickwinkel der USA mit einer tendenziell geringeren amerikanischen Aufmerksamkeit für Europa und einem stärkeren Fokus Washingtons auf innenpolitische Notwendigkeiten einhergehen. Darauf müssen sich Deutschland und die NATO einstellen.

Zweitens wird die transatlantische Gemeinschaft von einer Finanzkrise gebeutelt, die sich gerade für Europa in drei Aspekten von den Rezessionen der Vergangenheit unterscheidet: sie ist in ihrer Größenordnung bislang einmalig, sie betrifft erstmals auch jene im Bündnis, die in der Vergangenheit noch erheblich in ihre Streitkräfte investieren konnten und sie ist in ihrer Dauer nicht absehbar. Gerade mit Blick auf mögliche neue Rettungspakete für die südlichen Problemstaaten der Europäischen Union spricht mancher bereits von einem neuen „Dreißigjährigen Krieg“, der überstanden werden müsse. Die Folge wird sein, dass ungeachtet politischer Bekenntnisse und Versprechungen mit einer Erhöhung der Verteidigungsausgaben nicht zu rechnen ist. Scharfe Einschnitte bei den Streitkräften in allen NATO-Ländern sind deshalb unvermeidlich.

Drittens scheint sich das Verhältnis zwischen Russland und der NATO langsam aber stetig zu verschlechtern, auch wenn Deutschland noch am entschie-

densten an der Rhetorik der „strategischen Partnerschaft“ mit Russland festhält. Tatsächlich offenbaren sich etwa in Fragen der Raketenabwehr, der Aufnahme neuer Mitglieder in die NATO oder dem Krisenmanagement im Nahen Osten geradezu unüberwindliche Differenzen zwischen Moskau und den Hauptstädten der Atlantischen Allianz. Darüber hinaus zeigen gerade die östlichen Mitglieder des Bündnisses Bedrohungsängste gegenüber Russland, die von der oft harschen Rhetorik aus Moskau immer wieder beflügelt werden. Bei genauem Hinsehen zeigt sich allerdings, dass Russlands auftrumpfendes Verhalten auf tönernen Füßen ruht – nicht nur im Nahen Osten ist der russische Einfluss erheblich geschrumpft. Mehr noch, Russland hat in den vergangenen Jahren seine politische, wirtschaftliche, gesellschaftliche und auch militärische Modernisierung sträflich vernachlässigt, sodass sich die Kluft zwischen eigenem Großmachtanspruch und tatsächlichem Gewicht auf internationaler Bühne zunehmend breiter wird. Je mehr aber Wunsch und Wirklichkeit auseinanderklaffen, desto eher wird die Führung in Moskau versucht sein, den latenten Minderwertigkeitskomplex und den immer noch vorhandenen Phantomschmerz vom untergegangenen Weltreich mit aggressivem Verhalten gegenüber der NATO zu kompensieren. Dadurch wird Russland noch nicht zu einer direkten Bedrohung, weil auch die militärischen Fähigkeiten erheblich gelitten haben. Es wird aber zu einem immer problematischeren Partner, der weiter versuchen wird, Keile in die transatlantische Allianz zu treiben.

Viertens schließlich werden die Entwicklungen in der arabischen Welt eine ständige Herausforderung für die Atlantische Allianz bleiben. Trotz des für die NATO erfolgreich verlaufenen Libyen-Einsatzes sind die Entwicklungen in der Region hochgradig instabil. Auch wenn sich die einst als „Arabischer Frühling“ bezeichnete Bewegung in einigen Ländern zunehmend als „islamischer Winter“ entpuppt, in dessen religiöser Dogmatismus und gesellschaftlicher Stillstand die Oberhand gewinnen, sind die Entwicklungen in MENA (Middle East and Northern Africa) noch keinesfalls abgeschlossen. Der Libyen-Einsatz hat in gewisser Weise einen Präzedenzfall geschaffen, der in den NATO-Öffentlichkeiten zu Forderungen nach einem erneuten Eingreifen führen dürfte, wenn die Gewaltexzesse in Syrien oder anderswo überhand nehmen. Dann wird das Bündnis die schmerzhafteste Debatte stets aufs Neue führen müssen, ob und ab wann ein militärischer Einsatz zwingend wird und wer ein solches militärisches Krisenmanagement durchführen soll.

II.

Was bedeuten aber diese Veränderungen für die NATO im Allgemeinen und die deutsche Sicherheitspolitik im Besonderen? Welche Folgerungen müssen gezogen werden, um auch künftig noch sicherheitspolitisch handlungsfähig zu bleiben?

Ungeachtet der eher düsteren Aussichten, die sich aus einigen der genannten Trends ergeben, sind die Per-

spektiven für die NATO insgesamt eher positiv. Gerade mit Blick auf ihre klassische Funktion – rasches und effektives militärisches Handeln im Verbund mit anderen – wird die Bedeutung der NATO zunehmen. Von den künftigen erheblichen Streitkräfte Kürzungen werden alle NATO-Mitglieder betroffen sein, auch diejenigen, die in der Vergangenheit noch über eigenständige Interventionsstreitkräfte verfügten. Damit stehen alle Bündnispartner – mit Ausnahme der USA – künftig vor der Alternative, in größeren Krisen entweder im Rahmen der NATO zu handeln, oder auf die militärische Option verzichten zu müssen. Selbst eine Koalition der Willigen aus NATO-Ländern und Nicht-Mitgliedern müsste bei größeren Einsätzen auf die von der Allianz (beziehungsweise von den USA) bereitgestellten Fähigkeiten zurückgreifen, um militärisch handlungsfähig zu sein. Damit wächst die NATO noch stärker als bisher in die Rolle herein, die im Englischen mit den nur schwer zu übersetzenden Begriffen „Enabler“ oder „Facilitator“ für gemeinsames militärisches Handeln außerhalb des Bündnisgebietes und jenseits der militärischen Selbstverteidigung bezeichnet wird. Die Bedeutung dieser Enabler-Rolle zeigte sich in der Libyen-Operation. Der Krisenherd lag in unmittelbarer Nachbarschaft Europas, während dieser Teil Nordafrikas für die USA von eher untergeordneter strategischer Bedeutung war. Einige europäische NATO Staaten drängten zum Handeln, während sich die USA frühzeitig aus einer möglichen Führungsrolle zurückzogen. Die Folge war ein siebenmonatiger Ein-

Damit kann der Libyen-Einsatz der NATO als Modell für die künftige Lastenverteilung im Bündnis gelten.

satz der NATO, beim dem die Europäer die Hauptlast trugen. Die USA leisteten wichtige militärische und logistische Unterstützung, die aber angesichts der gewaltigen amerikanischen Militärmacht eher begrenzt war: die Kosten für das Engagement in den sieben Monaten des Libyen-Einsatzes entsprach etwa dem Betrag, den die amerikanischen Streitkräfte in einer Woche in Afghanistan verschlingen.

Damit kann der Libyen-Einsatz der NATO als Modell für die künftige Lastenteilung in Bündnis gelten. Die Europäer können sicher sein, dass die USA fest zu ihren Bündnispflichten im Rahmen des Artikel 5 des NATO-Vertrages stehen: sie können in möglichen Verteidigungskriegen – den „wars of necessity“ – auf die amerikanischen Streitkräfte zählen. Bei den „wars of choice“ allerdings, den künftigen Interventionen zum Krisenmanagement in der europäischen Nachbarschaft, werden die Europäer in der Mehrzahl der Fälle selbst die Führung übernehmen müssen und die Hauptlasten tragen. Dies ist durchaus zu leisten, denn die militärischen Schwächen der Europäer in Libyen lagen auch darin begründet, dass große europäische NATO-Staaten mitsamt ihrem Militärpotential dem Einsatz ferngeblieben waren.

Eine solche NATO, in der die Europäer trotz sinkender Verteidigungsausgaben eine größere Verantwortung übernehmen, brächte beiden Seiten Vorteile. Die USA behalten über die NATO ihren großen Einfluss in Europa und nutzen ihre europäischen Stützpunkte weiterhin als logistische Drehscheiben für weltweite militärische Aktivitäten. Eu-

ropa genießt im Gegenzug nach wie vor den Schutz der einzigen Supermacht.

III.

Eine Allianz, in der die Europäer eine größere Rolle wahrnehmen und die für beide Seiten des Atlantiks Vorteile bringt, basiert auf mindestens drei militärischen und politischen Voraussetzungen, die geschaffen werden müssen.

Erstens. Wenn keine Aussicht auf höhere Verteidigungsausgaben besteht und alle NATO-Mitglieder ihre Streitkräfte kürzen, so muss dies koordiniert geschehen. Derzeit entscheidet jedes NATO-Mitglied selbst, welchen Teil seines Streitkräftespektrums es reduziert, ohne die Schritte der Verbündeten in Betracht zu ziehen. Gelingt hier keine bessere Abstimmung, so sind am Ende der Kürzungen bestimmte militärische Fähigkeiten nicht mehr vorhanden, weil niemand diese erhalten hat. Die NATO hat in Chicago das Programm „Smart Defense“ angekündigt, mit dem die knappen Verteidigungsmittel smarter, also kostenbewusster und abgestimmter ausgegeben werden sollen. Angesichts des allgemeinen Reduzierungsdrucks wäre ein „Smart Cuts“ genanntes Programm ebenso dringlich. Wie können Streitkräfte gekürzt werden, sodass sich am Ende aus der Summe aller verbleibenden Fähigkeiten eine schlagkräftige Militärmacht ergibt?

Zweitens muss die NATO-Interoperabilität ihrer Streitkräfte erhalten, also die Möglichkeit des Zusammenwirkens durch gleiche Verfahren, kompatible Waffen und transparente Einsatzregeln. Das gilt umso mehr, als die Allianz die Kampfeinsätze in Afghanistan ab Ende 2014 beenden wird. Damit fällt die tägliche Praxis der militärischen Zusammenarbeit von 50 Nationen – 28 NATO-Mitglieder und 22 Partnerstaaten – weg. Will man eine militärische Reaktionsfähigkeit erhalten, wie sie in Libyen in kürzester Zeit mobilisiert wurde und obendrein erfolgreich arbeitete, dann müssen Wege gefunden werden, Bündnis Kooperation auch ohne laufende Einsätze weiterhin zu trainieren.

Drittens muss Europa trotz Eurokrise und innenpolitischen Herausforderungen, eine strategische Sichtweise einnehmen, die über den geografischen Tellerrand der eigenen Landesgrenzen hinausgeht. Einige Europäer haben diese, andere nicht. Die USA erwarten nicht, dass Europa stets bereitsteht, wenn es um globales militärisches Handeln geht – dafür fehlt es bereits an grundlegenden militärischen Voraussetzungen. Auch erkennt man in Washington, dass – trotz ritueller Forderungen – mit größeren europäischen Verteidigungsausgaben nicht zu rechnen ist. Was man aber erwartet, ist eine strategische Sichtweise in Europa, die zu Kenntnis nimmt, dass etwa Energieversorgung, Rohstoffsicherheit, Schutz der Seewege etc. Faktoren sind, auf die Europa ebenso vital angewiesen ist, wie die USA. Solch vitale Interessen lassen sich nicht allein durch Diplomatie, Rüstungskontrolle oder „Soft Power“ wahren. Sie werden im Einzelfall auch den Einsatz militärischer Macht erfordern – nicht als Allheilmittel aber als unterstützendes Element zusammen mit zivilen Mitteln. Diese Erkenntnis hat sich in Deutschland in Teilen des politischen Spektrums und vor allem in der Öffentlichkeit noch nicht hinreichend durchgesetzt.

Der Autor gibt in diesem Artikel seine persönliche Meinung wieder.

*Dr. Karl-Heinz Kamp,
Forschungsdirektor am NATO
Defense College in Rom*

Deutschland im Krieg – Friedenspolitische Herausforderungen in veränderter Weltlage

Markus Kaim

Einleitung

Es ist in einer bestimmten Weise wieder modisch geworden, über Deutschlands Sicherheitspolitik zu diskutieren, nicht immer mit der gebotenen Ernsthaftigkeit und notwendigen Sachkenntnis, aber immerhin. Die Anlässe für die Debattenbeiträge sind mannigfaltig und reichen vom Rücktritt des Bundespräsidenten Horst Köhler – nach der Kritik an seiner Äußerung, im Notfall sei auch „militärischer Einsatz notwendig (...), um unsere Interessen zu wahren, zum Beispiel freie Handelswege“ – über die Bundeswehrreform mit der Aussetzung der Wehrpflicht und die Debatte über die Enthaltung Deutschlands bei der Abstimmung über die VN-Resolution 1973 zur Legitimierung militärischer Gewalt gegenüber Libyen, bis zur Beteiligung der Bundeswehr an der ISAF-Mission in Afghanistan und deren ausbleibendem Erfolg.

1. Transformation des Sicherheitsbegriffs – Wie denken wir und wie sprechen wir über Sicherheit und Sicherheitspolitik?

Spätestens seit den 1990er Jahren hat in der sicherheitspolitischen Debatte eine starke Ausdifferenzierung zu der Frage eingesetzt, was denn das zu schützende Objekt sicherheitspolitischen Handelns sei: Es war nicht länger traditionsgemäß der Staat das einzige Referenzobjekt, dessen territoriale Integrität und politische Souveränität zu

schützen sei (*state security*). Seit den 1970er Jahren nahm die Ordnungsvorstellung gesellschaftlicher Sicherheit an Bedeutung zu: nicht die staatliche Sicherheit allein sei Ziel sicherheitspolitischen Handelns, sondern die Gesellschaft als ein Zusammenschluss von Individuen, die in Frieden und Freiheit leben wollen und der Produktivität und Wohlstand entwickeln kann. Auch wenn in den 1990er Jahren die Dimension der sog. menschlichen Sicherheit (*human security*) hinzu getreten ist, so ist die Bedrohung einer Gesellschaft und ihrer Individuen zum nahezu ausschließlichen Paradigma sicherheitspolitischer Wahrnehmungen und Analysen geworden. Zugespitzt formuliert: Fragen sozialer Sicherheit erscheinen in dieser Sicht gefährlicher als die Bürgerkriege in der Peripherie Europas.

Diese „Entstaatlichung“ betrifft aber auch die Frage, von wem sicherheitspolitische Bedrohungen ausgehen: Bereits mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes war für weite Teile der Welt die Möglichkeit eines zwischenstaatlichen Konfliktes unwahrscheinlich geworden. Stattdessen wuchs die Wahrnehmung, der zufolge die weit überwiegende Zahl von sicherheitspolitischen Bedrohungen von nicht-staatlichen Akteuren ausgehe bzw. es sich um Akteure handle, die nicht immer klar ersichtlich sind (z. B. schwache bzw. zerfallende Staaten, die Wirkung unkontrollierter Migration), oder es sich um Risiken handle, deren Genese territorial unbestimmt ist (z. B. Klimasicherheit; Cybersicherheit).

2. „Versicherheitlichung“

Ohne es an dieser Stelle zu weit ausführen zu können, sei darauf verwiesen, dass die zweite Entwicklung auch erheblich zur sogenannten „Versicherheitlichung“ von Politikbereichen beiträgt, die noch vor zehn Jahren nicht als originär sicherheitspolitisch wahrgenommen worden wären.

Dies hat eine zunehmende Differenzierung der sicherheitspolitischen Instrumente zur Folge, die der Staat bereit halten muss. Für viele der heute als relevant erachteten sicherheitspolitischen Herausforderungen reichen traditionelle militärische Mittel allein nicht aus, sondern erfordern einen komplexen Mix unterschiedlicher Werkzeuge. Dieser Anforderung kann der demokratische Staat kaum ausweichen, da er der veränderten sicherheitspolitischen Erwartungshaltung seiner Bürger Rechnung zu tragen hat, die sich heute in vielfacher Weise subjektiv unsicherer fühlen als jemals zuvor, obgleich sie objektiv sicherer sind als Generationen vor ihnen. Sicherheitspolitik ist also in vollständig veränderter Form bis heute eine Kernfunktion geblieben, über deren Gewährleistung sich der Staat gegenüber den Bürgern zu legitimieren hat. Angesichts knapper finanzieller Ressourcen müssen Regierungen jedoch immer stärker priorisieren und laufen Gefahr, durch die erhöhten Erwartungen sicherheitspolitisch überfordert zu werden, insbesondere in Zeiten erheblicher Budgetkürzungen im Bereich Sicherheit und Verteidigung.

3. Funktionale Verbindung, Hybridität sicherheitspolitischer Herausforderungen und sicherheitspolitische Globalisierung

Dabei wird die Anfrage an die Politik insofern immer komplizierter, dass sicherheitspolitische Herausforderungen kaum noch isoliert voneinander auftreten. Ein Beispiel dafür ist der transna-

tionale Terrorismus. Er ist die Folge von bestimmten sicherheitspolitischen Herausforderungen und generiert andere.

Spätestens seit den Anschlägen des 11. September 2001 stellen wir eine Globalisierung von Sicherheitspolitik fest. Trotz der Tatsache, dass die Anschläge gegen die Vereinigten Staaten gerichtet waren, hat der 11. September globale Bedrohungsängste ausgelöst und sicherheitspolitische Veränderungen gezeitigt, als deren Folge Bürger, Gesellschaften und Regierungen sicherheitspolitische Bedrohungen endgültig nicht länger in nationalen oder regionalen Kategorien, sondern als globale Herausforderung wahrnehmen. Dass der Bundeswehreinsatz in Afghanistan lange Zeit zwar mandatsfern, aber politisch nachvollziehbar damit gerechtfertigt worden ist, dass die deutsche Sicherheit am Hindukusch verteidigt werde, unterstreicht, wie stark die deutsche Politik dieser veränderten Haltung in der Bevölkerung Rechnung trägt.

4. Duplizierung und Differenzierung sicherheitspolitischer Institutionen

Die gestiegene Zahl und die Ausdifferenzierung sicherheitspolitischer Aufgaben haben starke Effekte auf internationale Organisationen ausgeübt. Zahllose Institutionen haben sich an diese neuen Bedrohungen angepasst, indem sie neue Gremien geschaffen haben, in denen die Mitgliedsstaaten ihre Aktivitäten koordinieren und neue Instrumente entwickelt haben.

Die Vielzahl an Aktivitäten hat aber keine Resultate hervorgebracht, die die internationalen Organisationen erfolgreicher erscheinen ließe als die Sicherheitsbehörden einzelner Staaten. So ist das Phänomen einer funktionalen Diffusion festzustellen, d. h. angesichts der Tatsache, dass diverse Organisationen Aktivitäten im Bereich der Sicherheitspolitik entwickelt haben, fühlt sich keine von ihnen zwingend zuständig und letztlich unterbleiben die entsprechen-



Neue Risiken und Gefahren in der Weltpolitik diskutierten unter der Diskussionsleitung von General a. D.

Klaus Naumann (2.v.l.) im Panel II Michael Stürmer, Markus Kaim und Michael Rühle (v.l.n.r.).

den Schritte. Wenn diese erfolgen, überschneiden sie sich häufig mit Aktivitäten anderer Organisationen.

Fazit

Sicherheitspolitik ist wieder in. Das zeigt uns die breite öffentliche Debatte verschiedener aktueller Anlässe. Dabei denken und sprechen wir heute anders über Sicherheitspolitik, als es noch vor 20 Jahren der Fall war.

Wir können heute eine Verschiebung von Politikbereichen beobachten, die Ausdruck einer drastischen Erweiterung des sicherheitspolitischen Wahrnehmungsspektrums in der Öffentlichkeit ist. Wir beobachten ebenfalls eine Differenzierung und Verknüpfung der Instrumente, mit denen auf diese Herausforderungen reagiert werden soll. Dabei begeben sich Regierungen aber auf unsicheres Terrain, sich durch die erhöhten Gefahren nicht zu überfordern bzw. falsche Prioritäten zu setzen. Hier schließt sich auch die Beobachtung einer sicherheitspolitischen Globalisierung an, die als Bedrohungen nicht mehr allein die Verteidigung des eigenen Territoriums erfasst, sondern auch Entwicklungen auf der anderen Seite der Erdkugel. Die gestiegene Zahl und die Ausdifferenzierung sicherheitspolitischer Aufgaben haben auch ihre Spuren bei Inhalten, Struktur und Handeln der internationalen Organisationen hinterlassen. Jedoch sind ihre Maßnahmen nicht sehr erfolgreich. Entweder mangelt es an Zuständigkeitsempfinden, oder es gibt Überschneidungen mit Aktivitäten anderer Organisationen, die ein effizientes und abgestimmtes Handeln behindern.

Es wird „dort draußen“ der Krisen kein Ende sein. Internationales Handeln, auch unter den internationalen Organisationen, muss daher abgestimmt werden. Fähigkeits-, Strategie- und Einsatzplanung gilt es mit Partnern gemeinsam zu bestimmen und umzusetzen. Nur so kann den mannigfaltigen sicherheitspolitischen Herausforderungen bei gleichzeitigen nationalen finanziellen und operationellen Einschränkungen begegnet werden.

*Dr. Markus Kaim,
Leiter der Forschungsgruppe
„Sicherheitspolitik“ der Stiftung
Wissenschaft und Politik,
Berlin*



Prof. Dr. James W. Davis, US-Amerikaner und Politologe in Sankt Gallen (li.), fand Zeit für ein entspanntes Gespräch mit Michael Rühle, Leiter des Referats

Sicherheitspolitische Folgerungen aus einer globalisierten Welt

Michael Rühle

Als eine der führenden Exportnationen der Welt profitiert Deutschland in besonderem Maße von der Globalisierung. Doch die Globalisierung ist nicht nur ein wirtschaftspolitischer Segen. Sie schafft auch neue Sicherheitsprobleme, die Deutschland und seine Partner teils mittelbar, teils aber auch direkt betreffen werden. Die folgenden Ausführungen skizzieren diese Herausforderungen sowie ihre Konsequenzen für die deutsche Sicherheitspolitik.

Alte und neue Konfliktursachen

Einer der auffälligsten Trends der vergangenen Jahre ist die abnehmende Macht des Staates in einigen Teilen der Welt. Dieses Phänomen der „gescheiterten Staaten“ (failed states) hat insbesondere deshalb große sicherheitspolitische Bedeutung erlangt, weil diese Regionen als Ausbildungs- und Rückzugsraum für Terroristen und Piraten sowie als Umschlagplatz für den Schmuggel von Menschen und Drogen dienen. Der wachsende Einfluss internationaler oder nicht-staatlicher terroristischer Netzwerke und Akteure ist nicht zuletzt das Ergebnis dieses Staatszerfalls.

Einer der größten Profiteure dieser Entwicklung bleibt der internationale Terrorismus. Auch wenn die von manchen befürchtete islamistische Radikalisierung der muslimischen Welt ausbleiben dürfte, so bleibt der islamistische Terror ein Dauerproblem. Denn der diesem Terror zugrunde liegende Fundamentalismus ist Ausdruck einer Modernisierungskrise in der islamischen Welt – er ist großenteils eine Gegenreaktion auf die „Verwestlichung“ von Politik und Kultur in den islamischen Staaten bei gleichzeitiger Marginalisierung der Religion. Mit der Fortsetzung dieser Entwicklungen bleibt auch das Motiv für den fundamentalistischen Terrorismus – ein Terrorismus, der im Gegen-

satz zum „klassischen“ politischen Terrorismus keine kalkulierten Begrenzungen der Gewalt mehr kennt.

Ein weiterer Trend der kommenden Jahre dürfte die Zunahme von Staaten mit Massenvernichtungswaffen sein. Der Schwarzmarkt mit nuklearen, chemischen und biologischen Substanzen ist zur dauerhaften Realität geworden – und damit die Chance für nichtstaatliche Akteure, in den Besitz dieser Mittel zu gelangen. Das Szenario, auf das es sich in den nächsten 20 Jahren einzustellen gilt, ist daher wenig ermutigend: Terroristen im Besitz von genug radioaktivem Material zum Bau von „schmutzigen Bomben“; dazu rund zwei Dutzend offizielle und vor allem inoffizielle Nuklearstaaten, die sich dicht an der Schwelle des Nuklearwaffenbesitzes mit einer „virtuellen“ Nuklearfähigkeit zufriedener geben – vorerst jedenfalls.

Neue sicherheitspolitische Herausforderungen ergeben sich auch aus anderen technologischen Entwicklungen. Angriffe gegen die elektronische Infrastruktur eines Landes („Cyberangriffe“) haben bereits vielfach stattgefunden, sowohl isoliert als auch zur Unterstützung militärischer Interventionen. Was diese Entwicklungen verbindet, ist nicht nur die Tatsache, dass mit einem vergleichsweise bescheidenen Aufwand eine enorme Wirkung erzielt werden kann; anders als Nuklearwaffen, die eine umfassende staatliche Infrastruktur erfordern, ist ein Großteil dieser neuen Technologien auch von nicht-staatlichen Akteuren beherrschbar, wodurch sich die Wahrscheinlichkeit ihres Einsatzes erhöht.

Ob das von manchen Experten prophezeite Szenario des Krieges um Rohstoffe Wirklichkeit werden wird, ist gegenwärtig völlig offen. Fest steht jedoch, dass energie- und rohstoffpolitische Überlegungen die internationale Sicherheitspolitik zunehmend bestimmen werden. Die politisch fragwürdigen Ergebnisse dieser Entwicklung zeichnen sich bereits auf vielfältige Weise ab: ob bei der chinesischen Energiepolitik auf dem afrikanischen Kontinent oder bei den Versuchen Russlands, die Staaten des postsowjetischen Raumes über deren Energieabhängigkeit wieder politisch enger an sich zu binden. Eine neue Dimension dieser Entwicklung zeigt sich im chinesisch-japanischen Territorialdisput um eine Inselgruppe, dessen Eskalation zum offenen Konflikt nur mit Mühe verhindert werden konnte. Denn dort, wo es um die Verteilung finitender Ressourcen geht, gerät die klassische, auf Kompromisse ausgerichtete Diplomatie an ihre Grenzen.

Verstärkt werden manche dieser Entwicklungen durch den Klimawandel. Zwar handelt es sich hierbei um ein globales Phänomen, doch seine schwersten Auswirkungen wird der Klimawandel gerade in den Regionen haben, die ohnehin bereits geographisch benachteiligt sind und folglich keine Möglichkeit haben, sich gegen seine Folgen zu wappnen. Die Versteppung einiger Regionen und die durch den Anstieg des Meeresspiegels verursachte Unbewohnbarkeit küstennaher Gebiete könnten einen Migrationsdruck erzeugen, dem manche Nachbarstaaten nicht gewachsen wären. Das vorhersehbare Ergebnis: zwischenstaatliche Kriege, vor allem

aber humanitäre Katastrophen, zu deren Linderung der Einsatz von Streitkräften unausweichlich sein wird, gehören Streitkräfte doch zu den bestorganisierten Gruppen einer Gesellschaft.

Die Gefahr der hier beschriebenen Entwicklungen potenziert sich durch ihr Zusammenwirken. Ein Cyberangriff gegen kritische Elemente der Energieinfrastruktur kann Wirkungen zeitigen, die denen eines Krieges gleichkommen. Ein Terroranschlag auf eine Ölraffinerie in einem „failed state“ kann angesichts nervöser Energiemärkte zu Verschiebungen im globalen Preisgefüge führen, deren wirtschaftliche Folgen weit über den unmittelbaren Schaden vor Ort hinausreichen. Der zu erwartende Anstieg der Zahl der Kernkraftwerke weltweit mag sich positiv auf den Klimaschutz auswirken, doch erlangen dadurch mehr Staaten die technischen Voraussetzungen zum Bau von Atomwaffen.

Alle hier beschriebenen Entwicklungen weisen in dieselbe Richtung: Sicherheitspolitik, die im Kalten Krieg weithin mit Abschreckung – der Nicht-Benutzung von Gewalt – gleichgesetzt wurde, verändert sich zunehmend zu einer aktiven Politik, die den Einsatz militärischer und anderer Mittel verlangt. Der passiv-reaktive Ansatz, der im Kalten Krieg politisch opportun und militärisch angemessen war, entspricht längst nicht mehr den Erfordernissen einer globalisierten Welt.

Folgerungen für die deutsche Sicherheitspolitik

Die Folgerungen für die deutsche Sicherheitspolitik sind vielfältig. Zuerst und vor allem definiert sich Verteidigungsbereitschaft künftig anders: den verbesserten Schutz der eigenen elektronischen Informationssysteme ge-

Ein weiterer Trend der kommenden Jahre dürfte die Zunahme von Staaten mit Massenvernichtungswaffen sein.

gen Cyberangriffe wird man ebenso hinzuzählen müssen wie eine optimierte Zusammenarbeit der Behörden bei der Terrorismusbekämpfung oder neue Maßnahmen zum Schutz kritischer Energie-Infrastruktur. Militärisch bemisst sich Verteidigungsfähigkeit primär außerhalb des eigenen Landes, sowohl durch die Fähigkeit zum Engagement in lang dauernden Stabilisierungsmissionen wie auch durch die Fähigkeit zu Kampfeinsätzen. Die Bundeswehr muss folglich den Weg zur Einsatzarmee konsequent weitergehen.

Folgerungen für Staat und Gesellschaft

Weitreichende Folgerungen ergeben sich schließlich auch für die deutsche Gesellschaft. Das Leben mit den vielfältigen Risiken einer globalisierten Welt wird zur ständigen Herausforderung – nicht zuletzt angesichts der Notwendigkeit, eine funktionierende Balance zwischen innerer Sicherheit und persönlicher Freiheit herzustellen. Doch dies ist nur eine Seite des Problems. Die außen- und sicherheitspolitische Dimension ist nicht weniger bedeutsam. Zuerst und vor allem müssen die Erwartungen an das, was Sicherheits- und Militärpolitik künftig zu leisten imstande sind, heruntergeschraubt werden. Die moralisch kontrovers diskutierte, aber de facto nahezu perfekte Sicher-

heit des nuklearen Gleichgewichts im Kalten Krieg ist nicht mehr reproduzierbar. An die Stelle der passiven Abschreckung mit hoher Erfolgsgarantie treten militärische Einsätze von teilweise umstrittener völkerrechtlicher Legitimität, von ungewisser Dauer, mit unkalkulierbaren finanziellen Kosten und mit ebenso ungewisser Erfolgsaussicht.

Diese Missionen trotz ihrer geographischen Distanz und ihres scheinbar

Der Nahe Osten

Michael Stürmer

Kurzum, die Bundesrepublik braucht eine sicherheitspolitische Debatte, die sich an der Konfliktlandschaft des 21. Jahrhunderts orientiert.

diffusen Charakters gleichwohl als unmittelbar relevant für die eigene nationale Sicherheit zu vermitteln, die erforderlichen militärischen Mittel dazu bereitzustellen, und auch angesichts möglicher Verluste den Rückhalt in der eigenen Bevölkerung zu sichern, wird die große Herausforderung der kommenden Jahre. Gelingen kann dies nur, wenn Sicherheitspolitik von den Verantwortlichen thematisiert und zugleich offensiv für den als richtig erachteten Weg geworben wird.

Kurzum, die Bundesrepublik braucht eine sicherheitspolitische Debatte, die sich an der Konfliktlandschaft des 21. Jahrhunderts orientiert. Dies bedeutet zum einen, dass neue Themen wie Nuklearterrorismus, Proliferation oder Energiesicherheit thematisiert werden können, ohne sofort in den Generalverdacht zu geraten, man suche lediglich einen Vorwand für die Erhöhung der Verteidigungsausgaben oder die Einführung neuer staatlicher Überwachungsmaßnahmen. Es bedeutet aber auch, dass man sich von lieb gewonnenen Illusionen der Vergangenheit verabschiedet. Dazu zählt insbesondere die Hoffnung, deutsche Sicherheitsinteressen ließen sich auch weiterhin nahezu gefahrlos durch die Teilnahme an kollektiver Konfliktnachsorge vertreten.

Fazit: Ein neuer Gesellschaftsvertrag

Aus der einstmalen nahezu absoluten Sicherheit ist eine relative Sicherheit geworden. Für den modernen Staat, der seine Legitimität ja nicht zuletzt daraus herleitet, dass er seine Bürger zu schützen imstande ist, hat dies weitreichende Konsequenzen. Die Regierungen müssen ihrer Bevölkerung einen neuen Gesellschaftsvertrag abringen. Sie müssen eingestehen, ihre Bürger im Zeitalter von Terrorismus und Massenvernichtungswaffen nicht mehr allumfassend schützen zu können – und brauchen dennoch zugleich von eben diesen Bürgern das Einverständnis, Waffengewalt umfassender einzusetzen, als dies die überkommenen Vorstellungen von Selbstverteidigung nahe legen. Keine leichte Aufgabe für die deutsche Politik. Doch jeder Versuch, aus der Globalisierung auszusteigen, wird scheitern.

Der Verfasser gibt ausschließlich die persönliche Meinung des Autors wieder. Eine ausführlichere Fassung dieses Beitrages findet sich in: Christoph Schwegmann (Hrsg.), Bewährungsproben einer Nation, Berlin 2011.

Michael Rühle,
Leiter des Referats für
Energiesicherheit, Abteilung für neue
Sicherheits herausforderungen,
Internationaler Stab der NATO,
Brüssel

In der Hexenküche des Nahen Ostens braut sich etwas zusammen, das bisher niemand Krieg zu nennen wagt, in Tat und Wahrheit aber dahin eskalieren kann. Nachdem schon vor Wochen ein türkisches Aufklärungsflugzeug durch syrische Flugabwehr abgeschossen worden war, bestimmen Artillerie-salven in beiden Richtungen über die syrisch-türkische Grenze das ausufernde Geschehen. Die Sprache, vor allem auf türkischer Seite, wurde metallisch. Der syrische Bürgerkrieg droht mittlerweile auf die gesamte Region des Größeren Mittleren Ostens überzugreifen. Wenn das geschieht, dann wären die Folgen für Weltordnung und Weltwirtschaft weit über den Nahen Osten hinaus eine Fatalität auf der nach oben offenen Skala der Desaster. Das Nordatlantische Bündnis ist unmittelbar involviert. Das Krisenmanagement aus Brüssel hat indessen bisher die syrischen Machthaber offenbar nicht nachhaltig beeindruckt. Der türkische Ministerpräsident Recep Erdogan, der gern den starken Mann gibt, wirkt mittlerweile mehr wie ein Getriebener als ein Treibender. Starken Worten müssen irgendwann, wenn ihre Abschreckungswirkung versagt, Taten folgen. Das türkische Militär, gedemütigt durch Erdogan, hat jedes Interesse daran, stark aufzutreten. Hinzu kommt die ewige Angst der türkischen Machtelite vor den Selbstständigkeitsbestrebungen der Kurden entlang der Grenze und weiter im Nordirak.

Im vorerst jüngsten Eskalationsschritt zwang jetzt die türkische Luftwaffe eine syrische Linienmaschine im türkischen Luftraum auf dem Weg von Moskau nach Damaskus zur Landung in Ankara. Die Ladung, so wussten alsbald die türkischen Medien, war verdächtig: Raketenteile aus Russland für die Truppen des um Macht und Land kämpfenden syrischen Diktators Bashar al Assad, dessen Streitkräfte seit Jahrzehnten aus der Sowjetunion/Russland munitioniert wurden und werden. Wenige Tage zuvor habe die türkische Armee mit gezieltem Artilleriefeuer auf Mörsergranaten geantwortet, die aus syrischen Stellungen ein türkisches Dorf in Grenznähe getroffen haben. Es gab Tote und Verletzte. Die scharfe türkische Reaktion aber brachte die syrischen Waffen nicht zum Schweigen, entgegen jeder vernünftigen Überlegung, dass Assad und seine Leute schon mehr als genug zu tun haben mit der Niederwerfung des Aufstands im eigenen Lande und einen ausufernden militärischen Konflikt mit der Türkei wahrhaftig nicht brauchen können. Bisher hatte die Türkei offen und heimlich Waffen und Munition an die Aufständischen gehen lassen. Die Vermutung, es könne sich bei dem Feuer auf türkische Ziele um eine Kriegslist der Aufständischen gehandelt haben, ist praktisch auszuschließen: Die Möglichkeiten zur Aufklärung sind nicht unbegrenzt, aber doch hinreichend, um derlei Verwirrspiele zu meiden.

Wie geht es nun weiter? Und was kann das Krisenstakkato für die weitere Nachbarschaft, einschließlich Europa, noch bringen? Der Nato-Rat in Brüssel ist zwangsläufig mit der Bedrohung des Bündnispartners Türkei befasst. Nach Artikel Vier des Nordatlantischen Ver-

trages geht es zunächst um Konsultationen, wenn in der Sicht eines Bündnisstaates „die territoriale Integrität, die politische Unabhängigkeit oder Sicherheit einer der Parteien“ bedroht ist. „Solidarität“ wurde von den beteiligten Regierungen bekundet. Was das allerdings im Ernstfall zu bedeuten hat, bleibt bisher – und mit Recht – unausgesprochen. Hinter den Konsultationen aber steht Artikel Fünf, der das Herzstück des Bündnisses bildet: „Ein bewaffneter Angriff gegen eine oder mehrere der Parteien in Europa oder Nordamerika soll als Angriff gegen alle bewertet werden“. Was dann folgt, ist allerdings keine Automatik, sondern ein Einsatz in dem Maß, wie jeder Staat es für notwendig hält, „eingeschlossen Gebrauch bewaffneter Macht“ mit dem Ziel, die Sicherheit des nordatlantischen Gebiets wiederherzustellen und zu behaupten. Man kann davon ausgehen, dass in den Bündnis-Hauptstädten, eingeschlossen Berlin, die Gefahren und Möglichkeiten der Lage intensiv geprüft und Vorbereitungen getroffen werden für den Fall, dass die Abschreckung versagt. Notwendig wäre es auch, den Nato-Russland-Rat zu aktivieren, um folgenreiche Missverständnisse zu vermeiden. Der Syrien-Fall ist, auch für die Deutschen, kein Zuschauersport.

Denn was in Syrien geschieht, ist nicht nur die bisher blutigste Variation zum Thema Arabischer Frühling. Es ist auch ein Brandherd, der alle Feuer aktivieren kann, die auf ihre Stunde warten und bisher nur mit Mühe eingedämmt werden. Für die Türkei ist es das Kurdenproblem. Für Russland die Zukunft des letzten Bundesgenossen in der arabischen Welt. Für den durch die Wirtschaftssanktionen gegen sein Atomprogramm wankenden Iran und seine Hilfstruppen von Hisbollah und Hamas steht und fällt mit Syrien die Vektorrolle in allen Machtkämpfen der Region. Umgekehrt ist die Interessenlage für die

Saudis, welche die Vormacht des Iran fürchten und gegenwärtig alles Öl auf die Tanker leiten, das sich nur pumpen lässt, um die Märkte zu beruhigen und den Ölpreis weltweit auf erträglichem Niveau zu halten. Für den Libanon geht es um Bürgerkrieg oder inneren Ausgleich. Israel und die Vereinigten Staaten beobachten mit gespannter Schärfe die Verwahrung der Unmengen an Chemie- und Biowaffen in syrischen Depots: Das Pentagon richtet gerade in Jordanien einen Krisenstab ein, dessen Aufgabe nicht nur Beobachtung ist, sondern mit Sicherheit auch Vorbereitung einer rettenden Intervention, wie sie seit Beginn der syrischen Kämpfe als äußerste Eventualität wiederholt angedeutet und angedroht wurde. Mit anderen Worten, der syrische Bürgerkrieg befindet sich zwar vorerst in einem strategischen Patt, hat aber gerade deswegen das Zeug, die Region in Flammen zu setzen und dem Rest der Welt eine schwere Wirtschaftskrise zu bereiten.

Seit Monaten war die beherrschende Frage im Blick auf die Region, wann und ob die israelische Luftwaffe allein oder im Verbund mit den Amerikanern zu einem Schlag ausholt gegen die verbunkerten iranischen Atomanlagen, oder ob die Sanktionen ihr Ziel, Einknicken der Mullahs, erreichen. Es ist

Der Syrien-Fall ist, auch für die Deutschen, kein Zuschauersport.

eine strategische Ironie, dass der Konflikt in Syrien und um Syrien, der aus Tel Aviv und Jerusalem mit äußerster Anspannung beobachtet wird, mittlerweile die Wahrscheinlichkeit eines solchen Schlages vermindert. Syrien allerdings bleibt Drehscheibe aller Kraftlinien des Mittleren Ostens.

Prof. Dr. Michael Stürmer,
Chefkorrespondent „Die Welt“
und „Welt am Sonntag“



General Klaus Naumann (Mi.) im Gespräch mit Professor Werner Weidenfeld (li.) und Akademiedirektor Dr. Florian Schuller.

Deutschland in den Augen der Welt. Eine amerikanische Sicht

James W. Davis

Im Herbst des vergangenen Jahres wurde ich von der Bundeskanzlerin in einen ihrer Expertendialoge über Deutschlands Zukunft berufen. Sie beauftragte meine Gruppe, sich mit einer Reihe von Fragen auseinanderzusetzen, die sich mit Deutschlands Ruf bzw. Image im Ausland beschäftigen. Diese Aufgabe war äußerst spannend, zumal ich mich als in Europa lebender Amerikaner in den letzten Jahren eher mit dem Image der USA in Europa auseinandersetzen hatte. Waren diese vor allem vom Imageverlust der USA dominiert, wurde mir schnell klar, dass die Ausgangslage für Deutschland eine ganz andere ist. Heute möchte ich mit Ihnen einige Gedanken diskutieren, zu denen ich im Laufe der Diskussionen im Bundeskanzleramt gekommen bin, einige sind ausführlicher im Schlussbericht unserer Gruppe zu lesen.

Ausgangslage

So fangen wir mit dem Positiven an. Deutschland genießt heute ein bisher beispielloses hohes Maß an Beliebtheit in der Welt. Wir müssen nicht zurück ins Kaiserreich oder die Nazizeit Deutschlands blicken, um die Besonderheit dieser Sachlage zu erkennen. Noch im Jahre 1966 gab das Bundespresamt eine Studie in Auftrag, die zum traurigen Schluss kam, dass die Deutschen „im Durchschnitt das unbeliebteste Volk“ seien.

Vergleichen wir dieses verheerende Urteil von 1966 mit einer im Dezember 2010 von der BBC veröffentlichten Studie. Dort ist zu lesen, dass Deutschland vielfach als das Land mit dem positivsten Einfluss auf die Welt angesehen werde.

Vieles hat dazu beigetragen: die transparente Auseinandersetzung mit der Nazi-Vergangenheit und Aufbau einer stabilen Demokratie; der Wiederaufbau sowie die Bewältigung der Wiedervereinigung; die wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und technischen Erfolge; Deutschlands Beiträge zur Umwelt- und Entwicklungspolitik; und nicht zuletzt das Bild einer modernen, wohlhabenden und dem Gemeinwohl verpflichteten Gesellschaft. Oder wie es ein Israeli ausdrückte: „Der ‚American Dream‘ bedeutet: Jeder kann alles werden – der ‚German Dream‘ bedeutet: Jeder kann die Vorteile Deutschlands genießen: soziale Sicherheit, Infrastruktur, Freiheit, Bildung, Umwelt und Lebensqualität.“ (siehe *giz Studie: „Deutschland in den Augen der Welt“*)

Folgen

Was sind die Folgen dieser positiven Entwicklung?

Deutschlands wachsende Reputation und das erhöhte Gewicht des Landes – in und mit der EU – führen international zu neuen, größeren Erwartungen. Eine dieses Jahr in 21 Ländern von der Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit durchgeführte Studie zeigt, dass dieses neue, positive Deutschlandbild auch mit erhöhten Erwartungen einhergeht. Deutschland wird als Führungsmacht innerhalb und außerhalb der EU gesehen. Es wird erwartet, dass Deutschland eine größere Rolle in der Weiterentwicklung von

internationalen Rahmenbedingungen spielt.

Als Beispiel: In der *giz* Studie wird ein Inder wie folgt zitiert: „Deutschland ist nun DIE Stimme in der EU, man wird genau beobachtet und auch verantwortlich gemacht werden, darin sehe ich die größte Herausforderung. Es gibt im Moment nur einen Löwen im Ring – das ist Deutschland!“

Oder von einem befragten Amerikaner: „Zieht die größeren Schuhe an – sie werden Euch passen!“

Doch gleichzeitig mobilisiert die wachsende Bedeutung Deutschlands, nicht zuletzt im Zuge der Staatsschuldenkrise und der deutschen Rolle im europäischen Krisenmanagement, auch latente Ressentiments. Die Proteste in den Straßen Athens beim Besuch der Kanzlerin ist nur ein Beispiel für jene Besorgnisse, die von der wachsenden Macht des Landes geweckt sind.

Auch in Deutschland selbst stößt die neue wirtschaftliche und politische Stärke oft auf Gleichgültigkeit, wenn nicht gar auf Skepsis. Die Erwartungen von Verbündeten und Partnern stoßen hierzulande auf eine weitverbreitete Zurückhaltung und auf Misstrauen – Misstrauen gegenüber den Partnern, aber auch gegenüber Deutschland selbst.

Folglich reagiert Deutschland auf die neue internationale Gemengelage weitgehend ohne erkennbares internationales Profil der Ambitionen. Während die Bonner Republik ein hohes Maß an Be-

Auch in Deutschland selbst stößt die neue wirtschaftliche und politische Stärke oft auf Gleichgültigkeit, wenn nicht gar auf Skepsis.

rechenbarkeit aufwies, ist die Berliner Republik aufgrund mangelnder internationaler Ambitionen und innenpolitischer Gleichgültigkeit für das Ausland unberechenbarer geworden. Das wiederum mindert Deutschlands Einflusspotenzial erheblich.

Ich will die Herausforderung, vor der Deutschland steht, nicht klein reden. War die „deutsche Frage“ im 19. Jahrhundert durch die Tatsache geprägt, dass der Deutsche Bund zu schwach für das europäische Gleichgewicht, Bismarcks Reich jedoch zu stark war, so ist das Problem heute, dass Deutschland seinen europäischen Partner gegenüber zu stark erscheint, für die Weltpolitik jedoch zu schwach ist.

Ist eine Quadratur des Kreises möglich? Ich denke ja.

Ordnungspolitische Führung

Die Berliner Republik benötigt schlüssige und klar kommunizierbare außenpolitische Leitlinien, die den nationalen Interessen des Landes dienen, gleichzeitig aber das Dilemma des wachsenden internationalen Wunsches nach einer stärkeren deutschen Führungsrolle bei gleichzeitiger Angst davor auflösen können. Interessanterweise bietet uns die Nachkriegszeit eine passende Lektion.

Gemessen an der Erreichung ihrer

Hauptziele waren die außenpolitischen Strategien der USA und die Bonner Republik in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts äußerst erfolgreich. Bei genauer Betrachtung ist festzustellen, dass beide Länder in ihren jeweiligen Einflussgebieten sehr ähnlich gehandelt haben. Die Vereinigten Staaten von Amerika sowie die alte Bundesrepublik waren in ihrer Außenpolitik für ein halbes Jahrhundert erfolgreich, weil sie ihre Interessen so definierten, dass auch andere darin ihren Vorteil sahen. Wie Deutschland in Europa, so hatten die USA global eine ordnungspolitische Führungsrolle wahrgenommen.

Will die Berliner Republik der Herausforderung wachsender Verantwortung gerecht werden und gleichzeitig die Gefahr minimieren, dabei eine negative Reaktion bei den europäischen Partnern zu erzeugen, sollte sie als ordnungspolitischer Akteur und nicht als „Anordner“ auftreten. Die Leitlinien der deutschen Außenpolitik müssen im Sinne einer ordnungspolitischen Führung definiert werden.

Eine ordnungspolitische Führung ist angewiesen auf die Bereitschaft – auch im eigenen Interesse – einen unverhältnismäßigen Teil der für die Herstellung von Kollektivgütern nötigen Kosten und Verantwortung zu übernehmen. Tritt Deutschland im Sinne des Gemeinwohls auf, so kann es auch nationale Interessen mit weniger Widerstand verfolgen.

Die Mitglieder der Expertengruppe des Zukunftsdialoges waren der Meinung, dass für Deutschland die Bereitstellung von Kollektivgütern in drei Bereichen besonders wichtig ist:

- im Bereich der internationalen Sicherheit;
- in dem eines liberalen Wirtschafts- und Finanzsystems;
- und bei Klima, Umwelt und Energie.

In bestimmten Politikfeldern – z. B. in der Klimapolitik – wird eine ordnungspolitische Führung von Deutschland bereits jetzt ausgeübt: Deutschland trägt hier mehr Kosten als andere. Jedoch fehlt es hier an einer kohärenten Kommunikation dieser Rolle/Strategie. Insbesondere wird die intensive Kommunikation des Wertes einer deutschen ordnungspolitischen Führungsrolle für den zukünftigen Wohlstand Deutschlands in der innenpolitischen Diskussion unerlässlich sein.

Merkels Mängel

War ich bisher recht positiv, werde ich jetzt etwas kritischer. Ist Deutschland in eine neue, nicht einfache Rolle hineingewachsen, so scheint weder seine politische Klasse noch seine Bevölkerung darauf vorbereitet zu sein.

Im Allgemeinen erhält die Bundeskanzlerin gute Noten für ihr Krisenmanagement. Da ich kein Ökonom bin, werde ich ein Urteil über die von ihr propagierte Sparpolitik für Griechenland, Spanien und Portugal vermeiden. Ich glaube aber, dass es die Kanzlerin inzwischen zu spüren bekommt, dass auch die deutsche Konjunktur unter dem von ihrem Sparkurs bekräftigten Abschwung stark leiden wird (mit potentiellen Folgen für die Bundestagswahlen 2013). Wobei ich an dieser Stelle doch auch sagen möchte, dass der Sturm irgendwann sein Ende finden wird. Dann wird die Aufgabe nicht nur sein, das Staatsschiff wieder aufzurichten, sondern ihm einen Kurs zu geben.

Aber für welchen Kurs steht diese Kanzlerin? Um ordnungspolitische Führung wahrzunehmen, braucht man einen Kompass, der aus einem klaren Verständnis von langfristigen Interessen

aber auch dauerhaften Werten besteht.

Oder anders gefragt: Welche Welt will Frau Merkel hinterlassen? Wofür ist sie bereit, Deutschlands Einfluss in der Welt einzusetzen?

Die Außenpolitik der Bundesregierung ist m.E. allzu oft transaktions- anstatt strategisch bedingt. Die Frage ist momentan eher „kommen wir aus die-

Trotz seines wachsenden außenpolitischen Potenzials bleibt Deutschland eine mittelgroße Macht mit begrenzten Mitteln für globale Aufgaben.

ser Transaktion zumindest ohne Verluste wieder heraus?“ anstatt „welche Investition können wir hier machen, die sich später vielfach auszahlt?“

Und wenn die Außenpolitik zur Transaktion – also zum Tausch – reduziert wird und ihre Verankerung in einer von Werten definierten Ordnung verliert, dann kommt man zu solchen hinrissigen Kommunikatés wie dem „Deutsch-Chinesischen Gemeinsamen Kommuniqué zur umfassenden Förderung der Strategischen Partnerschaft“ vom Juli 2010. Jetzt wurde die strategische Partnerschaft zwischen Deutschland und China vom Bundesaußenminister in China erneut beteuert.

Aber ich frage Sie: Worin sind die Chinesen „strategische Partner“? Bei der Aburteilung der Verbrechen Baschar al-Assads? Bei der Errichtung einer liberalen Weltordnung? Beim Kampf um die weltweite Anerkennung von Arbeiter- und Menschenrechten? In der Entwicklungspolitik? Oder doch nur in Fragen bilateraler Wirtschaftsbeziehungen?

Ich möchte mich nicht zu sehr auf die deutsch-chinesische Beziehungen konzentrieren, sie sind für mich aber charakteristisch für eine fehlende strategische Orientierung.

Und somit komme ich zu meinem letzten Punkt.

Strategische Prioritätensetzung

Trotz seines wachsenden außenpolitischen Potenzials bleibt Deutschland eine mittelgroße Macht mit begrenzten Mitteln für globale Aufgaben. Gegen Ende des Jahrzehnts wird Deutschlands Anteil an der weltweiten Wirtschaftsleistung nur 2% ausmachen. Dies bedeutet für mich, dass eine erfolgreiche ordnungsorientierte Außenpolitik in Europa beginnen muss. Als Führungsmacht in Europa – einer der drei größten Wirtschaftsräume des 21. Jahrhunderts – bleibt Deutschland ein „global player“. Und wie anfangs erwähnt, ist die Ausgangslage für Deutschland so gut wie nie zuvor. Doch könnte man die derzeit guten Karten leicht verspielen. Dann wäre Europa verloren und Deutschland würde zwangsläufig in die Bedeutungslosigkeit abdriften. Auch als Amerikaner würde ich dies bedauern.

Prof. Dr. James W. Davis,
Professor für Politikwissenschaft an
der Universität Sankt Gallen



Michael Stürmer, Anja-Désirée Senz und James W. Davis (v.l.n.r.) stellten den Blick von außen auf die deutsche

Außenpolitik dar. Horst Teltschik, ehem. Leiter der Münchner Sicherheitskonferenz (2.v.l.), moderierte Panel III.

Blick von China auf die deutsche Außenpolitik

Anja Senz

I.

Bereits seit der jesuitischen Mission beflügelt China die Phantasien Europas, unterliegt seitdem aber auch Konjunkturen einer entweder sehr positiven oder stark negativen Beurteilung. Denker wie Kant, Voltaire und Leibniz waren beeindruckt von den kulturellen Leistungen und der historischen Tradition des Reichs der Mitte, während sich im Zuge der westlichen Expansion Richtung Asien im 19. Jahrhundert das idealisierte Chinabild eintrübte. Aus vielen Texten dieser Zeit spricht eine deutliche Verachtung für die als rückständig interpretierte chinesische Kultur.

In jüngster Zeit beflügelte zunächst der mit Chinas Bevölkerungsreichtum verbundene potentielle Absatzmarkt und die ab 1978 eingeleitete Reform- und Öffnungspolitik die westliche Phantasie. So galt China erst als große Chance für die deutsche exportorientierte Wirtschaft und mancher Beobachter erklärte das 21. Jahrhundert im Angesicht von Chinas Wirtschaftsdynamik und der damit unterstellten, wachsenden internationalen Bedeutung des Landes sogar zum „chinesischen Jahrhundert“. Bald wurden jedoch auch die globalen Schattenseiten des chinesischen Aufstiegs thematisiert, wie z. B. Arbeitsplatzverlagerungen nach China und die ökologischen Folgen des chinesischen Entwicklungswegs. So wird das

Land als Konkurrent um Ressourcen und sicherheitspolitischen Einfluss wahrgenommen und seine wachsende internationale Bedeutung damit letztlich als Gefahr für westlichen Wohlstand und Machtansprüche gedeutet. Die deutsche Chinapolitik ist daher im Spannungsverhältnis zwischen Wirtschaftsinteressen einerseits und Unsicherheiten über die zunehmende weltpolitische Relevanz Chinas andererseits angesiedelt.

In der medialen Öffentlichkeit verbinden sich inzwischen zahllose Probleme mit dem Begriff „China“, die sich von der Erhöhung der Energie- und Rohstoffpreise bis zur Missachtung von geistigem Eigentum erstrecken. „Die Chinesen sind an allem schuld“, so beschrieb Christoph Hein das Phänomen einmal, als auf wundersame Weise China sogar für den Anstieg deutscher Bier-, Schweinefleisch-, Brot-, Milch- oder Eierpreise verantwortlich gemacht wurde. Da verwundert es nicht, dass sich laut internationaler Meinungsumfragen die Haltung in Deutschland zu China negativ verändert hat. Während sich die Deutschen im Jahre 2006 noch mehrheitlich positiv zu China äußerten, waren es im Jahr 2012 nur noch 29% der Befragten. Interessant ist dabei, dass sich die Sicht auf China in Europa, anders als in den USA oder Russland, insgesamt verschlechtert hat, die Beurteilung Chinas in Deutschland aber am

negativsten ist. China scheint, so ist festzustellen, eine Projektionsfläche sowohl für europäische Vorlieben als auch Ängste zu sein.

II.

Der chinesische Blick auf Deutschland wiederum ist grundsätzlich geprägt von einer Bewunderung für die technischen und wirtschaftlichen Leistungen der Bundesrepublik seit dem Zweiten Weltkrieg. Das Verhältnis ist vergleichsweise wenig durch historische Hypothesen belastet. Nach 1949 waren die deutsch-chinesischen Beziehungen zunächst vom Kalten Krieg bestimmt und diplomatische Beziehungen bestanden nur zwischen der DDR und der Volksrepublik China. Diese hatten aber durch die sich ab 1960 verschlechternden sino-sowjetischen Beziehungen und der zugleich engen Anbindung der DDR an die Sowjetunion eine geringe Intensität. Die BRD nahm im Kontext der amerikanisch-chinesischen Entspannungspolitik im Jahre 1972 diplomatische Beziehungen zu China auf. Für die amerikanische und westdeutsche Außenpolitik galt China als Gegenpol zur Sowjetunion, doch trat diese strategische Bedeutung nach 1989 in den Hintergrund. Aufgrund der raschen Wirtschaftsentwicklung Chinas wurden ökonomische Themen bedeutsamer. Geregelter Handelskontakte können heute als wichtiges Interesse beider Länder gelten.

Die Verflechtung der deutschen und der chinesischen Wirtschaft hat in den letzten zwei Dekaden stark zugenommen und beide Länder sind füreinander sowohl Partner als auch Wettbewerber. China ist Deutschlands wichtigster Wirtschaftspartner in Asien, und umgekehrt ist Deutschland der zentrale Handelspartner für China in Europa. China genießt, blickt man nach Fernost, für die deutsche Außenpolitik aufgrund sei-

ner wirtschaftlichen Bedeutung Priorität vor anderen Staaten, wobei auffällig ist, dass bereits seit Helmut Kohl die Chinapolitik stark von Seiten des/r Kanzlers/in gestaltet wird.

Die chinesisch-deutschen Beziehungen haben sich auch auf gesellschaftlichem, wissenschaftlichem und kulturellem Gebiet intensiviert. Durch zahlreiche bilaterale Abkommen sind die Beziehungen zwischen beiden Ländern enger geworden und eine Vielzahl von Kooperationen im wissenschaftlichen und technologischen Bereich wurde aufgenommen. So stellt China mit knapp 30.000 Studierenden inzwischen die größte Gruppe ausländischer Studierender an deutschen Hochschulen und hat z. B. begonnen, die Kooperation zwischen chinesischen und deutschen Universitäten u. a. über Konfuzius-Institute institutionell zu fördern. Diese Institute sind eine Plattform für den kulturellen Austausch und bieten den Deutschen die Möglichkeit, sich mit China und der chinesischen Sprache zu beschäftigen. Auch die Bundesregierung fördert die Beziehungen zu China z. B. mit dem Programm „Deutschland und China – gemeinsam in Bewegung“, in dessen Rahmen sich Deutschland zwischen 2007 und 2010 in verschiedenen chinesischen Großstädten als attraktiver Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort präsentierte. Umgekehrt organisierte China anlässlich des 40. Jubiläums der Aufnahme diplomatischer Beziehungen im Jahr 2012 ein chinesisches Kulturjahr in Deutschland. Zweifellos betrachtet China die Bundesrepublik heute als einen der wichtigsten Partner weltweit und als führendes Land in Europa; insofern erwartet China von Deutschland die Übernahme der Führungsrolle in Europa und bei der Bewältigung der Eurokrise.

III.

Betrachtet man China selbst, ist festzustellen, dass dessen eigene ökonomische Entwicklung oberste Priorität für die politische Führung hat. Das Land ist durch den fortlaufenden Reformprozess primär auf sich selbst, also nach innen, und auf die Lösung der zahlreichen innenpolitischen Herausforderungen konzentriert. Daher ist die chinesische Politik bestrebt, ein stabiles äußeres Umfeld zu bewahren, um die innere Wirtschaftsentwicklung weiterhin garantieren zu können und durch Kooperationen mit dem Ausland zu befördern. China räumt den Vereinten Nationen bzw. internationalen Organisationen eine hohe Bedeutung zur Lösung internationaler Probleme ein und akzeptiert damit das bestehende internationale Ordnungssystem. Anhand einzelner Politikfelder lässt sich außerdem zeigen, dass China sich seit Einleitung der Reform- und Öffnungspolitik in zunehmendem Maße an internationale Normen anpasst. Gleichwohl vertritt das Land mit wachsendem Selbstbewusstsein im internationalen Kontext eigene Interessen, zu denen vor allem die Sicherung des Zugangs zu den für die weitere wirtschaftliche Entwicklung benötigten Ressourcen zählen.

Da das politische System Chinas als autoritär zu klassifizieren ist, führt dies im Ausland oft zu der Annahme „China“ verfolge eine konsistente, intern abgestimmte und von der Zentralregierung formulierte außenpolitische Strategie. In der Realität ist Chinas politisches System jedoch hoch fragmentiert, d.h. es sind viele verschiedene Akteure mit unterschiedlichen Interessen an der Gestaltung der Außenbeziehungen beteiligt (z. B. Ministerien, Provinzen, Unternehmen). Dies führt dazu, dass eine präzise Steuerung der Außenpolitik von oben kaum möglich ist, sondern je nach Politikfeld sehr unterschiedliche Akteure mit diversen Positionen und Interessen an Entscheidungsprozessen beteiligt sind und auf die Gestaltung der Außenbeziehungen Einfluss nehmen. Hinzukommt ein hoher Erwartungsdruck der Bevölkerung, der sich als öffentliche Meinung u. a. im Internet artikuliert und die Handlungsmöglichkeiten der Regierung bei bestimmten, z. B. „national-patriotisch aufgeladenen“ Themen, wie den sino-japanischen Beziehungen, einschränkt.

Das chinesische Deutschlandbild unterlag laut internationalen Umfragen in den letzten Jahren erheblichen Schwankungen. Nach einer sehr negativen Beurteilung Deutschlands in den Jahren 2006-2008 äußerten sich 2012 immerhin wieder 52% der Chinesen positiv über Deutschland. Die zuvor stark negative Bewertung geht zurück auf die Beurteilung Chinas in Deutschland im Zusammenhang mit der Olympiade in Beijing 2008. Das einseitige Fokussieren auf politische Defizite und die als zu schwach empfundene Wertschätzung der durchaus vorhandenen positiven Entwicklungen in China wurde von vielen Chinesen als Teil einer gegen China gerichteten Verschwörungskampagne gedeutet. Doch mobilisierten die Proteste in westlichen Ländern während des olympischen Fackellaufs unter Chinesen sowohl in China als auch im Ausland ein neuartiges Zusammengehörigkeitsgefühl gegen die vermeintliche „China-Antipathie“ im Westen, wodurch die politische Führung in Beijing ihre Legitimität unter Chinesen im In- und Ausland erheblich stärken konnte. So scheint sich schließlich gesellschaftlich wiederzuspiegeln, was in Regierungskonsultationen von deutscher Seite betont wird: China und Deutschland verbin-

det eine „spezielle Partnerschaft“ – eine gute Freundschaft ist es nicht.

IV.

Grundsätzlich haben Deutschland und China als führende Wirtschaftsmächte jedoch zahlreiche gemeinsame Interessen, etwa bei der Sicherung eines geregelten und fairen Zugangs zu Ressourcen oder sicheren Handelsrouten; wenn China von Deutschland weniger als Konkurrent und mehr als potentieller, starker Partner wahrgenommen würde, könnten gemeinsame Interessen klarer benannt und gemeinsam verfolgt werden. Die zunehmend intensiveren deutsch-chinesischen Regierungskonsultationen und Dialogforen sind insofern zu begrüßen, da sie zu einer besseren wechselseitigen Verständigung beitragen und gegenseitigen Fehlwahrnehmungen bzw. den übertriebenen Einschätzungen über die vermuteten jeweiligen wirtschaftlichen und politischen Stärken entgegenwirken können.

Blickt man abschließend noch einmal auf die außenpolitischen Konsequenzen der eingangs beschriebenen, wechselhaften China-Perzeptionen, dem gegenwärtigen Misstrauen gegenüber Chinas Aufstieg, aber auch der starken Betonung vermeintlich unterschiedlicher Werthaltungen, so ist festzustellen, dass es kein starkes Interesse zu geben scheint, eine weitergehende Partnerschaft mit China – auf Augenhöhe – einzugehen. Letztlich wird China dadurch bei der Lösung globaler Probleme, wie z. B. beim Klimawandel oder der Weiterentwicklung des Seerechts – keine echte Verantwortung übertragen. In welchem Maße China global Verantwortung übernimmt, wird von den chinesischen Interessen aber nicht zuletzt auch von der Bereitschaft Anderer zur Zusammenarbeit bestimmt sein. Ohne China jedoch werden globale Probleme in der Zukunft kaum mehr lösbar sein.

*Dr. Anja-Désirée Senz,
Wissenschaftliche Geschäftsführerin
des Konfuzius-Instituts Metropole Ruhr
an der Universität Duisburg-Essen*



Diplomingenieur Lutz Scheicher (re.) aus München informierte sich persönlich bei Professor Michael Stürmer.

Rätsel Russland

Michael Stürmer

Russland hat ein Imperium verloren, aber seine Rolle noch nicht gefunden: Gestern verdammt Putin die amerikanische Raketenabwehr gegen Iran als Anschlag auf Russland, heute bietet er dafür russische Stützpunkte, und morgen kündigt er ein russisches System zu ähnlichen Zwecken an. Gestern wirbt er um Westeuropa für das Management der Welt, und heute lässt er seine Generale verkünden, Europa komme wieder in die Zielkoordinaten russischer Raketen. Dem Iran werden Nukleartechnologie geliefert und modernste Suchoi-30 Jagdbomber, den Chinesen modernste Battle-Management-Systeme, obwohl der Generalstab seit Ende des Kalten Krieges die Hauptgefahren südlich und östlich ausmacht.

Wohin treibt Russland? Noch immer gilt Churchills berühmtes Wort, 1940 im House of Commons: „Die Zukunft Russlands vermag ich nicht vorausszusagen. Es ist ein Rätsel in einem Mysterium in Dunkel gehüllt“. Der einzige Hinweis liege in der Staatsräson. Es bleibt die Frage, wer diese bestimmt: Putin an der Spitze des Kreml? Öl, Gas, Pipelines und der Weltmarkt? Oder die historischen Kräfte des ungeheuren Landes.

Russland ist nicht ein neues Zarenreich, nicht die Sowjetunion, aber auch nicht das desorientierte, krisengeschüttelte Land am Rande des Zusammenbruchs, dem der postsowjetische Raum entglitt, das eine Währungsvernichtung durchlief und, als der Ölpreis 1997/98 einbrach, auf die der Katastrophe zu trieb. Das Land kommt aus einer noch lange nicht bewältigten Doppelkrise, der des Sowjetreiches, das im Machtkern immer russisch war, und der nachfolgenden vergeblichen Suche nach Stabilität, Prosperität und einer eigenen Form der Demokratie.

Putins Bild von Russland ist eine Verbindung von Dostojewski und Hegel: Der Vernunftstaat muss die Dämonen zähmen. „Vertikale der Macht“ und „Diktatur der Gesetze“ sind die Leitideen, und sie laufen auf eine von außen undurchsichtige Weise in Moskau zusammen. Was sie bedeuten, wird im Kreml entschieden. Nicht Wahlen ergeben die Globalsteuerung, sondern Ordnungs- und Machtdenken des Geheimdienstes, dem Putin entstammt. Der Reichtum aus Öl und Gas ist die Grundlage: In St. Petersburg am renommierten Bergbau-Institut schrieb der damalige Grundstücksdezernent eine Dissertation über den Wiederaufstieg Russlands aufgrund seiner Bodenschätze.

Doch Putin hat auch nicht vergessen, dass der Ölpreis stürzen kann, wie 1985 und 1997/98 – jedes Mal mit schwersten Folgen für den Ölstaat Russland. Das erklärt nicht nur die Strategie, die Schlüsselbereiche der Energiewirtschaft upstream zu kontrollieren – soweit nicht Technologie und Kapital aus dem Westen unersetzbar bleiben – sondern auch downstream zu investieren. Mehr noch, Putin will Russland, auch jenseits des Waffenbereichs, zu High Tech-Kompetenz nach dem Öl verhelfen und damit das Land, dessen Schwächen – von Infrastruktur und Demographie bis Suff und Korruption – er schonungslos analysiert, zukunftsfähig machen. Dafür wird Russland, ob die neuen Machteliten es wollen oder nicht, den Westen brauchen – der Einstieg beim High Tech-Konzern EADS ist nur Anfang einer langfristigen russischen Strategie. In der Antwort darauf braucht der Westen mehr als Zufallsbegegnungen. Notwendig ist ein tragfähiges Netzwerk jenseits der Logik von Kapitalverflechtung und Wissenstransfer, mit anderen Worten ein politisch-wirtschaftliches Gesamtkonzept. Denn mittelfristig wird sich nach allen Prognosen die Energieabhängigkeit der industriellen Demokratie vergrößern, Russland wird an Verhandlungsgewicht gewinnen, und seine Petrodollars werden Anlage suchen. Wenn dies nicht partnerschaftlich und in politischer Koordination verläuft, sondern weiterhin im unberechenbaren Zickzack, dann sind ernsthafte Zerwürfnisse im transatlantischen Verhältnis wie quer durch Europa die Folge. Längst ist unter westlichen Regierungen der Wettlauf um besondere Gefälligkeiten in Richtung Kreml im Gang – die deutsche Variante heißt im AA und anderswo „Aequidistanz“.

Rätsel Russland – so war es und so wird es bleiben. Aber man kann nicht sagen, dass zwischen den Anbiederungen à la Schröder/Chirac und den diversen Erklärungen es so etwas wie eine tragfähige Russland-Politik gegeben habe. Ob Nato oder EU, im Zweifel tat man so, als gäbe es Russland gar nicht.

Putin hat dagegen Verwahrung eingelegt, am hörbarsten bei der Münchner Sicherheitskonferenz, am deutlichsten in Heiligendam beim Thema Kosovo.

Wie es aber Interesse der USA ist, China zum Mitspieler der Weltordnung zu gewinnen, ist Pflege der Beziehungen zu Russland, ob Kultur, Energie, Strategie, vitales Interesse der Europäer. Das aber tut man besser gemeinsam.

*Prof. Dr. Michael Stürmer,
Chefkorrespondent „Die Welt“
und „Welt am Sonntag“*

1812. Napoleon in Moskau – ein europäisches Gedenkjahr

Napoleons Russlandfeldzug im Jahr 1812 und sein – auch und gerade für viele bayerische Soldaten – katastrophales Ende hat sich tief ins Gedächtnis unseres Kontinents eingepreßt. Viele europäische Völker und Staaten waren von diesem Ereignis von vor 200 Jahren betroffen, das auch in Kunst und Kultur seinen Niederschlag fand. Beim Forum „1812. Napoleon in Moskau – ein europäisches Gedenkjahr“ trafen am 27. November 2012

rund 150 Teilnehmer auf Experten, die aus der Sicht unterschiedlicher Länder auf das Ereignis blickten. Lesen Sie im Anschluss die bebilderte Dokumentation der Vorträge. Das Referat von Volker Hunecke finden Sie zum Nachhören auch in der Mediathek auf unserer Homepage, unter <http://mediathek.kath-akademie-bayern.de/audio/napoleon-in-moskau>

Aufstieg und Fall des napoleonischen Empire

Volker Hunecke

I.

Das napoleonische Empire trat am 18. Mai 1804 ins Leben, als der Senat dem amtierenden Ersten Konsul Napoleon Bonaparte den Titel eines *Empereur des Français* antrug und diese Würde in seiner Familie für erblich erklärte. Zu Ende ging die Herrschaft des Kaisers Napoleon (wenn man von der Episode der 100 Tage absieht) knapp zehn Jahre später am 6. April 1814, als ihn derselbe Senat in dem von alliierten Truppen besetzten Paris zur Abdankung nötigte. Um den ebenso jähren Aufstieg wie abrupten Fall Napoleons zu verstehen, ist es unerlässlich, die reichlich vier Jahre seiner Herrschaft als Erster Konsul in die Betrachtung einzubeziehen. Denn „alles, oder fast alles, was Bonaparte Dauerhaftes in der Geschichte Frankreichs bewirkt hat, hat er zwischen 1800 und 1804 vollbracht.“ In dem Jahrzehnt danach hat, wie François Furet schreibt, „das Abenteuer des großen Eroberers endgültig den Vortritt vor dem Gründer des modernen französischen Staates erlangt.“ Ohne die wahrhaft imponierenden Leistungen des Ersten Konsuls Bonaparte als Friedenstifter und *state builder* zu würdigen, bliebe es unerklärlich, wie er seine Herrschaft zu der unumschränktesten, die jemals ein französischer Monarch ausgeübt hat, ausweiten und dazu missbrauchen konnte, sein Land in endlose Kriege zu verwickeln und ihm – sowie Europa – gewaltige Opfer an Blut und Gut aufzuerlegen. Obgleich sein Wirken als Erster Konsul für die Wohlfahrt und Zukunft Frankreichs und Europas dem, was er als *Empereur* getan hat, weit überlegen war, können heute, wenn des Jahres 1812 gedacht werden soll, die segensreichen Anfangsjahre seiner Herrschaft nur knapp gewürdigt werden.



Prof. Dr. Volker Hunecke, Professor für Geschichte des Mittelalters und der Neuzeit an der Technischen Universität Berlin

Selbst Chateaubriand, einer seiner schärfsten Kritiker, kam nicht umhin, noch Jahre nach Napoleons Tod diesen zu rühmen: Bonaparte, wie er ihn beharrlich nennt, „ist groß, weil er eine ordentliche und mächtige Regierung geschaffen hat, einen in verschiedenen Ländern angenommenen Gesetzeskodex, Gerichtshöfe, Schulen, eine starke, tätige und intelligente Verwaltung, mit der wir noch heute leben ...; er ist groß, weil er in Frankreich aus dem Schoße des Chaos die Ordnung wieder erstehen ließ, weil er die wütenden Demagogen in die Schranken wies ...“ usw. Das bedeutet in anderen Worten: Bonaparte

hat durch die autoritäre Verfassung von 1799 die ins Fahrwasser der direkten Demokratie abgeglittene Volkssouveränität gebändigt, mit dem Terror Schluss gemacht, den Bürgerkrieg beigelegt, die Emigranten zurückgerufen, Frieden mit der römischen Kirche geschlossen, eine stabile Währung geschaffen, Frankreich seine bis heute grundlegenden Institutionen und Gesetzbücher gegeben, mit der Ehrenlegion am persönlichen Verdienst orientierte gesellschaftliche Rangunterschiede eingeführt und, was damals von den meisten als seine größte Wohltat empfunden wurde, mit den Friedensschlüssen von Lunéville und Amiens die seit einem Jahrzehnt währenden Revolutionskriege beendet. Die von ihm entscheidend mitgeprägte Konsularverfassung hat grundlegende Errungenschaften der Revolution bewahrt: die Gleichheit aller vor dem Gesetz, die persönliche Freiheit zumindest der männlichen Franzosen, die Freiheit des religiösen Bekenntnisses, die Unwiderruflichkeit der Veräußerung der Nationalgüter und manches andere mehr. Das meiste, was Bonaparte in den Jahren des Konsulats geschaffen hat, sollte ihn überdauern; doch der von ihm selbst herbeigeführte Friede mit Europa und der römischen Kirche hatte nur kurzen Bestand, und der nie mehr endende Krieg sollte zum Fatum seiner ganzen weiteren Herrschaft werden.

II.

Wenn Frankreich und England nach gerade 14 Monaten Frieden ab Mai 1803 erneut im Krieg gegeneinander lagen, ist das der Intransigenz beider Seiten geschuldet; aber wenn erst mit Napoleons Sturz in Europa wieder Frieden einkehrte, wenn der Krieg nach und nach nahezu den ganzen Kontinent erfasste, muss man die Hauptschuld daran dem Mann zuschreiben, der 1802 mit überwältigender Zustimmung der (männlichen) Franzosen sein ursprünglich auf zehn Jahre terminiertes Konsulat in ein lebenslanges umwandelte und bloß zwei Jahre später in ein erbliches Kaisertum. Adolphe Thiers, Autor einer in den mittleren Dekaden des 19. Jahrhunderts erschienenen 20-bändigen *Histoire du Consulat et de l'Empire* hielt das Consulat à vie und die Rückkehr zur Monarchie für eine in der damaligen Situation gebotene Maßnahme; doch indem Bonaparte überdies auch die Erbmonarchie wiederherstellte, beging er eine Tat, die weder seiner noch Frankreichs Größe zuträglich war. Als Soldat hatte er auf Erden nicht seinesgleichen, aber indem er sich zum erblichen Monarchen machte, setzte er sich dem Vergleich mit den Königen, den großen und kleinen, aus, denen er in einem Punkt, in dem des Blutes, unterlegen war. Einmal Kaiser geworden, wollte Napoleon Chef einer Dynastie von Monarchen werden, die sein neuer Thron erhobener hatte.

Die Wiederherstellung der erblichen Monarchie in seiner Person sei ein Akt prahlerischer Eitelkeit (*acte de vanité*) seitens dessen gewesen, der wie alle Neubekehrten sich nicht zu mäßigen wusste. Frankreich, das mit seinem Blut für die republikanische Raserei bezahlt hatte, entrichtete nun dem monarchischen Furor einen hohen Tribut. Denn damit französische Könige in Westfalen, Neapel und Spanien regieren konnten, habe Frankreich seine „natürlichen“ Grenzen an Rhein und Alpen aufs Spiel gesetzt. Niemand weiß, wohin die Beibehaltung des Konsulats auf Lebenszeit das Land geführt haben würde; gewiss aber ist, dass der abrupte Übergang zur Erbmonarchie eine schwere Hypothek für das noch ungefestigte neue Regime darstellte.

Hin und wieder hat man die Frage gestellt, wann das Empire seinen Zenit, seinen Höhepunkt erreicht habe. Oberflächlich betrachtet war das im Jahr 1811, als es mit 130 Departements seine größte Ausdehnung erreichte. Doch angesichts der Tatsache, dass der Niedergang dieses Riesenreichs bloß ein Jahr später einsetzte, suchen andere den (wie die Franzosen sagen) „apogée de l'Empire“ einige Jahre früher und verleihen ihn häufig in das Jahr 1807, als Napoleon die beiden Tilsiter Frieden mit Russland und Preußen schloss. Wenn das Empire danach auf eine abschüssige Bahn geriet, lag das ausschließlich an Napoleon selbst, dem seine eigene Größe zu Kopf gestiegen war und der fortan Fehler auf Fehler häufte. In der Außenpolitik waren dies an erster Stelle die auf Tilsit folgenden militärischen Interventionen in Portugal und Spanien, die Besetzung und Annexion Roms, die Gefangensetzung des Papstes und – Gipfel aller Fehlentscheidungen – der Krieg gegen Russland. Es waren dies lauter Aktionen, die sich folgerichtig, ja zwangsläufig aus seinem 1806 mit dem „blocus continental“ verschärften Wirtschaftskrieg gegen England ergaben.

Manche verlegen den Anfang vom Ende des Empire noch früher und zwar in das Jahr 1805, als Napoleon, den Rat seines Außenministers Talleyrand in den Wind schlagend, es unterließ, mit dem von ihm besiegten Österreich eine Verständigung zu suchen, um es als Bundesgenossen gegen Russland und England zu gewinnen. Noch ein Jahr

Einmal Kaiser geworden, wollte Napoleon Chef einer Dynastie von Monarchen werden, die sein neuer Thron erhobener hatte.

weiter zurück geht Chateaubriand, dem zufolge vor allem zwei Handlungen zu Napoleons Untergang geführt hätten: außer dem Krieg in Spanien die allem Recht Hohn sprechende Entführung und Hinrichtung des Herzogs von Enghien am 21. März 1804. Folgt man dieser Argumentation, kann man kaum dem Schluss ausweichen, dass das Empire von Anfang an die Keime des Untergangs in sich trug. Denn die Enghien-Affäre stand in engstem Zusammenhang mit der zwei Monate später erfolgten Proklamation des Empire, und dessen Verfassung war offensichtlich so beschaffen, dass der Machtfülle des *Empereur* keine, zumindest keine wirksamen Grenzen gesetzt waren und er deswegen ein Staatsverbrechen wie die Hinrichtung Enghiens anordnen und später all die erwähnten (und noch viele andere) für ihn und sein Reich verderbliche Fehlentscheidungen treffen konnte.

III.

Da das Empire, verfassungsrechtlich gesehen, lediglich eine Modifikation des Konsularregimes gewesen ist, kommt man nicht umhin, bereits in dessen Verfassung die Urquelle aller späteren Übel zu suchen. Diese Quelle findet man leicht in ihren von Bonaparte selbst diktierten Artikeln 39 ff., die dem Ersten Konsul eine nahezu unbegrenzte Machtfülle einräumten. Diese von ihm in den ersten Jahren des Konsulats sogar noch ausgeweitete Machtfülle war, wie viele Historiker überzeugt sind, absolut notwendig, um die Revolution zu „beenden“. Denn um zu verhindern, dass Frankreich durch Missbrauch der politischen Freiheit erneut in Bürger-



Foto: akg-images

Napoleon Bonaparte als Erster Konsul, gemalt von Antoine-Jean Gros: Seine politischen Leistungen zwischen 1799 und 1804 machen ihn in der Nachschau zu einem großen Staatsmann.

krieg und Anarchie versinke, hielt es Bonaparte für unumgänglich, der öffentlichen Freiheit straffe Zügel anzulegen. In die Rolle eines Diktators drängte ihn, den erfolgreichsten General der Revolution, nicht allein – oder vielleicht nicht einmal so sehr – persönliche Neigung, sondern das der Revolution und ihrer Exzesse überdrüssige französische Volk leistete willig auf eine Freiheit Verzicht, die zu Terror, Kirchenkampf und ständigem Krieg geführt hatte. Der teils freiwillige, teils vom Regime erzwungene Verzicht auf politische Freiheit, die Suspendierung echter Wahlen, die strenge Zensur und Überwachung der Opposition hätten, wenn sie temporäre Maßnahmen geblieben wären, dem Land endlich den lang entbehrten inneren und äußeren Frieden und neue Prosperität beschern können. Doch Napoleon, ein dezidiert Verächter politischer Freiheit, fand es verlockender, dauerhaft als Diktator zu regieren,

zumal die erneut von Citoyens zu Untertanen degradierten Franzosen sich dies – zumindest bis 1812 – ohne nennenswerten Widerstand gefallen ließen.

Seine anfänglichen Erfolge bei der Reorganisation von Staat, Kirche und Gesellschaft sowie seine brillanten militärischen Anfangserfolge, durch die er die Kriege der 1. und 2. Koalition beendet hatte, sicherten ihm die enthusiastische Zustimmung der meisten Franzosen, die an seinem diktatorischen Regierungsstil wenig Anstoß nahmen, seine faktische Diktatur kaum als solche empfanden. Das hauptsächliche Opfer des Diktators Napoleon war dieser selbst. Denn die Gewöhnung an die von den Untertanen mehr oder minder willig ertragene absolute Gewalt bewirkte eine charakterliche Deformation des Empereur: Immer weniger duldet er Widerspruch, immer mehr schottete er sich gegen fremden Rat ab, neigte er zur Selbstüberschätzung, zu einsamen

Entschlüssen – kurz: Seine ungeheure Macht bewirkte, wie sein Bewunderer Stendhal bemerkt hat, in ihm eine „eclipse totale de bon sens“, eine vollständige Verfinsterung des gesunden Menschenverstandes.

Auch dem heutigen aus der Distanz urteilenden Historiker fällt für viele, gerade für strategisch wichtige Entschlüsse Napoleons kaum eine bessere Erklärung ein. Dazu einige Beispiele: Eine der allerersten Entscheidungen des frischgebackenen Ersten Konsuls Bonaparte hatte darin bestanden, für den als französischen Staatsgefangenen im August 1799 in Valence gestorbenen Papst Pius VI. die Errichtung einer geziemenden Grabstätte anzuordnen; doch dessen Nachfolger Pius VII., mit dem er noch als Erster Konsul ein epochales Konkordat abgeschlossen hatte, zögerte er nicht, in Rom in dessen eigenem Palast auf dem Quirinal verhaften und als Gefangenen nach Frankreich abführen zu lassen.

Oder betrachten wir seinen Russlandfeldzug, den er im Grunde bereits verloren hatte, bevor auch nur ein einziger Soldat der Grande Armée im Juni 1812 die Memel überschritten hatte. Denn es war nicht erst nachträglich, sondern allen Einsichtigen bereits damals klar, dass eine Armee von mehreren Hunderttausend Mann und über hunderttausend Pferden logistische Probleme aufwarf, die mit den Mitteln jener Zeit nicht zu bewältigen waren und am wenigsten in dem an Ressourcen armen und unwegsamen Osten. Noch nie hatte Napoleon in die Planung eines Feldzugs so viel Zeit, Menschen und Material investiert wie in den russischen, doch hatte er kein klares Ziel vor Augen und hätte nicht einmal zu sagen gewusst, was er mit einem geschlagenen Russland anfangen sollte. So legte er, auf irgendeine Reaktion des russischen Kaisers wartend, bereits am Anfang des Feldzugs längere Aufenthalte in Wilna und Witebsk ein und gab somit, ganz gegen seine frühere Gewohnheit, die Initiative aus der Hand. Immer hoffend, dass Alexander I. ihn durch ein Friedens- oder Waffenstillstandsangebot aus seiner Verlegenheit befreien würde, ließ er in Moskau so viel Zeit verstreichen, bis es für einen geordneten Rückzug zu spät war. Seine Tollkühnheit, überhaupt in Russland einzufallen, entsprang zu einem guten Teil seiner abgrundtiefen Verachtung alles Russischen, so wie die Geringschätzung der Spanier ihn dazu verleitet hatte, sich, gleichfalls ohne klares Ziel vor Augen, in das spanische Abenteuer zu stürzen. Nicht nur seine Niederlage in diesem Feldzug, sondern seinen Sturz anderthalb Jahre später besiegelte Napoleon durch seine völlige Verkennung der Entschlossenheit Alexanders I., der, wie Dominic Lieven jüngst eindringlich dargelegt hat, im Gegensatz zu jenem ein klares Ziel vor Augen hatte – nämlich die Entmachtung des französischen Usurpators.

IV.

Nicht nur durch die Ziellosigkeit seiner Politik, sondern in gleicher Weise durch die Maßlosigkeit seiner Ziele und die Kompromisslosigkeit, mit der er sie verfolgte, betätigte Napoleon sich als der rührigste Totengräber seines Empire. Mit Österreich schloss Napoleon zunächst als Obergeneral der Italienarmee, dann als Erster Konsul und schließlich zweimal als Kaiser vier Frieden (und zwar 1797, 1801, 1805 und 1809), die alle auf eine unerträgliche Demütigung des Gegners hinausliefen, folglich keinen Bestand und zur Folge hatten, dass Österreich zwischen 1798 und 1815 an allen gegen Frankreich gerichteten Koalitionen teilnahm – mit der einzigen Ausnahme der 4. Koalition im Jahr 1806.

Das Kunststück, die drei Ostmächte, Russland, Österreich und Preußen, ungeachtet der ausgeprägten Interessengegensätze unter denselben, zusammen mit dem Subsidienszahler Großbritannien 1813 zu einer sechsten, diesmal paneuropäischen Koalition zusammenzuschmieden, dieses Wunder zustande zu bringen, war allein ein Napoleon imstande, der sich auf geradezu groteske Weise darauf versteifte, die Interessen der gegnerischen Mächte und die zu seinen Ungunsten sich verkehrenden militärischen Kräfteverhältnisse zu verkennen. Noch Ende 1813, als die Alliierten bereits auf den Rhein zumarschierten, hätte er Frankreich seine „natürlichen Grenzen“ und sich selbst den Thron erhalten können, wenn er auch nur eine der goldenen Brücken zu einem Kompromiss beschritten hätte, die ihm Metternich und Schwarzenberg damals wiederholt bauten.

Zur Entlastung Napoleons kann man indes anführen, dass er den Krieg mit Frankreichs hartnäckigstem Gegner, mit England, nicht von sich aus angezettelt, sondern von der Revolution gewissermaßen geerbt hatte. Die primär kommerzielle Rivalität zwischen den beiden Westmächten reichte bis in die Zeit Ludwigs XIV. zurück und verwickelte beide Länder zwischen 1689 und 1815 in nicht weniger als acht Handels-, Kolonial- und Seekriege. Diesem säkularen Konflikt gab Napoleon allerdings dadurch eine neue Wendung, drückte ihm seinen eigenen höchstpersönlichen Stempel auf, dass er mit England keinen wie auch immer gearteten Ausgleich anstrebte, sondern ihm seinen Willen aufzwingen wollte. Da sich eine Invasion der Insel als undurchführbar erwies, konnte er nur dann hoffen, England in die Knie zu zwingen, wenn er den Briten keinen Verbündeten auf dem Kontinent ließ, d.h. wenn er eine französische Hegemonie über das ganze europäische Festland herstellte. Etwas Derartiges anzustreben, hieß aber, das System des europäischen Gleichgewichts, wie es sich seit drei Jahrhunderten herausgebildet hatte, einseitig zu Frankreichs Gunsten verändern zu wollen. An dem Versuch, die europäische Machtbalance aus den Angeln zu heben, waren bereits ein Karl V., Philipp II. und Ludwig XIV. gescheitert (um von späteren ganz zu schweigen) – und daran sollte auch Napoleon scheitern.

Nicht nur durch die Ziellosigkeit seiner Politik, sondern in gleicher Weise durch die Maßlosigkeit seiner Ziele und die Kompromisslosigkeit betätigte Napoleon sich als der rührigste Totengräber seines Empire.

Um den Lebensnerv des im Vergleich zum napoleonischen Empire bevölkerungsarmen England, nämlich dessen schier unerschöpfliche Wirtschafts-, Handels- und Finanzkraft, entscheidend zu treffen, verhängte er 1806 nach dem Sieg über Preußen die sogen. Kontinentalsperre gegen die britischen Inseln, deren Befolgung er auch Russland im Tilsiter Friedensvertrag aufzwang. Der Versuch, die gesamten europäischen Küsten von der Grenze mit dem Osmanischen Reich bis in die Ostsee hinein für jeglichen Handel mit England zu sperren, bewirkte eine Überspannung der menschlichen, finanziellen und militärischen Ressourcen des Empire, denen dasselbe nicht gewachsen war.

Zu dem Widerstand in seinem Innern, insbesondere in Form der Militärdienstverweigerung, traten die durch den Blocus continental provozierten neuen Kriegs- und Krisenherde in Italien, auf der Iberischen Halbinsel, entlang den Küsten von Nord- und Ostsee und schließlich der Bruch und Krieg mit Russland, den Kaiser Alexander durch seine Aufkündigung der Kontinental Sperre am 31. Dezember 1810 provozierte.

Mit dem bizarren Plan, die Seemacht England durch einen Landkrieg, auf den Umwegen über Wien, Neapel, Berlin, Lissabon, Madrid, Rom und Moskau niederringen zu wollen, machte

Letztlich ist Napoleon aber nicht an sich selbst gescheitert, sondern an der übermenschlichen Größe und Schwierigkeit der Aufgabe, vor der Frankreich nach zehn Jahren Revolution stand.

Napoleon sein militärisches und diplomatisch-politisches Scheitern unausweichlich; und dies um so mehr, als er den wenigen ihm noch verbliebenen Verbündeten im Namen seiner Devise „la France avant tout“ kaum noch erträgliche Opfer abverlangte. So dürften die 30.000 bayerischen Soldaten, die nicht aus Russland heimgekehrt sind, die Neigung der Münchner Regierung, von Napoleon abzufallen, gewiss verstärkt haben.

V.

Letztlich ist Napoleon aber nicht an sich selbst gescheitert, sondern an der übermenschlichen Größe und Schwierigkeit der Aufgabe, vor der Frankreich nach zehn Jahren Revolution stand. Seit 1791 hatte die Einsicht um sich zu greifen begonnen, dass die Revolution, wenn das Land nicht völlig aus den Fugen geraten sollte, „beendet“ werden müsse. In dieser Absicht hatte der General der Ägyptenarmee Bonaparte,

unterstützt von zahlreichen Gefolgsleuten, den Staatsstreich vom 18. Brumaire unternommen, in wenigen Wochen mit seinen engsten Helfern eine neue Verfassung aus dem Ärmel geschüttelt und ihre Promulgation mit dem Aufruf begleitet: „Citoyens, la Révolution est fixée aux principes qui l'ont commencée: elle est finie – Bürger, die Revolution hält an den Grundsätzen, die an ihrem Beginn standen, fest. Sie ist beendet.“ Mit der ihm durch die Verfassung von 1799 verliehenen Macht hat der Erste Konsul Bonaparte sicherlich viel mehr als alle Revolutionäre vor ihm dafür getan, um dem Drachen der Revolution seine giftigsten Zähne zu ziehen, und das ist ihm dadurch gelungen, konnte ihm, wie viele überzeugt sind, allein dadurch gelingen, dass er Frankreich von der Freiheit befreit hat. Eine solche freiheitsfeindliche Verfassung mochte zwar brauchbar oder gar notwendig sein, um die Revolution zu beenden, sie entsprach aber gewiss nicht der Verfassung, welche die Revolutionäre von 1789 in ihrem Ballhauschwur Frankreich zu geben sich vorgenommen hatten. Ihnen hatte eine dem Prinzip der Volkssouveränität und der Idee der Freiheit verpflichtete Verfassung vorgeschwebt, zu der Frankreich erst im Verlauf der III. Republik, also gegen Ende des 19. Jahrhunderts, fand. Wie unendlich mühselig der Weg zu einer solchen Verfassung ist, lehrt nicht zuletzt unser eigenes Land, das überhaupt erst mehr als anderthalb Jahrhunderte nach 1789 in den dauerhaften Besitz einer solchen Verfassung gelangt ist.

Das hehre Ziel der Revolutionäre von 1789, „fixer la constitution“, Frankreich eine Verfassung zu geben, hatte Napoleon wie alle, die ihm darin vorausgegangen waren, verfehlt; aber in der zunächst ungleich dringlicheren Aufgabe, „terminer la Révolution“, die Revolution zu beenden, war er außerordentlich erfolgreich. Eine List der Geschichte mag man darin erblicken, dass er durch die diktatorischen Züge seines Regimes in Frankreich überhaupt erst den Boden für die Wertschätzung und Annahme einer freiheitlichen Verfassung bereitet hat. Wie es zumindest nachträglich erscheint, konnten die Hoffnungen der Liberalen von 1789 erst dadurch in Erfüllung gehen, dass das Land zuvor durch das napoleonische Fegefeuer geläutert wurde. □



Foto: akg-images

Napoleon als Kaiser der Franzosen, gemalt von François Gérard: Die meisten politischen Entscheidungen und Handlungen ab dem Zeitpunkt der Kaiser-

krönung waren kontraproduktiv, Napoleon manövrierte sich und sein Empire damit selbst in den Untergang.



Prof. Dr. Hermann Rumschöttel (li.), Generaldirektor a. D. der Staatlichen Archive Bayerns und Honorarprofessor für Geschichte an der Universität der

Bundeswehr München, gab eine kurze Einführung in die Tagung. In einer Pause unterhielt er sich mit dem bekannten Journalisten Dr. Roswin Finkenzeller.

Presse

1812 – Napoleon in Moskau

Bayernkurier

15. Dezember 2012 – „Uns geht es so schlecht, dass es nicht zu beschreiben ist“. Joseph Deifel gehörte zu den gut dreißigtausend Soldaten, die das neue Königreich Bayern im Jahr 1812 für Napoleons Russlandfeldzug stellen musste. Nur gut jeder Zehnte, darunter auch Deifel, hat die ungeheuren Strapazen und die militärische Katastrophe überlebt. (...)

Die Katholische Akademie in Bayern hat sich nun unter verschiedenen Aspekten (...) dieses gesamteuropäischen Ereignisses zu Beginn des 19. Jahrhunderts erinnert (...). Der Historiker Volker Hunecke von der TU Berlin

sieht mehrere Ursachen, die das aus französischer Sicht bis dahin militärisch einmalige Unterfangen haben scheitern lassen (...). Napoleon, meint er, duldet zu diesem Zeitpunkt längst keinen Widerspruch mehr und litt an Selbstüberschätzung. Vielleicht sei der Feldzug auch deshalb militärisch wie logistisch mangelhaft vorbereitet gewesen, so Hunecke.

Bernhard Greger

1812 in der Geschichte Russlands: Ereignis und Erinnerung

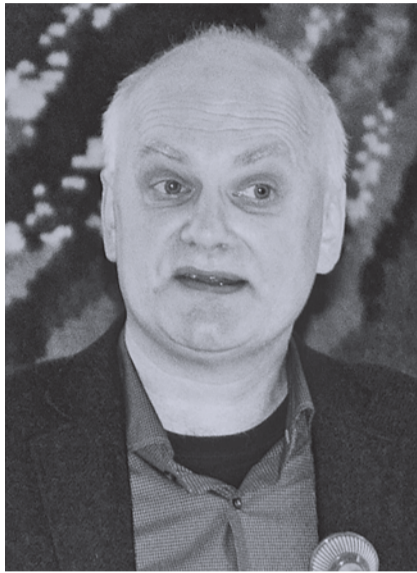
Guido Hausmann

0.

Die Geschichte der revolutionären und napoleonischen Kriege ist uns heute weit entrückt. Die ihnen zu Ehren und zum Gedenken errichteten Denkmäler sind stumme Zeugen einer Bedeutung, die frühere Generationen Ereignissen und Personen dieser Zeitepoche beigemessen haben. Uns sind sie eher Zeugen einer fremd gewordenen Denkhaltung, die vergangen ist. Hinzu kommt, dass selbst die äußerliche oder neutrale Aneignung dieser Zeitepoche schwierig ist, denn sie zeichnet sich in Europa durch eine große Dichte und Komplexität an politischen Konstellationen und militärischen Konflikten aus. Doch bleibt die Frage, wie wir mit dem Erbe angesichts ihrer früheren Bedeutung umgehen, die sie zwar in unterschiedlicher Weise, aber doch in ganz Europa hatte. Andererseits kann heute auch manches Bedeutung erhalten, was früher als unbedeutend galt – oder vergessen wurde. Zudem erliegen Staaten und ihre politischen Führer immer wieder der Versuchung, bei Bedarf historische Erinnerungen aktualisieren zu wollen, um Gesellschaften kulturell zu mobilisieren und Loyalität herzustellen. Dieser Beitrag untersucht diese Fragen für Russland. Er skizziert erst die politische Situation Russlands vor der Invasion durch Napoleons Grande Armée, stellt dann kurz den Russlandfeldzug Napoleons bzw. den ‚Vaterländischen Krieg‘ des Jahres 1812 dar, und untersucht im abschließenden Teil exemplarisch die historische Erinnerung an 1812 in Russland vom 19. Jahrhundert bis heute.

I.

Frankreich forderte Ende des 18. Jahrhunderts und im frühen 19. Jahrhundert ganz Europa heraus, und zwar sowohl das revolutionäre Frankreich von 1789 als auch das 1804 entstandene Kaisertum Napoleons. Das galt auch für das an der östlichen Peripherie Europas gelegene Russland. Doch reagierte Russland vor 1812 politisch nicht eindeutig auf diese Herausforderung. Als Monarchie, Autokratie (Selbstherrschaft) oder Zarenreich war es quasi ein natürlicher Gegner des revolutionären oder republikanischen Frankreichs gewesen und auch in unterschiedlichen Koalitionen und an unterschiedlichen Orten in Europa gegen das neue Frankreich aufgetreten. Gegenüber dem kaiserlichen Frankreich des Emporkömmlings Napoleon rückten dagegen machtpolitische Ambitionen und Interessen stärker in den Vordergrund. Zar Paul I. (Herrscher von 1796 – 1801) hatte zum Ende seiner Herrschaft eher Ausgleich und Kooperation mit Napoleon gesucht. Sein Nachfolger Zar Alexander I. (1777 – 1825), der von 1801 bis 1825 herrschte, trat dagegen eher als Napoleons Gegner auf, so militärisch Ende 1805 an der Seite der Habsburger bei Austerlitz und 1806-07 an der Seite Preußens bei Jena und Auerstedt, Eylau und Friedland. Das geschah mit dem Ziel, die Machtbalance in Europa zu erhalten bzw. zu Gunsten Russlands zu verschieben. So sicherte sich Alexander 1807 bei jenem berühmten Treffen mit Napoleon auf der Memel, das zum



Prof. Dr. Guido Hausmann, Professor für Geschichte Osteuropas an der LMU München

Tilsiter Vertrag führte, für das Bündnis mit Frankreich gegen England (besonders der Beteiligung an der Kontinental-sperre) Napoleons Unterstützung in Territorialfragen zu, und zwar bezüglich Bessarabien (dem östlichen Teil des Fürstentums Moldau, der dem Osmanischen Reich unterstand) und dem zu Schweden gehörenden Finnland. Alexander persönlich war im Geist der europäischen Aufklärung erzogen worden und bewunderte Napoleon als militärisches Genie. Doch wirtschaftlich schadete das Exportverbot dem russischen Handel über die Ostsee erheblich und politisch forderte Napoleon das im 18. Jahrhundert gewonnene Selbstverständnis Russlands als europäische Macht heraus. Spätestens Ende 1810 begann Russland aus der Kontinental-sperre auszubrechen und so zeichnete sich auch seit dieser Zeit eine militärische Auseinandersetzung mit Frankreich immer deutlicher ab.

Das war der Vorwand oder Grund Napoleons gewesen, um vom besiegten Preußen und geteilten Polen aus (hier hatte Napoleon 1807 ein von ihm abhängiges Herzogtum Warschau geschaffen) im Sommer 1812 gegen Russland zu ziehen, wohl mit dem Minimalziel, Russland schnell militärisch zu schlagen und zurück in die Kontinental-sperre gegen England zu zwingen.

II.

Die Invasion der Grande Armée, die am 24. Juni 1812 die Memel überquerte, damit auf russisches Territorium übersetzte und möglichst schnell eine Entscheidungsschlacht schlagen wollte, steht historisch in einer Reihe von militärischen Invasionen, die Russland erlebt und seine historische Erinnerung geprägt hat: im Mittelalter, im 13. Jahrhundert, die Invasion Nowgorods durch ein Deutscherheer, in der so genannten Zeit der Wirren zu Beginn des 17. Jahrhunderts eroberten polnische und litauische Einheiten den Moskauer Kreml, wurden aber bald wieder vertrieben, und zu Beginn des 18. Jahrhunderts

war Schweden unter Karl XII. in Russland eingefallen, ohne jedoch direkt Moskau oder die gerade gegründete Residenz St. Petersburg zu bedrohen. Der erfolgreiche Widerstand gegen die Invasoren war das Arsenal der kulturellen Mobilisierung, dessen sich Zar und orthodoxe Kirche im Sommer 1812 bedienten. Nur mit großer Mühe war es dem Zaren vor Kriegsbeginn gelungen, die Kampfhandlungen im Süden mit dem Osmanischen Reich zu beenden und die russische Herrschaft in Finnland so zu sichern, dass er die eigenen Truppen in voller Stärke gegen Napoleons Truppen richten konnte. Die Grande Armée galt zu dieser Zeit als beste Armee Europas. Aber für Russlands Wahrnehmung der Situation war genau so wichtig, dass man sich nicht allein Napoleon und Frankreich gegenüber sah, sondern einer Armee der so genannten 20 Nationen, also mehr oder weniger ganz Europa. Es war in dieser Perspektive ein Krieg Russlands gegen Europa, und Russland stand dem Feind alleine gegenüber, da es von keiner anderen Macht militärisch unterstützt wurde. Allerdings gab es auf russischer Seite viele hohe Offiziere nicht-russischer Herkunft, zumal Deutsche aus den baltischen Provinzen oder Preußen, sodass sozusagen Europa im russischen Militär präsent war. Frühnationale Stimmungen führten zu Konflikten im Militär, für die symbolisch die Oberbefehlshaber der Ersten Westarmee Barclay de Tolly und der Zweiten Westarmee Petr Bagration stehen (den Gesamtoberbefehl hatte zunächst Zar Alexander I.). Sie sind von der russisch-sowjetischen Geschichtsschreibung im 19. und 20. Jahrhundert lange Zeit sehr einseitig betont worden.

Napoleons Feldzug lässt sich zwar in zwei Phasen einteilen, deren erste bis zum Einmarsch in Moskau und dem Brand der Stadt reicht, aus dem sich die Grande Armée dann viel zu spät nach Süden und schließlich zurück nach Westen wandte. Für die Strukturierung der Vorstellung ist diese Zweiteilung hilfreich: zunächst die vorwärts pressende Armee Napoleons mit seinen anfänglich insgesamt über 600 000 Soldaten und die sich geordnet zurückziehende(n), anfänglich etwa 400 000 bis 450 000 Mann starke russische(n) Armee(n), die nach dem Rückzug von Smolensk unter dem Oberbefehl von Fürst Michail I. Kutuzov stand; dann im zweiten Teil der ungeordnete, fluchtartige Rückzug der übrig gebliebenen und verzweifelten napoleonischen Truppen, die von den russischen Truppen und besonders von Kosakenverbänden verfolgt wurden. Alexander entschied dann, sie nicht nur bis zur Landesgrenze zu verfolgen, sondern darüber hinaus – bis nach Paris.

Doch ist es fraglich, ob solch einfache Vorstellungen der Komplexität des Geschehens gerecht werden: Napoleon wollte nicht von Anfang an Moskau erobern, sondern er suchte eine Entscheidungsschlacht und es verletzte die soldatische Ehrvorstellung vieler Russen (im Militär und jenseits davon in der höfischen Gesellschaft) zutiefst, dass sich die russische Armee der offenen Feldschlacht durch Rückzug entzog. Napoleon erwog verschiedene Strategien, nachdem er die Vereinigung der beiden russischen Westarmeen vor Smolensk nicht verhindern konnte: auch einen Zug Richtung St. Petersburg, oder nach Süden in die Ukraine, der besseren Versorgung wegen, und wiederholt dachte er daran, sich in ein Winterquartier an oder jenseits der westlichen Grenze (etwa in Wilna) zurückzuziehen und im nächsten Frühjahr neu anzugreifen.

Die Geschichtsschreibung Russlands hat auf der anderen Seite im 19. und

20. Jahrhundert immer wieder betont, dass der Rückzug von einheimischen und nicht von preußischen Offizieren erdacht und durchgeführt wurde, sondern sozusagen ein russischer Masterplan war, der die Qualität der russischen

Militärstrategie und damit die Europäizität Russlands demonstriert habe. Aber auch das lässt sich hinterfragen, denn vielleicht handelte es sich eher um eine Reihe von ad hoc Entscheidungen angesichts der militärischen Überlegenheit der napoleonischen Truppen. Es kann jedoch auch sein, dass die hohen Menschen- und Pferdeverluste durch mangelhafte Nachschublinien, die bereits zu dem Zeitpunkt erkennbar sind, als die napoleonischen Truppen die Memel überquerten, spätestens aber bei Smolensk – bereits von Anfang an den Keim der Niederlage und Katastrophe in sich trugen. Der Wintereinbruch und damit das Klimaargument finden sich dagegen lediglich in westlichen Darstellungen als Ursache der Niederlage der Grande Armée, nicht dagegen in russischen.

Wie verhielt sich die Gesellschaft gegenüber den Invasoren? Die orthodoxe Kirche setzte sich deutlich vernehmbar (der Metropolit von Moskau und Kolomenskoe Platon) und einig durch das Verlesen von patriotischen Botschaften und Predigten in den Kirchen für die Verteidigung des orthodoxen Russlands ein. Die orthodoxe Kirche hatte 1806 Napoleon als „Antichrist“ mit dem Bann belegt, dies nach 1807 aber wieder zurücknehmen müssen und 1812 ihr Anathema erneuert. Bald bildeten sich Landwehren bzw. so genannte Volksaufgebote, meist aus Bauernsoldaten, die als separate Einheiten in die Armee integriert waren. Dazu kamen vor allem in der zweiten Phase des

Die orthodoxe Kirche hatte 1806 Napoleon als „Antichrist“ mit dem Bann belegt, dies nach 1807 aber wieder zurücknehmen müssen und 1812 ihr Anathema erneuert.

Krieges autonom agierende, kaum integrierte Partisaneneinheiten. Während bis ins frühe 19. Jahrhundert der französisch sprechende russische Adlige in vielerlei Hinsicht dem französischen oder deutschen Adligen näher stand als dem russischen Bauer, begann sich dieses Verhältnis nun zu ändern: Über Ständegrenzen hinweg bildeten sich teilweise und zumindest temporär neue Solidaritäten, die auf Gemeinsamkeiten der Sprache, Kultur (Orthodoxie) und historischen Erfahrung basierten. Dabei sollte man die Rationalität der russischen Bauern nicht unterschätzen, die häufig zweckgerichteter als lange Zeit angenommen handelten: Viele Bauern erhofften sich als Gegenleistung für die gezeigte Loyalität und das soldatische Engagement die Freiheit, das war in ihrer Sicht die Aufhebung der Leibeigenschaft. Sie wurden enttäuscht, denn das geschah erst im Jahr 1861. Ihr Misstrauen richtete sich gegen die Adligen, ihr Vertrauen auf den Zaren – doch ohne greifbares Ergebnis. Denn die wichtigste innenpolitische Folge des russischen Sieges über Napoleon im Jahr 1812 war, dass die politische Ordnung der Autokratie gefestigt aus dem Krieg hervorging: Zar Alexander sah im russischen Sieg göttliches Wirken und er lehnte bis zu seinem Tod im Jahr 1825 grundlegendere politische und soziale Reformen ab.

III.

Aus mehreren Gründen hat der „Vaterländische Krieg“ oder napoleonische Feldzug des Jahres 1812 solch starke Erinnerungsspuren in Russland hinterlassen. Militärisch bedeutete er sicherlich die Wende in Napoleons imperialen Vorhaben, Europa und vor allem Großbritannien zu unterwerfen bzw. abhängig zu machen. Von dieser Niederlage erholten sich Napoleon und seine Armee nicht mehr, obwohl er 1813 neue Truppen ausheben und kämpfen ließ. Politisch bildeten sie zusammen mit den militärischen Erfolgen Russlands und seiner Verbündeter 1813 und 1814 den Beginn der Vormachtstellung Russlands in Europa, die bis zum Krimkrieg andauern sollte. Ob Russland auf dem Wiener Kongress 1814 – 1815 fähig war, seine militärischen Erfolge adäquat in politischen Gewinn zu verwandeln, steht auf einem anderen Blatt. Kulturell beförderten gleich mehrere Faktoren die Verwurzelung dieses Feldzuges in der historischen Erinnerung Russlands und Europas: Einmal sind da Katastrophen großen Ausmaßes zu nennen: die hohen Menschenverluste bei der Schlacht von Borodino am 7. September 1812, dem etwa 120 km westlich von Moskau gelegenen Dorf, die Fachliteratur nennt eine Gesamtzahl von 70000 bis 80000 Toten (auf russischer Seite etwa 45000), die wohl höchste Opferzahl in einer einzelnen Schlacht im 19. Jahrhundert und vor dem Ersten Weltkrieg; dann eine Woche später der Brand und die Besetzung von Moskau, der alten Hauptstadt Russlands, die weitgehend zerstört wurde und schließlich drittens der Übergang über die Berezina Ende November 1812, bei der weniger Napoleons glückliche Rettung und der gleichzeitige Tod vieler Soldaten der Grande Armée erinnert wurden (die meisten Experten gehen von mindestens 20000 militärischen und zivilen Toten auf französischer Seite, aber auch von einigen Tausend toten russischen Soldaten aus) als die endgültige Vertreibung des Eindringlings und seiner Truppen aus dem eigenen Land.

Neben dem Ausmaß der Katastrophe mit seinen individuellen und kollektiven Tragödien ist jedoch auch darauf hinzuweisen, dass anders als ein- oder

zweihundert Jahre zuvor zwei Armeen aufeinander gestoßen waren, deren Offiziere fast alle und deren einfache Soldaten zum Teil schreiben und lesen konnten (auf russischer Seite kaum). So entstanden nach 1812 bzw. 1813 Kommunikations- oder Überlieferungsräume, die es so vorher nicht gegeben hatte. Sie prägten sich regional/national unterschiedlich aus, in Frankreich und in den deutschen Staaten breiter und differenzierter, zumal die Alphabetisierungsrate hier höher war als in Russland, wo viele Veteranen aus den Offiziersrängen autobiographische Texte hinterließen, die historische Erinnerung insgesamt aber stärker durch Staat und orthodoxe Kirche dominiert wurde. Durch Übersetzungen der offiziellen Kriegsdarstellungen und wichtiger Memoirenliteratur quer durch Europa entstand auch eine Erinnerungskonkurrenz auf europäischer Ebene und bestimmte Topoi prägten die individuellen und nationalen Darstellungen.

IV.

Es lassen sich mehrere allgemeine Kennzeichen der historischen Erinnerung in Russland an den ‚Vaterländischen Krieg‘ hervorheben: Erstens hat kein Krieg Russlands bis zum Fall der Romanov-Dynastie 1917 ein vergleichbar starkes Echo in der historischen Erinnerung des Landes erhalten wie der ‚Vaterländische Krieg‘ von 1812. Das gilt mit Ausnahme des Zweiten Weltkriegs (der deutsch-sowjetische Krieg von 1941 bis 1945 wurde von der Sowjetunion als ‚Großer Vaterländischer Krieg‘ bezeichnet) bis heute. Zweitens ist diese historische Erinnerung ungewöhnlich breit und differenziert in dem Sinne, dass sie in unterschiedlichen Medien ausgedrückt wurde (Bauwerke, Texte, Musik und Malerei bzw. Graphik) und nicht auf einen oder wenige Orte beschränkt geblieben ist. Sie blieb aber drittens inhaltlich doch weitgehend obrigkeitlich dominiert und konnte so leichter zur politischen Instrumentalisierung gebraucht werden, wobei vergleichend zu fragen wäre, ob das in Frankreich oder Deutschland so unterschiedlich gewesen ist.

Auf jeden Fall sind die nicht obrigkeitlich-staatlichen Erinnerungsspuren in Russland schwieriger zu finden und zu verfolgen: Sie waren weniger deutlich ausgeprägt. Damit sind sowohl andere russische Erinnerungen gemeint als auch nichtrussische Erinnerungsspuren an der westlichen Peripherie des Reiches, vor allem litauische und polnische. Das ist vor allem das Ergebnis einer starken Zensur im 19. Jahrhundert gewesen, als die Erinnerung noch individuell und kollektiv lebendig, durch Zeitzeugenschaft geprägt gewesen ist. Insofern konnte die Sowjetunion recht nahtlos an die Zarenzeit anschließen. Der entscheidende inhaltliche Topos ist dabei die Einigkeit zwischen Autokratie, orthodoxer Kirche und Volk in der Abwehr der Invasoren, die der britische Historiker Geoffrey Hosking einmal als „patriotische Legende“ bezeichnet hat, da in Wirklichkeit recht unterschiedliche Interessen wirkten.

Viertens bezog sich, so meine These, die historische Erinnerung in Russland zum Teil auf ähnliche, zum Teil aber auf andere Ereignisse und Phasen des Feldzugs: weniger auf den Rückzug der Grande Armée, deren apokalyptisches Ausmaß in der Veteranenliteratur der Grande Armée im Vordergrund stand, auch weniger auf den eigenen Vormarsch über die Landesgrenzen hinaus, stärker dagegen auf die Invasion in der ersten Phase des Krieges, mit der Schändung von orthodoxen Kirchen durch die Grande Armée, der Aufgabe und Zerstörung von Smolensk, der Verlust-

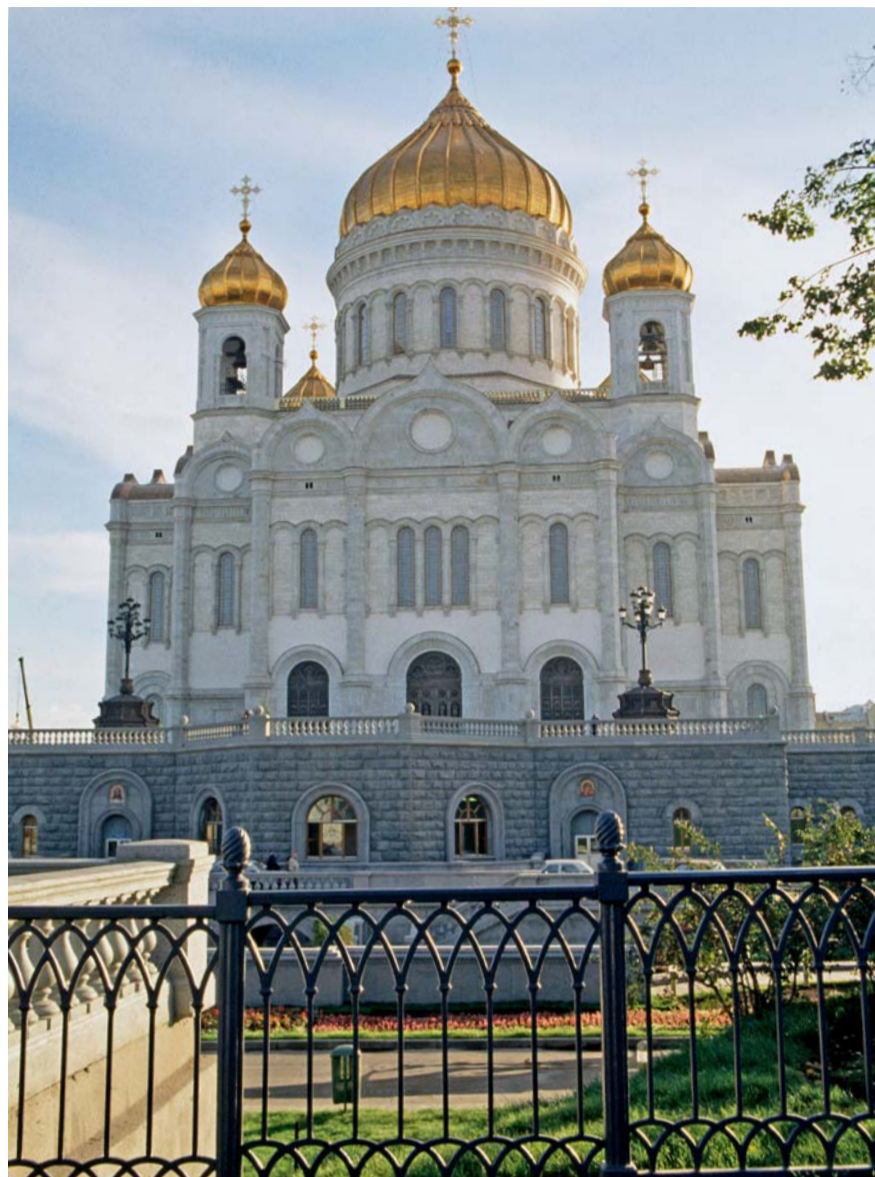


Foto: akq-images

In Moskau ragt unter den Erinnerungszeichen an die Abwehr des französischen Angriffs die Christ-Erlöser-Kathedrale heraus, die aus vielen Gründen erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts fertiggestellt wurde.

drade heraus, die aus vielen Gründen erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts fertiggestellt wurde.

reichen Schlacht von Borodino und der Demütigung durch den Brand von Moskau, das den Feinden überlassen wurde, ohne dass es jedoch zu einer offiziellen Übergabe der Stadt oder zu politischen Verhandlungen zwischen der russischen und der französischen Seite gekommen wäre.

Vier Beispiele können einige Besonderheiten und Facetten der historischen Erinnerung in Russland und in der Sowjetunion verdeutlichen. Neben den Orten der großen Kämpfe, an denen im Laufe des 19. Jahrhunderts, vermehrt seit den 1830er – 1840er Jahren, Kapellen, Gedenkkreuze oder Obelisken entstanden, schuf man von oben auch in den beiden Hauptstädten Erinnerungszeichen: im Zentrum der Residenz- und Hauptstadt St. Petersburg zum Beispiel die Siegestsäule auf dem Marsfeld oder die Kazaner Kathedrale mit den davor platzierten Denkmälern von Kutuzov und de Tolly, in Moskau ragt unter den Erinnerungszeichen dagegen die Christ-Erlöser-Kathedrale heraus.

Ihr Bau geht auf ein Manifest von Zar Alexander I. im Dezember 1812 zurück und sie sollte im Süden Moskaus gebaut werden, dort wo die Grande Armée nach Moskau ein und auch wieder herausmarschiert war. Der geplante größte Kathedralbau der Welt ließ sich aber u. a. aufgrund des zu lockeren Unter-

grunds nicht realisieren. Der Nachfolger von Alexander I., sein Bruder Zar Nikolaus I., nahm das Projekt Anfang der 1830er Jahre wieder auf. Einfluss auf seine Entscheidung wird die Niederschlagung des polnischen Aufstands 1830/31 (1835 kam es auch zu einer großen russisch-preußischen Militärparade in Kalisch, in dem 1813 das gemeinsame Bündnis gegen Napoleon beschlossen worden war) und das 25-jährige Jubiläum von 1812 im Jahr 1837 gehabt haben. Im Jahr 1839 begann

Im Jahr 1839 begann man mit dem Bau der Christ-Erlöser-Kathedrale, und zwar im Zentrum Moskaus, nicht weit entfernt vom Kreml.

man mit dem Bau der Christ-Erlöser-Kathedrale, und zwar jetzt im Zentrum Moskaus, nicht weit entfernt vom Kreml. Der Bau zog sich bis 1881 hin, 1883 wurde die Kirche schließlich eingeweiht und auch der neue Zar Alexander III. gekrönt.

Der stilistisch Bauelemente aus dem Moskauer Russland aufnehmende Kirchenbau war zwar primär ein Zeugnis



General Kutuzov war der oft kritisierte, aber schließlich erfolgreiche Oberbefehlshaber der russischen Armee im Kampf gegen Napoleon. Der Kutuzov-Orden, der während des Zweiten Weltkriegs, dem „Großen Vaterländischen Krieg“, von Stalin gestiftet wurde, sollte die Erinnerung an 1812 instrumentalisieren.



Foto: akg-images

Die wundertätige Ikone der Heiligen Gottesmutter von Smolensk ist ein Erinnerungszeichen, das auch bei der einfachen russischen Bevölkerung große Bedeutung gewann.

religiöser Dankbarkeit. Er enthielt aber auch Merkmale eines historischen Denkmals, denn an allen vier Wänden zeigten eine Reihe von Marmorplatten Ereignisse aus dem Krieg von 1812 sowie Heiligenfiguren und Fürstendarstellungen, die auf andere Beispiele der Verteidigung des eigenen Landes gegenüber Invasoren verweisen. Die Kathedrale wurde 1931 auf Stalins Befehl zerstört und in den 1990er Jahren an gleicher Stelle wieder errichtet, was auf die Bedeutung des zarischen Erbes bzw. des imperialen Russlands für das gegenwärtige Russland hinweist. Sie versinnbildlicht vor allem das Bündnis zwischen Thron und Altar, ist dagegen kaum ein Erinnerungsort des so genannten einfachen Volkes gewesen. Die Länge der Bauzeit kann als ein Hinweis darauf gewertet werden, dass sie für die Zaren keine vorrangige Bedeutung hatte, denn sonst hätte man den Bau schneller zu Ende gebracht. Es lässt sich aber andererseits auch auf die Beharrlichkeit hinweisen, mit der man über Jahrzehnte an dem monströsen Kirchenbau festhielt, was für seine Bedeutung spricht.

Zweites Beispiel ist die wundertätige

Ikone der Heiligen Gottesmutter von Smolensk, die im Unterschied zur Christ Erlöserkathedrale ein Erinnerungszeichen und ein Medium war, das auch die so genannten einfachen Menschen erreichte. Die Ursprünge der Ikone sind umstritten und legendär: Einige Forscher gehen davon aus, dass sie von dem Evangelisten Lukas stammte und über Konstantinopel nach Russland kam. Im frühen 17. Jahrhundert wurde sie von Moskau nach Smolensk gebracht, wo sie auch blieb. Im August 1812 beteten die Einwohner von Smolensk während der Kämpfe um die Stadt zu ihr. Sie wurde wohl auf einem Kanonenwagen beim Rückzug der russischen Truppen aus Smolensk mitgenommen.

Oberbefehlshaber Fürst Michail I. Kutuzov ließ am Tag vor der Schlacht von Borodino die Ikone in einer Prozession an allen Stellungen vorbeiführen. Augenzeugen berichten in Erinnerungen von der Frömmigkeit der Soldaten, die im Gebet zur Ikone Gottes Hilfe suchten. Kutuzov befahl bereits im November 1812 den feierlichen Rücktransport der Ikone nach Smolensk. Im 19. Jahrhundert wurde sie als „Augen-

zeugin“ ein wichtiges Erinnerungszeichen an die Ereignisse von 1812. Sie erinnerte an die Bedeutung von Frömmigkeit und Glaube als Garanten für Schutz und Sicherheit, sie verband das so genannte einfache Volk mit der Orthodoxen Kirche, ohne dass das notgedrungen eine Akzeptanz der Kirchenautoritäten implizierte, und sie schuf im Ritual des Gebetes eine Erinnerungsgemeinschaft, die weder sozial noch geographisch begrenzt war.

In Russland hat es 1837 und 1862 keine offiziellen Erinnerungsfeiern an 1812 gegeben. Für die Entscheidung spielte sowohl die Bauernfrage als auch die polnische Frage eine Rolle, denn der Zarenstaat befürchtete Bauernproteste gegen die Art der Bauernbefreiung des Jahres 1861 und in Polen eskalierte die Situation in den Jahren nach 1856 bis zum Aufstand von 1863 – 64. 1912 dagegen feierte man offiziell und groß das Hundertjährige Jubiläum. Die Zarenherrschaft war nach der Revolution von 1905 geschwächt, und Zar Nikolaus II. versuchte mit der Erinnerung an glorreiche Ereignisse der Vergangenheit wie den ‚Vaterländischen Krieg‘ von 1812 seine bzw. die Zarenherrschaft zu festigen. Erstmals erkannte er nun explizit die entscheidende Rolle des Volkes im Feldzug von 1812 an. Teil der aufwendigen Feierlichkeiten war auch eine Prozession mit der Ikone von Smolensk nach Borodino, wo Zar Nikolaus II. an einer Prozession mit der Ikone teilnahm und sich somit als Teil des Gottesvolkes präsentierte.

Ein drittes Beispiel ist das Panoramagemälde „Die Schlacht von Borodino“ von Franz Roubaud (1856 – 1928), das der Künstler zum hundertjährigen Jubiläum der Schlacht geschaffen hatte und das in Moskau zwischen 1912 und 1918 und dann seit 1962 in einem eigenen Museum ausgestellt wurde. Das Museum wurde zum zweihundertjährigen Jubiläum 2012 restauriert und neu eröffnet. Roubaud war ein europäischer Künstler: geboren in Odessa in einer französischen Kaufmannsfamilie, studierte er 1877 und 1878 an der Münchener Kunstakademie, lebte dann eine längere Zeit in Paris und St. Petersburg, wo er eine Professur innehatte. Das 115 m lange und 15 m breite Panoramagemälde wurde zunächst in München ausgestellt. Hier und in seiner Nähe verbrachte der Künstler auch seine letzten Lebensjahre und liegt er begraben (Frauenchiemsee).

Das Gemälde erzählt lebendig und aus russischer Perspektive einen Ausschnitt aus der Schlacht, in dem russische Einheiten einen französischen Angriff zurückwerfen und der vormalige Oberbefehlshaber der 2. Westarmee Petr Bagration so schwer verwundet wurde, dass er in der Folge an seinen Verletzungen starb. Das Gemälde war damit Teil des Prozesses, Borodino als Ort der Haupt- und Entscheidungsschlacht in der Erinnerung Russlands zu verankern. Denn hier konnte in besonderer Weise Heroismus im patriotischen und nationalen Geiste gezeigt werden, was weder für den Brand von Moskau noch den Übergang über die Berezina der Fall war. Zur besonderen Geschichte des Bildes gehört, und das führt in die Sowjetzeit, dass es erst seit 1962, anlässlich des 150. Jubiläums von 1812, in einer Dauerausstellung gezeigt wird. Die Eröffnung einer solchen Dauerausstellung und die Gründung einer Reihe von Militärmuseen ist typisch für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, in der die Sowjetunion auf solche Weise die eigene Wehrhaftigkeit herausstellte und den Sieg im Zweiten Weltkrieg in eine größere historische Kontinuität rückte.

Das vierte Beispiel ist der Kutuzovorden, der während des Zweiten Weltkriegs – am 29. 7. 1942 – in zwei Klassen

von Stalin gestiftet wurde, am 8. 2. 1943 folgte die Ordensstiftung in der 3. Klasse. Der Kutuzovorden symbolisiert die Verbindung des „Vaterländischen Krieges“ mit dem „Großen Vaterländischen Krieg“, also den Krieg der Sowjetunion gegen Nazideutschland. Seit Mitte der 1930er Jahre hatte die Sowjetunion eine patriotische Wende vollzogen, besonders politische und militärische Führer der vorsowjetischen russischen Geschichte aufgewertet und mit der folgenden Sowjetepoche verbunden. Der Kutuzovorden stand in diesem breiteren Kontext, der sich auch in der Aufnahme militärischer Traditionen der Zarenzeit durch die sowjetische Rote Armee zeigte. Nicht zuletzt symbolisierte Kutuzov unbedingte Verteidigungsbereitschaft, Siegeszuversicht und etwas genuin russisches. Der Oberbefehlshaber von 1812 taugte eher zum Helden als Zar Alexander I., da er 1942 in besonderer Weise die Opfer- und Abwehrbereitschaft signalisierte. Kutuzov ist zusammen mit Petr Bagration in den sowjetischen Jahrzehnten nach 1945 ein positiver historischer Held geblieben, der von Fachhistorikern in Quellenausgaben und Biographien dargestellt wurde.

V.

Die Feierlichkeiten zum 200. Jubiläum von 1812 im Jahr 2012 korrespondieren in auffälliger Weise mit dem Jubiläum von 1912. Denkmäler aus der damaligen Zeit wie die Christ Erlöserkathedrale oder das Panoramagemälde von Franz Roubaud sind wieder errichtet oder restauriert worden, ein neues Museum des Vaterländischen Krieges,

Wie 1912 steht die orthodoxe Kirche auch heute loyal an der Seite des Staates und verleiht diesem so zusätzliche Legitimation.

platziert im Staatlichen Historischen Museum Russlands direkt am Roten Platz, ergänzt die existierende Erinnerungslandschaft. Russland sieht sich wie damals in einer politischen Krisensituation, aus der es nur mühsam herauskommt und möchte gleichzeitig an die politische Bedeutung anknüpfen, die es 1812 und in den Jahrzehnten danach hatte. Wie 1912 steht die orthodoxe Kirche auch heute loyal an der Seite des Staates und verleiht diesem so zusätzliche Legitimation. In zwei Reden stellte der Regierungschef und alte und neue Präsident Wladimir W. Putin im März und im September 2012 die Tradition und Bedeutung militärischer Siege sowie die Notwendigkeit der Einigkeit von Staat, Kirche und Volk und patriotischer Erziehung heraus. Doch welcher Gegner muss 2012 besiegt werden? Bei Putin war es der innere Feind, nicht Europa. Ob der Versuch ankommt?

In einer anderen – deutlich schwächeren – historischen Tradition, die man auch als Gegenerinnerung oder alternative Deutung verstehen kann, ist „1812“ Chiffre und Gründungsmythos eines neuen Russlands („wir sind alle Kinder von 1812“), ein Sieg des russischen Volkes und die Geburt einer unabhängig vom Staat, in diesem Sinne autonom auftretenden russischen Nation. „1812“ konnte (so geschah es zum Beispiel 1912) und kann so auch gegen die jeweilige politische Herrschaft gewendet werden. In dieser Tradition steht auch Tolstois 1868/1869 erschiebener Roman „Krieg und Frieden“.

Es lässt sich deshalb fragen, ob die historische Erinnerung an 1812 von offizieller Seite auch deshalb so aktiv ge-



Foto: akg-images

Ein Ausschnitt des Panoramagemäldes „Die Schlacht von Borodino“ von Franz Roubaud (1856-1928). Es stellt eine Situation der Schlacht aus russischer

Sicht dar. Das riesige Bild ist seit 1962 in einem eigenen Museum in Moskau ausgestellt, das 2012 renoviert wurde.

staltet und kontrolliert werden musste und muss, weil die Furcht vor dieser anderen Erfahrung und Erinnerung mitschwingt: dass „das Volk! selbstständig

Das Jubiläum blieb eine Veranstaltung ehemaliger europäischer Großmächte, die in dieser Hinsicht eher den Geist des imperialen 19. als des 21. Jahrhunderts atmete.

auftritt und der Sieg von 1812 auch ein Sieg der herrschenden politischen Ordnung und seiner Eliten über das eigene Volk war? Wladimir W. Putin wird seinen bewusst unpräzise und offen gelas-

senen Gebrauch der Siegesmetapher nicht so verstanden wissen wollen, und so muss dieser Hinweis hier genügen. Auch in einer europäischen Perspektive fallen Kontinuitäten auf: Wie 1912 benutzte Russland auch 2012 das Jubiläum nicht politisch gegen den ehemaligen Kriegsgegner Frankreich. 1912 war Frankreich Russlands Verbündeter gegen Deutschland und so wie damals waren auch Anfang September 2012 französische Gäste zu den offiziellen Feierlichkeiten nach Russland eingeladen – mit dem ehemaligen französischen Präsidenten Giscard d'Estaing an der Spitze. Doch wurden die Nachbarn Polen, Litauen und Weißrussland – 1812 Orte des Aufmarsches und der Verwüstung und bis 1918 ohne Staatlichkeit – nicht in das Jubiläum einbezogen. Das Jubiläum blieb eine Veranstaltung ehemaliger europäischer Großmächte, die in dieser Hinsicht eher den Geist des im-

perialen 19. als des 21. Jahrhunderts atmete.

Es dürfte kein bloßer Zufall sein, dass auch die große Ausstellung *Russen & Deutsche. 1000 Jahre Kunst, Geschichte und Kultur*, die vom 6. Oktober 2012 bis zum 13. Januar 2013 im Neuen Museum in Berlin gezeigt wurde, so unsensibel war, 1812/13 nur aus der Perspektive der Konvention von Taurroggen und des preußisch-russischen Militärbündnisses darzustellen und die polnische, litauische und weißrussische Perspektive(n) – gelinde gesagt – zu vernachlässigen. Ohne eine Einbeziehung dieser Perspektiven lässt sich aber nicht von einem europäischen Gedenken an 1812 sprechen. Sie einzubeziehen würde nicht bedeuten, Nationen und Staaten zu Gunsten einer allgemeinen Humanität fallen zu lassen, aber doch zumindest die heroische Nation des 19. Jahrhunderts durch eine (selbst-)

reflexive Nation des 21. Jahrhunderts abzulösen. Hilfreich wäre in diesem Sinne, wenn auch die Forschung über die Geschichte Russlands wie die anderer europäischer Länder mehr Augenmerk auf die Rekonstruktion der Erfahrungen und Erinnerungen einfacher Soldaten legen und sich von den Biographien der Feldherren emanzipieren würde. Möglicherweise hilft hier auch ein anderer Prozess der letzten Jahrzehnte, und zwar der an Bedeutung gewinnende kulturelle Konsum, der sich 2012 in Russland unter anderem im großen russisch-französischen re-enactment der Schlacht von Borodino zeigte und zur Historisierung des ‚Vaterländischen Krieges‘ von 1812 beitragen kann. □

Napoleons Russlandfeldzug 1812 im Spiegel bayerischer Ego-Dokumente

Julia Murken

0.

Die Aquarelle und Zeichnungen des bayerischen Schlachtenmalers Albrecht Adam gehören zu den gängigen Darstellungen des Russlandfeldzugs von 1812. Als Kriegsteilnehmer dokumentierte Adam den Verlauf und Kriegsalltag in einer Art Bildchronik, die in teilweise erschütternden Bildern den Schrecken des Krieges verdeutlichen.

Zu den eindrücklichsten Darstellungen gehört das abgedruckte Bild. Es zeigt ein Schlachtfeld an der Moskwa nach der Schlacht von Borodino Anfang September 1812. Es vermittelt trotz der kargen Szenerie einen beklemmenden Eindruck von den Gräueln und Schrecken des Krieges und wirft Fragen auf: Welche Eindrücke prägten die Kriegsteilnehmer? Wie gingen sie mit den existenziellen Bedrohungen des Krieges um, und schließlich, welche Kriegserfahrungen zeichnen die beteiligten bayerischen Soldaten aus? Diese Kriegserfahrungen sind fassbar in sogenannten Ego-Dokumenten, also autobiographischen Zeugnissen, und können in späterer Zeit durchaus einem Deutungswandel unterliegen.

Bayern stellte der sogenannten „Armée des Vingt-nations“ oder „Grande Armée“ Napoleons zwei Divisionen, die erste bayerische Division unterstand dem Infanterie-General Graf von Derooy, die zweite bayerische Division folgte dem Kommando des Generals Fürst von Wrede. Das Kontingent bestand aus rund 30 000 Soldaten, hinzu kamen weitere 5500 Mann, die in den Monaten April bis Dezember 1812 sukzessive als Verstärkung nach Russland geschickt wurden.

Die bayerischen Soldaten versammelten sich ab Februar 1812 in verschiedenen Orten Nordbayerns. Bereits der Marsch durch Sachsen, Schlesien und Polen zehrte an den Kräften. Nach mehr als vier Monaten Marsch erreichten beide Divisionen Anfang Juli schließlich das Ufer des Grenzflusses Njemen (Memel). Der Zustand der einflussenden Soldaten war desolat: Die andauernden Strapazen des Marsches, Nahrungsmangel und Krankheiten hatten das Heer so sehr dezimiert, dass es jetzt schon nötig wurde, neue Soldaten aus Bayern anzufordern. Gleichwohl standen den körperlich und seelisch entkräfteten Soldaten die eigentlichen militärischen Auseinandersetzungen erst noch bevor. Vor der ersten Schlacht bei Polozk Mitte August, hatten die bayerischen Divisionen bereits 8954 Soldaten, also fast ein Drittel, verloren.

Auf dem Rückzug von Moskau verstärkten sich die Probleme. Am 12. Dezember überquerten die bayerischen Soldaten, zusammen mit der Nachhut der Grande Armée, den Njemen. Insgesamt, so schätzt man, haben weniger als 10% des gesamten bayerischen Kontingents überlebt.

Welche Erfahrungen prägten die Kriegsteilnehmer? Wie gingen sie mit den existenziellen Bedrohungen um? Dabei geht es nicht darum, die „tatsächliche Realität“ des Krieges erfassen zu wollen, sondern Bewältigungsstrategien und Deutungsmuster der Soldaten sichtbar zu machen.

Für rund 40 bayerische Soldaten, drei Viertel gehörten Offiziersrängen an,



Dr. Julia Murken, Gymnasiallehrerin in Tübingen

liegen als Quellenbasis für diese Fragen Ego-Dokumente oder Selbstzeugnisse vor. Nur wenige davon sind während des Feldzugs selbst entstanden, der größere Teil später, so dass mit Umdeutungen der Erfahrungen zu rechnen ist.

Ich möchte den Weg eines solchen Deutungswandels an den Themenfeldern Kriegsalltag, Religion und Nation verdeutlichen.

I. Zum Kriegsalltag

Marsch und Lagerleben prägten den Alltag der Soldaten. Zu militärischen Auseinandersetzungen kam es in diesem Alltag äußerst selten. Vom Charakter her hat der Zug nach Russland alle Ausprägungen eines frühneuzeitlichen Trosses. Manche der Soldaten wurden von ihren Ehefrauen, Kindern und zum Teil Dienstboten begleitet, wenngleich offizielle Quellen nichts davon berichten.

Aber in den Tagebüchern finden sich Hinweise auf Frauen und Kinder, die den Tross begleitet hatten. Der Infanterist Schrafel berichtet beispielsweise von einer Soldatenfrau, die ein dreijähriges Mädchen mit dabei hatte. Auch Schrafels Frau selbst hat ihren Mann nach Russland begleitet. Immer wieder betont der Infanterist, dass ihre Anwesenheit ihm eine große Hilfe gewesen sei, sowohl psychisch als auch durch ihren tatkräftigen Einsatz und ihre Unterstützung im aufreibenden Kriegsalltag. Sie habe keine Mühen und Gefahren gescheut, um ihn versorgen zu können:

„Einmal lag ich vor Hunger ermattet unter einem Baum. [...] Plötzlich weckte mich jemand. [...] Es war meine Frau. [...] 'Wo in aller Welt kommst du her?' fragte ich. 'Von Polozk', sagte sie; 'ich habe jemanden gefunden, der auf die Pferde acht gibt, und komme, dir etwas Schnaps und Brot zu bringen'. [...] So hat sich das treue Weib durch kein Hindernis abschrecken lassen mich aufzusuchen und mich zu erquickern.“ (Joseph Schrafel, Des Nürnberger Feldwebels Josef Schrafel merkwürdige

Schicksale im Krieg gegen Tirol 1809, im Feldzuge gegen Russland 1812 und in der Gefangenschaft 1812 – 1814, neu hg. 1913, S. 35)

Überhaupt scheint Schrafels Frau eine patente Person gewesen zu sein. Es war ihr gelungen, ein provisorisches Fuhrwerk zu konstruieren, so dass sie ihrem Mann das schwere Gepäck abnehmen konnte und selbst sehr viel mobiler wurde.

Ein grundsätzliches Problem des Kriegsalltags wurde rasch die mangelnde Versorgung. Fehlende Nahrung und Kleidung werden immer wieder in den Tagebüchern beklagt, nach der Überschreitung des Njemen nimmt das Thema die zentrale Position in den Schilderungen ein. Das Magazinverpflegungssystem, noch ein Kennzeichen des Ancien Régime, erwies sich als völlig ungeeignet, die Versorgung der Truppen sicher zu stellen. Die Ursachen der miserablen Versorgungslage wurden von manchen der zeitgenössischen Kriegsteilnehmer bereits durchschaut. Der Offizier von Pelkofen beobachtete im Juli 1812 in seinem Tagebuch recht zutreffend:

„Der Brotmangel hat unterdessen so sehr zugenommen, daß unter 8 Tagen oft nicht der geringste Bissen Brod gefaßt werden konnte. Denn, da jenseits der Memel die Bauern alle von Haus und Hof gelaufen waren – wenigstens in den Dörfern, welche an der Straße oder nicht weit davon liegen –, ferner die Ortschaften selbst von Strecke zu Strecke weniger, und folglich das Land unbewohnter wird, und also auch die Pferde und Wagen zur Nachschaffung der Viktualien nicht wie bei uns requiriert werden können, mithin der Transport sehr erschwert wird, so konnte das in den zurück angelegten Magazinen vorfindliche Brod nur durch unser eigenes Fuhrwesen nachgebracht werden; und da die Fütterung der Pferde nur in dem Weidegras, welches sich das Vieh selbst suchen mußte, bestand, so fiel das ermattete Vieh häufig während dem Zuge dahin und mußte auf der Straße liegen gelassen werden.“ (Tagebuch Pelkofen, 31.07.1812, BayHStA, KA, HS 663)

Natürlich gehörten auch Naturgegebenheiten wie Regen, Hitze und Kälte zu den Strapazen des Kriegsalltags. Für die höheren Chargen war dies insofern nicht so dramatisch, als sie nachts meistens ein festes Dach über dem Kopf hatten und somit ihre Sachen trocknen und sich aufwärmen konnten. Die durchnässten und erschöpften Fußsoldaten mussten dagegen zumeist im Freien auf feuchten, schlammigen Lagerplätzen biwakieren.

Die Konsequenzen blieben nicht aus, über sie berichtet der oberste Stabsarzt der bayerischen Truppen, Dr. Martin Köhler:

„Seit Wilna ist das Armeecorps beständig und ohne Rasttag im Marsche. Dazu kam fortdauernder Mangel an brod, und einige Tage und Nächte hindurch häufiger Regen, meistens sumpfige, mitunter bodenlose Wege; und schlechtes Sumpfwasser. Diese Umstände zusammen, mögen es veranlaßt haben, daß sich plötzlich eine große Menge Diarrhoen, und Dissenterien einstellten, und daß Entkräftungen häufig vorkamen, welche den Leuten das Marschieren unmöglich machten.“ (Köhler an die Generallazaretts-Inspektion, 30.07.1812, BayHStA, KA, B 501).

Zwei Krankheiten sind es, die das Heer dezimieren. Diarrhoen oder Dissenterien, damit ist die Ruhr gemeint, und zum anderen Entkräftungen.

Der Tod auf dem Schlachtfeld war dagegen eine eher untergeordnete Todesursache. Die Zustände in den Lazaretten waren vielfach nicht anders als katastrophal zu bezeichnen, auch

hier finden sich in den Tagebüchern entsprechende Schilderungen. Wilna etwa war im Dezember 1812 ein wichtiger Sammelpunkt der zurückströmenden Grande Armée. Die Zustände des Hospitals sind über die Berichte in Tagebüchern und Briefen hinaus sozusagen auch anthropologisch abgesichert. 2002 fand man bei Bauarbeiten die Überreste eines Massengrabes mit mehreren tausend Toten aus der Napoleonzeit. Litauische und französische Anthropologen stellten fest, dass kein einziger verwundet war, sondern durch Erfrierungen, Hunger oder Erschöpfung zu Tode gekommen sind.

Der Blick auf den Kriegsalltag der bayerischen Soldaten legt also in mehrfacher Hinsicht nahe, dass der napoleonische Russlandfeldzug noch den Charakter eines frühneuzeitlichen Krieges trug. Die extremen Bedingungen und die katastrophale Versorgungslage führten im Kriegsalltag zu Krankheiten mit existenzieller Bedrohung. Allerdings korrelierte die Sterblichkeit der Soldaten mit ihrem Rang. Je höher der Rang, desto so höher war die Wahrscheinlichkeit, diese existenziellen Bedrohungen

Der Blick auf den Kriegsalltag der bayerischen Soldaten legt in mehrfacher Hinsicht nahe, dass der napoleonische Russlandfeldzug noch den Charakter eines frühneuzeitlichen Krieges trug.

zu überleben. Am Ende des Russlandfeldzugs herrschten nur noch Chaos und Auflösung: Die militärische Organisation hatte zu diesem Zeitpunkt ihre ordnende und stabilisierende Funktion verloren. Der Kriegsalltag entzog sich allem bisher Gewohnten, und es drängt sich daher die Frage auf, auf welche Deutungsmuster die Soldaten zurückgreifen konnten, um die extremen Strapazen bewältigen zu können. Ich möchte zwei davon kurz skizzieren, nämlich Religion und Nation.

II. Zur Religion

Die Religion bot eines dieser Deutungsmuster. Die Militärseelsorge war in Bayern zu Beginn des 19. Jahrhunderts keine eigene Einrichtung, da die katholischen Garnionspfarreien Ingolstadt, Würzburg-Marienberg und München 1803 aufgehoben worden waren. Eine Feldseelsorge war nur für Kriegszeiten vorgesehen. Demnach sollten der Armee, „falls sie zu einer militärischen Bestimmung aufbrechen soll“, sechs katholische und zwei protestantische Feldprediger zugeteilt werden. Erst Mitte 1812, als die bayerischen Truppen schon bei Polozk in ihre ersten militärischen Auseinandersetzungen verwickelt waren, wurden diese acht Feldgeistlichen vom König ernannt. Sie sollten sich bis 30. August in Bayreuth einfinden und von dort mit Nachschubeinheiten nach Russland ziehen. Ob diese Feldgeistlichen alle bei der Armee eintrafen, lässt sich nicht mehr feststellen. Weder in den Feldzugsakten, noch in den Kriegstagebüchern der Soldaten werden sie auch nur ein einziges Mal erwähnt.

Grundsätzlich kann man feststellen, dass religiöse Äußerungen in den Soldatenbriefen häufiger auftreten als in den Tagebüchern. Hier klingen Trost und Zuversicht deutlich durch. Die Verfasser vertrauen, dass ihr Schicksal in der Hand des allmächtigen Gottes liegt. Noch zu Beginn des Feldzugs drückt sich in



Foto: akq images

Diese Szene aus dem Gemälde zur Schlacht von Borodino des bayerischen Schlachtenmalers Albrecht Adam zeigt die Grausamkeit des Krieges.

Briefen an die Ehefrau oder die Verlobte Hoffnung aus, „daß Gott alles gut fügen wird“ und dass „Gott [...] unser aller Helfer sein“ wird. Auch die Zuversicht, mit Gottes Hilfe in die Heimat zurückkehren zu können, kommt zum Ausdruck: „Unser Gott wird gewiß machen, daß ich bald zu dir kommen werde“.

Wenn explizite Aussagen zur eigenen religiösen Haltung in den Tagebüchern selten sind, so muss dies nicht auf religiöse Indifferenz verweisen, vielmehr könnte eine religiöse Grundeinstellung so selbstverständlich und verinnerlicht sein, dass sie im Tagebuch nicht eigens aufgeführt wurde.

Manche beiläufigen Bemerkungen in den Tagebüchern geben Aufschluss über die religiösen Einstellungen ihrer Verfasser. Der Infanterist Josef Deifel lässt eine vom Kriegsverlauf abhängige Zunahme religiöser Deutungen erkennen. Obwohl er am Beginn seines Tagebuchs seine christliche Erziehung erwähnt, tauchen religiöse Äußerungen am Anfang seiner Darstellung nicht auf. Als die Strapazen und mit ihnen die Sorge ums Überleben wächst, nehmen religiös unterlegte Bemerkungen zu, zunächst noch eher formelhaft: „Niemand hinter noch foder mir, [...] keiner, der da helfen kann. Ich gab mich in den Willen des

Allmächtigen, und still war ich im Krampf liegen geblieben auf dem kalten Schneefelde“. (Alle Zitate Deifels: Mit Napoleon nach Russland. Tagebuch des Infanteristen Joseph Deifel, 2012, S. 45ff.)

Später notiert er defätistisch: „Es lebt der alte Gott noch und ich kann auch noch ein wenig athmen, es wird schon durch gehen, und herauf bey der Flaschen, – so lang mir der Schnabs gut komt.“ So versucht Deifel sich angesichts extremer äußerer Umstände Mut zuzusprechen. Beim Versuch, den außergewöhnlichen Strapazen standzuhalten, scheint das Vertrauen auf die Kraft Gottes und des Alkohols für Deifel von gleicher Bedeutung gewesen zu sein. So jedenfalls könnte man seinen Tagebucheintrag lesen. Mit dem wachsenden Elend des Feldzugs erhielten die religiösen Äußerungen den Charakter eines Rettungsankers. Der Glaube an Gott half Deifel, seiner aussichtslosen Lage noch Hoffnung abzugewinnen: „Keinen Kammerathen, kein Geld, kein Wasch, kein Hilf, nichts mehr, alles ist für mich verloren, nur Gott ist noch der Gott, der alte Gott geblieben!“

Die Bedeutung und Anwendung religiöser Deutungsmuster und Verhaltensweisen hing wiederum stark vom

jeweiligen militärischen Rang des Einzelnen bzw. seinem sozialen Status ab. Der Kriegsalltag der höheren Ränge war mit der existentiellen Not der Fußsoldaten in keiner Weise vergleichbar. Sie religiös zu bewältigen, hatte unterschiedliche Gewichtung. Die Frage, wie man das individuelle Überleben in einem Feldzug, in dem militärische Organisation und Führung weitgehend zusammengebrochen waren, aus eigener Kraft sichern könnte, stellte sich für die höheren Ränge viel weniger als für die Masse der Fußsoldaten.

III. Zur Nation

Zum Deutungsmuster „Nation“. Für das 19. Jahrhundert ist ein Zusammenhang zwischen Krieg und einer Nationbildung eindeutig nachweisbar. Aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang die Frage nach Feindbildern. Eine Feind-„Konstruktion“ gegenüber den Franzosen hätte ja durchaus der Definition einer eigenen „deutschen Nation“ dienlich sein können. Half den Soldaten also ein gemeinsames, antifranzösisches Feindbild und damit verbunden ein erwachendes gesamtdeutsches Nationalbewusstsein, um die Belastungen des Feldzugs zu bewältigen?

Das Bild, das in den zeitgenössischen Tagebüchern von den Franzosen entworfen wurde, erweist sich als mehrschichtig. Abwertende Bemerkungen tauchen ebenso auf wie freundschaftliche Äußerungen. Gerade persönliche Begegnungen prägten das Urteil. Egal von welchem Rang ein Tagebuchschriftsteller war, oder zu welchem Zeitpunkt während des Feldzugs er sich äußerte – Frankreich war der Verbündete, Russland der Feind. Vereinzelt wurden Zweifel an der Kampfkraft der Truppen geäußert oder die schlechte Versorgung kritisiert. Aus diesen Äußerungen lassen sich aber keine „Zweifel an der französischen Führungskraft“ ableiten, wie es die spätere Forschungsliteratur getan hat. Ein generelles Franzosen-Feindbild lässt sich in den zeitgenössischen Quellen nicht erkennen. In den wenigsten der Zeugnisse wird Napoleon überhaupt erwähnt.

Gleichwohl findet man in einigen Tagebüchern durchaus ein ausgeprägtes Franzosen-Feindbild. Und zwar in denjenigen Quellen, die aus der Retrospektive über den Feldzug berichteten. Sie stellten auch Napoleon ausgesprochen negativ dar. Paradigmatisch lässt sich das im Tagebuch des Fußsoldaten Deifel zeigen, wie sich Erfahrungen wandeln



Das Podium (v.l.n.r.): die Professoren Hunecke und Rumschöttel, Diskussionsleiterin Monika Franz, stv. Leiterin

der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildung, Dr. Murken und Prof. Hausmann.

konnten und retrospektiv nationalisierende Umdeutungen vorgenommen wurden. Die Genese des Tagebuchs ist nicht exakt zu klären. Nach eigener Aussage hatte Deifel schon während des Feldzugs immer wieder Notizzettel beschrieben, diese Notizen zu einem nicht geklärten Zeitpunkt zu einem Manuskript geformt, und dieses Manuskript später immer wieder umgeschrieben. An einer Stelle bemerkt er, dass er 1849 sein Werk noch einmal überarbeitet hat.

Bereits zu Beginn dieser Quelle zeichnet sich ab, dass die Deutung des Feldzugs im Nachhinein von Deifel nationalisiert wurde. Deifel beginnt seine Vorrede mit einer kurzen Charakterisierung der Kriege von 1805 bis 1814, die darauf hinauslief, dass der Russlandfeldzug einen endgültigen Verlust der „Ehre, uralte[n] Ehre“ bedeutet habe, die erst durch die Befreiungskriege wiedergewonnen werden konnte. Allein verantwortlich für die entehrende Niederlage sei – so Deifel – eindeutig der französische Kaiser Napoleon gewesen.

Noch offensichtlicher ging es den Arbeiten aus der Zeit des Nationalsozialismus darum, die Schuld Napoleons am Scheitern des Russlandfeldzuges herauszuarbeiten.

Im Kapitel „Was die Franzosen betrifft“ trifft Deifel apodiktische Urteile: „Sie waren die Herren und wir die Knechte“, wenig später: „Die Franzosen sind nie den Deutschen gut, von jeher bis hierher nicht und nie nicht.“ Auch der Topos der „gottlosen Franzosen“ fehlt bei Deifel nicht. Immer wieder polemisiert Deifel in seinem Tagebuch gegen den französischen Kaiser. Dieser habe mit seiner Selbstüberschätzung, seinem „prahlerten Hochmuth“ das militärische Fiasko in Russland verursacht: „Er war der Mann, der gleichgültig hinsah, [...] wenn alles lechzt im Blut. Tod und Kummer sah er nicht [sic] an, er ritt vorüber, sah auf seinen Sattelknopf mit beiden Augen“. Aus dieser ablehnenden Haltung Napoleon gegenüber wurde eine ablehnende Haltung Frankreich gegenüber. Man distanzierte sich in der Rückschau vom Krieg. Bayern sei in einen ihm fremden Krieg gezwungen worden. Eine solche Deutung erfuhr der Russlandfeldzug auch im Tagebuch des Hauptmanns Maillinger. Es wurde im Jahr 1912 herausgegeben,

der genaue Zeitpunkt der Niederschrift ist jedoch unklar. In der Schlacht bei Polozk hätten sich die Bayern, so Maillinger, nicht für ihren König, sondern stattdessen „für eine ihr ganz fremde, sogar widrige Sache“ geschlagen. Historiografische Abhandlungen aus der Mitte des 19. Jahrhunderts teilen diese Einschätzung. Im Schlusswort der „Geschichte der bayerischen Heeresabtheilung im Feldzuge gegen Rußland 1812“ hätten die bayerischen Soldaten „in weiter Ferne von der Heimat mit Noth und Elend kämpfend und einem fremden Zwecke dienend ihre Waffentreue mit dem Tode“ besiegelt.“ (Th. Krauß, Geschichte der bayerischen Heeresabtheilung im Feldzuge gegen Rußland 1812, Augsburg 1857. S. 239f.)

Noch offensichtlicher ging es den Arbeiten aus der Zeit des Nationalsozialismus darum, die Schuld Napoleons am Scheitern des Russlandfeldzuges herauszuarbeiten. Besonders auffallend die 1939 erschienene Arbeit von Kurt Uebe. Schon der Titel verrät den Tenor der Arbeit: „Der Stimmungsumschwung in der bayerischen Armee gegenüber den Franzosen 1806 – 1812“. Stark betont wird hier das negative Verhältnis zu Frankreich. Den französischen Soldaten wirft der Autor fortlaufend „Unordnung, Indisziplin, Plünderungen“ vor, während er die bayerischen Soldaten dagegen als diszipliniert schildert. Die französischen Generäle hätten „mangelnde Kriegsbegeisterung und Pflichttreue offen durchblicken“ lassen. Nach Uebe führte dies Ablehnung und schließlich „Haß“ der Bayern gegenüber den Franzosen herbei. (S. 89ff.) Aus einigen der Selbstzeugnisse lassen sich Uebes Schlussfolgerungen durchaus herauslesen – allerdings nur aus den Tagebüchern der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Der Grundton dieser Tagebücher wird aber unzulässigerweise auf alle Ego-Dokumente ausgedehnt.

Zurück zum Deutungsmuster Nation. Bezogen die bayerischen Kriegsteilnehmer sich dabei auf ihre bayerische Heimat? Oder war die Idee einer „gesamtdeutschen Nation“ motivierend? Die lange unumstrittene These, die Geburtsstunde der deutschen Nation und des Nationalbewusstseins sei bei den Befreiungskriegen gegen Napoleon anzusetzen, wird seit einiger Zeit aus verschiedenen Richtungen kritisch hinterfragt. Der grundsätzliche Zusammenhang zwischen Krieg und Nationbildung wurde und wird dabei nicht in Abrede gestellt. Doch wird die Bedeutung der Französischen Revolution als einschneidende Zäsur relativiert, stattdessen werden „Kontinuitäten und Transformationen des jeweiligen Nationalbewusstseins“ (Herfried Münkler, Nation als politische Idee im frühneuzeitlichen Europa, in: Klaus Garber (Hg.), Nation

und Literatur im Europa der Frühen Neuzeit. Akten des I. Internationalen Osnabrücker Kongresses zur Kulturgeschichte der Frühen Neuzeit, Tübingen 1989, 56-86, hier 86.) stärker hervorgehoben. Der lange Zeit nur auf Preußen beschränkte Blickwinkel wird um den Begriff des „föderativen Nationalismus“ (Dieter Langewiesche, Kulturelle Nationsbildung im Deutschland des 19. Jahrhunderts, in: Manfred Hettling – Paul Nolte (Hg.), Nation und Gesellschaft in Deutschland. Historische Essays, München 1996, 46 – 64, hier 48) erweitert. Wird schon in Bezug auf Preußen die angeblich vorherrschende nationale Aufbruchstimmung in letzter Zeit infrage gestellt, so gilt für die süddeutschen Staaten noch stärker, dass sie aufgrund ihres Bündnisses mit Frankreich damals eine ganz eigene Entwicklung durchmachten: „Die in der Nationsforschung geläufige Auffassung, dass Nationalkriege die Integration entstehender Staaten vorantreiben, trifft für den deutschen Süden nicht zu.“ (Planert, Wessen Krieg? Welche Erfahrung? Oder: Wie national war der „Nationalkrieg“ gegen Napoleon? In, Dietrich Beyrau (Hg.), Der Krieg in nationalen und religiösen Deutungen der Neuzeit, 2001, 111 – 139, hier 132.)

Für den Russlandfeldzug legen die untersuchten Quellen den Schluss nahe, dass er für die Beförderung eines auf Deutschland bezogenen Nationalbewusstseins der bayerischen Soldaten keine Rolle spielte. Weder die Begriffe „Nation“, „national“ oder „Nationalstaat“ noch die Begriffe „Deutschland“ oder „deutsch“ tauchen in den Tagebüchern auf. Sie existieren im Sprachgebrauch bayerischer Soldaten um 1812 offensichtlich noch nicht. Der Begriff der Nation wird auf das „Vaterland Bayern“ bezogen. Das zeigt sich beim Infanteristen Josef Deifel besonders in der Schilderung seiner Rückkehr. Schon beim Überschreiten der polnisch-preussischen Grenze ist er voll Vorfreude: Für ihn ist das Vaterland bereits jetzt in greifbare Nähe gerückt, wenngleich noch nicht erreicht: „Hoch erfreit, als wir aus dem Bollen treten und in das Deutschland kommen; wir sehnen uns stark nach unserem Vaterland“. Preußen war für Deifel offensichtlich ein Teil Deutschlands. Wenngleich er „Vaterland“ auf Bayern bezog, hatte sein Verhältnis zu Preußen gegenüber anderen zeitgenössischen Ego-Dokumenten einen eigenständigen Stellenwert. Dies zeigt sich auch in der Verwendung des Begriffs „Deutschland“, der in den Tagebüchern bisher noch nicht aufgetaucht war.

Allerdings: Unmittelbar nach der Ankunft in Preußen (Schlesien) wurden Deifel und seine Kameraden – Deifel spricht von insgesamt 124 Mann –

Ende Juni 1813 von den Russen gefangen genommen und zurück bis Minsk geführt. Die so greifbare Heimkehr verzögerte sich um über ein Jahr. Erst nach dem preußisch-russischen Bündnis vom Frühjahr 1814 konnten die Überlebenden nach Bayern zurückkehren. Im April 1814 erreicht die kleine Schar des bayerischen Kontingents die bayerische Grenzsäule zwischen Plauen und Hof. Die Offiziere bestellten eigens den Wirt des nächsten Ortes her, Tische wurden aufgestellt „mit Nationalgetränk und einigen kalten Speisen“. „Als wir näher kommen zeigen die Herren Offiziere nach der Baierschen Grenzsäule und ein dreimaliges ‚Lebe hoch die ganze Bairische Nation!‘ wird aus vollem Hals und gerührtem Herzen freidig gerufen. Darauf wird das Lied angestimmt mit wahren Ernst ‚Blühen soll nebst unserm Bunde/ Baiern unser Vaterland!‘“ Interessant ist der von Deifel verwendete Ausdruck der „bayerischen Nation“, der trotz aller Identifikation mit dem bayerischen Königreich in zeitgenössischen Quellen so noch nicht verwendet worden war. Es liegt nahe, dass diese Formulierung später geprägt wurde und sich wahrscheinlich aus dem Entstehungszeitpunkt von Deifels Tagebuch in der Regierungszeit König Maximilians II. (1848 – 1864) erklären lässt. Noch im Revolutionsjahr 1849, also

Für den Russlandfeldzug legen die untersuchten Quellen den Schluss nahe, dass er für die Beförderung eines auf Deutschland bezogenen Nationalbewusstseins der bayerischen Soldaten keine Rolle spielte.

dem Jahr, in dem Deifel sein Tagebuch zum letzten Mal umschrieb, initiierte der König ein umfassendes Programm zur „Hebung des bayerischen Nationalgefühls“, so der Titel eines umfangreichen Aktenbestandes, der in verschiedenen Nachlässen im Hauptstaatsarchiv in München überliefert ist. Das Programm sollte helfen, aus den alt- und neubayerischen Landesteilen eine „bayerische Nation“ zu machen. Die (antideutsche) Politik Maximilians II. zielte mit zahlreichen Maßnahmen darauf ab, den seit dem Wiener Kongress bestehenden Gegensatz zwischen Monarchie und Nation auszugleichen. Mit gezielter Religions-, Presse-, und Kulturpolitik sowie Brauchtumpflege versuchte der König, seinen Untertanen ein bayerisches Nationalgefühl zu vermitteln und so Defizite der bayerischen Monarchie, die sich in der Revolution gezeigt hatten, zu überspielen.

Insofern muss man die gängige These, durch das Scheitern des Russlandfeldzugs hätte sich ein deutsches Nationalbewusstsein als Triebfeder für die Befreiungskriege gegen Napoleon gebildet, sehr stark relativieren. Sie entstand aus der Umdeutung zeitgenössischer Wertungen.

Der bayerische König selbst hatte lange gezögert, ehe er sich 1813 für den Bruch mit Frankreich und den Anschluss an die russisch-preussische Koalition entschied. Auch seine Motivation lag nicht in einem nationaldeutschen Interesse begründet. Ebenso wenig ist es das vordringliche Interesse der beteiligten bayerischen Soldaten gewesen, sie sehnten sich vor allem nach Frieden. □

Ein Barock für heute?

Die Frage, ob wir heute vom Barock lernen können, ob wir für die Jetztzeit Anregungen aus dem 18. Jahrhundert aufgreifen können, führte am Samstag, 2. Februar 2013, unter dem Thema „Ein Barock für heute?“ Interessierte in der Akademie zusammen. Der Schweizer Historiker Professor Peter Hersche, Autor des Buches „Gelassenheit und Lebensfreude. Was wir vom Barock lernen können“, führte in seinem Vortrag unter anderem die grundlegende Bedeutung der Landwirtschaft an, die die katholischen Regionen Eu-

ropas von den sich industrialisierenden protestantischen Staaten unterschied. Professor Peter Claus Hartmann zeigte in seinem Vortrag die große Spannweite barocker Kunst und Kultur, wie sie gerade in den katholischen Gegenden des Alten Reiches anzutreffen war und heute im Süden Deutschlands und in Österreich noch anzutreffen ist. Lesen Sie die beiden überarbeiteten Referate. Die Vorträge zum Nachhören finden Sie in unserer Mediathek unter <http://mediathek.kath-akademie-bayern.de/audiobeitraege>

Katholische Kultur im Heiligen Römischen Reich in der Barockzeit

Peter Claus Hartmann

I.

Im Gegensatz zur heutigen Zeit, in der Deutschland und Europa durch eine zunehmende Entchristlichung aller Bereiche in Staat und Gesellschaft gekennzeichnet sind, bildete die Religion im 17. und weitgehend auch noch im 18. Jahrhundert eine dominierende Lebensmacht. Sie prägte damals ganz entscheidend Staat, Gesellschaft und Kultur. Für die Zeit von der Reformation bis zum Westfälischen Frieden spricht der Berliner Historiker Heinz Schilling sogar von einer „gespaltenen Kultur nach Konfessionen“.

Diese Spaltung und Verschiedenheit der konfessionellen Kulturen gab es auch noch in der Zeit nach dem Westfälischen Frieden von 1648, der auf Reichsebene den Ausgleich und die Gleichberechtigung der drei christlichen Hauptkonfessionen in Mitteleuropa, d.h. des Katholizismus, Calvinismus (= Reformierte) und des Luthertums brachte, ein für ganz Europa exceptionelles Phänomen. Meistens gab es nämlich eine Staatsreligion mit entsprechender Kultur.

Das Kurfürstentum Bayern mit seiner Haupt- und Residenzstadt München befand sich in der Zeit von 1680 bis 1780 im Zentrum einer in Europa einmaligen, sehr großen, weitgehend geschlossenen Kunst- und Kulturlandschaft mit Leistungen der Baukunst ersten Ranges. Es handelte sich im Wesentlichen um die katholisch geprägte südliche Hälfte des Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation mit München in der Mitte, Trier und Mainz im Westen und Wien im Osten.

Die in hohem Maße von den Klöstern beeinflusste, das Sinnliche betonende katholische Kultur, unterschied sich damals stark von der protestantisch bestimmten Wort- und Lesekultur, wel-



Prof. Dr. Peter Claus Hartmann, Professor für Allgemeine und Neuere Geschichte an der Universität Mainz

che die nördliche Hälfte des Heiligen Römischen Reiches dominierte. Die konfessionellen Kulturen fußten auf unterschiedlichen religiösen Grundlagen, die stark kulturrelevant waren. In diesem Zusammenhang ist es von großem Interesse, die katholischen Positionen in ihren Gegensätzen zu den reformierten (kalvinistischen) und lutherischen herauszuarbeiten, um die spezifisch katholische Kultur und ihr ganz eigenes Profil entsprechend charakterisieren und hervorheben zu können.

Voraussetzung für das fruchtbare Nebeneinander der konfessionellen Kulturen und ganz allgemein für die Entfaltung und Blüte vielseitiger Kultur

war die stark föderale Struktur des Heiligen Römischen Reiches mit den vielen miteinander wetteifernden Residenz- und Hauptstädten und die 1648 garantierte Gleichberechtigung der drei abendländischen Hauptkonfessionen, Katholiken, Lutheraner und Reformierte, auf Reichsebene. Abgesehen von Ausnahmen wie den Habsburgischen Ländern war der Konfessionsstand, der im sogenannten Normaljahr 1624 existierte, festgelegt und eine ausgleichende Reichsfriedensordnung gesichert.

Während es damals etwa in Schweden nur eine lutherische, in Spanien oder Italien nur eine katholische Kultur gab, konnten sich im Reich die konfessionellen Kulturen nebeneinander, in Konkurrenz zueinander und gegeneinander in friedlicher Koexistenz und vielfach praktischer Toleranz bestens entwickeln und jeweils eine hohe kulturelle Blüte erreichen. Das Heilige Römische Reich bot nämlich nach dem fürchterlichen 30-jährigen Krieg mit dem Westfälischen Frieden von 1648 als eine Art Mitteleuropa der Regionen in territorialer und konfessioneller Diversität, bei aller militärischen Schwäche des Reiches und bei einer wenig entwickelten Zentrale, einen idealen Rahmen für eine außerordentliche kulturelle Blüte und Vielfalt.

II.

Entscheidend für die völlig unterschiedlichen konfessionell bestimmten Kulturen erwies sich die gegensätzliche Auslegung der Bibel. Während die Calvinisten und Zwingliane rigoros gegen jede bildliche Darstellung in der Kirche waren, sie als Götzendienst und schweres Verbrechen werteten und die von ihnen in Besitz genommenen katholischen Kirchen in Bilderstürmen ausräumten, gehörte für die katholische Kirche gerade die bildliche Darstellung, d.h. Kreuze, Plastiken und Gemälde, als wichtiges Element zu den Gotteshäusern, die Gott verherrlichen und den Himmel auf Erden schaffen sollten. Um diese völlig konträren Einstellungen zu verstehen, ist es nötig, sich mit den entsprechenden, für unseren Zusammenhang einschlägigen Passagen der Heiligen Schrift zu beschäftigen.

Kommen wir zunächst zu den wichtigsten Bibelziten zugunsten der Bildergegner! Sie stützen sich vor allem auf folgende zwei Stellen des Alten Testaments, die aus den fünf Büchern des Mose stammen: Im Buch Exodus 20,4 heißt es: „Du sollst dir kein Gottesbild machen und keine Darstellung von irgendetwas am Himmel droben, auf der Erde unten oder im Wasser unter der Erde“. Ferner das Buch Deuteronomium 4, 16-19, wo geschrieben steht: „Lauf nicht in euer Verderben, und macht euch kein Gottesbildnis, das irgendetwas darstellt, keine Statue, kein Abbild eines männlichen oder weiblichen Wesens, kein Abbild irgendeines Tiers ...“. Diese beiden Bibelstellen, die von Calvinisten und Zwingliane als besonders wichtig herausgestellt wurden, sahen katholische Theologen als im situationsbedingten historischen Zusammenhang (Tanz ums goldene Kalb) stehend, aber nicht als absolut gemeint an.

Im Gegensatz zu den Reformierten war die katholische Kirche ausgesprochen bilderfreundlich und hatte dafür ebenfalls ihre Bibelstellen. Die Bildbefürworter verwiesen nämlich auf kulturfreundliche Perikopen des Alten Testaments, ferner darauf, dass der Salomonische Tempel figürliche Darstellungen und Schmuck enthielt und dass der Alte Bund meist heilige Gegenstände kannte. Außerdem stützten sie sich auf verschiedene ausgesprochen bilderfreundliche Stellen des Alten Testaments.

Besonders argumentierten sie aber mit dem Neuen Testament. Man verwies u. a. auf die „Bilderhaftigkeit der Gleichnisse des N.T.“, ähnlich wie die Ostkirchen auf die Menschwerdung Christi als zentrales Argument oder auf Paulus (Kol. 1,15), der schreibt: „Er (Christus) ist das Ebenbild des unsichtbaren Gottes, der Erstgeborene der ganzen Schöpfung“.

Wenn man die zitierten Argumente und unterschiedlichen Stellen der Heiligen Schrift auf sich wirken lässt, so wird man als Nichttheologe schwerlich sagen können, wer Recht hat. Beide Seiten können sich mit guten Gründen auf die Bibel stützen. Letztlich handelt es sich um eine Frage des konfessionellen Standorts. In unserem kulturgeschichtlichen Zusammenhang ist es jedoch wichtig, dass diese gegensätzliche Auslegung der Heiligen Schrift durch Calvinisten und Zwingliane auf der einen Seite sowie der Katholiken auf der anderen Seite für die Entwicklung der jeweiligen konfessionsbestimmten Kultur entscheidende Folgen hatte.

Eine prächtige spätbarocke Pfarr-, Wallfahrts- oder Klosterkirche war nämlich aufgrund ihrer Bibelauslegung für die Katholiken der Inbegriff der gebührenden Verherrlichung Gottes, für die Calvinisten aufgrund anderer Auslegung jedoch ein verabscheuungswürdiger Götzendienst, der ausgerottet werden musste. Angesichts der theologisch begründeten Ablehnung der Bilder und auch der Kreuzesdarstellung, die sie mit dem Judentum und dem Islam weitgehend gemeinsam hatten, waren die reformierten Kirchen ohne Schmuck und ohne Kreuz oder zumindest mit einfachem Kreuz ohne Corpus.

Die Folgerungen der Katholiken waren: eine Fülle von Bildern und Figuren in den Kirchen. Angesichts der katholischen Lehre in der Bilderfrage, konnte sich jene Kultur der Kirchen im Barock- und Rokokostil mit all ihren Kreuzen, Gemälden, Figuren und Ornamenten entfalten, die noch heute weite Landschaften in Schwaben, Bayern, Franken, Hessen, dem Rheinland, Österreich und Böhmen prägen.

Eine Mittelposition zwischen Calvinismus, Zwinglianismus auf der einen und Katholizismus auf der anderen Seite nahm das Luthertum ein. Nach unterschiedlichen Äußerungen bezeichnete Martin Luther die Frage schließlich als *Adiaphora*, d.h. Nebensächlichkeit und überließ die Entscheidung in der Bilderfrage der jeweiligen Obrigkeit. So ist hier eine große Variationsbreite festzustellen. Es gab lutherische Territorien, wie Pfalz-Neuburg, die rigoros Bilderstürme durchführten und alle gotischen Altäre und Bildnisse entfernten oder zerstörten, es gab aber auch lutherische Obrigkeiten, wie die freie Reichsstadt Nürnberg, das Markgrafentum Ansbach oder Territorien in Niedersachsen, wo die Kirchen im wesentlichen im Zustand des frühen 16. Jahrhunderts belassen wurden. Kunsthistoriker sprechen hier von der konservierenden Kraft des Luthertums.

Wichtig für die sich stark unterscheidende Kulturentwicklung waren auch die unterschiedlichen Konzeptionen vom Kirchenraum, ein durch besondere Weihe sakralisiertes Haus Gottes bei den Katholiken oder ein Raum nur zur Versammlung der Gemeinde zu Gottesdienstzwecken bei den Protestanten, ferner die kontroversen Abendmahlslehren, die unterschiedlichen Konzeptionen von Gottesdienst und Kult. Von Bedeutung für Kunst und Kultur war auch die von den Katholiken besonders geförderte, von den Protestanten aber weitgehend abgelehnte Heiligen- und Reliquienverehrung; denn sie schuf bei den Katholiken zusätzliche künstlerische Bedürfnisse.



Foto: akg-images

Vierzehnheiligen ist die wohl berühmteste Barockkirche in Franken. Unser Foto zeigt den 1763 geschaffenen Gnadenaltar (Altar der vierzehn Nothelfer).

Die Kirche wurde in den Jahren 1743 bis 1772 von Balthasar Neumann erbaut.

Wenn wir die katholischen Kirchen des 17. und der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts betrachten, so sind sie reich an meist kunstvollen Heiligenfiguren. Die Gemeinschaft der Heiligen stellte nach katholischem Kirchenverständnis auch für die Kirche auf Erden ein wichtiges Element dar. Deshalb mussten sie in den Kirchenraum auch bildlich eingebunden werden. Daraus ergab sich ein großer Bedarf, der Tausenden von Künstlern Brot und Arbeit bot, die gerade in diesem Bereich bildhauerische oder malerische Spitzenleistungen vollbrachten.

Erst diese Fülle von Heiligen erzeugte zusammen mit den Engeln und den Stuckverzierungen jenen Eindruck vom Himmel auf Erden, in den die katholischen Kircheninnenräume des 17. und 18. Jahrhunderts verwandelt werden sollten. Da die verschiedensten Heiligen von Arm und Reich verehrt wurden, flossen immer viele Stiftungsgelder, welche solche Figuren oder Bilder finanzieren konnten. Außerdem wurden prächtige Reliquienschreine, Reliquiare u. ä. angefertigt. In der katholischen Welt brachte man diese Heiligenfiguren oder -bilder neben Wegkreuzen, aber auch an Häusern, Brücken, an Straßen und Fluren, sowie in den Wohnungen bis

hin zu den sogenannten „Herrgottswinkeln“ der Bauern an. Während die reformatorischen Kirchen Wallfahrten und Prozessionen ablehnten, bildeten sie einen zentralen Bereich barocker katholischer Frömmigkeit, der im 17. und 18. Jahrhundert in großer Blüte stand.

Während die reformatorischen Kirchen Wallfahrten und Prozessionen ablehnten, bildeten sie einen zentralen Bereich barocker katholischer Frömmigkeit, der im 17. und 18. Jahrhundert in großer Blüte stand.

Da die Wallfahrtskirchen im Allgemeinen besonders schön und prächtig waren und in der Kirche die Gemeinschaft der Gläubigen gleichsam in die Gemeinschaft der Heiligen und der Engel eingebunden war, fühlten sich die Wallfahrer in ihrer Optik in eine höhere Sphäre, gleichsam in den Himmel auf

Erden emporgehoben. Dies wurde dadurch unterstrichen, dass nach katholischer Praxis beim Gottesdienst nicht nur der Verstand, sondern besonders auch das Herz und alle Sinne angesprochen wurden, durch einen feierlichen Kult mit schöner Musik, mit Weihrauch etc. Selbstverständlich gehörten zu jeder Wallfahrt aber auch gute Wirtshäuser, wo man anschließend kräftig essen, trinken und feiern konnte.

Die Anzahl der Wallfahrer war angesichts der damaligen Bevölkerungszahlen sehr hoch. So pilgerten z.B. Anfang des 18. Jahrhunderts jährlich ca. 500 000 Menschen nach Andechs. In den fränkischen, schwäbischen, rheinischen und hessischen Wallfahrtsstätten Vierzehnheiligen, Gößweinstein, Käppele bei Würzburg usw. war es ähnlich.

Nicht nur für die meisten Protestanten, sondern auch für die Aufklärer und die von der Aufklärung bestimmten Behörden katholischer Territorien, war dieses intensive Wallfahrtswesen der Barockzeit besonders seit der Mitte des 18. Jahrhunderts ein Ärgernis. Sie kritisierten es heftig als Aberglauben und beklagten die vielen ausfallenden Arbeitstage und den Wunderglauben der Bevölkerung.

Für Luther, Calvin, Zwingli und andere Reformatoren stand die Konzeption im Vordergrund, dass die menschliche Gotteserfahrung grundsätzlich eine rein spirituelle Sache sei. Deshalb könne sie nicht an einen bestimmten Raum, etwa einen Gnadenort, und auch nicht an eine bestimmte Zeit, etwa das Erlebnis einer Wallfahrt, gebunden sein.

Die Protestanten verwiesen auch auf damit verbundene Belustigungen, ja Liebesabenteuer, übermäßigen Wirtshausbesuch, und sie verurteilten die Veräußerlichung und den hier in ihrer Sicht praktizierten Aberglauben. Da aufgrund dieser Position der Reformatoren in den protestantischen Territorien verständlicherweise keine Wallfahrten stattfanden, gab es auch keinen Bedarf für Gnadenstätten, Wallfahrtskirchen und -kapellen. Deshalb entfiel in diesen protestantischen Gebieten auch der Bau der unzähligen zusätzlichen Kirchen, den die katholische Welt kannte, Kirchen, die oft besondere künstlerische Juwelen waren, wie etwa die „Wies“ oder Vierzehnheiligen. Außerdem bestand kein Bedürfnis für all die für die Prozessionen benötigten Kunstwerke.



Foto: akg-images

Das Kuppelfresco der Wieskirche, geschaffen von Johann Baptist Zimmermann. Erbaut wurde die „Wies“ – das

Paradebeispiel für den Barock in Altbayern – 1745 bis 1754 von Dominikus Zimmermann.

III.

Angesichts all dieser unterschiedlicher Konzeptionen sind für das 17. und die erste Hälfte des 18. Jahrhunderts spezifische Akzente der religiös bestimmten Kulturen hervorzuheben. Auf der einen Seite kam dem protestantischen Pfarrhaus eine große kulturelle Bedeutung zu. So waren besonders viele Wissenschaftler, Dichter und Musiker evangelische Pfarrer oder Pfarrersöhne. „Dass das evangelische Pfarrhaus“, so betont Günther Franz, „über die Jahrhunderte hinweg eine Keimstätte von Begabungen gewesen ist, ist ... unbestritten“. Das Pfarrhaus besaß, so kann man daraus schließen, eine große „kulturbildende Kraft“.

Demgegenüber stellten im katholischen Raum die von den Protestanten abgelehnten Klöster und Orden die wichtigsten Bildungs-, Kultur- und Wirtschaftszentren dar. Sie waren engagierte und meist finanzkräftige Bauherren für die zahlreichen barocken Klosterkirchen, Kaisersäle, Bibliotheken und Wallfahrtskirchen. Man denke nur an Kirchen wie die in Waldsassen, Entorf, Michelfeld, Speinshart oder die Wolfgang-Dientzenhofer-Paulanerkirche in Amberg, ferner an Ottobeuren, Wetten-

hausen, Roggenburg, Wessobrunn, Ettal, Schäftlarn, Niederaltaich, Ebrach oder Banz, an Vierzehnheiligen, Kappel oder die Wieskirche, an Walldürn in Hessen, Stadl-Paura oder Maria Taferl in Oberösterreich oder Frauenberg in der Steiermark sowie Maria Trost in Brünnl in Böhmen.

In der Epoche des Barock und Rokoko konnte auf diese Weise noch einmal, wie etwa in Zeiten der Hoch- und Spätgotik, die kunstschöpferische Kraft der katholischen Kirche voll zur Geltung kommen. Ihre bewusste Bejahung bildlicher Darstellung in der Kirche, ihre Theologie mit Aufrechterhaltung der Heiligenverehrung, ihre Frömmigkeit, die all die sinnlich wahrnehmbaren Formen zuließ, ihre Bejahung des Wallfahrtswesens und der Prozessionen, der Musik und des geistlichen Theaters, sie alle ermöglichten erst jene Hoch- und Höchstleistungen des kirchlichen Barock und Rokoko.

Soweit man das aus den Quellen ersehen kann, scheint damals diese Kultur bei allen Schichten der Bevölkerung, angefangen von den Fürsten bis hin zu den Tagelöhnern, Knechten und Mägden als ansprechend und anziehend empfunden worden zu sein. Offensichtlich entsprach sie recht gut der damaligen Men-

talität und den Bedürfnissen der Bevölkerung der katholischen Territorien. Sie scheint damals aber auch darüber hinaus z.T. attraktiv gewesen zu sein.

Ist für das 16. Jahrhundert im Heiligen Römischen Reich ein eindeutiger Trend des Hochadels, Adels und Bürgertums zur neuen Lehre hin festzustellen, so scheint im 17. und in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts die katholische Kirche mit ihrer spezifischen Kultur und Frömmigkeit eine große Anziehungskraft besessen zu haben. Jedenfalls gab es beim Hochadel, Adel und bei den gehobenen bürgerlichen Schichten, d. h. denjenigen, die in erster Linie eine für einen Glaubenswechsel nötige Stellung und Unabhängigkeit besaßen, zahlreiche Konversionen zum Katholizismus.

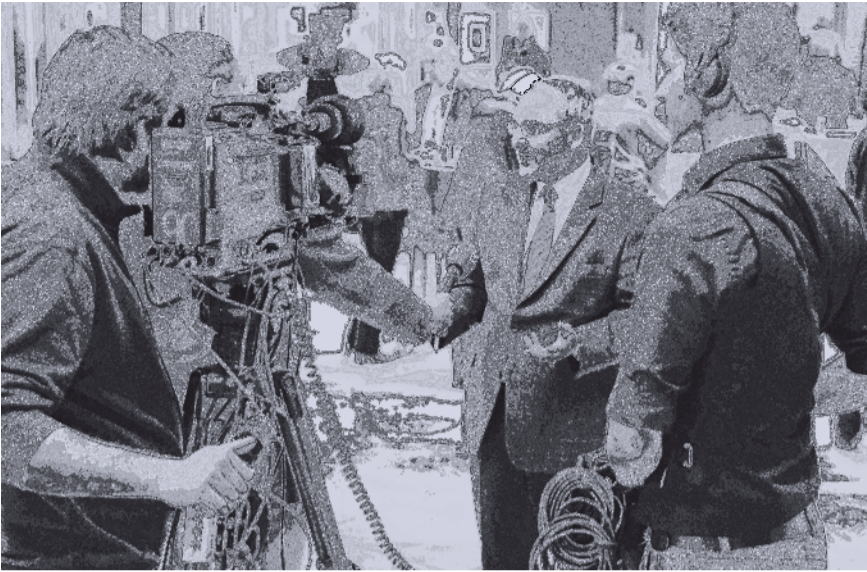
Standen in den katholischen Territorien im Reich, so auch in Teilen Hessens, des Rheinlands, in Franken, Schwaben, Bayern oder Österreich und Böhmen die sinnliche Kunst, d. h. Kirchenbau, Malerei, Stuckierkunst und Bildhauerei in großer Blüte und waren besonders viele der Spitzenkünstler in diesem Bereich katholisch, so entwickelte sich damals angesichts der starken Betonung des Wortes in der Religion (Sola-scriptura-Prinzip) eine

spezielle protestantische Wort- und Lesekultur, die besonders die Literatur und Wissenschaften förderte. Der größte Teil der bedeutenden Dichter der Zeit, besonders im 18. Jahrhundert, waren Protestanten. Es bildete sich auch, stärker noch bei den Calvinisten, aber auch bei den Lutheranern, eine spezifisch protestantische Arbeitsethik aus, die wichtig für die Ausformung des modernen kapitalistischen Systems und die spätere Industrialisierung wurde.

IV.

Angesichts dieser verschiedenen religiösen Konzeptionen drückten sich die Unterschiede in der kirchlichen Baukunst besonders deutlich aus. Bei den Calvinisten handelte es sich um ein Kirchengebäude ohne Schmuck im Inneren, vorne dominiert von der Kanzel, dem Ort der Wortverkündigung. In der Kirchenmusik wurde der Psalmen-gesang besonders gepflegt, Mehrstimmigkeit zunächst als „papistisch“ verboten, die vielfach entfernte Orgel im 18. Jahrhundert allerdings wieder aufgestellt.

Demgegenüber wurden im katholischen Raum, all die prächtigen Kirchen im Barock- und Rokokostil erbaut, welche die südliche Reichshälfte zu einer



Ein Team von BR-alpha zeichnete das Forum auf. Der Beitrag wird in einer der kommenden Folgen der Reihe „alpha-lógos“ im Bildungskanal des Bayerischen Fernsehens zu sehen sein.

Das genaue Sendedatum erfahren Sie auf unserer Homepage unter <http://mediathek.kath-akademie-bayern.de/akademie-bei-br-alpha>

Kunstlandschaft im 17. und 18. Jahrhundert machten, die in diesem Umfang und wegen der großen Zahl erstrangiger Bauten einmalig in Europa war. Dabei boten sich große Chancen für zahlreiche Künstler, die vielfach einen sozialen Aufstieg erlebten. Man denke an die fünf Brüder Dientzenhofer, die aus einem kleinen oberbayerischen Bergbauernhof stammten, an die Asams oder die Wessobrunner Künstler, die aus der klösterlichen Kleinstbauernschicht kamen, an Balthasar Neumann, der in Franken und im rheinischen Raum besonders viel baute, oder an den Kronacher Maximilian von Welsch.

Als Beispiele für Künstler, welche die damalige typisch katholische Kultur repräsentierten, mögen hier die Dientzenhofers und die Wessobrunner Stuckatorenschule etwas ausführlicher behandelt werden. Noch heute steht der kleine Bauernhof bei St. Margarethen südlich von Rosenheim in Oberbayern, aus dem unter zahlreichen Geschwistern fünf hochbegabte Brüder stammten, die alle in verschiedenen Gegenden der südlichen Hälfte des Heiligen Römischen Reiches als überragende Baumeister wirkten. Da der Bauernhof zu klein war, um alle zu ernähren, gingen die fünf Brüder und die ältere Schwester als Bauhandwerker nach Prag, wo die Schwester in eine Baumeisterfamilie einheiratete.

Die Brüder Dientzenhofer traten in deren Dienste ein und erlernten das Maurerhandwerk und offensichtlich auch die Baumeisterkunst. Später betätigten sich alle fünf in verschiedenen Territorien als Kirchen- und Schlossbaumeister. Georg Dientzenhofer (1645 – 1689) erbaute u.a. das neue Klostergebäude und die mächtige Klosterkirche in Waldsassen in der Oberpfalz (1682 – 1689), die Wallfahrtskirche Kappel (1685 – 1689) und die Jesuitenkirche in Bamberg. Sein Bruder Wolfgang Dientzenhofer (1648 – 1706) schuf u.a. die Klostergebäude und -kirchen Michelfeld (1690), Speinshart (1691) und Entorf (1695) in der Oberpfalz und Kirchen in Amberg. Sein Bruder Leonhard Dientzenhofer (1660 – 1707) fand sein Betätigungsfeld in Franken. Er baute den Neubau von Konvent- und Abtflügel mit Bibliothek und Refektorium des Klosters Ebrach, plante die Wallfahrtskirche in

Trautmannshofen, ferner Kloster und Kirche der Karmeliten in Bamberg (1692 – 1707), das Kloster Banz, außerdem das Kloster Michelsberg und die Neue Residenz in Bamberg. Sein älterer Bruder Christoph Dientzenhofer (1655 – 1722) wurde zu einem der bedeutendsten Barockbaumeister in Böhmen und baute dort zahlreiche Kirchen, u.a. in Prag.

Der fünfte der Brüder, Johann Dientzenhofer (1663 – 1726), plante und baute 1700 bis 1711 die Stiftskirche in Fulda, den späteren Dom, 1709 bis 1714 Schloss und Schlosskapelle in Bieberstein (Rhön), ferner die Klosterkirche in Banz, die Fassade am Neumünster in Würzburg, 1711 – 1718 das Schönbornsche Schloss Weißenstein in Pommersfelden und anderes.

Als sechster Dientzenhofer ist der Sohn Christophs, Kilian Ignaz Dientzenhofer (1689 – 1751), als überragender Baumeister in Böhmen und Schlesien in die Geschichte eingegangen.

Als weiteres Beispiel dieser katholischen Kultur sei noch die Wessobrunner Stuckatorenschule genannt, die sich um das Benediktinerkloster Wessobrunn im südwestlichen Oberbayern gruppierte. Man schätzt, dass es dort 3.000 Stuckatoren gegeben hat, von denen mehr als 600 namentlich bekannt sind.

Es handelte sich laut Georg Hager um eine Stuckatorengruppe „mit gleichem Formenschatz und gleicher Herkunft“. Ihre Mitglieder stammten meist aus den klösterlichen Hofmarksorten Gaispoint (heute Wessobrunn) und Haid und sie wurden vom Kloster gefördert. Diese aus der Kleinstbauernschicht (vielfach aus Sechzehntel und Zweiunddreißigstel Höfen) stammenden klösterlichen Untertanen haben zwischen 1600 und 1800 als Stuckatoren, Maler, Steinmetzen, Schnitzer, Kistler, Vergolder und Baumeister unzählige Kunstwerke und künstlerische Ausstattungen in Schlössern, vor allem aber in Kirchen und Klostergebäuden geschaffen.

Diese aus kleinen Dörfern stammenden Kunsthandwerker und Künstler wirkten vielfältig in Bayern, Franken, Schwaben, in Südwestdeutschland, in der Schweiz, in Tirol, in Böhmen, Mähren, aber auch in Potsdam (Sanssouci) und im fernen St. Petersburg.

Der Erfolg dieser „Stuckatorenschule“ bestand u. a. in ihrer Organisation. Diese Künstler waren nämlich in handwerklichen Familiengruppen oder „Compagnien“ ohne Zunftbindung zusammengeschlossen und übernahmen als solche gemeinsame Aufträge. Unter den vielen Wessobrunner Künstlern, die bei Kunsthistorikern einen klingenden Namen trugen, zählten zu den bedeutendsten die verschiedensten Vertreter der Familie Schmuzer, die ursprünglich aus dem kleinen Dorf Gaispoint stammte. Die Familie stellte in sieben Generationen von Caspar Schmuzer (1530 – 1594) bis hin zu Johann Joseph Schmuzer (1754 – 1777) große Künstler.

Eine andere bedeutende Baumeister-, Maler- und Stuckatorenfamilie waren die Zimmermanns, ebenfalls aus Gaispoint. Der ältere Sohn des Elias, nämlich Johann Baptist Zimmermann (1680 – 1758) war, beim Vater ausgebildet, ein in Bayern und Schwaben sehr gefragter Stuckator und Freskenmaler und wirkte an der Ausschmückung vieler Kirchen (Steinhausen, Wieskirche) und Schlösser (Münchener Residenz, Schleißheim) mit.

Sein jüngerer Bruder, der 1685 geborene Dominikus Zimmermann, gehört zu den bedeutendsten Baumeistern und Stuckatoren des süddeutschen Rokoko. Unter seinen Hauptwerken seien die Klosterkirche in Mödlingen bei Dillingen a.d. Donau, die Wallfahrtskirchen Steinhausen (Württemberg) und die Wieskirche in Oberbayern, sowie die Frauenkirche in Günzburg (Schwaben) genannt. Nach Goldner war diese Wessobrunner Stuckatorenschule „ein einmaliges Phänomen in der europäischen Kunstgeschichte, das sich in dieser handwerklich begründeten Form nicht mehr wiederholen kann“.

Sehr vielfältig war auch die katholische Kirchen- und Andachtsmusik bis hin zu den durch die Enzyklika „Annus qui“ (1749) angeregten klassischen Messen von Mozart oder Haydn sowie das geistliche Theater.

V.

Im Bildungswesen gab es, so Anton Schindling, „konkurrierende Bildungssysteme der katholischen und protestantischen Tradition“, d.h. das Bildungswesen war, angefangen von den Elementarschulen über die höheren Schulen bis hin zu den Universitäten konfessionell geprägt. Dabei scheint, wie neuere Forschungen im Gegensatz zur älteren Forschungsmeinung herausarbeiten, das Niveau und der Alphabetisierungsgrad damals in den katholischen Territorien nicht schlechter als in den protestantischen gewesen zu sein. Im höheren Schulwesen galten bis Anfang des 18. Jahrhunderts die Jesuitenkollegs, die sich in jeder größeren katholischen Stadt befanden, als attraktiv. Dann standen sie bei Aufklärern und Protestanten in der Kritik. Wichtig war jedoch, und das wird von den Kritikern meist übersehen, dass in den Jesuitenschulen als zweite Säule des Bildungswesens das Theaterspiel der Schüler systematisch gepflegt wurde, um Selbstbewusstsein, rhetorische Fähigkeiten und Identifizierung mit Vorbildern zu pflegen. Für die Landgebiete waren die höheren Schulen der alten Orden, besonders der Benediktiner, von großer Bedeutung.

Gab es damals in protestantischen Territorien relativ wenig höhere Schulen für Mädchen, so existierten in jeder größeren katholischen Stadt entsprechende Schulen, die von den Ursulinen, Englischen Fräulein, Salesianerinnen oder Regulierten Chorfrauen des hl. Augustinus geführt wurden. Von den 18 katholischen Universitäten des Reiches, wurden die von Fulda und Salzburg von den Benediktinern, die restlichen von

den Jesuiten geführt. Ihr Niveau entsprach dem der protestantischen, die allerdings in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts mit den Reformuniversitäten in Halle und Göttingen wenigstens teilweise in Führung gingen.

In den protestantischen Territorien des Reiches hatte die Aufklärung, deren Kritik sich vor allem gegen die katholische Kirche und Kultur richtete, wesentlich früher Eingang gefunden als in den katholischen Territorien. Obwohl die meisten Klöster von der katholischen Aufklärung erfasst wurden und dabei versuchten, diese damals modernen Ideen der Vernunft mit Offenbarungsglaube und Kirche in Einklang zu bringen, stand ihnen der von den politischen und wissenschaftlichen Führungsschichten geprägte Zeitgeist entgegen. Es genügt, die negativen Urteile der Aufklärer über die Mönche und Nonnen sowie die Klosterkultur zu lesen, die als „Feinde des Lichts“, als „Schma-

Von den 18 katholischen Universitäten des Reiches wurden die von Fulda und Salzburg von den Benediktinern, die restlichen von den Jesuiten geführt.

rotzer“ und Verbreiter von Aberglauben gesehen wurden. Der Aufklärer Kaspar Riesbeck spricht 1783 abfällig von „Möncherey“, die in dem Lande Schaden anrichte, Friedrich Nicolai 1781 von „katholischem Aberglauben“ als Unkraut und Carl J. Geiger 1790 von katholischer „Religionsdummheit“. Da half es nichts, dass etwa in dem von den Aufklärern mit besonderer Verachtung beurteilten Pfaffenwinkel im südwestlichen Oberbayern die Klöster weit überregional bedeutende Leistungen erbrachten.

Dort hatte z.B. das Augustiner Chorherrenstift Rottenbuch auf dem Hohen Peißenberg, das erste Bergobservatorium in Europa installiert. Im Augustiner-Chorherrenkloster Polling bei Weilheim wurde mit 80 000 Bänden aller Wissenschaftsbereiche eine der größten und modernsten Bibliotheken des Reiches mit Fernleihe ins Ausland geschaffen.

Aber 1802/03 wurden alle Klöster in Deutschland und alle geistlichen Territorien, wie etwa das Hochstift Fulda, säkularisiert bzw. mediatisiert. Damit wurden die wichtigsten Träger katholischer Kultur, d.h. die vielen Seelsorge-, Bildungs-, Kultur- und Wirtschaftszentren auf dem Land und in der Stadt beseitigt. Die katholischen Untertanen der geistlichen Territorien kamen vielfach unter die Herrschaft protestantischer Fürsten und wurden hinfert benachteiligt.

Deshalb kam es, wie der Historiker Michael Maurer mit Recht betont, zu einer „protestantisch-norddeutschen Kulturhegemonie“ in Deutschland im 19. Jahrhundert. Diese war verbunden mit einem allmählich entstehenden, im 18. Jahrhundert noch nicht existierenden katholischen Bildungsdefizit, das erst in den letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts wieder weitgehend ausgeglichen wurde. □

Wirtschaftsformen und soziales Verhalten im katholischen Barock

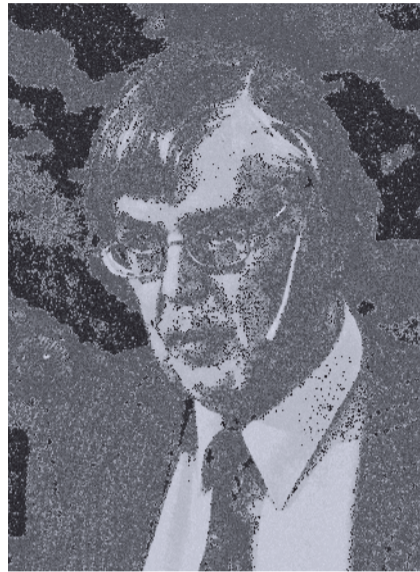
Peter Hersche

Die zentrale Fragestellung meines Referats wird – wie im Vortrag von Herrn Hartmann – die nach den verschiedenen Konfessionskulturen sein. In der Wirtschaftsgeschichte werde ich das agrarische Denken der katholischen Länder in den Vordergrund stellen. Ein wichtiges sozialgeschichtliches Phänomen dort ist die weitgehend fehlende Disziplinierung, wie ich dann im zweiten Teil zeigen möchte. Meine Erkenntnisse habe ich vorwiegend in der in der allgemeinen Geschichtsschreibung eher vernachlässigten mittelmeerischen Welt, insbesondere in Italien, gewonnen. Doch gibt es auch genug Beispiele für meine Thesen nördlich der Alpen, in den katholischen, deutschsprachigen Territorien des Reiches und in der Eidgenossenschaft. Damit ist auch Bayern einbegriffen, obschon ich dieses große Kurfürstentum, da selber nicht Spezialist der bayerischen Geschichte, hier nicht besonders berücksichtigen kann. Wenn uns die im folgenden zu schildernden Phänomene in den nordalpinen Regionen weniger bewusst sind, so kann das auch einfach daran liegen, dass man den Fokus der Forschung bislang zu wenig darauf ausgerichtet hat. Entsprechende Defizite musste ich bei meinen Erkundungen in der Welt des Barock immer wieder feststellen.

Wirtschaftsformen

Beginnen wir mit der Wirtschaftsgeschichte. Schon Max Weber, auf den ich mich immer wieder berufe, wusste im Kern, dass die gesamte moderne Ökonomie, auf der wir heute fußen, also Industrie, Welthandel, Bankwesen, Versicherungen, samt dem wissenschaftlichen Unterbau der Nationalökonomie, den dazugehörigen Ausbildungsstätten und der materiellen Infrastruktur, etwa im Verkehrswesen, fast ausschließlich Leistungen von Protestanten waren, in erster Linie der Holländer und Engländer. Hier wurde das verfügbare Geld investiert, nicht in die Kirche. Ob Webers berühmt gewordene Erklärung dieses Phänomens plausibel ist, steht hier nicht zur Diskussion. Am Faktum selbst ist nicht zu rütteln; nach Weber hat es noch Alfred Müller-Armack ausführlich beschrieben. Weber hat indes nicht das Gegenmodell ins Auge gefasst. Ich meine und möchte seine Erkenntnisse dahingehend ergänzen, dass das katholische Europa im Barockzeitalter zutiefst von einer agrarischen Mentalität geprägt war, die dem wirtschaftlichen Fortschritt – man kann diesen Begriff aus heutiger Warte natürlich in Führungszeichen setzen – im Wege stand. Das Bekenntnis zu diesem agrarischen Weltbild wurde nur selten direkt ausgesprochen, weil es, wie alle anderen traditionellen Elemente der Gesellschaft, als selbstverständlich galt und nicht weiter erklärungsbedürftig war.

Es gibt aber eine Reihe von indirekten Bezügen zwischen Religion und agrarischer Ökonomie. Zuerst ist natürlich der Grundbesitz der Kirche zu nennen, der in den protestantischen Ländern mit der Reformation an den Staat gefallen war, in den katholischen aber weiterbestand und sich später durch Schenkungen, Vergabungen und Käufe noch vergrößerte. Der Umfang ist schwierig genau zu beziffern, überstieg



Prof. Dr. Peter Hersche, Dozent für Neuere Allgemeine Geschichte an der Universität Bern

indes selten ein Drittel des nutzbaren Landes. Aber in jedem Fall hatte die Kirche schon aus rein materiellen Gründen ein Interesse an einer florierenden Landwirtschaft. Oft wurden die kirchlichen Güter auch von den Geistlichen selbst verwaltet. Auch viele der damals in Italien erscheinenden Agrartraktate wurden von Geistlichen geschrieben. Noch bemerkenswerter ist aber die Tatsache, dass Italien nach dem fast vollständigen Zusammenbruch seines Gewerbes, Handels und Bankwesens um 1630 eine eigentliche Reagrarisierung erlebte und dieser inverse Prozess keineswegs als nachteilig empfunden wurde, weil man durch Modernisierung der Produktion nun der führende Agrarexporteur Europas wurde. Gegen das Gewerbe hatten katholische Ökonomen nicht selten Vorbehalte, weil sie fürchteten, es würden dadurch der als Ernährungsbasis absolut notwendigen Landwirtschaft Arbeitskräfte entzogen.

Hoch gewichtet wurde von ihnen nämlich auch das Sicherheitsargument: Die Landwirtschaft lieferte im langjährigen Durchschnitt kontinuierlich gleichbleibende Erträge, während das Gewerbe – wir erfahren es ja auch heute immer wieder – krisen- und konjunktur-anfällig war. Das Risiko von katastrophalen Missernten konnte vermindert werden, wenn man die Landwirtschaft möglichst diversifizierte, was in Italien seit dem 17. Jahrhundert geschah.

Ein Hindernis für die neue Ökonomie war auch das im Katholizismus weiterbestehende Zinsverbot – bei den Reformierten hatte schon Calvin Lockerungen erlaubt. In der Praxis gab es freilich auch bei den Katholiken Kreditzinsen, aber sie waren gering und je nach sozialer Lage abgestuft. Dies war möglich, weil in den katholischen Ländern praktisch das gesamte Kreditwesen ebenfalls in kirchlicher Hand war: Geld verliehen Klöster und Bruderschaften, Pfarr- und Wallfahrtskirchen, Spitäler und die *monti di pietà*, die kirchlichen Pfandleihanstalten. Dazu kamen in Italien und Spanien noch Tausende von sogenannten Getreidebanken, die nicht

Geld, sondern Saatgut verliehen, in welcher Währung auch die Vorschüsse nach der Ernte wieder zurückzuzahlen waren. Sie wurden von den Bischöfen sehr gefördert und meist von Bruderschaften betrieben; sie sind vielleicht der sprechendste Ausdruck jener spezifisch katholischen agrarischen Mentalität.

Wir können diese ansatzweise aber auch in Bayern finden. So etwa vertrat Hofkanzler Kaspar von Schmid eine dominant agrarische Wirtschaftspolitik. Entsprechende Aussagen haben wir ferner im Umkreis der fränkischen Fürstbistümer. Das habsburgische Österreich war bis weit ins 18. Jahrhundert hinein im wesentlichen ein Agrarstaat, noch mehr das Königreich Polen. In der Eidgenossenschaft bietet Freiburg das Beispiel einer Reagrarisierung. Das einstmals dominierende Tuchgewerbe brach Ende des 16. Jahrhunderts zusammen; in der Folge widmeten sich die Freiburger vor allem der Produktion des auch für den Export wichtigen berühmten Greyerzer Käses.

Der Industrialismus, und damit meine ich eine mentale Veränderung in der Ökonomie, begann in Ansätzen in der Frühen Neuzeit, wurde zuerst im England des 18. Jahrhunderts zum herrschenden Prinzip und setzte sich nacheinander in fast ganz Europa durch. Heute können wir, unter dem Stichwort „Globalisierung“, beobachten, wie die ganze Welt, wenn auch regional unterschiedlich intensiv, davon ergriffen wird. Gleichzeitig werden aber auch die verheerenden Folgen dieses Systems immer sichtbarer. Sie bedeuteten zunächst eine schrankenlose Ausbeutung der Arbeiter durch die Unternehmer. Faktisch hat auch der Marxismus da nicht viel geändert – im Gegenteil, das Hohelied der Arbeit wurde niemals so kräftig angestimmt wie in Stalins Sowjetunion und den Satellitenstaaten. Heute sind vor allem die Menschen der Dritten Welt Opfer dieser Ausbeutung, wie wir ja alle wissen. Das zweite, vielleicht noch größere, weil mit irreversiblen Folgen belastete Problem ist die mit den Industrialismus verbundene schrankenlose Ausbeutung der natürlichen Ressourcen der Erde. Diese ist außerdem – denken wir an den Bergbau und die Gewinnung fossiler und atomarer Energie – mit gewaltigen Umweltschäden verbunden.

Die Bilanz dieses ökonomischen Denkens ist eine furchtbare. Grundsätzliche Kritik daran wird aber nur von kleinen Außenseitergruppen geübt. Allgemeiner wirtschaftlicher Prügelnabe ist eher die Landwirtschaft, die eben durch ihre Industrialisierung auch zum europa-, ja weltweiten Problemfall geworden ist. Von allen Seiten, von Ökonomen und Unternehmern, von den Produkteverteilern bis zu den Konsumenten, von Politikern und sogar Umweltschützern wird auf die Bauern eingedroschen. Blickt man in frühere Zeiten zurück, so muss man sagen, dass jene erneut unter ein quasifeudales System geraten sind. Bloss die Herren sind nicht mehr Adlige, die Kirche oder reiche Bürger, sondern Banken, Saatgutkonzerne, Verarbeiter und Händler.

Die seit dem Ende des 18. Jahrhunderts mit oder ohne Revolution überall erfolgte Aufhebung des Feudalismus, die sogenannte Bauernbefreiung, war nämlich eine ambivalente Sache. Der Schutz und die Hilfspflicht durch die Grundherren fiel nun ganz weg. Die Ablösung der Grundlasten erfolgte nicht immer entschädigungslos, im deutschsprachigen Raum etwa mussten die Bauern dafür Land abtreten oder aber eine Ablösesumme zahlen, was sie vielfach nötigte, Schulden zu machen. Statt der Abgaben zahlten sie nun einfach Zinsen. Anstelle der Feudalherren trat der ständig mehr Funktionen über-

nehmende Staat mit seinen wachsenden Steuerforderungen. Vor allem aber waren die Landwirte im Umfeld der Industrialisierung nun dem rauhen Wind der Marktwirtschaft ausgesetzt: Sie waren zwecks Geldbeschaffung gezwungen, ihre Produkte zu den jeweiligen Marktpreisen zu verkaufen. Nur in Notzeiten, wie den großen Kriegen, erfreuten sie sich noch der Vorteile der Subsistenzwirtschaft.

Es gibt mehrere Indizien, die auf eine zunehmende Arbeitsbelastung vor allem der Bäuerinnen im 19. Jahrhundert hinweisen. Die unterbäuerliche Schicht verschwand nicht, am oberen Ende des sozialen Spektrums allerdings erhöhte sich der Lebensstandard weiterhin. Um die Mitte des 19. Jahrhunderts brachten Dampfschiff und Eisenbahn die europäische Landwirtschaft in eine ihrer größten Krisen: Es war jetzt möglich, Korn aus Ländern wie Russland und den Vereinigten Staaten zu beziehen, die auf ihren großen ebenen Flächen viel billiger produzierten. Die Abwanderung aus der Landwirtschaft steigerte sich dadurch sprunghaft; sie ist bekanntlich noch nicht an ihrem Ende angelangt. Umgekehrt proportional dazu verhalten sich die steigenden Betriebsgrößen, die der Spiegel der Wachstumsideologie in der Landwirtschaft sind. „Wachsen oder weichen“ heißt das Schlagwort dazu.

Verglichen mit der heutigen Situation allerdings könnte man das 19. Jahrhundert und im 20. die beiden Weltkriege samt den unmittelbaren Nachkriegsjahren noch als goldene Zeit für die Landwirtschaft betrachten. Die heutigen Probleme gehen vor allem zurück auf die bis jetzt anhaltenden und immer intensiveren Bestrebungen, die Landwirtschaft den Kriterien einer industriellen Wirtschaft zu unterwerfen. Ihre Rationalisierung brachte zwar eindruckliche Produktionssteigerungen mit sich, reduzierte allerdings auch die Produkte-

Ein Hindernis für die neue Ökonomie war auch das im Katholizismus weiterbestehende Zinsverbot – bei den Reformierten hatte schon Calvin Lockerungen erlaubt.

palette und die Sortenvielfalt. Sie führte zu einer monotonen Landschaft („Agrarsteppe“) und zu immer schwerwiegenderen Umweltschäden. Heute hat die Technisierung der Landwirtschaft ein Maß erreicht, das, etwa im Falle der Tierfabriken, viele Zeitgenossen zum Aufschreien bringt, allerdings erst langsam durchgreifende Gegenmaßnahmen nach sich zieht.

Das größte Problem scheint zurzeit jedoch der Preisdruck zu sein, dem die Landwirte seitens der Verarbeitungsindustrie und der Großverleiher gnadenlos ausgesetzt sind. Die „Geiz-ist-geil“ und Schnäppchen-Mentalität, die Forderung nach immer billigeren Lebensmitteln – obschon wir ja ohne weiteres in der Lage wären, gerechte Preise zu zahlen – schlägt hier voll durch. Das geht zum einen auf Kosten der Qualität, wie uns die alle paar Jahre auftretenden Lebensmittelskandale immer wieder klar machen. Zum andern zwingt sie die Landwirte zu immer weiteren Rationalisierungen, die oft nur mit belastenden Kreditaufnahmen möglich sind.

Ihre Konsequenz aber sind periodische Überschüsse mit entsprechend weiter fallenden Preisen oder subventionierten Exporten, welche auch die noch funktionierenden Subsistenzwirtschaften der Dritten Welt zerstören. Dort sind die Probleme noch um ein



Foto: akg-images

Die Landwirtschaft war die ökonomische Basis des Barockzeitalters. Um 1705 schuf Hieronymus Le Clerc diesen Bildteppich in Brüssel. Dargestellt sind

der Obstbau und die Heuernte. Heute hängt das Kunstwerk im Neuen Schloss Schleißheim.

Mehrfaches größer. Auch die dortigen Bauern leiden unter dem Preisdruck für ihre spezialisierten Produkte. Wie auch in Europa bekommen die Produzenten nur wenige Prozente des Endpreises, der größte Teil bleibt bei den Verarbeitern und Verteilern hängen. Die Folgen des Klimawandels, etwa Dürren durch Wassermangel, andererseits Überflutungen, Winderosion usw. treffen die Dritte Welt am härtesten. Dazu sind sie der Macht der vor allem in den USA beherrschten großen Saatgutkonzerne ausgeliefert, welche ihnen ihre patentierten, angeblich besseren Sorten anpreisen, mit dem Resultat, dass sie, weil eine Nachzüchtung unmöglich und auch gar nicht erlaubt ist, noch mehr in Abhän-

gigkeit geraten. Hier herrschen wirklich feudale Zustände.

Soziales Verhalten

Eine der „großen Thesen“ der Frühneuzeitforschung ist diejenige der Sozialdisziplinierung: Gerhard Oestreich, ihr Begründer, bezeichnete sie als „Fundamentalvorgang“. Ihm gemäß habe seit dem 16. Jahrhundert die Disziplinierung des Menschen in den verschiedensten Bereichen enorm zugenommen. Agent dieser Veränderung sei vor allem der sich ausbildende moderne Staat gewesen. Wolfgang Reinhard hat diese These übernommen und in seine eigene der Konfessionalisierung einge-

baut, wobei er zwischen Protestantismus und Katholizismus keinen Unterschied findet. Dem möchte ich widersprechen und behaupten: Wenn die Sozialdisziplinierung in der Frühneuzeit überhaupt stattgefunden hat, so hat sie vor allem die Protestanten erfasst, die Katholiken nicht oder höchstens am Rande. Lassen Sie mich diese Feststellung mit einigen Beispielen belegen:

Ein erstes habe ich implizit schon erwähnt, nämlich die Fabrik, die ja in großem Maßstab zuerst im protestantischen Europa Fuß fasste. Der Bauer oder Handwerker musste zweifellos auch fleißig arbeiten, wollte er nicht hungern; er war aber doch in seiner Zeitgestaltung relativ frei. Außerdem

war seine Arbeit abwechslungsreich und wurde auch immer wieder durch selbst gewählte oder erzwungene Pausen unterbrochen. Anders die Fabrik: Hier musste man pünktlich frühmorgens zur Arbeit erscheinen, eine Arbeit, die gleichförmig war und infolge der Arbeitsteilung immer monotoner wurde. Pausen gab es kaum und die Gesamtarbeitszeit war lang. Wir wissen aus der Wirtschaftsgeschichte, dass die ersten Fabrikarbeiter nur mit großer Mühe und bisweilen fast gewaltsam, nicht selten mit polizeilicher Hilfe, unter diese neue Form der Fron gezwungen werden mussten – Knüttel waren Niedriglöhne und der drohende Hunger.

Niemand wird wohl bestreiten, dass



Foto: akq-images

Im Palazzo Pitti in Florenz findet sich dieses Ölgemälde von Peter Paul Rubens. Entstanden um 1637, zeigt es die Heimkehr der Bauern vom Felde. Der

Einsatz vieler Arbeitskräfte und nur weniger technischer Hilfsmittel, so dokumentiert es die Szene, sind charakteristisch für die Landwirtschaft im Barock.

das moderne Militär eines der großen Instrumente der Disziplinierung war und ist. Besonders nach der Einführung des Drills durch den überzeugten protestantischen Heerführer Moritz von Oranien wurde dies sichtbar, später verstärkt im preußischen Heer, wie allgemein bekannt. Hier sollen nun bloß die Zusammenhänge mit der Konfession untersucht werden. Wenn man den Sonderfall Frankreich und des weitgehend in seinem Fahrwasser segelnden Savoyen-Piemont ausklammert, so kann die These gewagt werden, dass in den katholischen Ländern das Militär eine merklich geringere Rolle spielte als in den protestantischen. Genauer müsste man formulieren, dass die katholischen Länder just seit dem Barockzeitalter die Rolle von führenden Militärmächten verloren oder nicht mehr weiter spielen wollten, während umgekehrt zur selben Zeit protestantische Mächte sich klar am stärksten militarisierten.

Vom 16. bis zum 18. Jahrhundert lässt sich also so etwas wie eine Schenbewegung beobachten. Das einstmalig so furchterregende spanische Heer war nach 1640 nur noch ein Schatten seiner selbst. Die Militärorden hatten ihre ursprüngliche Funktion ganz verlo-

ren und hatten seit dem 17. Jahrhundert primär Versorgungscharakter. Die Italiener galten traditionell als unmilitärisch und die bescheidenen Heere der italienischen Staaten bestanden zumeist aus ausländischen Söldnern. Die Zöglinge italienischer Ritterakademien wählten nur selten die militärische Laufbahn.

Von den deutschen katholischen Mächten war die bei weitem größte, das Habsburgerreich, auch verhältnismäßig am stärksten militarisiert. Nur muss man dabei berücksichtigen, dass Österreich während des ganzen 16. und 17. Jahrhunderts zwei mächtige (und insgeheim zusammenarbeitende) Feinde hatte, nämlich Frankreich und die Osmanen. Kaum war man, im beginnenden 18. Jahrhundert, durch Allianzen mit anderen Mächten mit diesen einigermaßen fertig geworden, trat aber als neuer starker Gegner der groß gewordene preußische Militärstaat ins Feld.

Die im Dreißigjährigen Krieg und dann noch zu Beginn des Spanischen Erbfolgekrieges bedeutende bayerische Armee war im späteren 18. Jahrhundert weitgehend verfallen und überhaupt kein Machtfaktor mehr. Die Effektivbestände lagen weit unter den sonst üb-

lichen Anteilen, die Aufwendungen für das Heer betrugten bloß ein Viertel der Staatsausgaben.

Besonders klar und zahlenmäßig belegbar zeigen die geistlichen Staaten die Vernachlässigung des Militärischen in katholischen Territorien. Die Rekrutierung erfolgte auf freiwilliger Basis durch Werbung; die Konskription war unbekannt, was ein wesentlicher Grund dafür war, dass das Krummstabregiment (teils Invalide) wurden als allgemeine Defizite der fürstbischöflichen Armeen ausgemacht, welche aber ihren geistlichen Regenten kaum Kopfzerbrechen bereiteten. Zu einem großen Teil diente dieses Militär der Repräsentation, als Leibgarde und farbenprächtiger Schmuck bei Paraden, es bildete die dekorative Folie bei Festen und nahm sonst allenfalls noch Polizeifunktionen wahr.

Demgegenüber militarisierten sich die protestantischen Länder stärker. In Großbritannien schwankten allerdings die Bestandeszahlen je nach den Zeitumständen stark; diese Großmacht

führte aber vor allem auch mit Geld Krieg, indem sie gegen Subsidien die Heere anderer Staaten für ihre Politik einsetzte. Auf See war nach den Siegen über die vielen Konkurrenten Großbritanniens Flotte – ein sehr kostspieliges Machtinstrument – eindeutig und für lange Zeit die Nummer eins.

Eine der stärksten Kriegsmächte mit einem, bezogen auf die Bevölkerung sehr hohen Anteil von aus dem Bauerntum zwangsrekrutierten Soldaten, war Schweden seit König Gustav Adolf. Das Beispiel Preußen ist dermaßen bekannt, dass hier dazu nichts weiter ausgeführt werden muss; ins Gedächtnis gerufen seien lediglich die Hauptkennziffern, nämlich dass dieser ausgesprochene Militärstaat ständig 3 – 4 % der Bevölkerung unter den Fahnen hielt (Österreich 1 – 2%) und die Ausgaben für dieses überproportionierte Heer 2/3 bis 3/4 des Etats verschlangen. Ebenso hoch, wenn nicht noch höher war der Soldatenanteil in Hessen-Kassel. Aber auch andere mittlere und kleinere protestantische Fürstentümer leisteten sich überproportionale Truppenbestände. Sie vermieteten sie gerne gegen Geld an andere Mächte; das bekannteste Beispiel dafür ist der amerikanische Unab-



Diskussion um Lehren aus dem Barock: Professor Peter Hersche, Akademiedirektor Dr. Florian Schuller als Diskussionsleiter und Professor Peter Claus Hartmann (v.l.n.r.).

hängigkeitskrieg, wo gegen 30 000 solcher Soldaten, und zwar ausschließlich solche aus protestantischen Territorien, auf der Seite Großbritanniens kämpften.

Die Schlussfolgerungen aus diesem merkwürdigerweise in der Militärgeschichte noch nirgends thematisierten Befund können in vier Punkten zusammengefasst werden. Der erste und in diesem Zusammenhang wichtigste ist, dass die Armee als sozialdisziplinierender Faktor in der katholischen Welt vernachlässigt werden kann. Es gibt sogar Aussagen, die auf eine ausgesprochene Distanz der Bevölkerung zu diesem Machtinstrument hinweisen. Zweitens kann mit einiger Sicherheit gesagt werden, dass die hohen Ausgaben für die Kultur im katholischen Europa finanziell nur möglich waren, weil das Geld nicht hauptsächlich in den Rüstungssektor gesteckt wurde. Drittens sind die sozialgeschichtlichen Zusammenhänge zu beachten. Der Druck zur Militarisierung war in den katholischen Staaten möglicherweise geringer, weil sich hier, im Rahmen der Fideikommission, den zu versorgenden ledigen Adelsöhnen mit der geistlichen Karriere eine bequemere Alternative zum Offiziersdienst anbot, auf den die Protestanten notwendigerweise stärker angewiesen waren. Viertens und letztens kann man sich ferner fragen, ob nach dem offenkundigen Scheitern der vor allem mit militärischen Mitteln betriebenen Hegemonialpolitik Spaniens und der Pattsituation nach dem Dreißigjährigen Krieg die katholische Welt nicht wiederum grundsätzlich eher auf die Karte eines christlich formulierten Rechts statt der machiavellischen Gewalt setzte.

In der ausgedehnten Diskussion um die Sozialdisziplinierung wurde seltsamerweise die Kirche als Disziplinierungsinstitution kaum gewürdigt oder jene höchstens als Hilfstuppe der Staaten in dieser Hinsicht betrachtet. In den protestantischen Territorien und Ländern hat die Kirche vermutlich eine nicht zu unterschätzende Rolle in diesem Prozess gespielt; sie war dort wohl in verschiedener Hinsicht vielen entsprechenden Verfügungen der Staatsgewalt ausgeliefert. Grundsätzlich gilt dies auch für die katholische Kirche: Trotz ihrer formal größeren Selbständigkeit herrschte auch in den katholischen Ländern allüberall mehr oder weniger ausgeprägt das Staatskirchentum. Meist deckten sich die beidseitigen Interessen.

Allerdings gab es, wie man besonders im spanischen Herrschaftsgebiet sehen kann, bisweilen auch Konflikte zwischen den beiden Gewalten.

Hier könnte man nun gegen meine eingangs gemachte Behauptung einwenden, die katholische Kirche hätte im Gegensatz zur protestantischen eigene wirksame Disziplinierungsinstrumente entwickelt. Viele Historiker sehen besonders die Beichte als solches an. Vielleicht war dies die Absicht der Konzilsväter von Trient gewesen. Die Ablegung vor dem Pfarrer und insbesondere die verpflichtende Osterbeichte, verbunden mit dem Kontrollsystem der Beichtzettel, hätte in der Tat einen recht umfassenden Überblick des sittlichen Lebens aller Gläubigen ermöglicht. Aber wie viele andere Vorschriften des Tridentinums wurde auch diese Absicht nur sehr unvollkommen realisiert und die frommen Wünsche der kirchlichen Reformer blieben zum großen Teil Papier.

Die Praxis der Osterbeichte führte zu einer ganz handfesten Schwierigkeit: Es drängten sich nämlich in relativ kurzer Zeit sehr viele Leute zum Beichtstuhl. Eine intensive Ausfragung und seelsorgerliche Betreuung war unter diesen Umständen nicht möglich, wollte der Geistliche nicht den ganzen Tag in der noch winterkalten Kirche sitzen. Konnte der Pfarrer aber Helfer aufbieten, so entging ihm die vollständige Kontrolle.

1670 fiel durch die von Papst Klemens X. erlassene Konstitution „Super-na“ der Pfarrzwang wieder weg. Man konnte fortan bei irgendeinem Geistlichen die Osterpflicht erledigen, musste bloss den erwähnten Attest noch beibringen. Er diente nun aber vor allem in den gemischtkonfessionellen Gebieten vorab dem Staat als Ausweis der Katholizität seiner Untertanen. In Südeuropa fiel diese Funktion weg, dort wurde das System recht lasch gehandhabt. Die Neuregelung der Beichtpraxis öffnete die Schleusen zu einer Umgehungspraxis, welche einzelne vermutlich schon früher übten, die jetzt aber legal war, nämlich der Auswärtsbeichte. Man beichtete – es gab ja da auch psychologische Hemmnisse – wenn immer möglich nicht beim eigenen Pfarrer, sondern bei einem im Nachbardorf oder einem Helfer, der zur Osterzeit von auswärts kam. In den Städten ging man gerne in die zahlreichen Klosterkirchen, um die Beichte abzulegen. Im deutschsprachigen Raum waren vor allem die Wallfahrtskirchen für die Auswärtsbeichte

beliebt. An den großen Wallfahrtstagen wurden dort zahlreiche Aushilfspriester aufgeboden, die schon frühmorgens von den zahllosen Beichtwilligen bestürmt wurden. Es war eine ausgesprochene Massenabfertigung; die Ideale des Konzils von Trient waren hier in weiter Ferne entschwinden.

Ich könnte hier leicht weitere Beispiele für eine vergleichsweise schwache Disziplinierung im katholischen Raum anfügen. Und selbstverständlich gab es auch im protestantischen Europa Widerstand gegen die neuen disziplinierenden Anforderungen. Der These der Sozialdisziplinierung könnte man meines Erachtens zustimmen, wenn man sie zeitlich später ansetzt, nämlich ins 19. Jahrhundert. Dass sie damals in breitem Rahmen stattfand, ließe sich auf verschiedenen Sektoren zeigen. Agenten waren neben Staat, Militär, Schule und Wirtschaft die Kirche, und zwar diesmal auch die katholische. Einen ersten massiven Disziplinierungsschub brachte der aufgeklärte Absolutismus, den wir ja vor allem in katholischen Ländern und Territorien beobachten können, Schulbeispiel ist der österreichische Josephinismus. Die von ihm ausgelösten Maßnahmen wurden im 19. Jahrhundert fortgesetzt und der Vollzug verschärft. Es standen nun auch neue und bessere Kontrollinstrumente zur Verfügung.

Schaut man sich in der Gegenwart um, so scheint auf den ersten Blick vor allem in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts eine kräftige Gegenbewegung zur Disziplinierung eingesetzt und den Sieg davongetragen zu haben.

Allerdings trägt der erste Blick. Schaut man genauer hin, so bemerkt man, dass es in unseren Tagen eine ganze Reihe neuer disziplinierender Elemente gibt, welche unsere eben gemachte Feststellung relativieren. Der Straßenverkehr etwa erfordert die Beachtung vieler Regeln, damit alles reibungslos vor sich geht. Wenn wir aber den öffentlichen Verkehr benutzen, haben wir uns nach dem Fahrplan zu richten und im Interesse anderer Fahrgäste bestimmte Regeln einzuhalten. Vor allem hat die Arbeitsdisziplin zugenommen. Vom Arbeitnehmer wird heute erwartet, dass er sich mit vollem Einsatz in den Dienst der Firmeninteressen stellt und möglichst immer erreichbar ist, mittels des Handy auch in der Freizeit, selbst in den Ferien. Gerade dieses neue Kommunikationsmittel eröffnet viele früher fehlende Kontrollmöglichkeiten, etwa seitens der Eltern über ihre Kinder. Der Bürocomputer ist kein flexibles Gegenüber, sondern zwingt uns zum digitalen Denken statt des menschengemäheren analogen.

Enorm zugenommen hat die Disziplinierung des Körpers. Hier ließ man sich früher weit mehr gehen. Heute sollten wir bestimmten Idealmaßen genügen, Sport treiben und die Ratschläge der Ernährungsberater befolgen. Die auch auf anderen Gebieten ausufernde Beratungsindustrie umgibt uns zunehmend mit einem immer engeren Regelkorsett: Wir sind zwar nicht direkt bei Strafe verpflichtet, alle die guten Empfehlungen anzunehmen. Aber wir müssen dann die möglichen sozialen Folgen in Kauf nehmen. Bekannt ist, dass die staatliche und überstaatliche (EU) Gesetzesproduktion von Jahr zu Jahr zunimmt. Auch als Wissenschaftler wird man zunehmend diszipliniert. Noch bis in die Nachkriegszeit arbeiteten die meisten Gelehrten vorwiegend zu Hause und suchten die Universität nur für ihre Veranstaltungen auf. Heute wird allgemein mehr Präsenz im Institut erwartet. Für die äußere Gestaltung simpler Aufsätze erhält man heute mehr-seitige Anleitungen.

Barocke Lebenshaltung, deren letzte Spuren ich noch in der unmittelbaren

Nachkriegszeit feststellen und sichern konnte, ist heute verkümmert und verschüttet und nur noch durch den Historiker rekonstruierbar. Die Forschung allerdings interessiert sich kaum dafür, das Thema „Barock“ ist seit Jahrzehnten nicht mehr aktuell. Natürlich wissen wir alle, dass wir nicht einfach in frühere Zeiten zurückkehren können. Aber eine vertiefte Beschäftigung mit dieser hier am Barock exemplifizierten europäischen Vergangenheit könnte uns vielleicht helfen, einige aktuelle Probleme klarer erkennen und besser bewältigen zu können. □

BR alpha logos

Programmorschau

Ausgewählte Veranstaltungen der Katholischen Akademie sind in BR-alpha, dem Bildungskanal des Bayerischen Fernsehens zu sehen. Die journalistisch aufbereiteten 45-minütigen Beiträge werden vierzehntägig in der Reihe „alpha-Lógos“ am Sonntagabend, jeweils von **19.30 bis 20.15 Uhr**, gesendet. Sie bieten Originalauszüge aus den Vorträgen und Diskussionen, Interviews mit den Referenten sowie vertiefende Informationen. Die Sendungen der Reihe werden vierzehntägig sonntags, jeweils um ca. 0.50 Uhr, wiederholt. Gezeigt wird immer der Beitrag, der in der Vorwoche um 19.30 Uhr zu sehen war.

Eine **aktualisierte** Programmorschau finden Sie unter <http://mediathek.kath-akademie-bayern.de/akademie-bei-br-alpha.html>

Noch ein Hinweis

Die Sendungen der „alpha-Lógos-Reihe“ sind jeweils ein Jahr lang auch auf der Homepage von BR-alpha abzurufen und können damit jederzeit auf dem heimischen Computer gesehen werden.

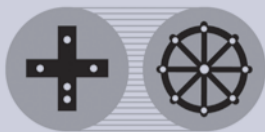
Die Internetadresse lautet: <http://www.br.de/fernsehen/br-alpha/sendungen/logos/logos104.html>

debatte-Sammelband für die Jahre 2011 und 2012

Liebe Leserinnen und Leser!

Dieser Ausgabe unserer Zeitschrift „zur debatte“ – 2/2013 – liegen die Inhaltsverzeichnisse, sowie der Referenten- und der Themenindex der Jahrgänge 2011 und 2012 bei. So haben Sie einen Überblick über all das, was dort in den beiden Jahren zu lesen war.

Wer die 16 Ausgaben der „debatte“ der Jahre 2011 und 2012 gebunden aufbewahren will, kann ab sofort einen passenden Einband bestellen. Bestellungen sind unter der Telefonnummer: 089/38102-0 oder im Internet unter info@kath-akademie-bayern.de möglich. Wir berechnen für einen Einband eine Schutzgebühr von 10 Euro. Eine Rechnung geht Ihnen mit dem Einband zu.



Buddhas weibliche Seite

Die Tagung „Buddhas weibliche Seite“ am 23. und 24. November 2012, mit der die Katholische Akademie ihre Schwerpunktreihe „Christentum und Buddhismus im Gespräch“ fortsetzt, versuchte, das Verhältnis des Buddhismus zu Frauen tiefer zu ergründen. So gingen die Expertinnen und Experten der Frage nach, wieso

moderne Frauen vom Buddhismus fasziniert sind. Vertragen sich Buddhismus und Emanzipation? War Buddha gar ein Frauenbefreier? Und nicht zuletzt: Verändert das starke Engagement gerade westlicher Frauen den heutigen Buddhismus? „zur debatte dokumentiert Referate dieser Tagung.

War Buddha ein Frauenbefreier? Buddhas Haltung Frauen gegenüber

Carola Roloff

Eine feministische Theologin würde den Buddha wohl nicht zweifelsohne als Frauenbefreier bezeichnen. Trotzdem will ich die Frage aufnehmen. Spontan fällt mir dazu ein Vers ein, der auf die *Feierlichen Aussprüche des Buddha (Udānavarga)* zurückgeht sowie den Kommentar von Prajñāvarman (ca. 8. Jh.). Die Version, die ich kenne, findet sich in den *Stufen auf dem Weg zur Erleuchtung* des tibetischen Meisters Tsongkhapa (1357–1419):

Erwachte waschen schlechte Taten nicht mit Wasser hinweg, sie beseitigen das Leiden der Lebewesen [auch] nicht mit ihren Händen, noch übertragen sie ihre eigenen Erkenntnisse auf Andere, [sondern] sie befreien, indem sie die Realität, die Wahrheit lehren. (2000:73).

Hier wird der Buddha als Befreier beschrieben. Er lehrt oder zeigt den Weg aus dem Leiden. Gehen muss man oder „frau“ ihn aber selbst.

Im *Udanāvarga* lautet der entsprechende Vers (Mārga-varga 12.10, Hahn 2007:48):

Gelehrt habe ich euch den Weg, den Stachel des Durstes zieht er heraus; ihr aber müsst euch daran halten, es lehren ihn die Tathāgatas.

Gemeint ist: Die Erwachenden können einen weder von Leid befreien, noch von der Ursache des Leids, dem Durst: *trsnā*. Sie können einem nur den Weg zum Aufhören von Leid zeigen, wie ihn der Buddha in seiner Lehrrede von den Vier Wahrheiten dargelegt hat: „Durst“, gemeint ist Begierde, ist die Ursache allen Leidens. Sie führt zu unfreiwilliger Wiedergeburt kraft des eigenen Karma, d.h. der eigenen Taten, die mit Körper, Rede und Geist ausgeführt werden. Diese kann der Buddha nicht einfach wie einen Stachel aus der Haut ziehen oder mit Wasser wegwaschen. Manche Texte



Dr. Carola Roloff, Tibetologin an der Universität Hamburg, Buddhistische Nonne

nennen auch drei Ursachen, die drei Geistesgifte Gier (*rāga*), Hass (*dveṣa*) und 3. Verblendung (*moha*). Im *Mahāyāna* wird mehr die Verblendung, Unwissenheit, als Ursache allen Leidens betont. Deshalb heißt es: Der Buddha kann auch nicht seine eigenen Erkenntnisse auf andere übertragen. Diese muss jede Person selbst erlangen, indem sie dem Weg (*mārga*) folgt, den die Tathāgatas, also die Buddhas lehren.

Der Weg führt zur Befreiung, zur Aufhebung allen Leidens, zum *Nirvāna*, der Aufhebung des Durstes durch völlige Begierdelosigkeit, durch das sich Freimachen von Sinnesfreuden und nicht daran Haften. Das Erlöschen der Begierde bzw. der drei Geistesgifte ist die Befreiung, die alle Buddhisten anstreben, egal ob Frau oder Mann. Alle streben nach *Nirvāna*, dem Erlöschen

aller Geistesplagen und allen negativen Karmas. Ähnlich wie die Flamme einer Kerze erlischt, wenn sie ausgeblasen wird, erlöscht alles Leiden, wenn Unwissenheit und Begierde überwunden sind.

Welche Art von Leiden sind gemeint? In der ersten Lehrrede des Buddha, dem *Dharmacakrapravartana-sūtra* heißt es: „Geburt ist Leiden, Alter ist Leiden, Krankheit ist Leiden, Tod ist Leiden, mit Unliebem vereint sein ist Leiden, von Liebem getrennt sein ist Leiden, wenn man etwas wünscht und es nicht erlangt, auch das ist Leiden, kurz die fünf Gruppen des Ergreifens (*upādāna-skandāḥ*) sind Leiden.“ (Frauwallner 2010:7)

In diesem Sinne ist der Buddha auf jeden Fall ein Befreier, ein Befreier aller Lebewesen, ganz gleich ob Mann oder Frau, Mensch oder Tier, nicht nur ein Frauenbefreier. Auf die Frage, ob der Buddha auch als Frauenbefreier im Sinne eines Sozialreformers gesehen werden kann, komme ich am Schluss.

1. Buddhas Einstellung Frauen gegenüber

Als Historikerin frage ich mich, inwieweit wir aus den Quellentexten überhaupt zuverlässig ablesen können, welche Einstellung der Buddha gegenüber Frauen hatte, was er über sie gedacht hat und welche von den vielen Lehren, die ihm zugeschrieben werden, er tatsächlich selbst gelehrt hat. Welche von den uns bis heute überlieferten kanonischen Texte geben die originalen Lehren des Buddha wieder? Fest steht, dass der Buddha gelebt hat und etwa 80 Jahre alt wurde, aber seine exakte Lebenszeit können wir nicht ermitteln. Nach dem derzeitigen Forschungsstand lebte er zwischen dem 6. bis 4. Jh. vor Chr. Wie Jens-Uwe Hartmann (2011:31) deutlich macht, sind die ältesten schriftlichen Zeugnisse, die wir heute kennen, erst rund 300 Jahre nach dem Tod des Buddha entstanden:

Da klafft also eine Überlieferungslücke. Die Schrift ist in Indien erst nach dem Tod des Buddha erfunden worden, und damit ist aus der Sicht des Historikers kein originales Buddha-Wort mehr wiederzugewinnen. Stattdessen gibt es einen Überlieferungsprozess, der zuerst mündlich erfolgt, von einem kleinen, aber nicht mehr rekonstruierbaren Kern seinen Ausgang nimmt und ständig anwächst. Als um die Zeitenwende die ersten historischen Zeugnisse greifbar werden, ist er bereits zu einem breiten Strom angewachsen und hat sich auch schon in verschiedene Überlieferungszweige verästelt. Dies gilt für die Lehren des so genannten älteren Buddhismus, also beispielsweise für den Pali-Kanon der Theravādins. Dies gilt aber noch viel mehr für die Lehrreden des *Mahāyāna*. Aus Sicht des Historikers sind einige wenige *Mahāyāna-sūtras* bereits im 1. Jh. v. Chr. entstanden, und die meisten erst in den folgenden Jahrhunderten. Kein einziges dieser *Sūtras* kann auf den Buddha selbst zurückgehen.

Viele Buddhisten sehen das anders. Denn wenn sie Teile des Kanons in Frage stellen würden, müssten sie dann nicht jedes Wort des Buddha in Frage stellen? Andererseits frage ich mich als buddhistische Nonne: Ist es nicht gerade das, wozu der Buddha seine Nachfolger ermuntert hat? Frauwallner (1956) sagt: „Der Buddha selbst hatte ausschließlich eine Erlösungslehre verkündet und zu den philosophischen Fragen seiner Zeit kaum Stellung genommen.“ Das heißt, er hat die Erleuchtung bzw. das Erwachen (*bodhi*) aus eigener Kraft erlangt, nicht indem er einem Dogma gefolgt ist, sondern vielmehr basierend auf einem achtsamen

Lebenswandel durch Meditation. Eine in diesem Kontext besonders im Westen gern zitierte Lehrrede des Buddha ist das *Kālāma Sutta*, wo es heißt:

Geht, Kālāmer, nicht nach Hörensagen, nicht nach Überlieferungen, nicht nach Tagesmeinungen, nicht nach der Autorität heiliger Schriften, nicht nach bloßen Vernunftgründen und logischen Schlüssen, nicht nach erdachten Theorien und bevorzugten Meinungen, nicht nach dem Eindruck persönlicher Vorzüge, nicht nach der Autorität eines Meisters! Wenn ihr aber, Kālāmer, selber erkennt: „Diese Dinge sind unheilsam, sind verwerflich, werden von Verständigen getadelt, und, wenn ausgeführt und unternommen, führen sie zu Unheil und Leiden“, dann o Kālāmer, möget ihr sie aufgeben. AN 3.65 (PTS), AN 3.66 (Thai)

In der tibetischen Tradition wird ein anderer Text gleichen Inhalts zitiert, das *Ghanavyūha-Mahāyāna-sūtra*. Der Buddha sprach: „Akzeptiert meine Lehre nicht nur aus Respekt vor mir, sondern untersucht und prüft sie wie ein Goldschmied das Gold durch Reiben, Schneiden und Brennen prüft.“ (Derge Kangyur, *mdo sde*, Bd. *cha* 1b1-55b7)

Genau dieser Worte des Buddha sollte man sich bewusst sein, wenn man seine Reden auf seine Haltung gegenüber Frauen hin untersucht. Denn hier werden wir mit großer Inkonsistenz und vielen Widersprüchen konfrontiert. Alan Sponberg (1992) schlägt deshalb in seinem Aufsatz über Einstellungen oder Haltungen gegenüber Frauen und dem Weiblichen im frühen Buddhismus vor, endlich den Versuch aufzugeben, widersprüchliche und ambivalente Aussagen des Buddha miteinander versöhnen oder gar rechtfertigen zu wollen. Vielmehr müssten wir die soziale und intellektuelle Dynamik der frühen buddhistischen Gemeinde verstehen. Für ihn reflektieren die vielfältigen Quellen schlicht die verschiedenen Einstellungen gegenüber Frauen und dem Weiblichen. Die frühe kanonische Literatur gibt zwar Einiges von dem wieder, was der Buddha *tatsächlich* über Frauen gedacht hat, aber es ist schwierig zu entscheiden, welche Aussagen tatsächlich von ihm selbst stammen.

2. Die Stellung des weiblichen Ordens und die Deutung einiger frauenfeindlicher Passagen in diesem Kontext

Folgendes Szenario: Die Stiefmutter des Buddha, *Mahāprajāpatī*, bittet als erste Frau um Aufnahme in den Orden. Der Buddha lehnt trotz dreimaliger Bitte ab. *Prajāpatī* steht weinend, Tränen überströmten Antlitzes am Toreingang. Da kommt *Ānanda*, ein enger Schüler des Buddha, und fragt, warum sie weint. Auch er bittet den Buddha dreimal vergebens. Darauf ändert er seine Strategie und fragt den Buddha: „Ist wohl, o Herr, ein Weib, wenn es unter der vom Vollendeten verkündeten Lehre und Zucht vom Hause in die Hauslosigkeit zieht, imstande, das Ziel des Stromeintritts, der Einmalwiederkehr, der Nichtwiederkehr und der Heiligkeit zu verwirklichen?“ – „Ja, *Ānanda*, dazu ist das Weib imstande.“

Die Erleuchtungsfähigkeit der Frau wird vom Buddha unmissverständlich bejaht. Frühbuddhistischen Quellen zufolge hat die Frau genauso wie der Mann und somit anders als im Hinduismus bzw. orthodoxen Brahmanismus das volle Potenzial, die verschiedenen Stufen der meditativen Versenkung bis hin zur Heiligkeit als Frau zu erreichen. Und das, obwohl der Körper einer Frau gegenüber dem eines Mannes auch im Buddhismus als nachteilig bewertet wird. Trotzdem gibt der Buddha seine

Erlaubnis, dass Mahāprajāpatī und die anderen 500 Bittstellerinnen in ihrer Begleitung die höchste Weihe bzw. volle Ordination erhalten und wie Mönche als spirituelle Lehrerinnen und Ritualleiterinnen fungieren können. Diese Aussage steht klar im Widerspruch zu der Lehrrede über das Unmögliche. Diese Inkonsistenz wird ausführlich von Bhikkhu Anālayo (2009) thematisiert, der zeigt, dass das Unmögliche, dass eine Frau ein Buddha wird, im *Madhyama-āgama* fehlt und es sich hierbei um einen späteren Zusatz handeln muss (2009:165).

Ähnlich verhält es sich mit der wohl am häufigsten zitierten „frauenfeindlichen“ Stelle. Nachdem Ānanda den Buddha gefragt hat, ob Frauen wie Männer das Nirvāna erreichen können und der Buddha dies bejaht hat, stimmt er der Ordination seiner Tante und Stiefmutter Prajāpatī zu. Er stellt jedoch eine Bedingung: Sie muss acht gewichtige Regeln akzeptieren. Ich möchte hier nur auf zwei eingehen und stütze mich dabei auf eine Pali-Quelle. Die erste Regel (p. garudhamma) lautet:

„Eine Nonne soll, auch wenn sie schon vor hundert Jahren die Weihe erhalten hat, selbst einen erst am selben Tage geweihten Mönch ehrerbietig begrüßen, sich vor ihm erheben, ihm den ehrfurchtsvollen Handgruß darbieten und ihm Achtung erweisen.“ (AN VIII.51)

Die sechste Regel besagt, dass es für Frauen anders als für Männer eine zusätzliche zweijährige Übungszeit gibt. Erst wenn diese bestanden ist, erhält die Übeinde die höchste Weihe zur vollordinierten Nonne (skt. *bhikṣuṇī*, p. *bhikkhuni*). Für diesen wichtigen Rechtsakt muss der Nonnenorden den Mönchsorden konsultieren, womit der Nonnenorden dem Mönchsorden untergeordnet wird. Es gibt viele Hinweise dafür, dass diese Regelung erst später eingeführt wurde. Immer mehr Frauen folgten dem Buddha und traten dem Nonnenorden bei. Mit zunehmender Institutionalisierung wurde die Rechtmäßigkeit eines eigenständigen, unabhängigen Nonnenordens in Frage gestellt. Anhand des *Gesetzesbuchs des Manu* wird deutlich, dass Frauen im alten Indien entweder der Obhut des Vaters, des Ehemanns oder des Sohnes unterstanden. So wurden die Nonnen schließlich den Mönchen unterstellt.

Sponberg (1992) bezeichnet dies als „Institutioneller Androzentrismus“, institutionell und in entscheidungsrelevanten Zusammenhängen werden die Strukturen zunehmend von Männern vorgegeben und beherrscht. Frauen dürfen zwar der Berufung als Nonne folgen, aber nur innerhalb einer sorgfältig regulierten institutionellen Struktur, die die sozialen Standards männlicher Autorität und weiblicher Unterordnung bewahrt und bekräftigt.

Es ist höchst unwahrscheinlich, dass die acht gewichtigen Regeln, wirklich so – wie kanonisch dargestellt – bereits bei Ordensgründung vom Buddha selbst aufgestellt wurden. Die Unterordnung hatte auch wirtschaftlich fatale Folgen. Denn bald galt es als verdienstreicher, dem Mönchsorden zu spenden anstatt dem Nonnenorden. Dies ist bis heute spürbar. Buddhistische Nonnenklöster sind in der Regel wesentlich ärmer als Mönchsklöster.

Darüber hinaus soll der Buddha nach der Ordination von Mahāprajāpatī verkündet haben, dass seine Lehre nun anstatt 1000 nur 500 Jahre fortbestehen wird, also durch die Gründung des Nonnenordens doppelt so schnell degenerieren wird. Inschriften beweisen jedoch, dass der Nonnenorden genauso wie der Mönchsorden in Indien bis Ende des 11./Anfang des 12. Jhs. fortbestand, also rund 1500 Jahre. Ebenso wie

die Nonnen gibt es den Buddhismus noch heute.

Hinzu kommt, dass im Pali-Kanon diese Stelle als Prophezeiung dargestellt wird. Im Sanskrit-Kanon der Mūlasarvāstivādins, der Grundlage meiner Forschung ist, fehlt die Angabe von Jahren an dieser Stelle. Aber auch hier heißt es, dass die Lehre nicht lange bestehen bleiben wird, wenn Frauen in die Hauslosigkeit ziehen, also den Weg einer Asketin gehen anstatt in der Familie zu verbleiben. Dann folgen drei Gleichnisse, welche Gefahren der Buddha sieht, wenn Frauen in den Orden aufgenommen werden. Diese werden oft als frauenfeindlich verstanden und ließen sich nach Sponberg (1992) unter „Asketische Misogynie“ subsumieren.

Der Buddha sprach: Es ist so Ānanda:

- 1) Ein Haus, in dem es viele Frauen und wenig Männer gibt, wird leicht von Dieben und Menschenräubern angegriffen und überwältigt.
- 2) Wenn ein nicht versiegendes Hagelgewitter auf ein Feld mit vortrefflichem Sāli-Korn fällt, wird das Sāli-Korn zerstört, völlig zerstört. Durch Unglück wird es zunichte gemacht.
- 3) Wenn das vortreffliche Zuckerrohr eines Hausvaters, der Ackerbau betreibt, von einer Mehltau-Plage befallen wird, werden die Zuckerrohre schlecht. Sie werden verderben.

Der erste Vergleich mit dem Haus, in dem es viele Frauen und wenig Männer gibt, ist ein klares Indiz dafür, dass die acht Regeln oder zumindest ein Teil davon festgelegt wurden, als der Nonnenorden immer größer wurde. Dass der Orden damit angreifbar wird, von Dieben und Menschenräubern angegriffen und überwältigt werden könnte, kann verschieden interpretiert werden. Ohne Zweifel ist es zu Vergewaltigungen und anscheinend auch zu Menschenraub gekommen. Darüber hinaus handelt es sich um eine Metapher, die zeigt, dass die Gesellschaften der damaligen Zeit es nicht guthießen, wenn Frauen ohne männlichen Schutz waren. Es war aber Teil der monastischen Disziplin, sich vom anderen Geschlecht fern zu halten. Gesellschaftliche Norm und monastisches Regelwerk klafften auseinander, was Anlass zur Kritik am Buddha und seinem Orden war, vor allem seitens der Vertreter anderer Religionen. Somit wurde der Orden im doppelten Sinne angreifbar.

Auch der Vergleich der Frau mit einem nicht versiegenden Hagelgewitter, das ein Feld mit vortrefflichem Korn zerstört, ist doppeldeutig. Zum einen könnte mit dem vortrefflichen Korn der Mönche gemeint sein, der durch die Nähe freier Frauen gefährdet ist. Darüber hinaus ist das nicht versiegende Hagelgewitter eine Metapher für einen nicht versiegenden Zustrom von Frauen, deren Zahl schon bald die der Mönche übertraf. Die Erlaubnis, dass Frauen, den Männern gleichgestellt, dem Buddha folgen dürfen und somit Zeit und Muße haben, seinen Unterweisungen beizuwohnen und zu meditieren, war sicher eine bisher nicht dagewesene, äußerst attraktive Alternative zum Leben als Ehefrau und Hausfrau. Auch bot dieser Lebenswandel Witwen und jungen Frauen, die nicht verheiratet werden konnten, ein Leben in Würde und relativer wirtschaftlicher Absicherung.

Mit dem Hausvater, der Ackerbau betreibt, könnte der Buddha selbst gemeint sein, der dabei war, ein Feld zu bestellen, indem er seine Lehre verbreitete. Sicher ist es wenig schmeichelhaft, Frauen mit einer Mehltau-Plage zu vergleichen. Ich verstehe das Gleichnis jedoch so, dass Sorge bestand, die Zulas-

sung von Frauen in den Orden könne den Fortbestand der buddhistischen Lehre insgesamt gefährden und somit könnte das Zuckerrohr, die Buddha-Lehre eingehen.

Es ist naheliegend, dass man deshalb meinte, die Rechte der Frauen einschränken und den Weg als Nonne weniger attraktiv oder gar besonders schwer machen zu müssen, um den großen Zustrom zu limitieren. Interessant ist, dass der Sanskrit-Kanon der Mūlasarvāstivādins hier noch ein viertes Gleichnis anschließt, das sich im Pali-Kanon nicht findet: Zum Beispiel Ānanda, wird ein Hausvater, der Bauer ist, wenn der Sommer vorbei und der Herbst angebrochen ist, an einer Fluss- oder Kanal-Mündung das Wasser stauen. Dadurch, dass das Wasser gestaut wird, wird es nicht übertreten. Ānanda, entsprechend werde ich acht gewichtige Regeln aufstellen, um Fehler von Frauen zu verhindern und Übertretung zu vermeiden. Lass Frauen diese zeitlebens einhalten.

Interessant ist, dass in einem viel späteren Werk, dem *Abhidharmakośa* von Vasubandhu die Gelübde zur eigenen Befreiung wie die Gelübde von Mönchen und Nonnen mit einem Staudamm verglichen werden. Diese Stelle scheint die kanonische Grundlage für diese Interpretation zu bilden. Also auch hier eine Doppeldeutigkeit. Zum einen soll durch die acht gewichtigen Regeln der Zugang erschwert werden, um die Ernsthaftigkeit des Entschlusses der Frauen zu überprüfen und die Zahl der Neueintritte zu begrenzen. Durch die Unterordnung des Nonnenordens gegenüber dem Mönchsorden wird die stetig wachsende Gruppierung strukturell dem vorherrschenden Gesellschaftssystem angeglichen, um Kritik abzuwehren oder vorzubeugen. Zum anderen wird deutlich, dass durch Errichtung eines Staudamms der Fortbestand der Lehre nicht länger gefährdet ist.

Der Buddha hat für alle Lebewesen einen Weg zur Befreiung gelehrt, nicht nur für Frauen.

Später, nach der Festlegung des stufenweisen Ordinationsrituals für Frauen, werden an dessen Ende die acht gewichtigen Regeln noch einmal wiederholt. Dann kommt eine Begebenheit, bei der Mahāprajāpatī den Buddha bittet, eine der acht Regeln zu revidieren, nämlich dass eine Bhikṣuṇī selbst wenn sie seit hundert Jahren vollordiniert ist, zu einem am selben Tag vollordinierten Mönch freundliche Worte sprechen, ihn preisen, sich erheben, die Handflächen zum Gruß aufeinanderlegen und sich vor ihm verneigen sollte. Mahāprajāpatī bittet den Buddha, geschlechtsneutral zu verfahren und es einfach bei dem Prinzip der Seniorität zu belassen. Der Buddha lehnt ab und erklärt, dass Anhänger von nicht-buddhistischen Schulen Frauen überhaupt nicht grüßen würden. Erst dann kommt die Aussage, dass seine Lehre für 1000 Jahre fortbestanden hätte, wenn Frauen nicht die Ordination erhalten hätten (Lhasa Kanjur *'dul ba*, Bd. da, 182a6-183b6).

Man könnte diese Stelle so werten, dass Mahāprajāpatī die erste buddhistische Feministin war und hier einfordert, was eigentlich buddhistische Norm ist, nämlich dass es spirituell keinen Unterschied zwischen Mann und Frau gibt. Der Weg der Geistesschulung ist für alle Geschlechter derselbe. Die Texte sprechen von der seltenen Gelegenheit, eine menschliche Geburt zu erlangen und unterscheiden nicht zwischen zwei ver-

schiedenen Übungswegen für Mann und Frau. Darin sind sich alle Traditionen einig. Belege dafür finden sich auch im Pali-Kanon (AN VIII.29). Wichtig ist nur, als Mensch geboren zu werden. Doch in der späteren Kommentarliteratur finden sich hierzu frauenfeindliche Auslegungen. In einem tibetischen Text aus dem 20. Jh., einer Mitschrift aus dem Unterricht, sagt z.B. ein tibetischer Lama zu seiner Zuhörerschaft: „Wir hätten keine bessere Wiedergeburt finden können als die, die wir gegenwärtig besitzen – mit Ausnahme derjenigen unter uns, die nicht als Männer geboren wurden. (...) Ein männlicher Körper ist deshalb von Vorteil, weil ihr euch in der Menschenmenge nicht fürchtet und weniger Hindernisse bei der Dharma-Praxis erlebt, wenn ihr an entlegenen Orten lebt oder Ähnliches.“ (Pabongka Rinpoche 1999)

Schluss: War Buddha ein Frauenbefreier?

Der Buddha hat für alle Lebewesen einen Weg zur Befreiung gelehrt, nicht nur für Frauen. Ute Hüsken (1998) geht davon aus, dass es ihm nicht um sozial-reformerische Ansätze ging, sondern der Buddha die ungleiche Gesellschaftsordnung akzeptierte. Ich stimme zu, dass es dem Buddha nicht in erster Linie darum ging, gesellschaftliche Strukturen aufzubrechen oder zu verändern. Die buddhistische Lehre ist nicht als soziale Bewegung im modernen Sinne konzipiert. Das Augenmerk des Buddha war eindeutig auf die Befreiung aus dem Daseinskreislauf gerichtet und auf das Loslösen von weltlichen Bindungen und Anhaftungen. Er hat jedoch weder das Kastensystem noch Opferrituale wie Blutopfer und Satī, die als Selbstopfer angelegte Witwenverbrennung, akzeptiert. Gerade in der Kaste aus der der Buddha stammt, die Kaste der Kṣatriyas, soll diese weit verbreitet gewesen sein. Sicher ist auch, dass er das Tieropfer abgelehnt hat. Die Tatsache, dass Männer und Frauen aller vier Kasten Einlass in seinen Orden fanden und innerhalb der Geschlechter nach Seniorität und nicht nach Abstammung geordnet war, lassen erkennen, dass für ihn eben diese Gesellschaftsordnung nicht relevant war, sondern er es lediglich vermied, mit den Herrschern in Konflikt zu geraten.

Ähnlich wie sein Zeitgenosse Mahāvira, der Stifter des Jainismus, hat Buddha Frauen die Möglichkeit gegeben, als Ordensfrau zu leben, was für damalige Verhältnisse sicher revolutionär war und als gesellschaftsverändernd im Sinne einer teilweisen Aufhebung der bisher üblichen Praxis gewertet werden kann. Ein Blick auf die modernen Gesellschaften heute, in denen buddhistische Frauen seit den 1970er Jahren dafür kämpfen, sich dieses vom Buddha zugesprochene Recht zurückzuerobieren, macht deutlich, wie sehr der Buddha seiner Zeit voraus war. In diesem Sinne würde ich den Buddha also durchaus als Frauenbefreier oder vielmehr als Feminist bezeichnen, und zwar in dem Sinne, dass er die Bedürfnisse der Frauen erkannt hat und bereit war, mit der traditionellen Rollenverteilung partiell zu brechen, um in einer durch und durch patriarchalen Kultur Raum für intensive spirituelle Praxis von Frauen zu schaffen. Aber in erster Linie war er ein Befreier aller Lebewesen. Darüber hinaus gilt auch Tārā, die Befreierin, im tantrischen Buddhismus als Manifestation eines vollkommen erleuchteten Buddha und ohne Zweifel steht sie für die Befreiung aller Lebewesen, aber sie hat diesen Zustand explizit als Frau erlangt und sogar ein Gelübde genommen, auch weiter als Frau für die Befreiung aller Lebewesen zu wirken. □

Die Bedeutung von Göttinnen und weiblichen Buddhas

Peter Gäng

1. Vorbemerkungen

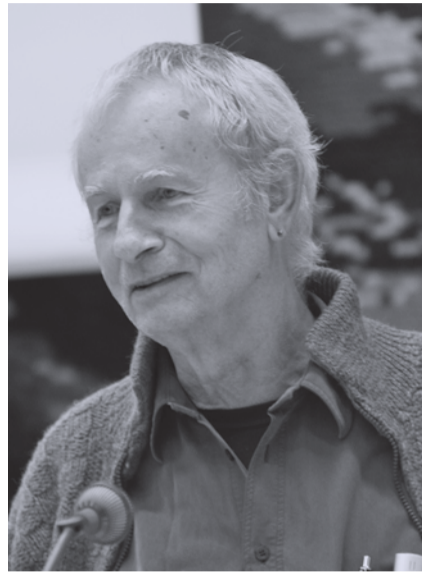
Wenn vom weiblichen Anteil im Buddhismus die Rede ist, gibt es ein Problem, das sich an einem Gedanken-spiel deutlich machen lässt. Wäre ich Christ und würde ich vor einem vorwiegend buddhistischen Publikum über die weibliche Seite der christlichen Lehre sprechen, würde ich das etwa so skizzieren:

Meine christliche Religion ist – wie alle großen Religionen – durch und durch patriarchal. Aber sie unterscheidet sich von den meisten anderen patriarchalen Religionen dadurch, dass in der christlichen Tradition Mystikerinnen eine Rolle spielten, wie sie in keiner anderen Religion wirklich wahrnehmbar ist. Im Buddhismus hat es in der ganz frühen Zeit mit den ersten Nonnen eine starke spirituelle Tradition gegeben, aber die ist nur in Winzigkeiten überliefert. Es gibt Lieder dieser Nonnen, das sind vielleicht 100 Seiten, und dann sind noch ein paar wenige Texte von Frauen im Buddhismus überliefert. So etwas wie die umfangreiche Überlieferung von Texten der Hildegard von Bingen, oder die Visionen der Hadewig, oder „Das fließende Licht der Gottheit“ der Mechthild von Magdeburg gibt es im Buddhismus nicht.

Ein weiblicher Anteil in der Religion hat prinzipiell zwei Dimensionen. Die eine Dimension ist, dass in der Lehre das Weibliche einen Platz hat, und zwar nicht unter dem Gesichtspunkt, dass es das Weibliche und das Männliche eigentlich gar nicht gibt, dass die Geschlechterunterschiede nicht vorhanden sind, sondern in dem Sinne, dass es einen Geschlechtsunterschied gibt, der wahrnehmbar, erlebbar, in der Spiritualität sichtbar wird. Von daher ist es immer fragwürdig, wenn dieser Geschlechtsunterschied so eingeebnet wird, dass es ihn eigentlich gar nicht gibt, etwa dass Gott letztlich weder männlich noch weiblich ist, oder dass männlich/weiblich in der Spiritualität keine Rolle spielt, wobei dann am Ende das Höchste (Gott oder auch Buddha) immer männlich ist, nicht weiblich. Die zweite Dimension ist die soziale Struktur einer Religion, also die Frage, ob Frauen in dieser Religion als gleichwertig mit Männern angesehen werden. Das ist weder in der christlichen noch in der buddhistischen Tradition der Fall, wobei möglicherweise das Christentum immer noch etwas besser abschneidet.

Vor diesem Hintergrund ließe sich dann über die christliche Tradition sagen, dass es hier schon ganz früh etwa bei Hildegard von Bingen aber auch bei einigen anderen Mystikerinnen Ansätze einer weiblichen Theologie gibt. So deutet Hildegard in ihren Liedern eine andere Art der Schöpfung an. Danach habe Gott vor aller Schöpfung eine Vision der Maria gehabt, und in seiner göttlichen Allmacht und Allwissenheit die Schöpfung, in der von Anfang an die spätere liebende Begegnung Gottes mit Maria angelegt war, aus der Gottes und Marias Sohn als „ganz Mensch und ganz Gott“ hervorging. Für die Liebesbegegnung Marias mit Gott hat Hildegard das Bild einer Blume gewählt, die sich morgens mit Tau füllt.

Dieses Gedankenspiel über die weibliche Seite des Christentums soll zwei



Dr. Peter Gäng, Autor und Lektor, Berlin

Dinge andeuten: zum einen gibt es in patriarchal geprägten Religionen durch diese weibliche Seite, zum anderen ist sie den meisten Angehörigen der jeweiligen Religion kaum bekannt.

2. Ausgangspunkt

Im Folgenden gehe ich von einer Lehre des Buddhismus aus, die am stärksten im tantrischen Zweig des Mahayana-Buddhismus sichtbar wird, die aber auch in anderen Überlieferungen des Buddhismus erkennbar ist. In dieser Lehre wird als grundsätzlicher Ausgangspunkt etwas gewählt, was ich Allverbundenheit nenne. Man könnte es auch Eins-heit nennen, aber es ist eben keine Eins-heit. „Eins-heit“ hieße, dass alles im Grunde nur Eines und das Gleiche ist, während „Allverbundenheit“ die Wirklichkeit nicht als Eines ansieht, sondern als etwas Vielfältiges, aber etwas Vielfältiges, was nicht getrennt ist, sondern was zusammengehört. In buddhistischen Texten werden gerne Formulierungen wie „Nicht-eins und nicht Nicht-Eins“ oder „Nicht-Einsheit und Nicht-Vielheit“ benutzt.

Aus dieser Perspektive der Lehre ist es das Ziel, diese Verbundenheit erst einmal zu erkennen, um dann auch in der Lage zu sein, diese Verbundenheit zu erleben. Dem steht der Grundirrtum entgegen, den wir alle von uns selber kennen: Wir nehmen uns selbst als voneinander getrennte Einzelwesen wahr, die dann sekundär miteinander in Kontakt treten und Verbindungen eingehen. Nach unserem naturwissenschaftlichen Weltbild besteht unser Universum aus Elementarteilchen, die sich zu Atomen verbinden, aus denen sich Moleküle zusammensetzen, aus denen die unbelebte und belebte Materie besteht. Die belebte Materie hat als kleinste Einheit Zellen, die teils einzeln leben, teils in Zellverbänden organisiert sind, aus denen alle Organismen einschließlich uns Menschen aufgebaut sind. Menschen wiederum bilden Familien und größere Gemeinschaften – Sippen, Stämme, bis hin zu Völkern und Nationen und schließlich zur Menschheit. Mit diesem

Bild stimmt das, was man im Buddhismus oder in Teilen des Buddhismus als Wirklichkeit ansieht, nicht überein. Stattdessen wird ein Bild entworfen, wonach grundsätzlich eine Verbundenheit da ist und wir nur aus Gründen, die man dann Verirrung nennen kann, uns als einzeln, als abgetrennt, als individuell gegenüber anderen wahrnehmen. Diese von uns erzeugte Abtrennung hat naturgemäß zur Folge, dass wir gegenüber dem Abgetrennten – das wir auch selber sind! – Anziehung oder auch Abstoßung oder zuweilen auch gar nichts empfinden.

Diese Standardgefühle werden im Buddhismus traditionell mit Begehren/Gier, Abneigung/Hass und Dumpfheit/Verblendung bezeichnet. Begehren meint dabei den ganzen Bereich des Sich-angezogen-Fühlens, wobei die erotische Dimension immer mitschwingt; Abneigung umfasst das gesamte Feld vom Wunsch nach Distanz bis hin zu aggressivem Hass. Verblendung schließlich ist unsere Trägheit, Unwissenheit, bis hin zu unserer Abneigung dagegen, etwas zur Kenntnis zu nehmen.

Die Idee von der Allverbundenheit gibt es im Buddhismus wohl von Anfang an, sie wurde aber in den verschiedenen Traditionen unterschiedlich bewertet. Geht man davon aus – wie es Teile des sogenannten großen Fahrzeugs und besonders des tantrischen Buddhismus tun –, dass wir eigentlich alle miteinander verbunden sind und zwar nicht nur wir als Menschen, sondern wir als Leben, oder wir als Weltall insgesamt, dass also Allverbundenheit eigentlich besteht und es letztlich darum geht, diese Allverbundenheit auch im Wortsinn wahr-zu-nehmen, und zwar nicht im Sinne von intellektuell zu durchschauen, sondern im Sinne von erleben und erlebbar zu machen, dann erhält die Polarisierung „männlich-weiblich“ eine ganz eigene Bedeutung.

Bekanntermaßen ist die Anziehungskraft, die Frauen und Männer zueinander spüren können, oder die Menschen in einer erotischen Dimension im weiteren Sinn spüren können, der stärkste Impuls, sich überhaupt jemand anderem zuzuwenden. Dieser Impuls ist von Anfang an da. Die psychoanalytische Theorie weist darauf hin, dass wir Menschen, sobald wir geboren sind, eigentlich immer den Impuls haben, aus der Schrecklichkeit der Welt wieder zurück-zukehren in den Mutterleib, und dass vieles von dem, was man in der Meditation erlebt, ja gerade dieses Rückkehr- und Einheitserleben ist, was in der zugehörigen Forschung als „ozeanisches Einheitserleben“ beschrieben wird. Das sind ganz starke Impulse, die später sich in der erotischen Anziehung oder in der Sexualität oder wie immer man dazu sagen will, wiederfinden, und diese Impulse sind in den Religionen normalerweise ausgeklammert. Sie gelten eher als das, was uns ins Unglück stürzt – und natürlich können sie uns auch ins Unglück stürzen –, aber im tantrischen Zweig des Buddhismus gelten sie als die Impulse, die uns an das Einheits- oder Verbundenheitserleben wieder heranzuführen können. Das ist der buddhistische Hintergrund, vor dem ich rede, nur damit es klarer ist, es ist eben nicht das, was alle Buddhisten so unterschreiben würden.

3. Gottheiten im Buddhismus

Bevor ich zur Bedeutung von Göttinnen im Buddhismus komme, stellt sich die Frage: Was haben Gottheiten im Buddhismus überhaupt für eine Funktion? Als der Buddha lebte und lehrte – ungefähr 500 v. Chr. – und auch später gingen in der indischen Kultur fast alle Menschen davon aus, dass es außer den für uns unmittelbar sichtbaren Lebewe-

sen – Menschen, Tiere, Pflanzen – auch Wesen gibt, die man im weitesten Sinn als Gottheiten bezeichnen könnte. Hier gibt es in der buddhistischen Tradition viele verschiedene Ebenen, auf denen diese Wesen angesiedelt sind; insgesamt könnte man sie als nicht-grob-stoffliche Wesen bezeichnen. Gleichzeitig gab es im Buddhismus von Anfang an auch die Einstellung, dass diese Wesen, für uns allenfalls nur von sekundärer Bedeutung sind, und dass sie für den spirituellen Heilsweg gar keine Bedeutung haben. Für uns kommt es nicht auf die Existenz derartiger Wesen an, weil die im Buddhismus gelehrt Befreiung als Befreiung vom Anhaften verstanden wird, und weil wir diese Befreiung nur selber bewerkstelligen können. Das kann uns kein Gott und keine Gottheit abnehmen und insofern sind diese Wesen für den Heilsweg irrelevant. Gleichwohl gab es sie nach allgemeiner Überzeugung und so tauchen sie in der buddhistischen Tradition immer mal wieder an unterschiedlichen Stellen auf.

So gibt es gerade in der Erleuchtungsgeschichte des Buddha einige Punkte, an denen sie in Erscheinung treten. Zuerst, als er noch nicht erleuchtet war, und sich harter Askese hingab, kam Mara, der Bösewicht des Buddhismus, welcher in der indischen Tradition zugleich auch der Liebesgott ist, und versuchte den Buddha von seinem

Ein weiteres Mal taucht Mara unmittelbar vor der Erleuchtung auf, lässt Heere gegen den Buddha anstürmen – wieder erfolglos.

spirituellen Weg abzubringen. Er könne doch ein großer Herrscher werden, der den Menschen mit seiner Macht auch viel Gutes tun könne, und gleichzeitig ein glückliches Leben voller Sinnesfreuden führen. Natürlich wies der künftige Buddha dies zurück. Ein weiteres Mal taucht Mara unmittelbar vor der Erleuchtung auf, lässt seine Heere gegen den Buddha anstürmen – wieder erfolglos. Schließlich versuchen es die Töchter Maras – je nach Überlieferung u. a. drei wunderschöne junge Mädchen – mit ihrer erotischen Ausstrahlung. Auch dieser Versuch zeigt keine Wirkung. Hier tauchen an einem wichtigen Punkt weibliche Gottheiten mit der Absicht auf, Unheil anzurichten. Ebenfalls während des Erleuchtungsprozesses und Maras Versuchen, ihn zu zerstören, ruft der künftige Buddha die Erde oder die Erdgöttin als Zeugin für seine Entschlossenheit und Klarheit an.

Als der Buddha dann erleuchtet war und Zweifel hatte, ob ihn je ein Mensch verstehen würde, und zu dem Schluss kam, es sei deshalb sinnlos, die gefundene Wahrheit weiter zu geben, und daher gerechtfertigt, das Glück der Befreiung zu genießen, da taucht Brahma auf, der oberste Gott in der indischen Tradition. Er fordert den Erleuchteten auf, aus Mitgefühl den Menschen seine Lehre nahe zu bringen.

Das sind Stellen, an denen ganz praktisch in der frühen Geschichte des Buddhismus dokumentiert Gottheiten auftauchen, eben die drei Töchter Maras und Mara mit negativen Funktionen, Brahma mit einer positiven Funktion. Und dann gibt es noch eine interessante Geschichte, in der ein Gott auftritt, der später im tantrischen Buddhismus eine große Rolle spielt. Sein Name ist Vajrapani, damals ein Beiname für Indra. Es handelt sich um eine Szene, in welcher der Buddha mit einem Brahmanen diskutiert und dieser Brahmane ist

hartnäckig unwillig, den Buddha zu verstehen. Der Buddha sagt etwas, und der Brahmane tut eigentlich immer so, als hätte er das weder richtig gehört noch verstanden, und stellt immer wieder die dieselbe Frage. Nach dem dritten Mal taucht plötzlich neben dem Buddha Vajrapani auf – er ist nur für den Buddha und den Brahmanen sichtbar – und sagt ungefähr zu dem Brahmanen:

„Pass mal auf, wenn du jetzt nicht endlich verstehst, was der Buddha dir sagt, dann schlag' ich dir den Schädel ein“. In diesem Moment versteht der Brahmane alles, was der Buddha ihm sagen will. In einem späteren Lehrtext, 600 – 700 Jahre später, wird dann die wichtige Frage gestellt, ob eigentlich jeder Buddha so einen Vajrapani dabei hat, denn ab und zu gibt es Situationen, bei denen man mit reinem Erklären nicht mehr hinkommt, und dann wird gesagt, eigentlich gehöre zu jedem Buddha, in jedem Zeitalter, auch ein Vajrapani, der ihm als eine Art von alter ego beisteht, wenn es Schwierigkeiten gibt.

In den erwähnten Geschichten tauchen „reale“ Gottheiten im spirituellen Geschehen auf, wobei aber auch schon in der ältesten Überlieferung darauf hingewiesen wird, dass etwa Maras Heere, die die Erleuchtung zu verhindern suchten, Ausdruck der psychischen Gegebenheiten des werdenden Buddha waren. Sie galten also hier schon als Projektionen des Geistes, die in unserem Leben auch eine wichtige Bedeutung spielen können; aber die Frage nach ihrer externen Realität wurde nicht gestellt und wohl auch nicht als wichtig angesehen. Die Einsicht in den projek-

Die Einsicht in den projektiven Charakter der Gottheiten eröffnete zugleich die Möglichkeit, immer neue Gottheiten zu entdecken oder zu erfinden.

ten Charakter der Gottheiten eröffnete zugleich die Möglichkeit, immer neue Gottheiten zu entdecken oder zu erfinden.

Von dieser Möglichkeit haben die Meditierenden in steigendem Maß Gebrauch gemacht und es war von Anfang an klar, dass es nicht darum geht, ob etwa eine Göttin wie die Tara – eine der bekanntesten buddhistischen Göttinnen oder weiblichen Buddhas – objektiv existiert, unabhängig davon, ob es Menschen gäbe, die Tara anrufen. Es war klar, dass es derartige Gottheiten gibt, weil es Menschen gibt, die an diese Gottheit glauben oder diese Gottheit in der Meditation imaginieren, und für die diese Gottheit ein Bild für einen externen Bezug bestimmter psychischer Gegebenheiten ist.

Von hier aus erhielten im Buddhismus des Großen Fahrzeugs und speziell auch im tantrischen Buddhismus immer neue Gottheiten eine wichtige Funktion. Sie konnten in der Meditation imaginiert werden und die Meditierenden konnten sich mit ihnen identifizieren oder sie als ein Gegenüber nutzen, wobei diese beiden Möglichkeiten sich ergänzen konnten.

4. Göttinnen und weibliche Buddhas

Die historisch ältesten Beispiele finden wir um die Zeitenwende. Im ersten vorchristlichen Jahrhundert entstanden die ersten Lehrreden von der vollkommenen Weisheit (Prajnaparamita), einer Weisheit, die die Trennung zwischen Erkennendem und Erkanntem überwindet. Diese Weisheit wurde als die „Mut-

ter aller Buddhas“ angesehen; das mag anfangs eine Metapher gewesen sein, Prajnaparamita wurde aber sehr schnell zu einer ganz realen, hoch verehrten und dann auch bildlich dargestellten Göttin.

Aus dem zweiten nachchristlichen Jahrhundert ist ein Lehr-Text für die Meditation überliefert, der zur älteren Überlieferung (also noch nicht Mahayana) gehört, und in dem imaginierte weibliche Gestalten eine wichtige Rolle spielen. Es gibt eine bis zum heutigen Tag praktizierte Meditationsfolge, in der die Meditierenden ihre positive Zuwendung zu allen Lebewesen vergegenwärtigen. Hierbei stellt man sich vor, dass man allen Lebewesen, zunächst sich selbst, dann anderen einem nahestehenden und schließlich fernstehenden Lebewesen generell mit liebevoller Zuwendung, wenn sie leiden mit Mitgefühl, wenn sie glücklich sind mit Freude, und wenn sie ihre eigenen Wege gehen wollen mit akzeptierenden Gleichmut gegenübertritt. Sinn dieser meditativen Imaginationsfolge ist es, den Impuls der eigenen Zuneigung zu allen Lebewesen zu stärken, und den eigenen Impuls der Abneigung, der ja auch da ist, zu schwächen, so dass sich das Gleichgewicht in Richtung der Zuneigungsfunktion verschiebt. Hierbei ist auch von Anfang das Erleben der inneren Verbundenheit mit allem Lebendigen intendiert.

Für diese Meditationsfolge wurden wohl auch schon früh Bilder benutzt, etwa Lichtströme, die aus dem Herzen des Meditierenden ausgehend alle Lebewesen in sanftes Licht tauchen, oder Ströme von Flüssigkeiten (warmes Wasser, Milch und dergleichen), die alle Lebewesen erquicken.

In der erwähnten Meditationsanleitung wird beschrieben, dass man zu denen einzelnen positiven Grundgefühlen jeweils eine weibliche Gestalt, die von ihren Merkmalen her göttlichen Charakter hat, imaginiert. Um einen Eindruck davon zu geben, wie derartige Meditationen gestaltet werden, sei hier der Hinweis zur Entfaltung von Mitgefühl zitiert:

„Hat er so sein Gemüt auf die völlige Entfaltung des Mitgefühls gerichtet, dann sieht er alle Wesen, die von körperlichen und psychischen Krankheiten geschlagen sind, und es entsteht in ihm Mitgefühl. Als dessen Verkörperung entsteht in seinem Herzen eine goldleuchtende Frau, die ein weißes Gewand trägt. Sie ermutigt ihn: ‚Du sollst für das Wohl der Lebewesen handeln, ich werde dir bei deinem Handeln, das dem Wohl aller anderen dient, zum Nutzen aller Beistand leisten.‘ Dann tritt diese Frau als Verkörperung des Mitgefühls aus seinem Herzen, breitet sich bis zum Götterhimmel im ganzen Himmelsraum wolkengleich aus und entlässt einen Regen von Nahrung als Gegenmittel für alle körperlichen Leiden. [Die psychischen Leiden werden gelindert] mit Fluten von geweihtem Wasser...“ (BYL p. 136)

Diese göttliche Gestalt, die im Meditierenden entsteht und dann aus ihm heraustritt, ist einerseits eine gegenüberstehende Persönlichkeit, die in ihm diese Zuneigung lebendig macht und auf sich zieht; sie transportiert andererseits diese Zuneigung auf alle Wesen, so dass der Meditierende selber zu dieser Göttin wird, die allem Lebendigen liebevoll zugewandt ist.

Das mag damit zusammenhängen, dass schon in den ältesten Texten gesagt wird, man solle diese vier Gefühle haben wie eine Mutter gegenüber ihren Kindern. Danach gilt die liebevolle Zuwendung, wenn das Kind noch gar nicht geboren ist und sich noch im Bauch der Mutter befindet, deren liebevolle Zuwendung dann die Gestalt hat:

„Mögest du ohne Feindschaft sein, und zwar sowohl ohne Feinde als auch ohne Feindschaft gegenüber anderen. Mögest du einfach ein netter und anständiger Mensch werden, der geliebt wird und der lieben kann.“

Für das Mitgefühl wird eine Situation geschildert, in der das Kind schon auf der Welt ist, und es ihm ganz furchtbar schlecht geht, es ist krank, es juckt sich, es hat einen Ausschlag oder dergleichen. Das Gefühl, das die Mutter dann zu ihrem Kind hat, das ist ein sehr starkes und existenzielles Mitgefühl. Dann, wenn dieses Kind sich freut und herumspielt und herumtollt, freut sich die Mutter mit diesem Kind. Und schließlich, wenn das Kind herangewachsen ist und seiner eigenen Wege gehen will, lässt sie es eben ziehen, und wenn das Kind sagt, du brauchst dich in mein Leben nicht mehr einzumischen, dann mischt sie sich eben nicht ein. Das wird als Gleichmut formuliert.

Erstmals ist in diesem Text von vier Frauen oder Göttinnen, die imaginiert werden, die Rede, und diese vier Göttinnen tauchen dann in der ganzen Geschichte des tantrischen Buddhismus immer wieder auf, wobei sie auch als weibliche Buddhas verstanden werden. Sie sind die vier Göttinnen, die genau die geschilderte komplexe Funktion haben: Sie verkörpern die Zuwendungs- und Verbundenheitsgefühle und sie erinnern den Meditierenden daran, dass er sich diesen vier Gefühlen verpflichtet fühlt. Andererseits bilden sie für den Meditierenden ein Gegenüber, an das sich diese Gefühle wenden können, sie aktivieren die Anziehungskraft, die der Meditierende zu dieser Imagination hin verspürt. Später, in der realen Geschichte des tantrischen Buddhismus, kann dann an die Stelle von Göttinnen auch jede lebendige Frau treten.

Auf dieser Basis hat sich dann eine ganze Tradition entwickelt, wobei diese vier Göttinnen einerseits quasi „existierende“ Wesenheiten sind, die den Meditierenden gegenübertreten und mit denen sie sich identifizieren können. Andererseits haben diese Göttinnen als imaginative und projektive Bilder eine ganze Anzahl von Symbolfunktionen erhalten, von denen die beiden wichtigsten die schon beschriebenen „Unermesslichen“ (liebevolle Zuwendung, Mitgefühl, Mitfreude und akzeptierender Gleichmut) und die vier Elemente sind. Beiden Symbolfunktionen ist gemeinsam, dass sie für transpersonale Faktoren stehen: Die Unermesslichen können uns helfen, die Verbundenheit mit allem Lebendigen wieder zu aktualisieren und sind zugleich ein lebendiger Ausdruck dieser Verbundenheit. Die Elemente können uns deutlich machen, dass wir aus dem gleichen Stoff bestehen, wie alles Lebendige und wie das gesamte Universum. Als Elemente wurden dabei die klassischen Elemente Erde, Wasser, Feuer und Luft angesehen, die wir auch aus der abendländischen Tradition kennen, sie wurden aber stärker unter dem Gesichtspunkt ihrer dynamischen Funktionen (Schwere, Fließendheit, Wärmen/Reifen, Beweglichkeit) betrachtet. Durch den Symbolbezug zu den vier Göttinnen wurde auch die Lebensnähe der Elemente betont. Diese Elemente (wir könnten dazu natürlich auch die chemischen Elemente heranziehen) sind ja nicht nur in uns und in der Welt vorhanden, sondern sie machen uns darüber hinaus deutlich, dass wir schon auf dieser materiellen Ebene nicht von der Welt getrennt sind. Unser Körper wird aus diesen Elementen gebildet, er nimmt diese Elemente mit der Nahrung auf und gibt sie mit den Ausscheidungen in die Welt zurück. Auch hierfür sind die vier Göttinnen Symbol.

Darüber hinaus sind sie dadurch, dass sie auch eine mütterliche Dimension ha-

ben, ein Symbol für die Akzeptanz. Wenn man sich ansieht, wie sehr Mütter ihre Kinder akzeptieren können, auch wenn diese Verhaltensweisen an den Tag legen, die die Mutter ablehnt, dann wird eine Dimension der vier Göttinnen sichtbar, die besonders in tantrischen Meditationen eine Rolle spielt: Sie helfen uns, uns mit der Tatsache anzufreunden, dass wir keineswegs so „gut“ sind, wie wir es gerne wären, sondern dass wir auch Eigenschaften haben, die im Buddhismus generell als verwerflich gelten (etwa Gier, Hass, Neid, Ungeduld und dergleichen).

An einer ganz interessanten Stelle tauchen die vier Göttinnen in der tantrischen Tradition noch einmal besonders deutlich auf. In dem Meditationstext, den ich weiter oben zitiert habe, wo die Göttinnen mit den zugewandten Einstellungen gleichgesetzt werden, gibt es eine Szene, in der der Yogi an einem Punkt

Später, in der realen Geschichte des tantrischen Buddhismus, kann dann an die Stelle von Göttinnen auch jede lebendige Frau treten.

ist, wo er das endgültige Erwachen erreichen und ins Nirvana eingehen könnte. Hier wird eine metaphorische Beschreibung gewählt. Der Yogi kommt zu einer Stadt, die als Symbol für das Nirvana steht, und diese Stadt ist von zahllosen Buddhas erfüllt, die auf Juwelenthronen sitzen, und der Yogi könnte jetzt in diese Stadt eintreten. Aber an dem Tor zu dieser Stadt steht ein Torwächter und er hält den Yogi zurück. Dann erscheint ihm das Meer der leidenden Lebewesen und er hört, wie sie ihn um Hilfe bitten. Und schließlich erscheint wieder die das grenzenlose Mitgefühl verkörpernde Frau/Göttin in seinem Herzen, und richtet an ihn den Appell, den schon der Gott Brahma an den Erwachten gerichtet hatte: Er solle jetzt nicht in das Nirvana eingehen, sondern den leidenden Wesen auf dem Weg ihrer Befreiung beistehen. Er folgt diesem Appell und umarmt das Meer der Lebewesen und kehrt in die Welt zurück.

Diese Funktion haben in späteren tantrischen Texten dann diese vier Göttinnen übernommen. Wenn der Meditierende an den Punkt gekommen ist, dass er endgültig ins Nirvana eingehen und damit die Welt hinter sich lassen könnte, wenden sich die vier Göttinnen mit Liedern an ihn, die in einer wunderschönen poetischen Ausdrucksweise sinngemäß sagen: „Liebe mich und bleibe in der Welt.“

Das ist ein Meditationsstrang, der zeigt, wie wichtig diese Göttinnen für Männer sein können. Vermieden wird die Fiktion, es gäbe „eigentlich“ nur geschlechtslose Wesen, betont wird die Existenz weiblicher und männlicher Dimensionen, die zueinander komplementär sind. Und insofern in der Meditation die Gottheiten immer beides sind, Gegenüber und Identifikationsobjekt, bieten die Göttinnen die Möglichkeit, dass der Meditierende seine eigene weibliche Dimension zur Kenntnis nimmt und integriert.

Um zum Ausgangspunkt zurückzukehren: Wenn der Buddhismus weibliche und männliche Aspekte gleichberechtigt behandeln würde, dann könnten viele männliche Gottheiten für Frauen eine ähnliche Funktion haben. Das setzt aber auch eine Entwicklung im Buddhismus voraus, die die Frauen insgesamt höher bewertet, als es gegenwärtig der Fall ist. □

Was bringen die Frauen dem Buddhismus, und wie geht er mit der Emanzipation um?

Vajramala S. Thielow

Obwohl die Strukturen einer patriarchalen Gesellschaft zur Zeit des Buddha bis heute in den vom Buddhismus geprägten Ländern Asiens ihre Spuren hinterlassen haben, sind es im Westen heute erstaunlicherweise in der Mehrzahl Frauen, die sich für die Lehre des Buddha interessieren.

Die Vergangenheit des Buddhismus in Europa ist männlich

Der Philosoph Arthur Schopenhauer setzte sich als einer der ersten Europäer mit dem Buddhismus auseinander. Seine Schriften weckten in Deutschland großes Interesse für den Buddhismus. Aber es waren insbesondere die Übersetzungen des Pali-Kanon ins Deutsche durch Karl Eugen Neumann, den Münchner Indologen Wilhelm Geiger und die deutschen Mönche Nyanaponika und Nyanatiloka, die ihm zum Durchbruch verhalfen. Zu den großen Pionieren gehörten auch Paul Dahlke, Gründer des ältesten buddhistischen Klosters in Europa („Buddhistisches Haus“ in Berlin-Frohnau 1924), die Begründer von buddhistischen Gemeinden und Studienkreisen wie Karl Seidenstücker (Leipzig 1903), Walter Markgraf (Breslau 1909), Martin Steinke (Berlin 1922), Georg Grimm (Altbuddhistische Gemeinde 1921), Lama Anagarika Govinda (Arya Maitreya Mandala 1933) und Paul Debes (Buddhistische Seminar 1948).

Während der erste deutsche Mönch Nyanatiloka (1878–1957) weltbekannt wurde, erinnert sich heute kaum noch jemand an die deutsche Nonne Uppalavanna (Else Buchholz), die 54 Jahre in Sri Lanka lebte und 1930 schrieb: „Abgesehen von den Ehrwürdigen Nyanatiloka, Vappo (Ludwig Stolz) und einem neuen Samanero sind von den Deutschen, die hierher kommen, alle wieder fort gegangen. Es war immer nur Strohhalm. An den „vier Asketengefahren“ scheiterten alle, und die meisten schon an der ersten“ (d.i. Ärger und Verzweiflung).“

Die Frauen im Hintergrund

Betrachtet man alte Fotos aus dieser Zeit, dann sind alle diese „Meister“ von einer Schar meist namenloser Frauen umgeben: Ehefrauen, weibliche Unterstützer, Sponsorinnen, Frauen, die Vorträge für die Veröffentlichung abtippen, Zeitschriften redigieren und sich in den Dienst der lehrenden Männer stellen. Die europäischen Frauen erfüllten diese dienende Funktion mit der gleichen Selbstverständlichkeit wie ihre asiatischen Schwestern dies bis auf den heutigen Tag tun. So trat beispielsweise Ingetraut Anders 1954 in das Buddhistische Seminar ein und wurde „die Säule des Seminars“ und die „beste Interpretin“ an der Seite von Paul Debes. Maya Keller-Grimm unterstützte ihren Vater Georg Grimm in der Altbuddhistischen Gemeinde, und Christine Schönwerth gab dort jahrelang die Zeitschrift „Yana“ heraus. Li Gotami begleitete Lama Govinda auf seine Tibet-Expedition und stellte ihr Talent als Fotografin und Künstlerin zur Verfügung. In neuester Zeit half die Psychologin und Psychotherapeutin Lene Handberg dem bekannten tibetischen Meister Tarab Tul-



Vajramala S. Thielow, Spirituelle Leiterin des Mahakala Ashram in Überlingen

ku das Programm „Unity in Duality“ (Einheit in Vielfalt) zu entwickeln und Tarab-Institute in Europa zu etablieren.

Frauen auf der Suche nach Lebenssinn

Ein Wandel trat erst in den Siebzigerjahren des vergangenen Jahrhunderts ein, als eine neue Frauengeneration, Töchter der in den Kriegsjahren auf sich selbst gestellten Mütter, auf der Suche nach neuen Lebensentwürfen nach Asien reiste und dort den Buddhismus entdeckte. Sie wurden zu Gründungsmüttern eines westlichen Buddhismus, anfangs noch in den Fußstapfen von Gurus, Roshis und Rinpoches, mehr und mehr aber getragen von eigenem Forscherdrang und eigenen Erfahrungen. Sie waren begeistert von der theoretischen Chancengleichheit von Mann und Frau in der Lehre des Buddha, stießen aber bald auf alte patriarchale Rollenmodelle. Statt sich jedoch mit der in den kanonischen Schriften überlieferten Aussage abzufinden, eine Frau könne kein welterlösender Buddha werden, entdeckten sie die Gesänge der Nonnen (Therigata), die schon in der Frühzeit des Buddhismus die grundlegende Gleichheit des geistigen Potentials der Geschlechter besingen wie die Nonne Soma, die dem Versucher Mara entgegenhält, dass eine Frau ebenso Einsicht in das Wesen der Wirklichkeit erlangen kann wie ein Mann, wenn sie dieses Ziel im Auge behält. Diese Aussage wird noch übertroffen durch Padmasambhava, der den tantrischen Buddhismus nach Tibet brachte: „Der menschliche Körper ist die Grundlage für die Verwirklichung von Weisheit, und die groben Körper von Männern und Frauen sind gleichermaßen geeignet (Erleuchtung zu erlangen), aber wenn eine Frau großes Verlangen (nach Erleuchtung) hat, besitzt sie das höhere Potential.“ Und das Beispiel der indischen Prinzessin, die zur Retterin Tara wurde, weil sie ihre durch großzügiges Geben erworbenen Verdienste nicht einsetzte, um eine Wiedergeburt als

Mann zu erreichen, sondern stattdessen das Gelöbnis ablegte, in einem weiblichen Körper Erleuchtung zu erlangen, hat Generationen von Frauen beflügelt, diesen Weg zu beschreiten.

Was bringen die Frauen dem Buddhismus?

Obwohl der Buddha keine Zweifel an den Fähigkeiten von Frauen hatte, Erleuchtung zu verwirklichen, obwohl er die herausragenden Eigenschaften von 13 Nonnen und 21 in der Familie lebenden Frauen erwähnt und sie namentlich erwähnt, obwohl der Pali-Kanon mehr als 500 erleuchtete Frauen aufzählt und auch Lehrreden herausragender Nonnen überliefert, mussten Frauen stets mehr Hindernisse überwinden und erhielten weniger Unterstützung als Männer.

In den südostasiatischen Ländern verschwand der Nonnenorden, in manchen Ländern wie in Tibet hatte er nie Fuß gefasst. Dort konnten Frauen nur als Novizinnen ein quasi monastisches Leben führen, waren aber stets abhängig von den Mönchen und erhielten nur selten eine qualifizierte Ausbildung. Der buddhistische Nonnenorden hat nur in Vietnam, Taiwan, Hongkong und Südkorea überdauert. Aber gebildete Buddhisten und Buddhistinnen in Asien und westliche Anhänger und Anhängerinnen des Buddhismus trugen zu seiner Wiederbelebung bei. Zu den Pionierinnen gehören Dr. Chatsumarn Kabil-singh (Bhikkhuni Dhammananda), Thailand, die deutsche Theravada-Nonne Ayya Khema, die amerikanische Nonne Pema Chödrön und die aus England stammende Tenzin Palmo. 1987 wurde in Bodhgaya die Organisation ‚Sakyadhita‘ („Töchter des Buddha“) gegründet, die monastisch und nicht-monastisch praktizierenden Frauen eine starke, weltweit hörbare Stimme gibt. Aber erst 2010 vernetzten sich Frauen aus ganz Europa über die Website www.buddhistwomen.eu.

Typisch weibliche Herangehensweisen

Typisch weibliche Herangehensweisen führten dazu, dass der Beitrag der Frauen und damit auch sie selbst in den Hintergrund traten. Frauen haben in der Regel wenig Interesse an einer Institutionalisierung. Das hat durchaus viele Vorteile. Ihr meist sehr individueller Unterrichtsstil ist flexibel, kann auf die Besonderheiten, Begabungen und Neigungen der Schüler/innen eingehen und sie optimal fördern. Aber es gibt auch Nachteile. Das fehlende Interesse an einer Dokumentation, Konsolidierung und Institutionalisierung führte dazu, dass die Spuren buddhistischer Meisterinnen und Lehrerinnen fast verschwanden und von den Darstellungen ihrer männlichen Schüler überdeckt wurden, die die Lehrnachfolge oft unter ihrem eigenen Namen institutionalisierten, obwohl die eigentliche Übertragungslinie von ihren Lehrerinnen begründet worden war.

Das Wirken unzähliger Frauen war nicht auf die Etablierung eines Systems ausgerichtet. Sie setzten sich vielmehr für die Weitergabe ihrer Erkenntnisse und Einsichten an ihre unmittelbaren Schüler/innen ein. Frauen haben selber nie eine eigene „Schulrichtung“ begründet, sondern lediglich „Praxis-Traditionen“ wie das Fastenritual des Avalokiteshvara, die Langlebenspraxis des Amitabha oder das Chod, das Abschneiden aller Hindernisse. Das unterscheidet sie grundlegend von ihren männlichen Schülern, die sich um Institutionalisierung und damit um die Schaffung und Aufrechterhaltung einer Hierarchie bemüht haben. Frauen haben in der Regel kein Interesse an ei-

nem Verhaltenskodex, der hierarchische Strukturen sichtbar macht oder festigt.

Ein bezeichnendes Erlebnis hatte eine meiner buddhistischen Bekannten, die mit einer Gruppe von Frauen auf einer Reise nach Tibet eine der großen lebenden (und anerkannten) Meisterinnen besuchte. An die herrschenden Gepflogenheiten beim Besuch hoher Lehrer gewöhnt, schickte sie sich an, sich vor der Meisterin niederzuwerfen, um ihr ihre Verehrung zu erweisen. Aber sie wurde mit einem Lachen daran gehindert, auf einen gleich hohen Sitz gezogen und es ergab sich ein ungezwungenes und sehr heiteres, dennoch tiefgründiges Gespräch über tantrische Meditationspraxis.

In diesem Zusammenhang sind die altindischen Yogini-Tempel interessant, die etwa im 9. Jh. erbaut wurden, jedoch im 16. Jh. in Vergessenheit gerieten und erst im 19. Jh. wiederentdeckt wurden. Sie unterscheiden sich architektonisch signifikant von den indischen Tempelbauten. Sie sind kreisrund, haben kein Dach, sondern sind zum Himmel hin offen, die Wände gerade so hoch, dass man von außen nicht hineinschauen kann. In den Nischen in der Innenseite der Außenwand stehen Bilder der Göttinnen. Die Yogini-Tempel waren Treffpunkte für nächtliche Meditationen, Gesänge und Tänze, die nur Initiierten zugänglich waren und streng geheim gehalten wurden.

Frauen lehren anders als Männer

Besucht man eine buddhistische Gruppe in Europa, dann fällt auf, dass die Menschen in vielen von Frauen geleiteten Gruppen ebenfalls im Kreise sitzen, während die Zuhörer männlicher Lehrer eine Sitzordnung vorfinden, die den bekannten Frontalunterricht bedingt oder zumindest begünstigt. Hier werden hierarchische Strukturen durchsichtig: Vorne sitzt der Lehrer, meist auf einem erhöhten Thron, und präsentiert sein Wissen. Auch wenn die Zuhörer/innen Fragen stellen dürfen, ist es eine „Einbahn-Kommunikation“. Sitzt man jedoch im Kreis, dann tragen alle etwas bei und hören einander zu.

Das Wirken unzähliger Frauen war nicht auf die Etablierung eines Systems ausgerichtet.

Frauen sind seit Urzeiten damit beschäftigt, Kinder zu erziehen, Hilfsbedürftige zu unterstützen und Kranke und Alte zu pflegen. Bei dieser Arbeit sind hierarchische Strukturen nicht hilfreich, vielmehr geht es darum, die Entwicklung junger Menschen zu fördern, sich an ihrem Wachsen und ihrer zunehmenden Selbstständigkeit zu freuen, eigene Bedürfnisse zurückzustellen und sensibel auf die Bedürfnisse der Anderen zu achten. Diese „weiblichen“ Fähigkeiten fließen heute in die Arbeit buddhistischer Lehrerinnen mit ein. Sie haben in der Regel kein Interesse, ihre Gelehrsamkeit vorzuführen und ihre Zuhörer damit zu beeindrucken, sondern sie machen sich eher darüber Gedanken, wie sie die Lehre des Buddha so vermitteln können, dass Einsichten und ein immer tieferes Verstehen gewonnen werden. Natürlich besitzen auch manche Männer diese „weiblichen“ Fähigkeiten. So beschwor z.B. Lama Anagarika Govinda seine Schülerinnen und Schüler: „Ihr sollt die Menschen nicht ‚belehren‘, sondern inspirieren.“

Die Lehren des Buddha haben schon in der frühen Zeit Frauen dabei geholfen, sich aus ihrer Benachteiligung und

Minderwertigkeitsfälle zu befreien. In den Liedern der Nonnen (Therigata) werden Gedanken der Minderwertigkeit als Einflüsterungen Maras, des Versuchers, betrachtet und energisch von den Nonnen zurückgewiesen. Ihre überlieferten Worte zeigen, dass sie sich sehr viel besser als ihre männlichen Brüder von dem fixierenden Ich-bin-Dünkel (mana) gelöst haben, der uns vorgaukelt, anderen überlegen oder unterlegen zu sein und den der Buddha als ein Hindernis für die Befreiung betrachtete. Heute sind die Schülerinnen des Buddha auf dem besten Wege, dieses Vertrauen in ihre Fähigkeiten wiederzuentdecken und sich verantwortlich zu fühlen für die Umsetzung der Lehre von der Ichlosigkeit, die nur verwirklicht werden kann, wenn man Stolz oder Minderwertigkeit überwunden hat.

Frauen engagieren sich und üben im Alltag

Es gibt eine ganze Anzahl von Frauen, die ihr Wissen und ihre Erfahrung in Bildung und Erziehung sowie in Hilfsprojekten selbstlos zur Verfügung stellen. Die Münchnerin Irmtraut Wäger initiierte und leitete das gigantische Hilfsprojekt „Deutsche Tibethilfe“ drei Jahrzehnte ohne jede institutionelle Hilfe. Bhikshuni Jampa Tsedroen (Dr. Carola Roloff) setzt sich für die Rechte der buddhistischen Frauen in Tibet, Indien und Hinterindien auf Bildung und Zugang zur vollen Ordination als buddhistische Nonnen ein. Sylvia Wetzel, die sich vor allem für die Bedürfnisse der Frauen einsetzt, machte bei der ersten „Konferenz westlicher buddhistischer

Es gibt eine ganze Anzahl von Frauen, die ihr Wissen und ihre Erfahrung in Bildung und Erziehung sowie in Hilfsprojekten selbstlos zur Verfügung stellen.

Lehrer“ mutig auf das männlich dominierte System des tibetischen Buddhismus aufmerksam und stieß ein Umdenken an. Die „singende Nonne“ Ani Choying Drolma gründet die „Arya Tara Schule“ für Mädchen in Pharping, Nepal, wo 60 junge Nonnen eine kostenlose, staatlich anerkannte Schulbildung verbunden mit traditionellen buddhistischen Studien erhalten. Tenzin Palmo, eine englische Nonne in der Drukpa Kagyu Tradition, die 12 Jahre in einer Himalaya-Höhle meditierte, gründete ein Nonnenkloster, in dem junge Nonnen Unterricht in buddhistischer Philosophie erhalten. In einem ihrer Vorträge sagt sie: „Die wahre Natur unseres Geistes, Weisheit und Mitgefühl haben kein Geschlecht. Aus der absoluten Sicht gibt es weder männlich noch weiblich. Aber der Buddhismus hat sich wie jede andere Religion sehr patriarchal entwickelt. Um ehrlich zu sein: Wenn der Dalai Lama in weiblicher Gestalt zurückkehren würde, würde man ihn nicht akzeptieren. Er gehört zu einem Orden, der Zehntausende von Mönchen hat, und die würden ihn nicht als ihr Oberhaupt wollen. Wenn er das täte, dann würden sie ihn – sie – ganz einfach ignorieren.“

Die gegen viele Widerstände wieder eingeführte Vollordination der Nonnen zu Bhikkhunis in Sri Lanka hat weitreichende soziale Auswirkungen. Die Nonnen begannen Bildungsinitiativen ins Leben zu rufen und werden inzwischen von der Bevölkerung um Hilfe und Belehrung gebeten. Hier bestätigt

es sich, dass die Unterstützung von Frauen weitreichende Folgen für die gesamte Gesellschaft haben, in der sie leben, denn sie geben die empfangene Hilfe an die junge Generation, an Alte, Kranke und Familien weiter.

Was bringen westliche Frauen den Nonnen in Asien?

Die Rolle der Frauen und Nonnen in Asien war und ist dienender Art: Nicht nur die Upasikas, meist Laienfrauen genannt, unterstützen die Mönche durch ihre Gaben, versorgen sie also mit Essen, Kleidung und Medizin, sondern auch die Novizen-Nonnen verrichteten die typisch weiblichen Arbeiten für die Mönchsklöster oder dienten als Hilfskräfte in der Familie oder der Öffentlichkeit. In verschiedenen asiatischen Ländern (mit Ausnahme der chinesisch geprägten Länder, also China, Taiwan, Korea) haben Nonnen einen sehr viel geringeren Status als Mönche, weil sie keine Vollordination erhalten haben. Sie müssen sich den Mönchen unterordnen und sind von deren Unterricht abhängig. In Asien haben sich die Nonnen jahrhundertlang mit dieser Situation bescheiden abgefunden, weil nur ein Buddha den erloschenen Nonnenorden neu begründen könne. Damit verzichteten sie aber sowohl auf materielle Unterstützung als auch auf Bildung, denn sie erkannten nicht, dass Bildung auch für sie ein Schlüssel zur Erleuchtung ist.

Im Gegensatz zu ihren asiatischen Schwestern entscheiden sich heute moderne und gebildete Frauen im Westen (und manchmal auch schon im Osten) für diesen Weg, oftmals erst nach einer soliden weltlichen Ausbildung oder einem Hochschulstudium. Sie bringen daher die Voraussetzungen für weitere buddhistische Studien bereits mit. So ist es nicht verwunderlich, dass von diesen gebildeten Frauen die längst überfällige Gleichstellung mit den Mönchen gefordert wird, die seit der Proklamation der Menschenrechte eigentlich selbstverständlich sein sollte. Es ist höchste Zeit, dass dieser Forderung weltweit stattgegeben wird, denn sonst besteht die Gefahr, dass das Ansehen des Buddhismus im Westen großen Schaden erleidet. Vor allem buddhistische Mönche aus dem Westen begrüßen die Veränderungen, die eine Vollordination der Nonnen mit sich bringt und unterstützen die engagierte Arbeit von Sakyadhita und anderen Frauennetzwerken.

Wie geht der Buddhismus mit der Emanzipation um?

Es gibt seit den 70er Jahren eine zunehmende Zahl von Forschungsarbeiten über den Beitrag von Frauen an der Entwicklung des Buddhismus. Es seien stellvertretend nur einige wenige genannt: Rita Gross, Miranda Shaw, Jane Campbell, Carola Roloff, Adelheid Hermann-Pfandt. Sie alle fordern für die Frauen die gleichen Rechte ein, die diese zur Zeit des Buddha genossen haben, wenden sich gegen Machtmissbrauch, Ausbeutung, sexuellen Missbrauch, Korruption, Sexismus, stellen männliche Dominanz und alte Erziehungsmodelle in der klösterlichen Erziehung infrage und treten für einen Dialog auf Augenhöhe ein.

Schon in der Frühzeit des Buddhismus wurde ein Leben als Nonne trotz aller Benachteiligungen als Befreiung von den Zwängen der damaligen Gesellschaft empfunden. Heute fordern buddhistische Nonnen (und engagierte Mönche) in Amerika und Europa gleiche Chancen für Mönche und Nonnen. Diese Entwicklung wäre jedoch ohne die Emanzipationsbewegung im 20. Jh. nicht denkbar gewesen. Ironischerweise



Prof. Dr. Katharina Ceming, Professorin für Fundamentaltheologie an der Universität Augsburg, konzipiert die Reihe

„Christentum und Buddhismus im Gespräch“ und leitete auch die Tagung über Buddha und die Frauen.

bedeutet das englische Wort „emancipation“ Befreiung. Befreiung jedoch ist das Ziel des buddhistischen Weges.

Viele herausragende Frauen in der Geschichte des Buddhismus können für emanzipierte, selbstbestimmte Frauen Vorbild sein. Sie waren freie und unabhängige Nonnen und Gefährtinnen, die ihre eigene Vision, ihr eigenes Lebensziel der Befreiung nicht aus den Augen verloren. Sie ordneten sich nicht fremdbestimmten Erwartungen unter, gaben ihr eigenes Bedürfnis nach Erleuchtung nicht auf, sondern verwirklichten sie auch dann, wenn die Gesellschaft diese freiheitlichen Tendenzen sanktionierte. Ein solcher Weg erfordert auch heute noch den Verzicht auf Sicherheit. Die Biographien jener bemerkenswerten Frauen haben jedoch eines gemeinsam: Sie sind unabhängig und verfolgen ihr Ziel gegen alle Widerstände mit Selbstachtung und Vertrauen in die eigenen Kräfte. Sie befreien sich von der zwanghaften Suche nach Wertschätzung und Anerkennung, denn sie haben die Quelle ihrer Selbstachtung in sich selbst gefunden. Shelley Anderson sagt dazu in *Feminismus, Buddhismus und gesellschaftlicher Wandel*: „Buddhismus und Feminismus sind häufig wie zwei Seiten ein und derselben Münze. Beide streben Befreiung und Veränderung an. Beide betonen Selbstverantwortung und Selbstbefreiung. Der Feminismus hat Frauen und Männern geholfen, die falschen Mythen, die man uns über unsere wahre Natur und unsere Fähigkeiten erzählt hat, zu überwinden; der Buddhismus vertieft diesen Lernprozess, indem er uns hilft, uns von den Illusionen und Verhaftungen zu lösen, die uns daran hindern, wirklich in der Gegenwart zu leben. Feminismus wie Buddhismus anerkennen die grundlegende Gleichheit aller Menschen. Beide verlangen eine radikale Neubetrachtung der Individuen und der Gesellschaft sowie den Respekt vor der wahren Natur der Dinge.“ □

Presse

Buddhas weibliche Seite

Salzburger Nachrichten

27. November 2012 – Frauen gehören im Buddhismus zu den bedeutendsten Lehrerinnen. Aber bekannt geworden sind meist nicht diese Frauen selbst, sondern die männlichen Schüler, die sie unterrichtet haben. Die Schüler haben aus dem, was sie von Frauen gelernt haben, ein System, eine Schule gemacht. Diese Schulen und ihre Begründer sind in die Annalen des Buddhismus eingegangen, ihre Lehrerinnen wurden vergessen.

Das war eine der wesentlichen historischen Erkenntnisse bei einem hochkarätig besetzten Symposium über „Buddhas weibliche Seite“, das am Wochenende in der Katholischen Akademie in Bayern stattgefunden hat. Frappierend deutlich wurde dabei, wie ähnlich die Entwicklungen im Buddhismus und im Christentum verlaufen sind.

Josef Bruckmoser

Die Tagespost

27. November 2012 – Befreiung im Sinne des Buddhismus haben die zumeist weiblichen Vortragenden in München auch als Befreiung von männlicher Dominanz in den Religionen ausgelegt, wobei das Christentum immer mehr oder weniger deutlich im Hintergrund stand. Die Referenten haben es verstanden, den Buddhismus stark zu machen. (...)

Dass auch Buddha geschlechtslos zu denken ist, das hat die Tagung immer wieder hervorgehoben. Der Zustand der Erleuchtung ist eine Transzendenz oder Absolutheit, die auch übergegensätzlich ist; für Buddhisten gilt, dass Buddha weder Mann noch Frau ist, noch beides nicht. Alexander Riebel

Verändert sich die Praxis buddhistischer Spiritualität durch Frauen/weibliche Lehrer?

Lily Besilly

In dieser Frage ist schon die Aussage enthalten, dass die Praxis buddhistischer Spiritualität eine bestimmte traditionelle Form hat und dass diese Form durch Männer und männliche Lehrer geprägt ist. Demgegenüber scheint es, als ob den letzten Jahrzehnten Frauen im Buddhismus vor allem im Westen ein wenig sichtbarer geworden sind.

Aber Frauen gehören von Anfang an zum Buddhismus. Und indem sie Teil dieser Kultur sind, haben sie sie auch geprägt. So wie Frauen überall unsere gemeinsame Wirklichkeit prägen. Inwieweit die Gesellschaft in der Lage ist, diese Wirkung von Frauen zu erkennen und anzuerkennen und inwieweit wir als Gesellschaft ein Bewusstsein von der durchdringenden Kreativität von Frauen in allen Lebensbereichen haben, ist eine andere Frage. Heute werden Frauen in unserer Kultur sichtbar. Manche Bereiche wehren sich noch dagegen, den Beitrag von Frauen zur Kenntnis zu nehmen, manche Institutionen versuchen immer noch an einer Jahrhunderte alten Ausgrenzung von Frauen festzuhalten.

Der Buddhismus entstand in einer patriarchalen Kultur, in der sich wie in allen patriarchalen Kulturen – auch in der unseren – der männliche Teil der Gesellschaft seines Werts versicherte, indem er den weiblichen Teil der Gesellschaft abwertete. Doch auch in patriarchalen Kulturen gestalten Frauen die Wirklichkeit. Selten wird ihr Beitrag gesehen und selten wird ihr Wirken überliefert. Wir können sagen, dass für jede erwähnte Frau mehr als hundert ebenso wirkungsvolle Frauen nicht erwähnt wurden.

Das ist für mich ein wichtiger Teil des Hintergrundes dieser Frage.

Die Lehrerinnen der Anfänge

Zunächst möchte ich den Blick zurück wenden zum frühen Buddhismus. Welche Rolle spielten Frauen in diesem Zusammenhang zur Zeit des Buddha Shakyamuni? Die Überlieferung berichtet von Mahaprajapati, der Ziehmutter und Tante des Buddha. Schon in dieser frühen Geschichte über Frauen im Buddhismus wird ein Geist der Entschlossenheit spürbar, den man heute feministisch nennen möchte.

Mahaprajapati bat den Buddha um die Erlaubnis, einen Nonnenorden zu gründen. Es war eine ernsthafte Bitte, dreimal ausgesprochen. Trotzdem verweigerte der Buddha zunächst die Erlaubnis. Nun war Mahaprajapati keine alte Tante, die nichts mit ihrem Leben anzufangen wusste, und vor allem war sie nicht alleine. Sie war in dieser Situation die einflussreichste einer ganzen Gruppe von Frauen. In der mündlichen Überlieferungstradition wird gesagt, es sei eine Gruppe von 500 Frauen gewesen. Diese Zahl steht symbolisch für: „sehr viele“.

Was machen nun diese vielen Frauen, als ihnen die Möglichkeit, als Nonnen zu praktizieren, verweigert wird? Sie scheren sich die Haare und legen gelbe Roben an, ganz so als hätte es das Nein nicht gegeben, und sie setzen sich vor der Hütte des meditierenden Buddha auf den Boden. Sie veranstalten das erste geschichtlich überlieferte Sit-in. An dieser Stelle tritt eine andere inter-



Lily Besilly, Buddhistische Meditationslehrerin, Berlin

essante Figur auf: Ananda. Dieser Übere und enge Vertraute des Buddha stellt sich selbst und dem Buddha die Frage: Gibt es denn einen essenziellen Grund für die Weigerung des Buddha, der Gründung des Nonnenordens zuzustimmen? Können Frauen etwa nicht erwachen? Oder funktionieren die vom Buddha gelehrt Methoden für Frauen nicht?

Ananda ist also ein selbstständig denkender Mann. Einer, der die Konzepte über Frauen, die in der Gesellschaft verbreitet sind, hinterfragt, eine sehr wichtige Figur, die auch heute noch ein sehr empfehlenswertes Rollenmodell für Männer sein kann. Der Buddha verneint das Vorliegen essenzieller Gründe. Nur politisch, für Ansehen und Einfluss der Bewegung wäre ein Nonnenorden ungünstig. Dank Anandas Einfluss findet die Forderung der Frauen nun endlich die Zustimmung des Shakyamuni Buddha.

Im daraufhin entstandenen Nonnen-Orden erscheinen auch schon zu Lebzeiten des Buddha buddhistische Lehrerinnen. In dem Moment, in dem Frauen überhaupt sichtbar werden, werden sie auch als Lehrerinnen sichtbar. In den Therigata, den überlieferten Liedern von frühen Nonnen, die oft persönliche Geschichten des Erwachens erzählen, wird mehrfach Bezug auf Lehrerinnen genommen. (Hier zitiert aus: Theragata und Therigata, Die Lieder der Mönche und Nonnen, Übersetzt aus dem Pali von Ekkehard Saß)

So erzählt die Nonne Uttama:

Vier Male und auch fünfmal noch ging aus dem Kloster ich hinaus, erreichte nicht des Herzens Stille, im Geiste kraftlos mich bemühend.

Da traf ich eine Bhikkhuni, der ich mich anvertrauen konnte, – und sie wies mir den Dhammo auf: die Gruppen, Sinnenreiche, Elemente.

Als ihre Lehre ich gehört, wie diese sie erklärte mir,

saß sieben Tage ich allein im Kreuzsitz, erfüllt mit Freude, tiefem Glück. Am achten streckte ich die Füße aus: die Dunkelmasse war zerstoßen.

Aber nicht nur einzelne Nonnen waren hilfreich für einige wenige, es gab auch große Lehrerinnen in dieser Zeit, die die Lehre des Buddha auf hilfreiche Weise formulieren konnten. Von Patavara wird etwa erzählt, dass 500 (hier wieder in der Bedeutung von ‚sehr viele‘) kamen und sie um Belehrungen baten. Die Aufforderung zum Lehren erhalten diese Nonnen von anderen Mitübenden.

Das Mahayana – Neuordnung der Geschlechterrollen

Ungefähr im letzten Jahrhundert v. u. Z. entwickelte sich das Mahayana, das „Große Fahrzeug“. Nachdem zuvor das mönchische Leben im Vordergrund stand und sich funktionierende Strukturen darin sehr verfestigt hatten, gab es eine Art Reformbewegung. Zur gleichen Zeit werden auch die Frauen im Buddhismus wieder sichtbar. Über 500 Jahre war die Lehre des Buddha weitergegeben und geprägt worden von gelehrten Mönchen. Nun rückten weibliche und männliche Laien, die schon seit Beginn zur buddhistischen Gemeinschaft gehörten, jedoch häufig nur als Sponsoren und Unterstützer Erwähnung fanden, auch als Praktizierende ins Bewusstsein. Die Ablehnung der Körperlichkeit wird hinterfragt und neu bewertet. Frauen stehen auch in der indischen Kultur symbolisch für Körperlichkeit. In den Mahayana-Sutren erscheinen sie nun immer wieder auch als Lehrerinnen, die nicht nur andere Frauen lehren, sondern auch erfahrene Mönche.

Hier ist eine Geschichte exemplarisch, in der eine Göttin mit dem Namen Shunyadevi (Göttin der Leerheit) eine wichtige Rolle spielt. In einer Belehrung erwähnt der edle Mönch Shariputra, der für die ältere Überlieferung geradezu als Sachwalter der reinen Lehre gilt, wieder einmal die These, dass Frauen zunächst durch Wiedergeburt einen männlichen Körper erlangen müssen, bevor sie das Erwachen erreichen können. Shunyadevi, die sich bis dahin im Hintergrund gehalten hat, tritt nun in den Vordergrund. Im Zug einer gelehrten Debatte tauscht sie auf magische Weise mit Shariputra den Körper. Nun erkennt der Mönch, dass es kein substanzielles Frau-Sein gibt, was verwandelt werden könnte und verwandelt werden müsste, genau wie Shunyadevi es zuvor erläutert hat. Die Belehrungen dieser Göttin/Buddhistin sind also hautnah, wenig theoretisch und beziehen sich zudem auf den tiefsten philosophischen Grundsatz des Mahayana, die Leerheit des Selbst und der Objekte. Alles, was erscheint, ist abhängig von Bedingungen, Benennung und Perspektive.

Aufbruch und Umbruch: Zeit der Frauen

Zeiten des Umdenkens sind auch Zeiten, in denen Frauen gesellschaftlich in Erscheinung treten. In Zeiten, in denen die festgefügt und bewährten Systeme nicht mehr tragen und auf die tiefen Fragen des Lebens keine lebendigen Antworten mehr geben können, werden Frauen wichtiger. Das mag auch deshalb so sein, weil Frauen weniger abgelenkt sind von den Begleiterscheinungen erfolgreicher Traditionen: Status, Macht und Reichtum sind für sie eher außer Reichweite und verstellen nicht den Blick auf das Wesentliche.

Mit Beginn des Mahayana geht es immer weniger um tradiertes Wissen,

um Gelehrtheit oder Faktenwissen. Immer wieder wird die Frage gestellt: Was ist die Bedeutung des Wissens, das in den buddhistischen Universitäten gelehrt wird? Worum geht es in der Lehre des Buddha? Diese Fragen werden auch von berühmten buddhistischen Lehrerinnen an die Gelehrten der damaligen Zeit gestellt. Die Schüler von Lehrerinnen wie Sukhasiddhi, Niguma oder Cintayogini werden im weiteren Verlauf der Geschichte zu Gründern von heute noch bestehenden großen tibetischen Schulen.

Gleichzeitig wird auch von Frauen berichtet, die in wichtigen Sutren wie dem Shraladevi-Sutra die zentralen lehrenden Personen sind, und deren Wort als gleichwertig mit dem gilt, was der Buddha selbst lehrt. In den Zeiten, in denen die Religionen oder die spirituellen Traditionen im Niedergang zu sein scheinen, versprechen institutionelle Funktionen weniger Status und die ursprünglichen tiefen Fragen kommen wieder mehr ins Bewusstsein. Frauen werden also als Lehrerinnen wichtiger, wenn es um Fragen geht wie: „Worum geht es eigentlich? Warum üben wir? Warum ist Spiritualität wichtig? Was ist Befreiung? Dass es einen schönen Tempel gibt und gelehrte Mönche ist sicherlich wichtig. Aber ist es das, worum es geht?“

Im Westen: Aufbruchstimmung

Ein ähnlicher Wechsel zeigt sich, als der Buddhismus in den Westen kommt. Im frühen zwanzigsten Jahrhundert gibt es zunächst eine intellektuelle Auseinandersetzung mit der Lehre des Buddha. Einige westliche Philosophen interessieren sich für die Lehre des Buddha. Es scheint aber keine breite Resonanz in der Gesellschaft zu geben. In den sechziger Jahren jedoch trifft der Buddhismus auf eine Umbruchzeit. Die alten westlichen Systeme der spirituellen Orientierung sind fragwürdig geworden.

Der Buddhismus verspricht keine Erlösung, sondern ruft zu Eigen-Verantwortung auf und trifft damit auch auf viele Frauen im Westen, die Verantwortung für ihr eigenes Leben selbst in die Hand nehmen wollen. Die Frage nach dem Wesentlichen und nach dem Sinn von Spiritualität überhaupt wird vermehrt gestellt und in diesem Zusammenhang werden die Frauen auch im Westen sichtbar.

Neue Schwerpunkte in den Traditionen

Frauen, die lehren, sind nicht alle automatisch Reformistinnen. Es gibt konservative Lehrerinnen. Manche wirken sogar noch konservativer als ihre männlichen Kollegen, vor allem, wenn sie sich in der Verantwortung für große Institutionen wiederfinden. Mir geht es heute darum, Frauen vorzustellen, die im Westen eine Veränderung in der Art des Lehrens und andere Schwerpunkte innerhalb der Lehre des Buddhismus sichtbar und spürbar gemacht haben. Dabei geht es nicht um „neue“ Lehren. Die Aufrichtigkeit beim Erforschen des eigenen Geistes, die für mich eine Grundlage des Buddhismus ist, wird auch von modernen buddhistischen Lehrerinnen nicht in Frage gestellt. Es werden keine neuen Ontologien erstellt, es erscheint nichts, was der aufrichtigen Praxis und dem ernsthaften Forschen der buddhistisch Praktizierenden entgegensteht. Es geht eher um ein Sichtbarmachen von anderen Aspekten. Da der Grundstrom aber so deutlich ist, wirkt das Sichtbarmachen eines bestimmten Aspektes der Lehre oft wie eine Veränderung.

Es gibt Grundfragen, die im Zusammenhang „Frauen und Bud-

dhimismus“ immer wieder auftauchen: Sind Körper und Geist getrennt und unterschiedlich zu bewerten? Können Frauen das volle Erwachen erlangen? Können Frauen lehren? Ist Buddha/Erwachen männlich? Weiblich? Oder neutral?

Auf alle diese Fragen wird immer wieder durch die Art der Lehrerinnen zu lehren, sich gesellschaftlich zu verorten und zu leben, umfassend Antwort gegeben. Die Schwerpunktverschiebungen in den Aspekten der buddhistischen Lehre und Praxis, die durch Lehrerinnen sichtbar werden, stehen immer in Resonanz mit eigenen Fragen der Lehrerinnen. Entlang dieser Fragen habe ich auf die Lehrerinnen des Buddhismus im Westen geschaut, die mich inspiriert haben und auch auf die Lehrerinnen von denen meine Lehrerinnen und Lehrer gelernt haben. Es gibt im Westen bereits den Beginn einer Linie, einer neuen Tradition des weiblichen Lehrens.

Körperlichkeit als Hilfe auf dem Weg zum Erwachen

Eine der prägnantesten Fragen ist die Frage nach der Körperlichkeit. Traditionell galt schon im frühen Buddhismus die Ablehnung von Körperlichkeit als ein Mittel zur Überwindung von Anhaftung. Diese Überwindung steht in einem engen Zusammenhang mit der Askese. Hier findet sich ein aus vielen asketischen Traditionen bekanntes Phänomen auch bei übenden Männern im Buddhismus wieder: Beim Versuch, ihre Begierden zu überwinden, nehmen sie oft ihre Unfreiheit gegenüber ihrem eigenen Trieb nicht zur Kenntnis und machen sie demnach auch nicht zum Gegenstand ihrer Praxis. Wenn sie dem Auslöser ihrer Begierden – nach der Tradition allen Frauen – aus dem Weg gehen, kommt es zu einer Verschiebung: Der Auslöser der Begierde wird für die Begierde verantwortlich gemacht und mit einer Ablehnung belegt, die oft an Verachtung und Hass grenzt – Beispiele hierfür lassen sich aus der frühen buddhistischen Literatur beliebig viele finden.

Ein Beispiel mag das deutlicher machen: Wenn man gerne abnehmen möchte, ist es sinnvoll, sich nicht an ein Kuchenbuffet zu setzen oder die Freunde zum gemeinsamen Kochen und Essen einzuladen. Das sagt aber eigentlich nicht, dass Essen an sich schlecht ist. Falls man zu dieser verwirrten Auffassung kommen sollte, wäre zu überprüfen, ob da nicht etwas völlig schief läuft. Eine derartige Verwirrung scheint allerdings bei übenden Männern immer wieder zu passieren. Vergleichbares ist übrigens von Frauen nicht überliefert.

Dies erinnert an ein wichtiges Ereignis in der Geschichte des Erwachens von Buddha Shakyamuni. Der künftige Buddha ist von seiner asketischen und oft selbstquälerischen Praxis völlig entkräftet. In dieser Situation tritt Sujata – nicht zufällig eine Frau! – in Erscheinung. Sie reicht dem vom langen Fasten geschwächten Siddharta Gautama eine Schale Milchreis und ermöglicht ihm so, die Kraft zu finden bis zum Erwachen zu meditieren. Selbst in den frühen Legenden wird also deutlich, dass extreme Ansichten auf dem Weg zum Erwachen nicht hilfreich sind, dass Befreiung nicht durch die Ablehnung oder Verdammung eines Teils der Wirklichkeit erreicht werden kann.

Die Überwindung von Anhaftung, das „Nicht mehr festhalten müssen“ ist ganz zentral im Buddhismus und richtet sich oft auf die Körperlichkeit. Die Körperlichkeit, die in diesem Zusammenhang im Buddhismus vielfältig tradiert wurde, wird von vielen weiblichen Lehrerinnen nicht weitergege-

ben. Es gibt bei einigen Lehrerinnen ein geradezu bedingungsloses und aufrichtiges Interesse des Erforschens von Körperlichkeit und wie diese zum Erwachen und zur Befreiung beitragen kann. Dass dies auch im Einklang mit der alten Tradition stehen kann, macht Ruth Denison deutlich. Sie hat von U Ba Kin, ihrem burmesischen Lehrer, gelernt, die Achtsamkeit, das Wachsein für das, was geschieht, auch im Körper zu nutzen. Sie sagt zum Beispiel: „Bemerge Leben in Dir, nicht Dein Leben, denn da ist niemand, der es besitzt, richte die Aufmerksamkeit dahin, wo die Empfindungen sind – in das Energiefeld“. Da ist schon niemand mehr, der vor Erleben oder Körperlichkeit geschützt werden muss. Diese Haltung geht einen Schritt weiter als Askese.

In Bezug auf die Frage: „Sind Körper und Geist getrennt und gibt es dabei eine Wertigkeit“ gefällt mir ihre Aussage:

„Lass Dir vom Denken nicht Deine Erfahrungen klauen.“ und „Lass die Stille des Geistes die Energie des Körpers empfangen.“

Wir haben die Gewohnheit, das andersherum zu denken. Wir sehen unseren Körper als das passive Element und den Geist als dasjenige, was steuert und die Energie in die richtigen Bahnen lenkt. Dieses alte Denken wird hier auf den Kopf – oder besser: auf die Füße – gestellt. Das ist für mich inspirierend, weil es mir einen neuen, einen frischen Zugang zu meinem Erleben ermöglicht.

Ein Beispiel aus der Tradition des tibetischen Buddhismus ist Julie Henderson, die tatsächlich eine Art zu lehren begründet hat, das Zapchen. Zapchen ist eine den Körper betonende Praxislinie in der Tradition des Vajrayana und des Dzogchen. Julie Henderson berichtet: „Das Wort Zapchen ist tibetisch und wurde mir vom Sakya-Lehrer Gyal-say Tulku Rinpoche gegeben, um zu beschreiben, wie ich unterrichte. Es hat eine große Bandbreite von Bedeutungen. Es vermittelt u. a. die Bereitschaft, ‚eine Grenze zu überschreiten‘. Zapchen ist der Umgang mit Emotionen als Teil des täglichen Lebens. Im Zapchen betrachten wir das als Praxis. Wir beginnen mit der direkten Unterstützung von Wohlfühl, wir kehren zurück zu den Möglichkeiten, mit denen wir geboren sind, die uns befähigen, uns auf unseren natürlichen Zustand hin zu bewegen. Zapchen umarmt diese angeborenen Fähigkeiten und lässt sie durch Praxis reifen.“

Es ist interessant, welche Methoden Julie Henderson dabei entwickelt hat. Das sind keine Methoden, die universitär sind oder eine extra lange Ausbildung benötigen. Es sind zum Beispiel: Gähnen, summen, schaukeln, Nickerchen machen und komisch sprechen. Dies alles sind Praktiken, die verhindern, dass wir uns zu ernst nehmen. Tatsächlich können wir alle gähnen. Es ist schwierig ein großes Ego auf der Idee aufzubauen, dass man vielleicht die allerbeste Gähnerin ist.

Gleichzeitig sind es Praktiken, die tatsächlich einen großen Effekt auf unser körperliches Wohlfühl haben. Sie stärken unsere Fähigkeit unseren Körper überhaupt wahrzunehmen, sie helfen uns, in einen Modus zu kommen, bei dem die Körperwahrnehmung in Zentrum steht, ohne dass wir uns anstrengen müssen. Dieses Wahrnehmen des Körpers in entspannter Weise öffnet gleichzeitig den Geist und befreit aus zu engen Vorstellungen. So sagt Julie Henderson: „Ein Nickerchen ist die einfachste Art einen anderen Bewusstseinszustand zu erreichen“.

Nicht nur Körperlichkeit wird in allen Traditionen von lehrenden Frauen neu betrachtet, auch Emotionen werden erkannt als Aspekte unseres Erlebens,

die uns helfen können, für die Wirklichkeit wach zu werden. So stellt die englische Lama Shenpen Hookham den lebendigen Herzenswunsch in das Zentrum der spirituellen Erforschung und erweitert den Horizont mit Fragen nach der emotionalen Bedeutung von Dharmabegriffen wie „wach“, „Herz“, „offen“, „Wahrheit“ und „Sein“.

Selbstachtung als Grundlage der Befreiung

Eine herausragende buddhistische Lehrerin unserer Zeit ist Sylvia Wetzel. Die Vermittlung der Tara-Praxis als Praxis des Erwachens ist sicherlich ein neuer Schwerpunkt. In der Tara-Legende wird der erfolgreich übenden Buddhistin vorgeschlagen, ihre Verwirklichung, ihre Fähigkeiten der Geistesklarheit, dahingehend einzusetzen, im nächsten Leben ein Mann zu werden, damit sie so die Voraussetzungen für das Erreichen der vollen Erleuchtung hat. Tara antwortet den Mönchen: „Es gibt hier keinen Mann, es gibt keine Frau, kein Selbst, keine Person und kein Bewusstsein. Die Bezeichnungen männlich oder weiblich haben keinen wahren Kern,

Ich denke, für viele westliche Frauen ist es inspirierend, dass gerade im tibetischen Buddhismus so starke Bilder von Befreiung und Erleuchtung in weiblicher Form zu finden sind.

doch sie täuschen die verblendete Welt“ und sie gelobte: Männlich und weiblich sind Konzepte, die eine Wirklichkeit formen. Eine Wirklichkeit aus vielen Bedingungen. Von den Erscheinungen dieser im Kern nicht festgelegten Wirklichkeit sind wir verwirrt. Da ist es eine Frage von Mitgefühl zu sagen: Ich gehe jetzt dahin, wo die Verwirrung am größten ist. Ich gehe nicht dahin, wo es das viele Geld und die guten Noten gibt. Ich gehe jetzt dahin, wo Klarheit gebraucht wird, weil da immer noch alle verwirrt sind.

In einer jungen westlichen buddhistischen Gemeinschaft, die zu über 60 Prozent aus interessierten Frauen besteht, bedeutet das auch, dass wir als Frauen bewusst Frauen unterrichten. Für Frauen im Patriarchat braucht es eine Gestalt des Erwachens in weiblicher Form und diese in der lebendigen, Jahrhunderte alten und dennoch revolutionären Praxis der Grünen Tara den Frauen zur Verfügung zu stellen, ist eines der großen Verdienste von Sylvia Wetzel. Die Selbstabwertung von Frauen ist einer der stabilisierendsten Faktoren für das Patriarchat. Das Bild und die Legende von Tara sind dagegen eine Ermutigung für übende Frauen heute. Die Praxis, in der eine weibliche Buddha, ein Bild von vollkommener Befreiung und Transzendenz, im Mittelpunkt steht, macht etwas sichtbar, das zwar nicht neu ist, aber bisher nur wenig Aufmerksamkeit bekam. Die Praxis ist unverändert über Jahrhunderte in der tibetisch buddhistischen Tradition überliefert worden. Ihr Stellenwert ändert sich allerdings grundlegend mit der Haltung der Frauen, die diese Praxis ausüben.

Ich denke, für viele westliche Frauen ist es inspirierend, dass gerade im tibetischen Buddhismus so starke Bilder von Befreiung und Erleuchtung in weiblicher Form zu finden sind. Die Erwachte als Spiegel unserer eigenen Natur ermöglicht eine neue Art der Selbstwahrnehmung und damit auch der

Kraft und Verantwortung in der Gesellschaft. Solche Bilder weiblicher Transzendenz und Klarheit sichtbar und bewusst zu machen, sowie die entsprechende Lehrfähigkeit von Frauen haben auch Auswirkungen auf unsere Gesellschaft allgemein. Indem ich Frauen helfe, ihr festgefügt negatives Selbstbild loszulassen, beeinflusse ich eine der Grundlagen unserer Gesellschaft positiv.

Können Frauen lehren? Dürfen Frauen lehren?

Mit welcher inneren Berechtigung schaffen es Frauen, heute zu lehren in einer Gesellschaft, in der eine andere Kultur dominant ist, in der Lehrer ernannt werden und Zuspruch bekommen allein durch Tradition, Status und Stellung? Wie kann eine Frau es wagen zu lehren? Alle großen Lehrerinnen unserer Zeit erhalten eine fortdauernde Aufforderung zu lehren durch die Menge der inspirierten Schülerinnen und Schüler. Sie sind es die Belehrungen, Vorträge und Veröffentlichungen ermöglichen.

Die amerikanische Lama Tsültrim Allione bezieht sich zudem auf eine direkte weibliche Übungslinie. Neben anderen Übungen stellt sie die besonderen Übungen von großen tibetischen Lehrerinnen wie Machig Labdrön und A-Yu Khadro in den Mittelpunkt ihres Lehrens. In der traditionellen Anrufung der Linie der Lehrer der meisten tibetischen und japanischen Übungen werden alle Lehrer der Schule und der besonderen Übung als Linie angerufen. Für die Übenden ist diese Anrufung Ermutigung und Segen. Auch einige weibliche Lehrer kommen in den tibetischen Anrufungen vor, je nach Schule und Übung. Im Tara-libre Netzwerk von Sylvia Wetzel werden die lehrenden Frauen aller Traditionen angerufen. Da sind die frühen Nonnen aus der Pali-Überlieferung, die großen weiblichen Gestalten des Mahayana und auch die buddhistischen Lehrerinnen unserer Kultur der ersten Generation, Ayya Khema, Prabhasadharmaroshi und andere. Nach einer langen Aufzählung folgt der Satz: „Und alle Frauen, die gesehen wurden und nicht gesehen, deren Name vergessen wurden oder nicht genannt.“ Damit vergegenwärtigt sich jede Praktizierende immer wieder, dass sie in einer lebendigen Tradition übt, auch wenn es nicht viele Belege gibt.

Wenn eine buddhistische Lehrerin in Erscheinung tritt, gibt es fast immer einen Lehrer, einen tibetischen Lama oder einen vietnamesischen oder burmesischen Mönch, oder einen japanischen Roshi, der sagt: „Du kannst das weitergeben.“ Es braucht selbstständig denkende Männer. Ohne diesen Zuspruch ist es oft schwer, das Selbstbewusstsein zu haben, als Frau zu lehren. Davor findet aber meistens etwas noch Entscheidenderes statt. Andere Frauen bitten diese Frauen, sie zu lehren. Es gibt ein Zutrauen in eine geteilte Wirklichkeit. Viele Frauen, die zu Lehrerinnen werden, ermuntern auch deshalb andere Frauen zu lehren. Sie erkennen, dass es einen Bedarf gibt. Es gilt eine Rolle einzunehmen, einen Platz, der zu lange unausgefüllt geblieben ist. Auch Sylvia Wetzels Lehrerin Ayya Khema aus dem Theravada und Prabhasadharmaroshi, eine Zen-Lehrerin, unterstützten und ermutigten sie als werdende Lehrerin. Und Sylvia Wetzel bildet Lehrerinnen aus und unterstützt immer wieder Vernetzungen, die es Lehrerinnen ermöglichen, sich schulübergreifend zu treffen. □

Katholiken sind anders, als Kirche vermutet

Die Kirche und ihre Dienste werden nach wie vor gebraucht. Katholiken aller Lebenswelten fordern die Kirche aber auch zu Veränderungen auf. Dies sind nur einige der zahlreichen Erkenntnisse aus dem neuen Milieuhandbuch „Religiöse und kirchliche Orientierungen in den Sinus-Milieus“ der MDG, der Unternehmensberatung der katholischen Kirche. Mit wissenschaftlicher Hilfe des Heidelberger Sinus-Instituts wurden die Situation und Erwartungen der deutschen Katholiken analysiert.

Auf einem Symposium mit dem Titel „Katholiken sind anders, als Kirche vermutet“ am 24. und 25. Januar 2013, das die MDG und die Katholische Akademie Bayern zusammen veranstalteten, wurden die wichtigsten Ergebnisse mit Multiplikatoren aus Kirche und Medien in München diskutiert. Mehr als 300 Teilnehmer aus ganz Deutschland kamen zum öffentlichen Teil der Tagung – zu den Vorträgen und der Podiumsdiskussion – in die Akademie. Viele beteiligten sich auch sehr engagiert an der Diskussion.

Ein geselliges Beisammensein am Abend, organisiert von der MDG und

der Katholischen Nachrichtenagentur (KNA), die dabei auch ihren 60. Geburtstag feierte, rundete die sehr gut besuchte Veranstaltung ab. Der 25. Januar war dann einer Fachtagung der MDG zur vertiefenden Diskussion der Studie und der möglichen Konsequenzen vorbehalten.

Schon am Vormittag des 24. Januar waren viele Medienvertreter in die Akademie gekommen, um sich in einem Pressegespräch über die grundlegenden Aussagen der Studie informieren zu lassen.

Lesen Sie im Anschluss den Bericht, den KNA-Chefredakteur Ludwig Ring-Eifel verfasst hat, sowie eine ausführliche Presseschau. Fotos der Veranstaltung runden unsere Dokumentation ab.

In unserer Mediathek unter <http://mediathek.kath-akademie-bayern.de/buch/mdg> finden Sie eine große Bildergalerie und unter <http://presseschau.kath-akademie-bayern.de/bericht/katholiken-sind-anders-als-kirche-vermutet> können Sie die Presseclips ebenfalls lesen.

Bestellt werden kann das Milieuhandbuch auf der Homepage der MDG: www.mdg-online.de



KNA-Geschäftsführer Thomas Juncker, KNA-Chefredakteur Ludwig Ring-Eifel und Prälat Prof. Dr. Peter Beer, Gene-

ralvikar des Erzbistums München und Freising, (v.l.n.r.) beim abendlichen Beisammensein.

den selbst in diesen Gruppen offenbar nur noch von einer Minderheit unter den Katholiken vertreten.

Widersprüchliche Aussagen finden sich über den Papst. So wird er als „wichtige, unerschütterliche Instanz in Grundsatzfragen“ bezeichnet, seine Lehren werden aber oft kritisiert. Eine bemerkenswerte Veränderung scheint sich hingegen im Blick auf die katholischen Gottesdienste abzuzeichnen. Selbst in den moderneren und liberaleren Milieus findet sich mehr Wertschätzung für feierliche Formen der Liturgie, der Wunsch nach „moderneren“ und jugendgemäßen Gottesdienstformen, der in einer vergleichbaren Befragung des Jahres 2005 noch wiederholt genannt wurde, tritt in den Hintergrund.

Eine schwere Krise bahnt sich der Studie zufolge im Verhältnis der Katholiken zu ihren Pfarrern an. Mit Ausnahme einiger in der bürgerlichen Mitte findet offenbar kaum noch einer der Befragten beim geistlichen Bodenpersonal Gottes erreichbare oder hilfreiche Ansprechpartner. Von einige Befragten werden die Geistlichen als bemüht aber überfordert charakterisiert. Ihre Dienste zu feierlichen Anlässen wie Hochzeiten, Beerdigungen oder Taufen werden gleichwohl gerne in Anspruch genommen.

Die Präsenz der Kirche in den Medien wird selbst in den konservativen Milieus eher schlecht beurteilt: In den „normalen“ Medienangeboten im Fernsehen, in Zeitungen und im Internet sei die Kirche zu wenig präsent. Das wichtigste kircheneigene Medium für die „Kernkatholiken“ scheint nach der Befragung der Pfarrbrief zu sein – entweder gedruckt oder im Internet.

Ob die deutschen Bischöfe aus den Forschungsergebnissen Konsequenzen ziehen werden, ist noch nicht sicher. Eine erste Diskussion bei der Frühjahrssitzung des „Ständigen Rats der Deutschen Bischofskonferenz“ in Würzburg verlief dem Vernehmen nach kontrovers. Was die Kirche in ihrer derzeitigen Lage brauche, seien nicht immer neue Studien, die ohnehin bekannte Probleme benennen. Entscheidend sei vielmehr eine Rückbesinnung auf Christus und eine überzeugende Verkündigung seiner Botschaft, so eine in Würzburg vertretene Meinung. Befürworter der Studie hielten dagegen, es sei durchaus sinnvoll, zu analysieren, wie die Verkündigung bei den Gläubigen ankomme und was diese derzeit von ihrer Kirche erwarteten. □

Wie sehen Katholiken ihre Kirche? Sondierungen in Deutschlands größter Religionsgemeinschaft

Ludwig Ring-Eifel

Wer sind die deutschen Katholiken und wo stehen sie im achten Regierungsjahr von Papst Benedikt XVI. und Bundeskanzlerin Angela Merkel? Die Medien-Dienstleistungsgesellschaft (MDG), ein kircheneigenes Beratungsunternehmen mit Sitz in München hat mit dem Soziologischen Forschungsinstitut „Sinus“ (Heidelberg) der größten deutschen Religionsgemeinschaft den Puls gefühlt. Sie taten dies anhand der aus der Marktforschung bekannten „Sinus-Milieus“, in denen Menschen mit vergleichbaren Lebensverhältnissen und Einstellungen, zusammen gruppiert werden. Befragt wurden in intensiven Gesprächen je fünf Katholiken und fünf Katholikinnen aus jedem dieser zehn Milieus. Die Ergebnisse wurden in München vorgestellt.

Die „Katholikendichte“ ist laut der Studie in der deutschen Gesellschaft derzeit relativ gleichmäßig verteilt. In den Milieus der „Traditionellen“, der „Konservativ-Etablierten“ und der

„Bürgerlichen Mitte“ finden sich rund 40 Prozent Katholiken, unter den „Liberal-Intellektuellen“, den „Sozial-Ökologischen“ sowie unter den Erfolgreichen und den „Hedonisten“ bilden sie immerhin noch je knapp ein Drittel. Nur im „Prekariat“ liegt der Anteil unter der 30 Prozent-Hürde. Ob Kirchenaustritte diese Verteilung demnächst ändern werden, lässt sich aus der Studie nicht klar schließen. Trotz Kritik in Einzelfragen und Enttäuschungen über den Umgang mit den sexuellen Missbrauchsfällen denken derzeit offenbar nur vergleichsweise wenige an einen Austritt.

Weit verbreitet ist auch bei den Katholiken in traditionellen und bürgerlichen Milieus die Forderung nach mehr Laienrechten, Veränderungen beim Zölibat, einer liberaleren Sexualmoral und der Zulassung von Frauen zum Priesteramt. Auch die Positionen des kirchlichen Lehramts zu Homosexuellen oder zur Unauflöslichkeit der Ehe wer-



Dr. Thomas von Mitschke-Collande (li.), Autor und früher in einer leitenden Funktion bei der Unternehmensberatung McKinsey, befasst sich schon seit langem mit dem Thema Kirchenkrise.

Sein Gesprächspartner P. Eberhard von Gemmingen SJ war Jahrzehnte Leiter der deutschsprachigen Redaktion von Radio Vatikan und ist ein exzellenter Kenner der kirchlichen Situation.



Diskutierten auf dem Podium die Konsequenzen der Studie: Marc Calmbach vom Sinus-Institut, Pater Alfons Friedrich SDB, Gemeindefarrer in Mün-

chen, Akademiedirektor Dr. Florian Schuller als Diskussionsleiter, die Journalistin Dr. Claudia Nothelle, Programmdirektorin des Rundfunks Berlin-

Brandenburg, und der engagierte Katholik, Pfarrgemeinderat und ADAC-Manager Stefan Weßling (v.l.n.r.).

Presse

Süddeutsche Zeitung

25. Januar 2013 – Was sich Katholiken von ihrer Kirche wünschen? Reformen wünschen sie, mehr Glaubwürdigkeit. Quer durch alle Milieus sagen sie, dass es so mit ihrer Kirche nicht weitergehen kann, das zeigt eine Studie des Sinus-Instituts. Auch konservative und traditionell eingestellte Deutsche finden, dass viele Kirchenregeln lebensfremd sind, dass Frauen und Laien in der Kirche zu wenig zu sagen haben. Die Fälle von sexueller Gewalt haben auch bei kirchennahen Menschen das Vertrauen in die Institution erschüttert. Gerade bei den treuesten Anhängern ist der Imageschaden groß; viele zweifeln, dass die Bischöfe den Skandal richtig aufarbeiten. Die Kirche soll offener werden – das wünschen fast alle, die da vom Sinus-Institut interviewt wurden. Sie soll aber ihre Identität bewahren und anders bleiben als der Rest der Welt. Denn trotz des furchtbaren Bildes, das die Institution abgibt, wollen doch nur wenige der enttäuschten Mitglieder austreten.

Matthias Drobinski

Katholische Nachrichtenagentur

24. Januar 2013 – Trotz aller Kritik zeigt die Studie auch eine positive Erwartungshaltung der Katholiken ihrer Kirche gegenüber. Milieuübergreifend hohes Ansehen genießt demnach ihr soziales Engagement. Die Zehn Gebote und Nächstenliebe würden als wichtige Werte betrachtet, deren Erhalt man der Kirche zutraut. Sie werde auch gebraucht als Korrektiv zu neoliberalen Tendenzen, der Wunsch nach seelsorglicher Begleitung und spiritueller Orientierung sei stark. Die Befragten seien sich einig gewesen, dass die Kirche in Deutschland, „so wie sie im Moment ist, keinen Bestand haben wird“, erklärte Marc Calmbach, Leiter der Studie bei SINUS. Zugleich werde der Kirche von den meisten Katholiken zugetraut, dass sie sich verändern könne und werde.

Die Vorstellung dazu unterschieden sich aber je nach Milieuzugehörigkeit. In den jungen und unterschichtigen Milieus wäre es der Studie zufolge indes „für den Alltag ohne Bedeutung, wenn die Kirche verschwinden würde“.

Interview im Internetportal „katholisch.de“ mit dem Soziologen Michael N. Ebertz

Frage: Den Ergebnissen der Sinus-Studie zufolge erscheint die Lage der katholischen Kirche in Deutschland dramatisch. Hat die Kirche hierzulande überhaupt noch eine Zukunft?
Ebertz: Zum ersten Mal wird in einer Studie massiv die Möglichkeit zum Ausdruck gebracht, dass die katholische Kirche in Deutschland kollabieren könnte – weniger durch massive Kirch Austritte, als durch wachsende Irrelevanz und Selbstbeschädigung. Selbst in solchen Milieus, die noch eine vergleichsweise hohe Bindungskraft aufweisen, macht sich diese Vermutung breit. Die jüngsten Skandale rund um sexuelle Gewalt in der Kirche haben offensichtlich zu dieser pessimistischen Überlebenseinschätzung beigetragen, quer durch alle Milieus. Zweifellos hat die Kirche einen erheblichen Statusverlust erlitten, und das Ansehen ihres Führungspersonals hat erheblich gelitten.

Münchner Kirchenzeitung

3. Februar 2013 – Was es mit dem inzwischen berühmten Kartoffeldiagramm zur modellhaften Betrachtung der deutschen Gesellschaft auf sich hat, und warum es so interessant ist, vor allem bezüglich Glaubens- und Medien-Präferenzen zu forschen, erläuterte unter anderem Marc Calmbach vom Sinus-Institut und Wilfried Günther, Geschäftsführer der Unternehmensberatung MDG. Katholiken nämlich seien nach wie vor in allen Bevölkerungsschichten zu finden – und die Sinus-Milieus eigneten

sich als „soziologische Brille, durch die Vielfalt und Wandel verständlich zu identifizieren“ seien. Patentrezepte, wie die Akzeptanz der Kirche erhöht werden kann, bieten die Sinus-Milieus natürlich nicht. Denn erstens handelt es sich bei den Ergebnissen um empirische, darstellende Zahlen, die allein noch keine Wertung oder Handlungsempfehlung sind. Und zweitens sind die erarbeiteten Forschungs-Ergebnisse untereinander zum Teil ziemlich heterogen – und nicht immer leicht zu deuten.

Korbinian Morhart

Münchner Merkur

25. Januar 2013 – Die befragten Katholiken rügen immer offener „nicht le-

bensdienliche Kirchenregeln“. Was früher von den Laien noch geduldet worden sei, werde nun angesprochen und kritisiert: die Diskriminierung von Frauen, der Zölibat, die Ächtung der Homosexualität und Empfängnisverhütung, die Kritik am vor- und außerehelichen Geschlechtsverkehr, der Ausschluss von Wiederverheirateten und Christen anderer Konfessionen von den Sakramenten. „Jede Form von exkludierendem Verhalten der katholischen Kirche (...) wird von vielen Befragten als unchristliches Verhalten missbilligt“, heißt es in der Studie.

Patrick Wehner
und Robert Arsenscheck



Die Pressekonferenz am Vormittag war sehr gut besucht.

Tatort am Sonntag. Religion in der ARD-Kultserie

Zur Bedeutung von Religiösem in den Krimis der ARD-Kultserie „Tatort“ referierte die Göttinger Literaturwissenschaftlerin Prof. Dr. Claudia Stockinger am 10. Januar 2013 in der Katholischen Akademie Bayern. Insgesamt ist in mehr als der Hälfte der von Claudia Stockinger untersuchten 411 Tatort-Folgen Religion – zumindest als

Nebenaspekt – präsent, so ein Ergebnis ihrer wissenschaftlichen Arbeit. Mit der Abendveranstaltung „Tatort am Sonntag. Religion in der ARD-Kultserie“, die Krimifreunde und religiös interessierte Menschen zusammenbrachte, begann die Akademie die Reihe ihrer Veranstaltungen im Jahr 2013.

„Es geht um Erlösung“

Claudia Stockinger

Seit über 40 Jahren steht die ARD-Reihe *Tatort* für erfolgreiche Sonntagabend-Unterhaltung. Die Menschen halten der Sendung die Treue – über die Generationen hinweg, eine ganze Lebenszeit lang. Sonntagabend für Sonntagabend versammeln sich bis zu 11 Millionen Zuschauerinnen und Zuschauer um 20.15 Uhr vor den Fernsehbildschirmen, im privaten Kreis oder beim Public Viewing in einer Szene-kneipe. Im Vergleichsjahr 2011 machten sich im Durchschnitt gerade einmal 3 Millionen Katholiken und ca. 900 000 Protestanten in die Sonntagsgottesdienste auf. Ersetzt das sonntägliche *Tatort*-Ritual den Kirchgang?

Manch einer gerät in Versuchung, beides analog zu setzen: Der *Tatort* füllte dann gleichsam jene Lücke aus, die eine unwichtig gewordene Religion freigemacht hätte, und kompensierte diesen Verlust. Wie im kirchlichen Bereich sind Veränderungen deshalb nur behutsam möglich. Eine Revolution führte zu einem irreversiblen Bruch. Als der Schauspieler Til Schweiger den *Tatort*-Vorspann für verzichtbar erklärte, erlebte sein Kollege Ulrich Tukur diese unbedachte Äußerung mit einem bezeichnenden Argument: Der *Tatort* sei „eine Kirche mit einer großen, gläubigen Gemeinde. Am Wochenende ist Gottesdienst. Eine Kirche erneuert man spirituell und von innen heraus und nicht, indem man den Glockenturm abreißt“.

Die Reihe als Kirche, an deren Stelle sie zugleich tritt: So lautet ein Deutungsvorschlag für das Verhältnis von *Tatort* und Religion.

Dagegen gehe ich davon aus, dass *Tatort* sehr viel mit Religion zu tun hat, ohne diese etwa zu ersetzen. Die Gründe dafür sind vielfältig: Die Sendung bietet ihren Zuschauern weit mehr als nur spannende Kriminalfälle. Vielmehr



Prof. Dr. Claudia Stockinger, Professorin für Deutsche Philologie und Neuere Deutsche Literatur an der Universität Göttingen

konfrontiert sie ihr Publikum immer zugleich mit Fragen, die als gesellschaftlich relevant gelten, als stets aktuell, von regionalem Interesse und ganz nah an der sogenannten Realität. Ob nun Organspende oder Sterbehilfe, Zwangsehen oder Kinderprostitution, Politiker-korruption oder Bildungsnotstand – der *Tatort* dokumentiert die Themenvielfalt der öffentlichen Debatten. Er lässt sich zudem als Archiv der bundesrepublikanischen Kulturgeschichte lesen, als Archiv ‚unserer‘ Moden, Frisuren, musikalischen Vorlieben, Interieurs – und ‚unserer‘ Bekenntnisse. Darüber hinaus gehört es zu den Erfolgsrezepten der Reihe, ein Sinnangebot bereitzustellen, das

auf dem Prinzip der ausgleichenden Gerechtigkeit beruht. Der ‚Bösewicht‘ muss bestraft werden, er darf nicht ungeschoren davonkommen, lautet die Forderung. So gesehen laborieren *Tatort*-Kommissare und Kirchenvertreter an vergleichbaren Problemen. Sie setzen sich für eine bessere Welt ein, in der das Gute siegt und das Böse verurteilt wird, und sie sind permanent damit konfrontiert, dass dies nur selten gelingt.

Das weiß auch Hauptkommissar Frank Thiel, wenn er die WDR-Folge *Tempelräuber* (2009) mit dem Stoßseufzer beendet: „Ach, manchmal wär’s schon ganz schön, wenn man wüsste, dass es Ihn wirklich gibt, diesen Gott. Dann bekommt am Ende jeder das, was er verdient“. Hinter Thiel liegt die Aufklärung der Ermordung eines katholischen Priesters, des Regens am Priesterseminar in Münster. Überführt wurde der noch minderjährige Sohn eines Priesters, der den eigenen Vater vor dem Regens schützen wollte. Am Ende kommt der Junge in die Psychiatrie, und doch bleibt ein schaler Nachgeschmack. Denn es ist kaum möglich, im Priesterkind allein einen Mörder zu sehen. Er gehört zu den eigentlichen Opfern des in diesem *Tatort* verhandelten Falls.

In der Perspektivierung auf das Thema ‚Religion im *Tatort*‘ verkompliziert sich demnach das Programm der ARD-Reihe. Es geht nicht einfach nur darum, ein Kapitalverbrechen möglichst lückenlos und unterhaltsam aufzuklären. Nicht wenige *Tatorte* unterlaufen dieses Interesse – und sie tun dies vor allem dann, wenn sie zugleich religiöse Fragen thematisieren: Fragen nach Gott, nach höherer Gerechtigkeit, nach immanenten oder transzendenten Sinnzuschreibungen. Wenn laut Konzept der Täter nach spätestens 90 Minuten der irdischen Rechtsprechung zu überantworten ist und so ‚das Gute‘ über ‚das Böse‘ siegt, kann es keinen Zweifel darüber geben, was als ‚gut‘ oder ‚böse‘ zu gelten hat; auf diese klare Unterscheidung hin wären die Charaktere dann festgelegt. Nur: Die Folgen der Reihe selbst halten sich nicht notwendig daran. Wer ist Opfer in der Folge *Tempelräuber*? Wer Täter? Was ist gut? Was böse?

Ausgehend von diesen Überlegungen möchte ich im Folgenden das Spektrum der ‚Religiosität‘ des *Tatort* ausloten, die Frage also, auf welchen Ebenen, in welcher Form und mit welcher Konsequenz das Thema Religion in der ARD-Reihe *Tatort* verhandelt wird. Die Vielfalt dessen, was in diesem Rahmen als ‚Religion‘ zu gelten hat, ist nicht leicht zu bestimmen. Es bietet sich an, Religion mit Niklas Luhmann auf die Werte von Transzendenz und Immanenz zu beziehen und zugleich die Transzendenz als sinnstiftende Instanz zu definieren. Die Jenseitserwartung korreliert demnach einer diesseitigen Sinngebung, die in der Regel ein Ethikangebot enthält. In den von mir gesichteten *Tatort*-Folgen kommen diese Kataloge durchaus zur Sprache: Im Einzelnen bin ich auf Aushandlungen mit dem Christentum, dem Judentum, dem Islam und dem Buddhismus gestoßen, außerdem mit Hexen- und Satanskulten, mit – an die Scientology-Bewegung angelehnten –, ‚Designerreligionen‘ oder mit unterschiedlichen esoterischen Angeboten, die dem Spektrum sog. Patchwork-Religionen zuzurechnen sind.

Tatort-Produktionen bieten auch dann differenzierte Antworten auf moralische Fragen, wenn sie das Thema Religion selbst gar nicht berühren. Allerdings kann man durchaus sagen, das Thema Religion stelle einen für Abweichungen vom Konzept geradezu privilegierten Gegenstand bereit. Indem sich das Thema ‚Religion im *Tatort*‘ auf

die programmatischen Forderungen der Reihe nach Aufklärung, Realismus, Aktualität sowie Regionalität bezieht, wird deren eigentliche Komplexität ausgestellt.

Zu beachten ist: Das Thema Religion bildet nur in den wenigsten Folgen den Fokus der Handlung. Genauer: Von 411 in meinem *Tatort*-Projekt dafür erfassten Folgen (Stichprobe 1: die Folgen des WDR, BR, RB, SR und SWF/SWR/SDR zwischen 1970 und 2010) steht das Thema Religion lediglich in 13 Folgen im Mittelpunkt. Allerdings nimmt es – da die meisten Folgen gar kein spezifisches Thema haben, sondern von ‚klassischen‘ Mordermittlungsfällen handeln – hinter Themen aus dem Bereich ‚Soziales‘ (in 74 Folgen) und aus dem Bereich ‚Medizinisches‘ (in 14 Folgen) mit 13 Folgen Platz 3 ein, noch vor dem Themenbereich ‚Wirtschaftskriminalität‘ (in 9 Folgen). Zu ergänzen sind weitere 13 Folgen der Stichprobe, die das Thema ‚Religion‘ als ‚relevanten Nebenaspekt‘ behandeln, ‚nebensächlicher Bestandteil der Handlung‘ ist es ohnehin in vielen Fällen. Insgesamt gesehen ist Religion in 52,6 Prozent aller untersuchten *Tatort*-Folgen präsent.

Aufklärung

In den Folgen, in denen sich die Reihe dem Thema widmet, gehört es zu den Anliegen des Programms, die Zuschauer auch über die Glaubensinhalte zu informieren und dabei zugleich Einblicke in die religiösen Praktiken zu geben. Allerdings unterscheiden sich die Darstellungen in der Präzision der übermittelten Informationen. Einige Überlegungen dazu:

Dass eine Aufklärung über Glaubensinhalte als solche im Mittelpunkt steht, gehört zu den jüngeren Entwicklungen seit den 1990er Jahren; zuvor ging es

Insgesamt gesehen ist Religion in 52,6 Prozent aller untersuchten Tatort-Folgen präsent.

vornehmlich um die Einführung in fremde Kulturen: In den 1970er Jahren standen die türkischen Mitbürger als „Gastarbeiter“ im Mittelpunkt – mit unverständlicher Sprache, prekären Wohnverhältnissen und fremden Essgewohnheiten (*Wohnheim Westendstraße*, BR, 1976). Differenzierte Aussagen über die Religion dieser sog. Gastarbeiter aber werden erst seit der Jahrtausendwende formuliert. Die NDR-Produktion *Wem Ehre gebührt* (2007) führt in das Alevitentum ein; vor allem dessen Unterschiede zum sunnitischen Islam werden genauer herausgearbeitet und in die Handlungs-dramaturgie eingebunden. In seiner Darstellung des Alevitentums bediente der *Tatort* gängige Vorurteile – indem etwa der von sunnitischer Seite geäußerte Inzest-Vorwurf aufgegriffen wird – und wurde nach massiven Protesten der alevitischen Gemeinde in Deutschland indiziert.

Werden die Glaubensgemeinschaften dagegen als bedrohlich Abweichendes präsentiert, bleiben die Informationen unspezifisch und klischeehaft; die Protagonisten entlarven sich dann zumeist selbst, indem sie das eigene Programm nur verkünden, nicht aber leben o. ä.: Die BR-Produktion *Ein Sommernachts-traum* (1992) spielt im Umkreis einer Gruppe von Satanisten, die sich mit Drogenhandel finanziert und auch vor Mord nicht zurückschreckt. Die „Jünger Luzifers“ verfügen über einen eigenen sakralen Raum, außerdem über eigene Riten, die gezeigt, deren Inhalte aber

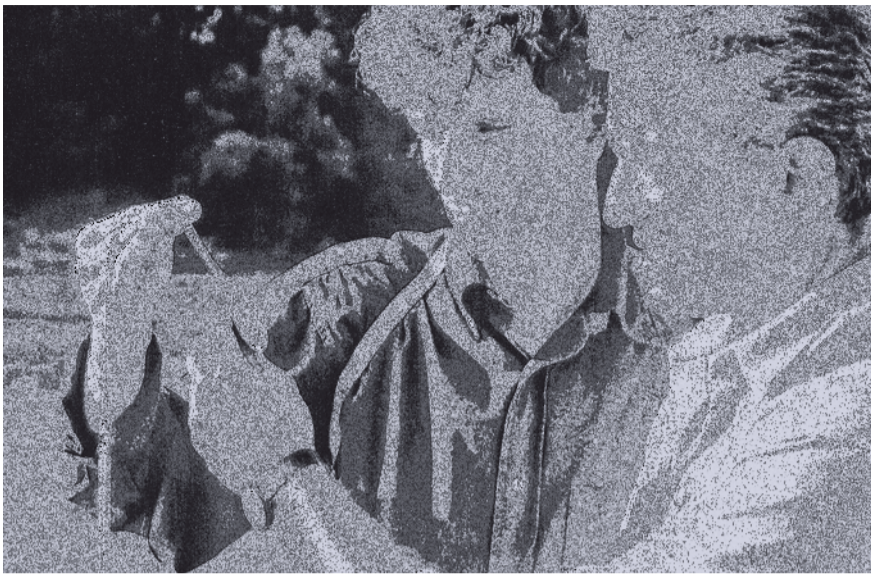


Foto: BR

In der *Tatort*-Folge „Ein Sommernachts-
traum“ des Bayerischen Rundfunks re-
agiert Hauptkommissar Leitmayr (Udo
Wachtveitl (li.) in einen Szenenfoto mit
seinem Kollegen Miroslav Nemeč alias

Ivo Batic) verunsichert auf unerklärli-
che Phänomene, als er einen Fall im
Umkreis von Satanisten untersuchen
muss.

nicht erläutert werden. An ihrer Spitze
steht ein durchaus dämonisch anmuten-
der junger Mann, der Priesterfunktio-
nen ausübt und die Richtlinien vorgibt.
Die von ihm verkündeten Glaubens-
wahrheiten sind sehr vage, sie erschöp-
fen sich in allgemein gehaltenen Sen-
tenzen wie „Alles im Leben steht in ei-
nem Zusammenhang“ oder „Alles ist im
Fluss. Nichts bleibt, wie es ist“ – von
Ermittler Ivo Batic als „das ganze eso-
terische Gelaber“ bezeichnet.

Ebenfalls negativ besetzt erscheinen
im *Tatort* die sog. „Designerreligionen“.
Die Bezeichnung taucht explizit in der
BR-Produktion *Perfect Mind* (1996)

auf. In der ORF-Produktion *Glaube,
Liebe, Tod* (2010) bezeichnet sich eine
Gruppierung namens Epitarsis als „die
am schnellsten wachsende Glaubens-
gemeinschaft in ganz Europa“; sie ver-
fügt sowohl über ein eigenes Sinng-
gebungsprogramm als auch über ein Tran-
szendenzangebot: Ziel der Gemeinschaft
sei „Ein Leben ohne Raum und Zeit.
Unsterblichkeit“. Genauerer Aufschluss
über die Inhalte der Lehre erhält man
nicht; dies gehört in *Tatort*-Darstellun-
gen zu den zentralen Merkmalen von
'Sekten'. Im Unterschied zu ‚kirchlichen
Gemeinschaften‘ sind diese demnach
außerhalb der staatlichen Ordnung an-

gesiedelt; die Gesetze des Staates erken-
nen sie nicht an. Ihre Mitglieder halten
sie insofern in Unfreiheit als die Unter-
ordnung unter die Regeln der Sekte als
absolut zu gelten hat; weder Grund-
noch Menschenrechte schützen die Mit-
glieder vor den Zugriffen der Sekte.
Diese Unterordnung geschieht nicht sel-
ten ‚aus freiem Willen‘. Sie sichert dem
einzelnen eine Form exklusiver Auf-
merksamkeit, die ihm außerhalb der
Gemeinschaft nicht zukommt – nicht
zuletzt dadurch hat die Sekte ein hohes
Attraktionspotential.

Die Darstellungen im *Tatort* machen
aber auch deutlich: Die Ränder zwis-
chen den unterschiedlichen Gruppie-
rungen im religiösen Bereich gelten als
unscharf; die Kategorie der ‚Freiheit‘ ist
ambivalent besetzt. Dies zeigt der Um-
gang mit der katholischen Kirche in der
WDR-Produktion *Heilig Blut* (1996) –
und führt unmittelbar zur nächsten
Überlegung: Soll nicht Bedrohliches
ausgestellt, sondern der Glaubensge-
meinschaft dieses Bedrohliche vielmehr
genommen werden, um die Normalität
des Abweichenden zu dokumentieren,
werden deren Lehren ausgewogen(er)
vorgeführt. Dabei werden etwa die gän-
gigen Vorurteile diskutiert, von ver-
schiedenen Seiten beleuchtet und ggf.
widerlegt; Letzteres ist dann zumeist
zentraler Bestandteil der Handlungs-
dramaturgie.

In *Heilig Blut* steht die Aufklärung
über die Eigenheiten monastischer Exis-
tenz im Vordergrund. Die Rolle des
Skeptikers übernimmt Kriminalhaupt-
kommissar Bernd Flemming – im Ge-
spräch mit der Äbtissin Mutter Laetitia
zieht er alle Register: Er unterstellt, die
Äbtissin erkläre das Kloster zu einem
„rechtsfreie[n] Raum“, die Nonnen
seien zur „Isolationshaft“ verurteilt. Die
Äbtissin verwahrt sich dagegen entschie-
den: Dass sie betont, die Schwestern
lebten „aus freiem Willen“ im Kloster,
vermag allein noch nicht zu überzeugen.
So argumentieren in *Tatort*-Folgen
auch Sektenführer/innen. Der weitere

Verlauf der *Tatort*-Handlung zielt nun
aber genau darauf ab, die Äußerungen
der Äbtissin zu bestätigen: Kommissarin
Koch erhält einige Tage Zugang zur
Klausur, um vor Ort zu ermitteln und
das Rätsel des Todes einer Schwester zu
lösen; dies ermöglicht ein hohes Maß
an Transparenz. Mutter Laetitia erweist
sich als Führungspersönlichkeit, die
mitten im Leben steht und über viel
Wissen, Erfahrung sowie psychologi-
sches Gespür verfügt: Etwa erkennt sie
auf den ersten Blick, dass Kommissarin
Koch an Liebeskummer leidet etc.
Ohnehin gibt es sehr viele Parallelen

*Mutter Laetitia erweist sich
als Führungspersönlichkeit,
die mitten im Leben steht
und über viel Wissen, Er-
fahrung sowie psychologi-
sches Gespür verfügt.*

zwischen beiden Lebensformen. Dass
die Novizin Schwester Elia, die mit der
toten Nonne in enger Verbindung stand,
ihr Schweigen mit dem Verweis „für
Jesus, meinen Bräutigam“ begründet,
rückt die Parallele eindringlich in den
Blick: „Alles für diese Männer“, so
Kochs frustrierter Kommentar, „und
wenn sie 2000 Jahre tot sind“. Inner-
halb der Klostermauern, so diese *Tatort*-
Folge, bestehen die Sorgen und Nöte
der Welt weiter: Dem Abweichenden
wird das Bedrohliche genommen; die
Vorbehalte gegen die monastische Exis-
tenzform erhalten Raum, werden aber
im Vollzug der Handlung widerlegt.

Eine weitere Überlegungen: *Tatort*-
Folgen, die sich mit dem Katholizismus
beschäftigen, bearbeiten nicht selten die
Themen Opferung, Zeugenschaft oder
Stellvertretung. In der ORF-Produktion
Passion (2000) wird der katholi-
sche Traditionsraum eines seit 1638 auf-
geführten Passionsspiels untrennbar mit
der Mordhandlung verwoben. Der Wie-
ner Kommissar Moritz Eisner, auf Ur-
laub in den Bergen, entdeckt die Leiche
des gekreuzigten Christus. Für den Je-
sus-Darsteller wurde die Mitwirkung im
Spiel zur echten Passion – und das
nicht nur metaphorisch. Und in der
NDR-Produktion *Borowski in der
Unterwelt* (2005) nimmt ein Priester,
Pfarrer Albert Benz, die Schuld eines
vermeintlichen Mörders auf sich, um
die Polizei auf dessen Fährte zu lenken,
ohne das Beichtgeheimnis zu brechen.
Im Finale stirbt er unschuldig, in den
Armen des vermeintlichen Täters. Das
an die Pietà angelehnte Bild weist ihn
als stellvertretendes Opfer in der Nach-
folge Christi aus.

Der Katholizismus spielt in *Tatort*-
Folgen zur Religion eine vergleichs-
weise große Rolle. Allerdings sind kon-
fessionelle Unterscheidungen aufgrund
der geringen Fallzahlen statistisch nicht
wirklich aussagekräftig. Insgesamt do-
minieren im *Tatort* (wenn es um Reli-
gion geht) die Bezüge zum Christentum:
In den 216 Folgen, die Religion über-
haupt behandeln, sind insgesamt 91,7 %
christlich orientiert. Bezogen auf Fol-
gen, in denen ‚Religion als zentrales
Thema‘ oder ‚als relevanter Neben-
aspekt‘ vorkommt (26 von 411 Folgen)
geht es in 47,8 % um das Christentum.

Handelt es sich nicht um offizielle reli-
giöse Gemeinschaften, sondern um in-
stitutionell nicht – oder weniger – orga-
nisiert auftretende Lehren, steht der ko-
mische Aspekt des Abweichenden im
Vordergrund, nicht das Bedrohliche;
auch die Aufklärung über die Norma-
lität des Abweichenden interessiert
dann nicht. Die Tatverdächtigen in der
BR-Produktion *Gesang der toten Dinge*

Presse

Tatort am Sonntag

Münchner Merkur

10. Januar 2013 – Claudia Stockinger,
42, ist Professorin für Neuere Deutsche
Literatur an der Universität Göttingen –
und hat über einen Zeitraum von zwei
Jahren das Thema Religion in der ARD-
Reihe „Tatort“ erforscht. Dazu sah sie
sich über 400 Folgen aus vier Jahrzeh-
nten an. Heute Abend hält sie darüber ab
19 Uhr in der Katholischen Akademie
Bayern an der Münchner Mandlstraße
23 einen Vortrag. (...) Wir sprachen
vorab mit ihr. (...)

Wie religiös ist der Tatort?

So religiös wie die Bundesrepublik.
Er ist eine Art Spiegel. Das äußert sich
in Details, wenn zum Beispiel die
Konstanzer Kommissarin Klara Blum
aus der Messe kommt und zu ihrem
Chef sagt: „Heute nicht, heute ist Sonn-
tag.“ Auf so etwas muss man beim „Ta-
tort“ nicht bewusst achten, aber es ist
vorhanden. (...)

In einer Zeit, in der sich Menschen von
der Religion entfernen, nehmen (...)
religiöse Motive zu?

Ja. Vielleicht wird Religion gerade des-
wegen wieder thematisiert, weil etwas
fehlt, weil eine gewisse Leere entstan-
den ist. Die Leute bleiben aber trotzdem

mit Krankheit, Tod und Leid konfron-
tiert. Da gibt es auch metaphysische Er-
fahrungen, das kann man ja nicht ein-
fach wegdiskutieren. Haben Sie 2009
diese wunderschöne Folge gesehen, wo
Batic und Leitmayr mit Esoterikern
konfrontiert werden (...)? Darin sind
alle Spinner, aber diese eine Dame, eine
Hellscherin, hilft bei den Ermittlungen.
Nur, weil Batic sich darauf einlässt,
kann der Fall gelöst werden.

Interview: Patrick Wehner

Süddeutsche Zeitung

15. Januar 2013 – Seit den 90er Jahren
beschäftigt sich der *Tatort* immer häufi-
ger mit religiösen Themen, erklärt Sto-
ckinger. Der Glaube sei zwar selten die
zentrale Frage. Aber bereits in mehr als
der Hälfte der untersuchten Sendungen
habe die erzählte Geschichte etwas mit
Religion zu tun. Die Forscher haben
viele Fakten zusammengetragen. Sto-
ckinger weiß, dass das Christentum mit
216 der untersuchten Folgen die domi-
nierende Religion im *Tatort* ist, und
dass in 91,7 Prozent dieser Folgen die
katholische Version gezeigt wird, die
evangelische Kirche sei vielleicht filme-
risch weniger interessant.

Sie weiß, dass in Folgen über den Ka-
tholizismus besonders gern ein Marty-
rium präsentiert wird, gefolgt von Prie-
stern, die das Beichtgeheimnis schützen,
auch wenn sich ein Mörder seelisch er-
leichtert hat. Sie weiß auch, dass der
Münchner *Tatort* nicht religiöser oder
katholischer ist als der aus Kiel oder
Frankfurt. Jakob Wetzel



Prof. Dr. Otto Hermann Pesch „outete
sich“: Er ist ein regelmäßiger und über-
zeugter *Tatort*-Schauer.



Konnte viele Beispiele aus Tatort-Folgen zeigen und erklären, die Religiöses thematisieren: Prof. Dr. Claudia Stockinger.

(2009) kommen aus dem Bereich Esoterik. Die Tote, Doro Pirol, und ihr Mann Remy arbeiteten für einen Fernsehsender, *Astral-TV*; sie machten dort eine Ratgebersendung, bei der Remy Pirol als wahrsagendes Medium auftrat. Jetzt wird er des Mordes an seiner Frau verdächtigt. Die Ermittlungen gehen in alle Richtungen: „Also, so etwas wie einen normalen Zeugen gibt es hier nicht. Sogar der Professor arbeitet in der Branche“, meint Ermittlerin Gabi Kunz mit einer Handbewegung, die unmissverständlich die Verrücktheit der von ihr Befragten bezeichnet. Als unseriös gilt das ‚Glaubensbekenntnis‘ der Beteiligten schon deshalb, weil für diese Verdächtigen Esoterik v. a. die Sicherung ihres Lebensunterhalts bedeutet – ein Konnex von Religion und Leben, der (nicht nur) in dieser Folge eindeutig negativ besetzt ist. Man darf an Religion nicht verdienen wollen. Dies lässt sich an einer Kontrastfigur zur Gruppe der Esoteriker ausmachen, an der ‚Hellseherin‘ Fefi Zänglein, die ihre Gabe als ‚Gottesgeschenk‘ versteht, „aus der man keinen eigenen Nutzen ziehen darf“.

Realismus

Die Forderung nach Realismus bezieht sich in der ARD-Reihe *Tatort* zum einen auf die Forderung nach ‚Wahrscheinlichkeit‘: Man erwartet Fälle, die sich tatsächlich so ereignen haben könnten und für deren Aufklärung keine metaphysischen Erklärungsmuster bemüht werden müssen. Zum anderen setzt der Zuschauer auf motivierte Handlungsfolgen: Er will von einzelnen Ermittlungsschritten nicht überrascht werden. Wenn Folgen diese Erwartungen an das Format provozieren, sichern sie sich gerade dadurch Aufmerksamkeit – in der über 40jährigen Geschichte der Reihe finden sich dafür viele Belege, auch unabhängig davon, ob in den entsprechenden Folgen das Thema ‚Religion‘ eine Rolle spielt oder nicht. Allerdings provoziert die Fragestellung „Religion im *Tatort*“ geradezu Regelbrüche. Denn auch für den *Tatort* gilt das, was Doyles „consulting detective“ Sherlock Holmes festgelegt hatte: Wenn ein Fall die Grenzen des rational Nachvollziehbaren überschreitet, verliert der Ermittler seine Zuständigkeit. Daran halten sich auch die *Tatort*-Kommissare bis heute: Sie stehen regelmäßig auf der

Seite wider den „Hokuspokus“ (*Ein Sommernachtstraum*; *Gesang der toten Dinge*) und legen klar säkulare Glaubensbekenntnisse ab: „I glaub‘ nur an Beweise“ (*Glaube, Liebe, Tod*). Die meisten Kommissare bestehen auf einer Distanz zur Religion, der sie das Faktum, den Beweis, die rationale Erklärung als Mehrwert entgegenhalten.

Dass dennoch nicht selten gerade in diesen Fällen ein unerklärlicher Rest bleibt, der das Realismus-Gebot unterläuft und die kriminalistische Faktengläubigkeit irritiert, ist daher umso auffälliger. Satanisten-Chef Hinky wird in *Ein Sommernachtstraum* bei einem einsamen Ritual gezeigt: Er verbrennt Haare und eine Photographie von Hauptkommissar Franz Leitmayr. Dieser Akt zeitigt überraschende Wirkungen: In der genau darauf folgenden Einstellung wird Leitmayr, ebenfalls einsam, im Büro gezeigt, wie er die Schriften der Sekte studiert, um sich ein Bild von den Glaubensinhalten zu machen. Dass er diesen Inhalten (die selbst nicht expliziert werden) verständnislos gegenübersteht, zeigt sich schon daran, dass er immer wieder auflacht, sich also über das Gelesene amüsiert. Dann aber zerspringt auf unerklärliche Weise die Birne seiner Schreibtischlampe, und Leitmayr reagiert sichtlich beunruhigt. Implizit bringt Leitmayr offensichtlich die Lektüreinhalte, seine eigene Einstellung dazu und die Explosion der Birne miteinander in Verbindung. Von Bedeutung ist nun, dass diese Szenen im Handlungsablauf auf einen Dialog zwischen Leitmayr und Batic folgen, der den Sektenführer als eine Art Scharlatan entwirft. In der Folgeszene aber vollzieht Hinky Rituale ohne Publikum. Er praktiziert seine Religion also auch dann, wenn er allein ist, und zugleich scheinen diese Rituale Wirkungen zu zeigen, für die ‚natürliche‘ Erklärungen resp. Ursachen fehlen.

Wie brüchig die unter den Kommissaren verbreitete Skepsis ist, zeigt sich an dieser Stelle, ohne dass dies Konse-



Foto: WDR

Hauptkommissar Frank Thiel (hier Axel Prahl in einem Szenenfoto aus dem *Krimi*) beendet die WDR-Tatort-Folge *Temple Raider* (2009) mit dem Stoßseufzer: „Ach, manchmal wär’s schon ganz

schön, wenn man wüsste, dass es Ihn wirklich gibt, diesen Gott. Dann bekommt am Ende jeder das, was er verdient“.

quenzen für den weiteren Verlauf der Ermittlungen hätte – oder für die Frage nach dem Glauben als ‚realistischer‘ Alternative zum Unglauben. Eine solche Episode, die das Unerklärliche thematisiert, ist für die Handlung oder für deren Deutung ohne Belang. Sie übernimmt an dieser Stelle die Funktion, die Sicherheit der ‚Unglaubens-Gewissheit‘ Leitmayrs zu erschüttern.

Eine Zuspitzung erfährt das Motiv des Unerklärlichen etwa in *Gesang der toten Dinge* – hier lässt sich Hauptkommissar Batic bei seinen Ermittlungen von den Ahnungen der Hellseherin Fefi Zänglein leiten (Doro Pirol hat sich tatsächlich umgebracht; sie war schwer

krank, und noch vor der ärztlichen Diagnose hat dies Fefi Zänglein ‚gesehen‘); oder auch in der WDR-Produktion *Rabenherz* (2009) – die katholische Krankenschwester Maria Everbeck legt totkranken Patienten auf deren Wunsch hin die Hände auf und erzielt tatsächlich Heilungserfolge.

Aktualität

Nicht selten werden in Folgen der ARD-Reihe je aktuelle Debatten in Politik und Gesellschaft verhandelt; auch darauf beruht das gleichsam auf Dauer gestellte Interesse am *Tatort*. Bei der Behandlung von Religion in den Filmen ist

Kommende Akademieveranstaltungen

Diese Terminvorschau ist vorläufig. Sie entspricht dem Stand unserer Planungen. Zu allen Veranstaltungen werden rechtzeitig jeweils gesonderte Einladungen ergehen. Dort finden Sie dann das verbindliche Datum und den endgültigen Titel.

Tagung in Zusammenarbeit mit der Evangelischen Akademie Tutzing
Freitag/Samstag, 12./13. April 2013
Gott, der Dreieinige. Ökumenische Perspektiven

Grundkurs Buddhismus III
Montag, 15. April 2013
Was lehrte Buddha (2)

Abendvortrag
Dienstag, 16. April 2013
Alexander der Große und seine literarischen Feinde

Vernissage
Donnerstag, 18. April 2013
Ausstellung mit Werken von Christoph Brech

Abendveranstaltung
Freitag, 19. April 2013
Der Papst

Junge Akademie
Freitag/Samstag, 19./20. April 2013
Vom Brühwürfel zum Bio-Kochkurs

Abendvortrag
Dienstag, 23. April 2013
Alexander der Große – zwischen Mythos und Historie

Tagung
Freitag, 26. April 2013
50 Jahre Elysée-Vertrag
Intellektuelle, Kultur und Religion links und rechts des Rheins

Junge Akademie
Montag, 30. April 2013
WortReich. Der monatliche Gedankenaustausch

Junge Akademie
Freitag/Samstag, 3./4. Mai 2013
Kreativität – Ein Seminar für Entdecker

Grundkurs Buddhismus IV
Montag, 13. Mai 2013
Wie ging es weiter?
Der Theravada-Buddhismus

3. deutsch-französisches Expertenforum
Dienstag, 14. Mai 2013
Stammzellen. Perspektiven in Forschung, Therapie und Ethik

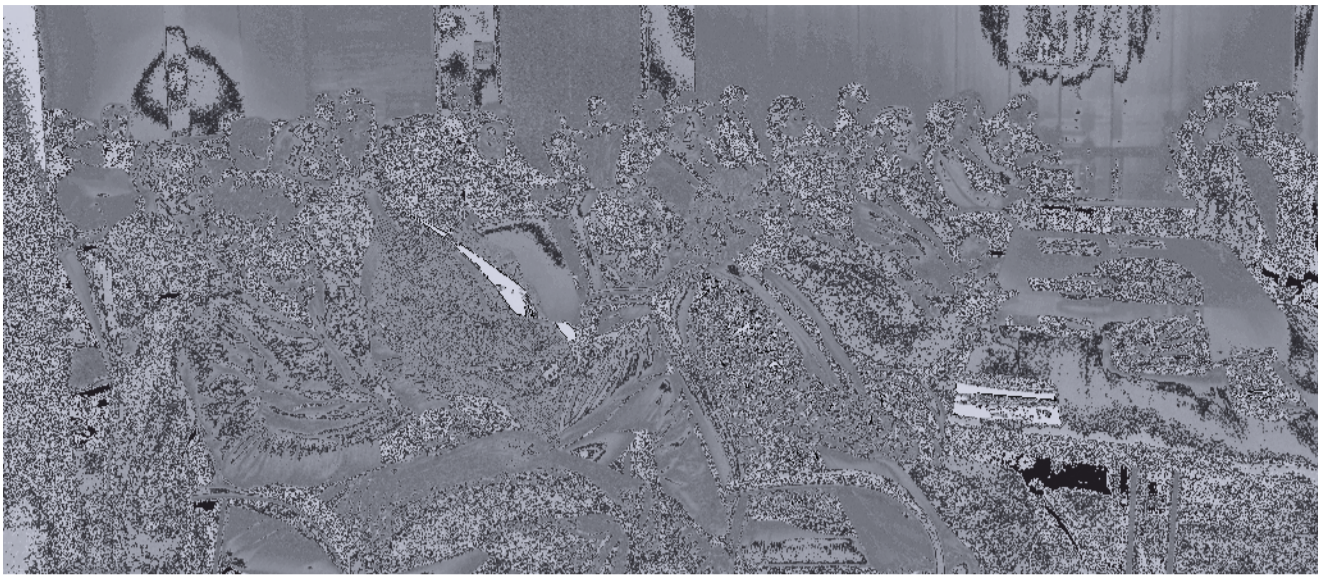
zur debatte

Themen der Katholischen Akademie in Bayern

Jahrgang 43

Herausgeber, Inhaber und Verleger:
Katholische Akademie in Bayern, München
Direktor: Dr. Florian Schuller
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Robert Walser
Fotos: Akademie
Anschrift von Verlag u. Redaktion:
Katholische Akademie in Bayern,
Mandlstraße 23, 80802 München
Postanschrift: Postfach 40 10 08,
80710 München,
Telefon 089/38 10 20, Telefax 089/38 10 21 03,
E-Mail: info@kath-akademie-bayern.de
Druck: Kastner AG – Das Medienhaus,
Schloßhof 2 – 6, 85283 Wolnzach.
zur debatte erscheint zweimonatlich. Kostenbeitrag: jährlich € 35,- (freiwillig). Überweisungen auf das Konto der Katholischen Akademie in Bayern, bei der LIGA Bank: Kto.-Nr. 2 355 000, BLZ 750 903 00. Nachdruck und Vervielfältigungen jeder Art sind nur mit Einwilligung des Herausgebers zulässig.





Die Veranstaltung fand im Konferenzraum der Akademie statt.

dies nicht anders: ‚Scientology‘ findet in der öffentlichen Debatte ebenso statt wie das Thema ‚Kirche‘ oder das Thema ‚kulturelle Differenzenerfahrungen in Hinsicht auf den Islam‘. All dies wird auch in Folgen der ARD-Reihe verhandelt. Allerdings spielt die programmatische Forderung nach Aktualität im *Tatort* dann keine Rolle mehr, wenn man das Thema „*Tatort* und Religion“ auf allgemein gültige, wiederkehrende anthropologische Fragen bezieht, auf Fragen also nach dem Sinn des Todes etc. Diese Fragen nämlich sind unabhängig von äußeren Faktoren interessant; sie gehören deshalb zu den wiederkehrenden Bestandteilen von *Tatort*-Folgen.

Regionalismus

Über die gleichsam föderale Ordnung der Reihe, die sich aus den Zuständigkeiten der Sendeanstalten der ARD für deren einzelne Serien ergibt, nehmen regionale Aspekte in den Folgen breiten Raum ein. Auch das Thema Religion bleibt hiervon nicht unberührt. Einige Überlegungen dazu: Allgemein ist zu sagen, dass Religion unabhängig von regionalen Zuordnungen als etwas vom

gesellschaftlichen Konsens Abweichendes geschildert wird – vor allem dann, wenn sie den eigentlichen Gegenstand des Plots ausmacht. Für die Bebilderung etwa des ‚typisch Katholischen‘ sind dabei Liturgien wie Aussegnungen oder Hl. Messen als dysfunktionale Kulissen beliebt. Inhaltlich dagegen taucht Religion / Religiöses in einzelnen Folgen immer auch als gesellschaftliche Normalität auf, insbesondere gehören (christliche) Beerdigungen überregional zur Normalität des Religiösen im *Tatort*. In Zahlen: Religiöse Rituale werden in 14,8 % der untersuchten 411 Folgen gezeigt; religiöse Symbole in nicht dafür typischen Zusammenhängen kommen in 30,7 % der 411 Folgen vor – das gilt für Produktionen aller untersuchten Sendeanstalten.

Auffällig ist: Das römisch-katholische Christentum ist nicht nur in der Kieler Diaspora, sondern auch im mehrheitlich katholischen Düsseldorf gleichermaßen erklärungsbedürftig. Das liegt nicht zuletzt daran, dass die einzelnen regionalen *Tatort*-Serien sich immer auch an ein überregionales Publikum wenden. Schon deshalb muss im katholischen Münster dem aus dem protes-

tantischen Norden zugezogenen Ermittler Thiel stets erklärt werden, was das

Das römisch-katholische Christentum ist nicht nur in der Kieler Diaspora, sondern auch im mehrheitlich katholischen Düsseldorf gleichermaßen erklärungsbedürftig.

spezifisch Katholische ausmache. Dies unterstellt jedenfalls Staatsanwältin Klemm, die den Kommissar in der Folge *Tempelräuber* als „ein armes Heidenkind“ bezeichnet, auf diese Weise regionale Differenzen markiert (Hamburg vs. Münster) und zugleich auch die Zuschauer über Besonderheiten katholischen Lebens informiert. Die Dominanz des Katholischen in Münster macht die Folge gleich zu Beginn in doppelter Weise hörbar: zum einen durch exzessives Glockengeläut unterschiedlicher

Kirchen, das zum anderen als regionales Spezifikum expliziert wird. Die Staatsanwältin weist Thiel auf die besondere öffentliche Bedeutung eines Priesterermordes in Münster hin: Hier werde einem ermordeten katholischen Priester eine ähnliche Aufmerksamkeit zuteil wie andernorts „zwei tote[n] Bürgermeister[n]“ oder „drei tote[n] Polizisten“.

Nicht nur für Klemm haben Glaubensvertreter und Ermittler sehr viel gemeinsam: Sie beschäftigen sich beide mit der hoch komplexen Frage nach Schuld und Sühne. Die Verurteilung nach immanentem (nach ‚weltlichem‘) Recht steht nicht immer zugleich im Dienst einer höheren Gerechtigkeit. Eine nüchtern-logische Konsequenz aus dem sich daraus regelmäßig einstellenden (Werte-)Konflikt zieht BKA-Ermittler Murot in der HR-Produktion *Wie einst Lilly* (2011). Nebenbei wird Murot in dieser Folge auch mit seiner eigenen Jugend konfrontiert; er ist Sohn des ortsansässigen Pastors, und er geht davon aus, dass seine Profession mit dem Pastorenberuf durchaus vergleichbar sei. „[G]eht um Erlösung“, sagt er über seine Arbeit beim LKA, „is‘ Familientradition“. Am Ende der genannten Folge steht Murot für beides ein: für den Glauben („Da gibt es ein jüngstes Gericht“) und für den handfesten Beweis. Der Beweis – etwa eine Zeugenaussage auf Tonband – hat nämlich auch vor weltlichen Gerichten Bestand. Murot überlässt es schließlich dem Schuldigen selbst, vor welchem dieser Gerichte (vor dem weltlichen oder vor dem jüngsten) er sich verantworten möchte; der Täter – Murots ehemaliger Vorgesetzter beim BKA – begeht Selbstmord. □

Hinweis auf das Forschungsprojekt

DFG-Forscherguppe 1091 „Ästhetik und Praxis populärer Serialität“ (<http://serialitaet.uni-goettingen.de/>)

Literatur

C. Stockinger: *Die Interessantheit des Abweichenden. Darstellungen des Katholizismus in der ARD-Reihe Tatort*, in: *Stimmen der Zeit* 136 (2011), Bd. 229, H. 12, S. 838-848.



Interessierte Zuhörer suchten nach dem Vortrag noch das Gespräch mit Claudia Stockinger ...



... und diese machte sich Notizen.